Mittwoch, 12. September 1984 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme: Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 214 - 37.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Reagan vorn: In der Gunst der Wähler liegt US-Präsident Reagan derzeit mit 57 Prozent vor seinem Herausforderer Mondale, auf den nach jüngsten Meinungsumfragen 35 Prozent der Stimmen entfielen, wenn jetzt gewählt würde. Dies ist für den amtierenden Präsidenten der größte Vorsprung seit dem vergangenen Mai.

Lambsdorff: Die ursprünglich für Oktober oder Anfang November angesetzte Hauptverhandlung im Strafverfahren gegen den früheren Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff soll jetzt am 10. Januar 1985 vor dem Landgericht Bonn beginnen. Am gleichen Tag beginnt auch die Verhandlung gegen den Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Hans Friderichs, und den ehemaligen Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch.

Gromyko: US-Präsident Reagan trifft am 28. September erstmals in seiner Amtszeit mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Das Treffen kommt offensichtlich auf sowjetischen Wunsch zustande.

Nordirland: Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat Douglas Hurd zum neuen Nordirland-Minister ernannt. Er tritt die Nachfolge von James Prior an.

Hessen: Ausländer können in Hessen künftig bereits nach fünf statt nach acht Jahren eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung erhalten. (S. 4)

Mediengesetz: Der Hamburger Senat hat ein Thesenpapier für das neue Mediengesetz vorgelegt, das Mitte 1985 von der Bürgerschaft verabschiedet werden soll. Es räumt dem privaten Rundfunk Chancen neben den bisherigen Medien ein. Um den Privatfunk zum 1. Januar zu ermöglichen, ist zunächst ein Vorschaltgesetz geplant.

Gesprächsbereit: Der Vorsitzende der IG Chemie, Rappe (SPD), hat die Bereitschaft der Gewerkschaften zu Gesprächen mit der Bundesregierung – vor allem über die Arbeitslosigkeit – bekräftigt.

„Hitler-Tagebücher": Im Jahr 1980 hat der ehemalige „Stern"-Reporter Heidemann erstmals ein mit Bleistift geschriebenes angebliches Tagebuch gesehen. Kontakte zu Militaria-Händlern habe er nach dem Kauf der Göring-Jacht „Karin II" gefunden, berichtete der wegen Betrugs angeklagte Reporter vor Gericht. (S. 3)

Heute: Bundestag eröffnet Etatdebatte – Regierung Peres stellt Vertrauensfrage

ZITAT DES TAGES



„Für die SPD-Fraktion gibt es angesichts der vorliegenden Fakten jedenfalls keinen Anlaß, von mir aus zu sagen, daß die Gemeinsamkeit beendet ist"

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel zu den von Bundeskanzler Kohl geäußerten Zweifeln über den Fortbestand des deutschlandpolitischen Grundkonsensus
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Zündapp: Der traditionsreiche Motorrad-Hersteller wird voraussichtlich am 20. September Konkurs anmelden. Den 730 Beschäftigten ist gekündigt worden, 80 davon kommen in anderen Betrieben unter. Eine iranische Regierungsdelegation verhandelt über die Übernahme der Anlagen.

Welthandel: Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) rechnet 1984 mit einer Zunahme des Welthandels um fünf bis sieben Prozent. In den ersten sechs Monaten wurde ein Plus von neun Prozent registriert. Der Aufschwung in den USA strahlt diesmal nicht so kräftig auf Europa aus.

Schulden: Mit Ausnahme Argentiniens haben sich die wichtigsten Schuldnerländer den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen schneller als erwartet angepaßt. In der Dritten Welt setzt sich die binnenwirtschaftliche Expansion fort, die Defizite schrumpfen. (S. 11)

Börse: An den Aktienmärkten wird der hohe Dollarkurs als Exportstütze gesehen. Es kam zu Kurssteigerungen auf breiter Front. Autoaktien holten auf. Auch der Rentenmarkt war fest. WELT-Aktienindex 147,00 (145,7). Dollarmittelkurs 3,0048 (2,9860) Mark. Goldpreis pro Feinunze 340,30 (338,45) Dollar.

KULTUR

Boy Gobert: Der Generalintendant der staatlichen Schauspielbühnen in Berlin verhandelt diese Woche in Wien über eine mögliche Übernahme der Direktion des „Theaters in der Josefstadt", dessen Chef Ernst Häussermann kürzlich gestorben ist.

Buchausstellungen: Bücher und Zeitschriften aus der Bundesrepublik werden in Bulgarien immer beliebter. Deshalb bereitet der Börsenverein 1985 zwei Ausstellungen in Sofia und Plovdiv vor. Bulgarien zeigt eine Bücherschau in der Bundesrepublik.

SPORT

Eishockey: Die deutsche Nationalmannschaft unterlag den USA in ihrem letzten Spiel des Canada-Cups mit 4:6. Weltmeister Sowjetunion gewann 6:3 gegen Kanadas Profis, die nur Platz vier belegen.(S.7)

Fußball: Der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger wird Vorsitzender eines Beirates, dessen Ziel es ist, den Leistungsstand im Fußball der USA zu heben und die Weltmeisterschaft auszurichten.

AUS ALLER WELT

Kunstfälscher: 200 Gemälde und Skizzen des britischen Malers Tom Keating, der in den 70er Jahren als hervorragender Fälscher alter Meister entlarvt worden war, sind bei einer Versteigerung im Londoner Auktionshaus Christie für 275 000 Pfund (rund eine Million Mark) verkauft worden. (S. 22)

Modigliani: Drei Studenten haben im italienischen Fernsehen demonstriert, wie sie Steinskulpturen des Künstlers Modigliani imitierten. Nur sechs Stunden brauchten sie für die Fälschung. (S. 22)

Wetter: Wechselnd bewölkt, vereinzelt Schauer, 14 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Anzeichen für nächsten Führungswechsel im Kreml

Tschernenko angeblich in Klinik / Gorbatschow und Romanow herausgestellt

F. H. NEUMANN/DW. Moskau

Der Fernsehauftritt Konstantin Tschernenkos vor einer Woche hat dem bald 73jährigen Kreml-Chef so stark belastet, daß er sich wieder in ärztliche Behandlung begeben mußte. Er halte sich in einer Spezialklinik der Sowjetführung im Moskauer Vorort Kunzewo auf und sei nicht in der Lage, seine Amtsgeschäfte wahrzunehmen, verlautete in der sowjetischen Hauptstadt.

Die Fernsehaufzeichnung einer Ordensverleihung an Kosmonauten sollte der Öffentlichkeit zeigen, daß Tschernenko nach mehr als siebenwöchigem Urlaub wieder genesen sei. Tatsächlich hat sie aber das Gegenteil bewirkt. Der Kreml-Chef ist seitdem nicht mehr in Erscheinung getreten. Von der Vakanz an der Kreml-Spitze lenkt das Staatsfernsehen durch eine breite Berichterstattung über die jüngeren Politbüro-Mitglieder Michael Gorbatschow und Grigori Romanow ab. Beide hielten sich während der vergangenen Tage im Ausland auf. Selbst belanglose Aktivitäten Gorbatschows und Romanows kamen groß auf den Bildschirm. Obwohl der 53jährige Gorbatschow sogleich nach der Wahl Tschernenkos als die Nummer zwei herausgestellt wurde, sind die Aussichten Romanows (61) nicht hoffnungslos.

In Moskau lassen sich die Anzeichen einer Veränderung nicht übersehen. Zu ihnen gehört auch die Ablösung des Generalstabschefs Orgakow, von der Verteidungsminister Ustinow offenkundig nicht profitiert hat. Mit ihm war der Marschall als erster stellvertretender Verteidigungsminister eng verbunden. Die konkreten Hintergründe der Ablösung sind noch immer nicht zu ergründen. Indizien, die wiederum vor allem das Fernsehen liefert, weisen aber Ustinow als Mitgeschädigten aus. Während die protokollbewußte Berichterstattung bisher jeden Auftritt des Ministers als großes Ereignis behandelte, hat sie seine Teilnahme an den Manövern des Warschauer Paktes fast ignoriert. Nur für Sekunden zeigte ihn die Kamera bei der Ankunft in der CSSR, während die Verabschiedung in Moskau ganz entfiel. Den Mutmaßungen über Ogarkow wurde gestern eine weitere hinzugefügt: Der Marschall habe Anfang September einen Herzinfarkt erlitten und soll in das Moskauer Burdenko-Militärhospital gebracht worden sein.

SEITE 2:
Und sie bewegt sich doch

Ogarkows Nachfolger, Marschall Achromejew, hatte am Montag in einem Interview der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC erklärt, die Ablösung des bisherigen Generalstabschefs sei ein regulärer Wechsel in der Struktur der Streitkräfte. Ogarkow übe weiterhin eine verantwortliche Funktion aus. Welche Funktion das sein mag, ließ Achromejew offen.

Regierungschef Tichonow, mit 79 Jahren das älteste Mitglied des Politbüros, ist noch nicht aus dem Urlaub zurückgekehrt. Seine Abwesenheit war besonders aufgefallen, als der stellvertretende Ministerpräsident Kostandow an der Kreml-Mauer beigesetzt wurde. Unberührt von den Turbulenzen des Übergangs hatte Außenminister Gromyko dabei seine einsame Spitzenposition demonstriert.

Dregger: SPD lieferte SED Stichworte

„Perfektes Zusammenspiel" im Vorfeld der Honecker-Absage / Übereinstimmung mit Kohl betont

H. RÜDIGER KARUTZ, Berlin

Union-Fraktionschef Alfred Dregger warf gestern zum Abschluß der zweitägigen Tagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin der SPD vor, im Vorfeld der Honecker-Absage ein „perfektes Zusammenspiel mit der SED" an den Tag gelegt zu haben. Die Sozialdemokraten hätten der SED gleichsam die „Stichworte" für die Absage geliefert. Falls die SPD an diesem Stil festhalte, werde es wohl „keine gemeinsame Deutschlandpolitik mehr geben".

Am Montag hatte Bundeskanzler Kohl erklärt, die Gemeinsamkeit mit der SPD in der Ost- und Deutschlandpolitik sei zerbrochen. In der von der Sowjetunion entfachten „Revanchismus-Kampagne" habe so mancher SPD-Politiker die Rolle des „nützlichen Idioten" gespielt.

Es sei müßig, sagte Dregger im Hinblick auf die SPD, Kohl ständig „gegenüber angeblichen rechten Kräften" in der Union in Schutz nehmen zu wollen, die angeblich eine andere Deutschlandpolitik wollten. „Ich befinde mich mit dem Bundeskanzler auf diesem Feld in voller Übereinstimmung", bekräftigte Dregger. Weder im Fraktionsvorstand noch im Präsidium noch jetzt in der Fraktionssitzung selbst seien ihm gegenüber irgendwelche Vorwürfe bezüglich seines WELT-Interviews gemacht worden. „Es hat nicht einmal den Hauch einer Kritik gegeben." Dregger hatte erklärt, die Zukunft der Bundesrepublik hänge nicht davon ab, daß Honecker ihr die Ehre des Besuchs erweise.

Dregger erklärte zur aktuellen Lage nach den Absagen von Honecker und Schiwkow, Bonn betrachte dies alles mit Gelassenheit und werde mit Besonnenheit reagieren.

Der Fraktionschef der Union forderte die SPD auf, sich endlich „eindeutig" von ihrem kürzlich ergangenen Aufruf zu distanzieren, die beabsichtigten Manöverbehinderungen durch Aktionen der Friedensbewegung auch von SPD-Seite her zu unterstützen. Hier lasse es die SPD an einem „klaren Wort" fehlen, sagte Dregger.

Der Fraktionschef wies darauf hin, daß der SPD-Vorstand am 7. September die Sozialdemokraten zur Unterstützung der „Großveranstaltungen des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung" aufgerufen hat. Dregger: „Er hat zwar auf die Notwendigkeit hingeweisen, alles zu vermeiden, ‚was zu einer Konfrontation von Soldaten und Friedensbewegung führen könnte'. An einer klaren Distanzierung jedes Versuchs einer Manöverbehinderung deutscher und alliierter Truppen fehlt es dagegen im Aufruf des SPD-Parteivorstands."

Seite 2: Ohnemichel 1984

Warschau lobt Äußerungen Glemps

„Mit Zufriedenheit registriert" / Jaruzelski will im Herbst mit dem Primas sprechen

DW. Warschau

Dem Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Jozef Glemp, ist für seine – umstrittenen – Äußerungen über die deutsche Minderheit im Warschauer Machtbereich der Dank des Regimes ausgesprochen worden. Der für Religionsfragen zuständige Minister Adam Lopatka sagte nach einer Sitzung des Präsidiums des Ministerrates, die Regierung habe „mit Zufriedenheit" die Worte des Primas „über unsere Außenpolitik in den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik" zur Kenntnis genommen.

In seiner jetzt von der Regierung lobend hervorgehobenen Predigt hatte Glemp am 15. Juli im Wallfahrtsort Tschenstochau die Existenz einer deutschen Minderheit in Frage gestellt und das deutsche Staatsbürgerrecht kritisiert. In der Bundesrepublik Deutschland hatten seine Bemerkungen großes Aufsehen erregt. In einem Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, versicherte der polnische Primas daraufhin, es sei ihm um seelsorgerische Fragen gegangen.

Bereits in der vergangenen Woche hatte die Warschauer Partei-Wochenzeitung „Polityka" den Primas vor Kritikern im Westen in Schutz genommen. Das Blatt stellte die These auf, die letzten Deutschen seien 1981 – aufgrund von Abmachungen mit Bonn – ausgereist.

Die Warschauer Regierung verband ihr Lob für Glemp mit einer Würdigung der kirchlichen Bemühungen um eine „Mäßigung verschiedener extremistischer Tendenzen", wie es bei der amtlichen Nachrichtenagentur PAP hieß. Im Herbst werde es zu einem Treffen zwischen Partei- und Regierungschef General Jaruzelski und Primas Glemp kommen. Eine solche Begegnung war ursprünglich bereits für Anfang August geplant. Dem Vernehmen nach wurde sie aber wegen Uneinigkeit über Formulierungen eines Kommuniqués verschoben. Seit Juli 1981 hatte es sechs Unterredungen zwischen dem General und dem Kardinal gegeben. Die Amnestie politischer Gefangener im Juli dieses Jahres hatte nicht alle Spannungen zwischen Kirche und Staat beseitigen können. Die polnischen Behörden warfen der Kirche unter anderem vor, durch offensichtliches Desinteresse an den „Kommunalwahlen" im Juni den Boykott-Aufruf der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" unterstützt zu haben.

Aus „Solidarität"-Kreisen im Westen wurde bekannt, daß neuerdings wieder der Verwandten- und Bekanntenkreis von Arbeiterführer Walesa Schikanen ausgesetzt ist. So sei die Hausärztin der Familie Walesa festgenommen und verhört worden.

Täglich ein Spielfilm im Privatfernsehen

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Das private Fernsehen, soviel ist schon erkennbar, wird zwar Vielfalt in seinen Programmen und unter seinen Veranstaltern bieten. Sein Programmschema jedoch wird einfacher, einprägsamer und übersichtlicher sein als das der öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Am 1. Januar 1985 beginnt SAT 1, das Programm der deutschen Verlage, mit seinen Sendungen. Es wird von einer Satelliten-Sende-Zentrale in Ludwigshafen über den Westbeam des ECS 1-Satelliten ausgestrahlt und soll nach und nach, entsprechend den gesetzlichen Voraussetzungen in den Bundesländern, in alle Kabelnetze der Bundesrepublik eingespeist werden. Zunächst werden dies das Versuchsgebiet Ludwigshafen-Vorderpfalz sowie die Kabelnetze in München und Hannover sein. Insgesamt verfügen bis jetzt etwa 800 000 Haushalte über einen Kabelanschluß.

SAT 1, das von einem Konsortium von Verlagen und einer Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenfernsehen getragen wird, hat ein Programmschema in der Planung, das sich durch drei Faktoren auszeichnet: Das Schema ist an allen sieben Tagen der Woche im wesentlichen gleich, es sieht feste Zeiten für sämtliche Programmarten vor, und es bietet täglich sowohl Spielfilm als auch Unterhaltung in den verschiedensten Formen und Information. Es beginnt um 13.30 Uhr (nur Sonntags bereits um 12 Uhr) und endet um zehn Minuten nach Mitternacht (Ausnahmen: Freitag und Samstag, wo sich noch ein Spielfilm anschließt).

Dies sind die täglichen Programmleistungen, wie sie zur Zeit geplant sind:

13.30 bis 15 Uhr Serien, 15 bis 15.30 Uhr Kinderprogramm, 15.30 bis 16.30 Uhr Musik Box, 16 bis 16.30 Uhr Kinder- und Jugendprogramm, 17 bis 18 Uhr Serie beziehungsweise Unterhaltung.

Um 18 Uhr beginnt mit Regionalsendungen (dem sogenannten „Regionalen Fenster") das Abendprogramm. 18.30 bis 18.45 Uhr folgt die este bundesweite Nachrichtensendungen, gestaltet Allgemeinen Presse Fernsehen (APF) in Hamburg. Ein kleines Quiz soll sich anschließen.

105 Minuten, von 18.45 bis 20.30 Uhr, soll die erste abendliche Unterhaltungssendung dauern: Montags Sport, an den folgenden Tagen entweder Spielfilm oder Talkshows beziehungsweise andere Unterhaltungsformen, gestaltet zum Teil von der PKS, zum Teil von Verlagen (Mittwochs z.B. der Axel Springer Verlag, Freitagas der Bauer-Verlag).

Um 20.30 Uhr beginnt die zweite abendliche Unterhaltungs-Leiste, abwechselnd von Springer, Bauer, Burda oder Holtzbrink gestaltet. Ausnahme: Montags gibt es ein Wirtschaftsmagazin, dienstags ein Kulturmagazin (gestaltet von Filmverlag der Autoren).

Um 21.30 Uhr, an allen sieben Tagen der Woche, folgt die große, 45 Minuten lange Nachrichten-Show, für die beim APF in Hamburg neue Präsentationsformen in der Entwicklung sind. Da auch die ARD ihre neue News Show in Zukunft um 21.30 Uhr senden will, treten die beiden Systeme an diesem Punkt in einen direkten Wettbewerb miteinander.

105 Minuten Spielfilm beziehungsweise Unterhaltung beenden schließlich das tägliche SAT 1-Programm, ehe um Mitternacht noch zehn Minuten lang letzte Nachrichten gesendet werden.

DER KOMMENTAR

Klarsicht-Etat

PETER GILLIES

Das berüchtigte Sommerloch ist – nicht nur wegen Überfüllung – geschlossen. Jetzt werden die Themen dort verhandelt, wo sie hingehören: im Deutschen Bundestag. Die heute beginnende Haushaltsdebatte bietet der Regierung Gelegenheit zur Darstellung, der Opposition zu einer umfassenden Generalabrechnung. Beide haben einiges nachzuarbeiten. Dieses Verfahren nützt der politischen Hygiene und vermag Aufschlüsse zu geben, die im hektischen Interviewkrieg untergingen.

So verträgt die Deutschland- und Ostpolitik durchaus Klarstellungen auf beiden Seiten des Parlaments. Da der Themenkatalog offen ist, bieten sich auch viele andere Themen an. Das Königsrecht des Parlaments ist jedoch Gestaltung und Kontrolle der Staatsfinanzen. Sie stellen das Regierungsprogramm in Zahlen dar, auch wenn sich mancher Bürger durch die verwirrenden und abstrakten Summen von Einnahmen, Ausgaben und Verschuldung verwirrt fühlen mag. Es ist aber die Bringschuld einer Regierung, ihm den Umgang mit seinem Geld zu erläutern und einen Klarsicht-Etat vorzulegen.

Der Bundesfinanzminister wird die Gelegenheit nutzen, die unbestreitbaren Erfolge der Sparpolitik darzustellen. Es hat sich einfach noch nicht ausreichend herumgesprochen, wie wohltuend die abgebremste Staatsverschuldung auf Zinsen, Preisstabilität und das wirtschaftliche Klima gewirkt hat. Andererseits ist die Staatskasse finanziell noch lange nicht über den Berg. Allein die Zinsen für die alten und neuen Kredite haben sich – nach den Einzelplänen für Arbeit/Soziales und Verteidigung – zum drittgrößten Ausgabeblock im Etat gemausert. Es wäre deshalb verwegen und schädlich, den Sparkurs vorschnell für beendet zu erklären.

Deutliche Konturen sind hier gefragt; denn auch im Regierungslager kommt das Anlegen von Spendierhosen langsam wieder in Mode. Der Bundeswirtschaftsminister, weniger markig als sein Vorgänger und stets den Pragmatismus im Munde führend, erhält Gelegenheit zu der Klarstellung, ob die Regierung Anlaß zu konjunkturbelebenden Maßnahmen sieht oder nicht (und wenn ja, wann). SPD und Grüne schließlich mögen ihre Forderung nach jenen Programmen wiederholen, die die Schuldenlast auftürmten. Den Beweis, daß die gescheiterten Projekte von gestern heute wirken würden, sind sie noch schuldig.

Konturenscharfe Darstellungen auf allen Seiten des Hohen Hauses sind nicht nur ein gewichtiger Teil politischer Meinungsbildung. Sie prägen den „Produktionsfaktor Wirtschaftsklima", ohne den der Aufschwung erstürbe.

US-Dollar: Hürde von drei Mark übersprungen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dollarkurs hat jetzt die psychologisch bedeutsame Marke von drei Mark übersprungen. Der amtliche Dollarkurs wurde gestern in Frankfurt mit 3,0048 Mark notiert nach 2,9860 Mark am Montag. Das ist der höchste amtliche Kurs seit Februar 1973. In Fernost wurden gestern früh sogar 3,02 Mark für einen Dollar bezahlt, nachdem der Kurs in den USA am Montag abend bis auf 3,0150 Mark geklettert war. Am frühen Nachmittag wurde die US-Währung gestern zu Kursen um 3,0050 Mark gehandelt.

Wenn sich der Dollarkurs auf einer Basis von über drei Mark halten oder sogar konsolidieren sollte, beurteilen Charttechniker, die die künftige Kursentwicklung aufgrund von Kurskurvenverläufe voraussagen zu können glauben, eine Bewegung auf 3,08 Mark als wahrscheinlich. Mangels anderer konkreter Orientierungsdaten haben die Charttechniker derzeit ein erhebliches Gewicht am Devisenmarkt.

Die jüngste Aufwärtsbewegung des Dollars vollzog sich völlig losgelöst von der aktuellen Zinstendenz in den USA, wo die Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt am Montag etwas gesunken sind. Auch gestern erwartete man bei Geschäftsbeginn in New York einen Zinsrückgang. Gespalten sind allerdings die Meinungen über die längerfristige Zinsentwicklung in den USA. Der 1985 mögliche Umtausch mexikanischer Dollar-Auslandsschulden in andere Währungen wird nach Meinung seriöser Händler als kurstreibendes Moment für den Dollar weit überschätzt.

Stoltenberg: Etat-Sanierung behält Vorrang

DW. Berlin/Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin betont, daß für ihn die Gesundung der Staatsfinanzen weiterhin das vorrangige Ziel bleibt. Stoltenberg, der eine positive Bilanz zog, sagte, diese Gesundung sei Voraussetzung für eine gute Wirtschaftspolitik und damit auch für die Entlastung des Arbeitsmarktes. Dies sei die „sozialste Politik".

Der Finanzminister geht davon aus, daß die Neuverschuldung des Bundes in diesem Jahr nur noch 27 Milliarden Mark betragen wird und 1985 auf 22 bis 23 Milliarden Mark gedrückt werden könnte. Befriedigt äußerte er sich über die erreichte Preisstabilität. Positiv wertete er auch, daß das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wieder hergestellt sei.

Die CDU-Sozialausschüsse haben sich gestern hinter die Position des Oppositionsführers im nordrhein-westfälischen Landtag, Bernhard Worms, gestellt, der zu einem Bündnis zwischen CDU und Arbeitnehmern aufgefordert hatte. Nur damit seien die kommenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Berlin und im Saarland zu gewinnen. Hauptgeschäftsführer Heribert Scharrenbroich forderte die Union auf, im Herbst die entsprechenden Akzente zu setzen. Bei der Reform der Hinterbliebenenversorgung, bei der Steuerreform und nicht zuletzt in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst müsse eine sinnvolle Kooperation mit den Gewerkschaften deutlich werden.

In Stockholm steuert Moskau weiter harten Kurs

Irland wendet sich im Namen der EG gegen Taktik des Kreml

R. GATERMANN, Stockholm

Im Ton konziliant, in der Sache unverändert hart, so beschrieben Delegierte aus dem westlichen und neutralen Lager die Rede des sowjetischen Delegationschefs Oleg Grinevsky zur Eröffnung der dritten Sitzungsperiode der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE).

In der ersten Plenarsitzung der dritten Runde, die gestern begann, sprachen Vertreter Portugals, Kanadas und Irlands. Grinevsky, der den Konferenzvorsitz innehatte und die Delegationen in seiner Begrüßungsrede daran erinnerte, daß man in Stockholm nach einem gemeinsamen Ziel strebe, ergriff etwas überraschend zum Abschluß der Sitzung noch einmal das Wort, diesmal als sowjetischer Delegationschef.

Auch wenn er die bisherige achtmonatige Konferenzdauer nicht als vergeudete Zeit sehen wolle, so machte er „einigen Teilnehmerstaaten" und vor allem den USA den Vorwurf, seriöse Verhandlungen zu verhindern. Sie legten technisch-militärische Maßnahmen von zweitrangiger Bedeutung vor, die nichts mit Vertrauensbildung und erhöhter Sicherheit zu tun hätten. Die USA versuchten, sich eine Vormachtstellung zu sichern und das Wettrüsten nun auch in den Weltraum zu tragen. Die vom Westen sowie von den neutralen und allianzfreien Staaten geforderte Transparenz der militärischen Struktur tat Grinevsky mit dem Hinweis ab, sie sei schon in Helsinki abgelehnt worden und werde in der Schlußakte nicht berücksichtigt.

Ganz anderer Auffassung war hier der Delegationsleiter Irlands Gearoid O. Broin. Im Namen der EG verwies er auf das in Madrid erteilte Mandat, wonach die in Helsinki vereinbarte erste Generation von vertrauensbildenden Maßnahmen jetzt weiter entwickelt werden sollte. Nachdrücklich wandte er sich gegen die Taktik der Sowjetunion, sämtliche Vorschläge strikt in die beiden Gruppen „politisch" und „militärisch-technisch" einzuordnen. Viele militärische Maßnahmen hätten auch einen bedeutenden politischen Charakter.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ohnemichel 1984

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Man muß es auf der Zunge zergehen lassen: Die SPD will „in und mit der Friedensbewegung" gegen die NATO-Manöver demonstrieren. Das Wörtchen „in" hat zu bedeuten, daß sich offensichtlich große Gruppen der SPD als Teil der „Friedensbewegung" betrachten, und das Wort „mit" ordnet den Rest der Partei jenen zu, die auf das Kommando von Jo Leinen hören. Mit seinem Aufruf überrundet das Parteipräsidium so engagierte „Friedenskämpfer" wie Lafontaine und Eppler, die vor den geplanten Aktionen gewarnt haben.

Man sieht nun, wohin es führt, wenn Willy Brandt sich auf die Suche nach einer Mehrheit „diesseits" von Kohl/Genscher macht. Bisher wollte er nur Wählerstimmen aus dem Reservoir der Umwelt-, Frauen- und „Friedens"-Bewegung fischen. Jetzt ist er schon soweit, die SPD in der „Friedensbewegung" aufgehen zu lassen.

Der beschwichtigende Wortschwall des SPD-Präsidiums kann nicht verdecken, daß die Sozialdemokraten sich praktisch mit Pamphleten der Aktionsdrahtzieher identifizieren, in denen von einer „amerikanischen Angriffsdoktrin" die Rede ist, von einer „Politik des atomaren Holocaust", von „Umweltzerstörung" und von „Militarisierung der Gesellschaft". Auf diese Weise macht sich die SPD des blanken Antiamerikanismus schuldig.

Auch wenn Brandt Konfrontationen mit den Soldaten vermeiden will, führt die SPD den Wehrpflichtigen mit der Teilnahme an den Manöver-Behinderungen vor Augen, daß offensichtlich nach ihrer Auffassung Wehrdienst und Verteidigungsbereitschaft sich gegen den „Frieden" richten. Einen anderen Sinn können unsere und die uns verbündeten Soldaten der Tatsache, daß die Bonner Oppositionspartei gegen das Üben der Verteidigungsfähigkeit demonstriert, nicht entnehmen.

Die traditionsreiche deutsche Sozialdemokratie macht sich wieder, wie zu Zeiten der „Ohne mich"-Bewegung, zur außerparlamentarischen Opposition. Ist das noch die Partei, die zwei Bundeskanzler gestellt hat? Ist der Parteivorsitzende Brandt noch in einem Atemzug mit dem Kanzler Brandt zu nennen? So viel ist sicher: Die Partei Fritz Erlers, Georg Lebers und Helmut Schmidts ist diese SPD nicht mehr.

Papandreous Wahlgerüchte

Von Evangelos Antonaros

Wann immer Griechenlands sozialistischer Ministerpräsident Andreas Papandreou auf Schwierigkeiten stößt, tritt er die Flucht nach vorn an. Auch diesmal ist er nicht anders verfahren. Auf einmal wimmelt es von Gerüchten über vorgezogene Wahlen, möglicherweise schon vor Weihnachten, und einer eventuellen Änderung des Wahlgesetzes.

Nachdem er die Zeitungen hellhörig gemacht hat, drängen sie Papandreou fast, die Parlamentswahl vorzuziehen, die eigentlich erst im Oktober 1985 stattfinden sollte. Zwar tut Papandreou so, als ob er ungern unter dem Druck der öffentlichen Meinung eine so wichtige Entscheidung faßte. Im Grunde genommen weiß er jedoch, daß er es eilig haben muß. Ein Zögern könnte den Verlust der Macht bedeuten.

Um das sozialistische Griechenland ist es nicht gut bestellt: Knapp drei Jahre nach Papandreous Wahlsieg ist der große „Wandel" ausgeblieben. Die Wirtschaftslage ist schlecht. Die Inflation läuft weiterhin mit etwa zwanzig Prozent im Jahr davon, und der Zickzackkurs der Athener Wirtschaftsplaner kann neue Investoren kaum anlocken. Die Arbeitslosigkeit hat Rekordhöhen erreicht. Dilettantismus und Konzeptlosigkeit machen sich auf Schritt und Tritt bemerkbar. Der Durchschnittswähler, vor allem in den Städten, wird ungeduldig.

Ausschlaggebend für den Fall, daß Papandreou den frühen Gang zu den Urnen beschließen sollte, dürfte jedoch die Wahl eines neuen Oppositionsführers sein: durch Konstantin Mitsotakis hat Papandreou nun einen Gegner bekommen, der ihm in allen Bereichen gewachsen ist. Daher wird Papandreou die Wahl wohl ausschreiben, bevor Mitsotakis die demoralisierte Partei „Neue Demokratie" reorganisieren kann.

Die kommenden Monate – so viel läßt sich jetzt schon sagen – werden für Griechenland turbulent sein. Papandreou, kein Freund des Westens, wird noch stärker als bisher auf die anti-amerikanische Pauke hauen. Solche Ausbrüche bringen ihm Stimmen an. Daher kann es noch schlimmer kommen als die bisherige Absage von NATO-Manövern. Papandreou wil im Amt bleiben, koste es Griechenland, was es wolle.

Südtirol meldet sich

Von Astaf Domberg

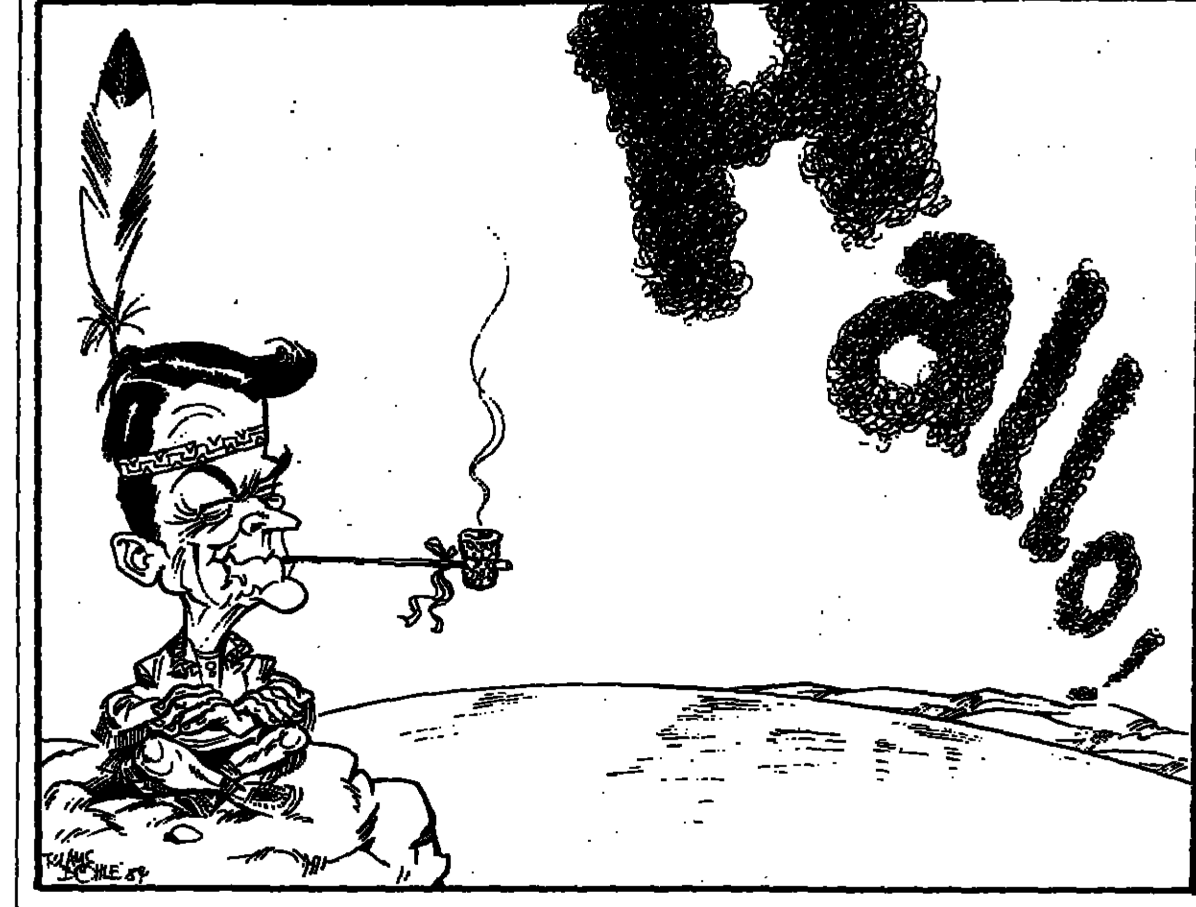
Die Andreas-Hofer-Feiern in Tirol haben in Italien für Aufregung gesorgt. Da wurde in Innsbruck unter Beteiligung von Zehntausenden Tirolern aus dem Norden wie aus dem Süden des geteilten Landes Transparente wie „66 Jahre Fremdherrschaft sind genug" und „Los von Italien" getragen.

Eine große Dornenkrone sollte die Teilung Tirols symbolisieren. Immer wieder tauchten auf Plakaten die Worte „Selbstbestimmung" und „Wiedervereinigung" (hier: Tirols) auf. Und die Träger waren großenteils junge Menschen.

Man würde es sich zu leicht machen, wollte man das alles als hinterwäldlerischen Lederhosen-Nationalismus abtun. Selbst wenn davon auszugehen ist, daß Staatsgrenzen im heutigen Europa kaum noch geändert werden können, bleibt doch die Tatsache, daß sich Italien 1918 aus inzwischen überholten militärstrategischen Gründen das Gebiet zwischen Salurn und Brennerpaß widerrechtlich angeeignet hat, als dort kaum ein Italiener lebte. Auch heute, nach der forcierten Italianisierung vor allem durch den italienischen Faschismus, besteht die Südtiroler Bevölkerung zu zwei Dritteln aus Deutschen.

Ebenso wie bei vielen anderen Völkern und Volksgruppen in Europa, im Westen wie im kommunistisch beherrschten Osten, regt sich bei den Südtirolern wieder ein Gefühl für eigene Identität. Die Südtiroler sind nicht die einzigen, denen die Selbstbestimmung wegen „höherer Interessen" verweigert wird. Aber daß dieses Recht den Menschen südlich des Brenners prinzipiell ebenso zusteht wie allen anderen Nationen auch, daran gibt es doch wohl keinen Zweifel, und Wien gibt zu verstehen: was sollen wir denn tun, sollen wir etwa das Selbstbestimmungsrecht als unzumutbares Thema unterbinden?

Wenn Rom nicht schwere Konflikte mit seiner deutschsprachigen Bevölkerung heraufbeschwören will, muß es die Autonomie Süditirols großzügig handhaben und alle Hindernisse für eine Zusammenarbeit zwischen den geteilten Ländern Nordtirol und Südtirol beseitigen. Anders gesagt: Will Italien die Brennergrenze behalten, muß es sie so durchlässig machen, daß sie keine Grenze mehr ist.



„Nanu – mein roter Bruder will mich sprechen?" KLAUS BÖHLE

Und sie bewegt sich doch

Von Carl Gustaf Ströhm

Ein marxistisch geschulter Soziologe aus einem kommunistischen Land stellte einmal die These auf, die Kommunisten verstünden es fabelhaft, künstlich Krisen zu produzieren, um sich anschließend wie ein Deus ex machina als Retter vor eben diesen Krisen anzubieten und sich zu guter Letzt auch noch als große Helden der Krisenbewältigung feiern zu lassen. Daß ohne sie die Krise, die sie so großartig zu lösen verstanden, gar nicht erst entstanden wäre – wer erinnert sich und sie später noch daran?

All dies kommt einem in den Sinn, wenn man davon hört, daß Außenminister Gromyko ein Treffen mit seinem amerikanischen Amtskollegen Shultz plant und sogar eine Begegnung des starken Mannes aus Moskau mit US-Präsident Reagan vorgesehen ist. Dieses Treffen soll noch vor den amerikanischen Wahlen stattfinden. Wie oft war aus Moskau während der letzten Monate zu hören, mit Reagan und seiner Administration sei den Sowjets kein Gespräch zuzumuten, zumal da es dafür nicht die geringste Basis gebe. Da war und ist von „Eiszeit" und „Abbruch aller Kontakte", sogar von Kriegsgefahr die Rede. Als die Amerikaner ihre Mittelstreckenraketen im Rahmen der NATO-Nachrüstung aufzustellen begannen, produzierten die Sowjets eine wahre Weltuntergangsstimmung – so als sei jetzt ein für allemal der Friede verloren.

Erst vor wenigen Tagen haben die Sowjets Honecker und Schiwkow den Besuch der Bundesrepublik verboten. Jetzt aber, da dank dieser Moskauer Vereisungstaktik alles wie gebannt auf die angeblich düsteren Wolken am Ost-West-Himmel starrt, nimmt nicht nur Gromyko den Gesprächsfaden mit den Amerikanern wieder auf, sondern die sowjetische Führung läßt sogar ihren neuen Generalstabschef Achromejew im amerikanischen Fernsehen auftreten – offenbar, um der aufgeschreckten Umwelt zu beweisen: Seht her, unsere Panzerhaudegen sind keine Menschenfresser, sondern ganz umgängliche Leute.

Der Verdacht drängt sich auf, daß die gesamte angebliche Ost-West-Krise in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Projektion oder Überkompensation einer sehr realen Krise ganz anderer Art und auf einem ganz anderen Feld: nämlich einer schweren Struktur-, Führungs- und Generationenkrise des sowjetischen Systems. Die drei letzten sowjetischen Führer waren bzw. sind allesamt gesundheitlich schwer angeschlagen. Manches deutet darauf hin, daß zuletzt keiner von ihnen – einschließlich jetzt Tschernenko – imstande war, das Imperium wirklich zu führen.

Das Ergebnis dieses Zustandes sind verdeckte Machtkämpfe, Unsicherheiten und eine Paralyse der sowjetischen Politik nach innen und außen. Im Grunde ist das, was wir seit der NATO-Nachrüstungsdebatte vom vergangenen Jahr erleben, eine sowjetische Nicht-Politik: Ein bloßes Beharren auf den einmal eingenommenen Standpunkt ohne jede Flexibilität.

Zugleich zeigte sich in dieser Zeit eine wachsende Interessendivergenz zwischen Moskau und seinen Vasallenstaaten. Die absurde Revanchismus-Kampagne, die jetzt aus Moskau herübertönt, kann nur dem Zweck dienen, das Vorfeld der UdSRR vom Abdriften in eine pragmatische Interessenpolitik abzuhalten. Dazu ist das deutsche Gespenst immer noch gut: Um die eigenen Klienten daran zu hindern, das zu tun, was für sie am vernünftigsten wäre – sich zunächst ökonomisch, dann aber auch politisch mit den weiter westlich gelegenen Nachbarn auszugleichen.



Beweiszwang, daß er kein Menschenfresser ist: Marschall Achromejew mit dem Vizeaußenminister Konienko im US-Fernsehen FOTO: DPA

Wenn man das sowjetische Propaganda-Panorama betrachtet, wirkt die vom Kreml herbeigeführte Situation schlechthin grotesk. Da dürfen die Chefs zweier angeblich souveräner europäischer Staaten die Bundesrepublik nicht besuchen. Im Falle Schiwkow hört man als Begründung, die Situation nach der Aufstellung der amerikanischen Raketen und angesichts der NATO-Manöver sei so schlimm, daß unter diesen Umständen kein Gespräch möglich sei. Im selben Augenblick, da also das Gespräch zwischen Bonn und Ost-Berlin sowie Sofia abgebrochen wurde, erklärt Gromyko sich großzügig bereit, mit demjenigen, der letzten Endes sowohl für die Raketen wie für die NATO die höchste Verantwortung trägt, sehr wohl zusammenzutreffen.

Hier zeigt sich, daß die Sowjets selber einheimsen wollen, was sie ihren Gefolgsstaaten verweigern. Selbst wenn man kaum glauben wird, daß aus dem Treffen Gromykos mit den Amerikanern noch vor der US-Präsidentenwahl sehr viel Konkretes herauskommt – daß es anvisiert wird und stattfindet, ist bereits ein Beweis dafür, wie sehr den Sowjets daran gelegen ist, sogar mit dem „Ungeheuer" Reagan ins Gespräch zu kommen.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat dieser Tage die Politik Kohls kritisiert, weil dieser an den Sowjets vorbei und ohne sie Ostpolitik habe treiben wollen. Hier haben wir also die fixe Idee der siebziger Jahre: Die Russen als Hegemonialmacht anzuerkennen, ihnen gewissermaßen den Herrschaftsanspruch über Europa bis zur Werra auch noch schriftlich zu bestätigen. In Wirklichkeit ist das die Argumentation von vorgestern. Die Frage ist nämlich, ob die Sowjets auf die Dauer den historischen Prozeß der Emanzipation Europas beiderseits des Eisernen Vorhangs überhaupt aufhalten können. Vielleicht treibt der Zweifel darüber Gromyko dazu an, sich jetzt mit den Amerikanern zu treffen.

Was aber die Europäer angeht, so sollten sie sich immer wieder daran erinnern: Wir erleben zur Zeit keine europäische oder amerikanische Krise, sondern ausschließlich eine innere Krise der Sowjetunion.

IM GESPRÄCH Jürgen Chrobog

Man sieht alles, was läuft

Von Evi Keil

Der Reiz, Sprecher im Auswärtigen Amt zu werden", sagt Jürgen Chrobog, „besteht doch darin, konfrontiert zu werden mit unorthodoxen Betrachtungsweisen im Umgang mit Journalisten und rauszukommen aus dem diplomatischen Klischee." Chrobog ist Nachfolger von Karl Theodor Paschke als neuer Sprecher des Auswärtigen Amtes. Paschke geht Ende des Monats im Range eines Botschafters als Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen nach Wien.

Daß Genscher sich für Chrobog entschied, lag fast auf der Hand. Zum einen versieht Jürgen Chrobog seit September 1983 das Amt des stellvertretenden AA-Sprechers. Aber der Minister holt sich auch gern Leute in die engste Umgebung, die er aus früheren Jahren kennt. Und Jürgen Chrobog war für ihn kein Unbekannter.

Aus dem Ministerbüro seines Amtsvorgängers Walter Scheel hatte Genscher den jungen und parteilosen Chrobog übernommen. Chrobogs Aufgabenbereich waren Europafragen und Fragen der Dritte-Welt-Politik. Es waren, wie er heute erklärt, prägende Jahre für ihn. Denn in den Vorzimmern der Macht gab es die Chance, Entscheidungsprozesse direkt mitzuerleben: „Man sieht alles, was läuft. Man erkennt die Hintergründe."

1972 hatte sich Jürgen Chrobog für den Auswärtigen Dienst beworben. Es war eine Art Herausforderung, meint er. Denn er selbst entstammt einem der Diplomatie fernen Elternhaus. Der Vater, ein Forstbeamter, gehörte dem früheren Reichsforstministerium in Berlin an. Chrobog, 1940 in Berlin geboren, studierte nach dem Krieg in Freiburg, in Aix-en-Provence und in Göttingen Jura. Der junge Attaché, der 1972 zur 27. Crew im Auswärtigen Amt gehörte, wurde im gleichen Jahr an die deutsche Vertretung bei der UNO in New York geschickt. 1973 holte ihn Scheel in sein



Kritik und Selbstkritik: AA-Sprecher Chrobog FOTO: KEIL

Ministerbüro. 1977 ging Jürgen Chrobog als Stellvertreter des Botschafters nach Singapur. Zu seinen drei Chefs gehörte unter anderem eine Frau, die inzwischen pensionierte Botschafterin Hildegunde Feilner, eine berühmt tüchtige Diplomatin.

Im Januar 1980 ging Jürgen Chrobog nach Brüssel. Er wurde Sprecher der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der EG. Zum ersten Mal also der „fordernde Job" eines Sprechers, „bei dem man immer wieder Selbstkritik anlegen muß, weil man mit Kritik konfrontiert wird".

Genscher wurde rein zufällig Spiritus rector der Ehe von Chrobog. „Ich hab ihn voll verplant", sagte der Minister einmal. In der Tat: Bei einem Treffen mit dem früheren syrischen Außenminister und heutigen ersten Vizepräsidenten Khaddam lernte Chrobog seine jetzige Frau Magda Gohar kennen. Die Ägypterin, die in Bonn ihren Doktor der Philosophie gemacht hatte, dolmetschte zwischen Genscher und Khaddam. Frau Chrobog war von ihrem Vater Youssef Gohar, der einer der bekanntesten Schriftsteller der arabischen Welt ist, als Kind auf die deutsche Schule in Kairo geschickt worden und später zum Studium nach Deutschland.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE SOIR

Zum geplanten Besuch Ceausescus in der Bundesrepublik meint die belgische Zeitung:

In Bonn will Ceausescu vor allem als der „ehrliche Makler" seiner zweitrangigen Partner im Warschauer Pakt auftreten, einschließlich vielleicht der Bulgaren, die so klar wie möglich gesagt haben, daß der von Moskau erzwungene Kalte Krieg sich keineswegs mit ihren nationalen Interessen deckt. Es wird interessant sein, zu sehen, welchen Raum Honeckers Presse dem rumänischen Besuch beimißt. Ebenso interessant wird es sein, die Auswirkungen dieses Besuchs auf eine von materiellen Schwierigkeiten bedrängte rumänische Öffentlichkeit abzuwägen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Zu der Ankündigung eines möglichen Treffens zwischen Reagan und Gromyko bemerkt das Blatt:

Zur Stunde kann man offensichtlich eine von den Sowjets gestellte Falle nicht ausschließen. Sie brauchten nur irgendeine harmlose Erklärung des Weißen Hauses oder des Außenministeriums als Anlaß für die lautstarke Versicherung zu nehmen, daß die anti-sowjetische Einstellung der Regierung Reagan jeden Dialog mit den Amerikanern verbietet. Dasselbe Vorgehen hat bereits Erich Honecker für die Rechtfertigung der Verschiebung seiner Bonn-Reise gedient, und es ist nicht einzusehen, weshalb die Sowjets es nicht ihrerseits anwenden sollten, um so die Verantwortung für den Fehlschlag bei der Wiederaufnahme des Dialogs ganz auf die Amerikaner zu schieben. Das hätte schlechte Auswirkungen auf den Wahlkampf Ronald Reagans.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt spekuliert über die Haltung Moskaus:

Die Sowjets dürften zufrieden sein: das nervöse und undiplomatische Verhalten der Bonner Regierung und einer Reihe bundesdeutscher Politiker beim Thema Ostpolitik war ganz im Sinne des Kremls. Sowjetische Politik ist es nämlich, die eigenen Absichten zu verschleiern und die andere Seite zu verunsichern. Die daraus entstehende Schwäche sucht man dann für die eigenen politischen Ziele auszunutzen.

Mannheimer MORGEN

Die Zeitung sieht das angekündigte Treffen Reagan–Gromyko optimistisch:

Wer nach Honeckers und Schiwkows Absagen in Bonn gedacht hat, Gromyko werde nun Reagan einen Korb geben, hat sich getäuscht. Gromyko hatte das erste Signal für die Gesprächsbereitschaft der Kremlführung eigenhändig gesetzt, als er seine Reise zur UNO-Vollversammlung Ende September ankündigte und auf den Vorschlag des amerikanischen Kollegen Shultz einging, in New York sämtliche Probleme von der Rüstungskontrolle bis zu den regionalen Krisen in der Welt unter vier Augen durchzugehen. Eine größere Überraschung als sein Vorgesetzter lieferte gestern Kornienko, als er beiläufig mitteilte, Gromyko werde einer Einladung Reagans ins Weiße Haus folgen.

Wie sich die Bilder seit Léon Blums Zeit gleichen

Wieder behandelt die hinausgeworfene KP Sozialisten als Klassenfeinde / Von August Graf Kageneck

Wer den jüngsten Bruch zwischen Kommunisten und Sozialisten Frankreichs studiert, fühlt sich um Jahrzehnte zurückgeworfen. 1920 zerbrach die „Französische Sektion der Arbeiter-Internationale", bis dahin der II. Internationale angehörig, in eine kommunistische und eine sozialistische Formation, nachdem sich die Mehrheit der von Moskau initiierten III. Internationale angeschlossen hatte.

Schon damals finden sich in den „21 Punkten", in denen die Hauptstadt des Weltkommunismus die Kriterien der wahren Lehre festlegt, die Begriffe „Reformismus", „Rechtsabweichung" und „Zentrismus", mit denen noch heute über den „Klassenfeind" abgehandelt wird. Damals wie heute war es ein Bruch zwischen Nationalisten und Internationalisten, zwischen Demokraten und Marxisten. 1936, zur Zeit der Volksfront, schrieb der Kommunist Marty in der „Humanité", man könne nicht gegen den Faschismus kämpfen, ohne auch die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Heute kann man im selben Blatt lesen, daß der Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus auch ein Kampf gegen den mit ihm paktierenden bourgeoisen Sozialismus sein muß.

Zur Zeit des Schismas von 1920 war Mitterrand ein zweijähriges Kind. Er ist mit dem Bruch groß geworden, und er weiß, daß dieser Bruch nicht zu heilen ist. Gleichwohl hat er, wie sein großes Vorbild Léon Blum, versucht, die Kommunisten auf eine „sozialistische Politik für Frankreich" festzulegen. Aber das ging damals wie heute immer nur über eine begrenzte Wegstrecke, solange nämlich, wie die Kommunisten glaubten, die Sozialisten ihren Vorstellungen unterwerfen zu können.

Dabei hat es damals Reformen gegeben, die der „Arbeiterklasse" unbestreibare Vorteile brachten. Aber es waren Reformen, die mit maßlosen Überforderungen der Wirtschaft bezahlt wurden, sublimiert in dem primitiven Ruf nach der „Schröpfung der Reichen". 1936 mündete das Experiment in eine Art „New Deal" des Radikalsozialisten Daladier, fünfzig Jahre später in den ernüchterten Sozialismus des Sozialdemokraten Fabius. Jedesmal war die Rechnung, die Frankreich bezahlten mußte, schmerzlich hoch, 1940 sogar beinahe tödlich.

Das sollte künftige französische Linkspolitiker, die wie Blum und Mitterrand versucht sein könnten, den Sozialismus in Frankreich über ein Bündnis mit den Kommunisten zu verwirklichen, zur Vorsicht anregen. Im Überschwang des Sieges und der Gewißheit, daß das „Volk der Linken" von nun an niemals mehr das Zepter aus der Hand legen, eine „Alternanz an der Macht" nur noch innerhalb der Linken stattfinden werde, hatte man Sozialismus mit dem Holzhammer praktiziert und Frankreich an den Rand des Zusammenbruchs geführt.

Ginge es nach den Kommunisten (man lese die Rede des „Humanité"-Chefredakteurs Roland Leroy auf dem Fest seiner Zeitung nach), so müßte die bis 1982 verfolge Politik noch fortgesetzt werden, müßten die Löhne erhöht, die Sozialleistungen vermehrt, die künstliche Schaffung von Arbeitsplätzen betrieben und das alles über eine noch höhere Besteuerung der „Reichen" finanziert werden. Nur weil sich wirtschaftliche Vernunft gegen klassenkämpferische Verblendung durchsetzte, konnte das Steuer herumgerissen werden. Ob es nicht für die Sache der Linken insgesamt zu spät ist, wird die Zukunft zeigen. Auf jeden Fall aber war es das Ende der Linksunion und des Sozialismus in der Praxis überhaupt.

Die Sozialisten müssen jetzt in einer schwierigen Synthese von Marx und Fabius die Möbel zu retten versuchen. Für die Kommunisten beginnt eine neue Zeit des Ghettos, der Opposition „tous azimuths", in der sie sich immer am wohlsten gefühlt haben. Fest scheint schon zu stehen, daß sie nicht für den Fabius'schen Haushalt 1985 stimmen werden. Stürzen können sie die Regierung nicht. Aber sie können ihr das Leben schwer machen, in der Hoffnung wohl, auf diese Weise wieder, wie 1920, zur Mehrheitspartei zu werden und die „Reformisten und Rechtsabweichler" endgültig in die Hölle stoßen zu können.

Allerdings stehen sie vor einem, wie es in diesen Kreisen heißt, „Widerspruch", den sie wohl selber noch nicht begriffen haben. Sie operieren seit mehr als sechs Jahrzehnten in Frankreich als Partei, die das System wohl sprengen will und sich gewiß einer ausländischen Macht und nicht Frankreich verpflichtet fühlt; aber doch als Partei. Nur eben – nach ihrer Lehre sind sie nicht eine Partei wie jede andere, sie sind die Vertretung des Volkes schlechthin. Was ist aus diesem großartigen Anspruch im Alltagsgerangel mit den Sozialisten, im Auf und Ab der Wahlergebnisse geworden? Der Parteichef Marchais selber hat in seiner Absage an die Mitterrand-Partei erklärt, daß die Kommunisten nun „nicht mehr zur Mehrheit" gehören. Weiß er eigentlich, was er da eingestanden hat?

Ein nostalgischer Ausflug in eine Karriere

Auftritt des zweiten Hauptdarstellers im Prozeß um die „Hitler-Tagebücher": Gerd Heidemann ist weniger unterhaltsam als sein Mitangeklagter Konrad Kujau, doch seine Angaben sind viel präziser.

Von UWE BAHNSEN

Saal 231 des Hamburger Ziviljustizgebäudes, in dem seit dem 21. August gegen den früheren „Stern"-Reporter Gerd Heidemann, den Militaria-Händler Konrad Kujau und dessen Freundin Edith Lieblang verhandelt wird, wurde gestern erneut zum Schauplatz eines großen Medienspektakels: Der Vorsitzende der Großen Strafkammer 11, Hans-Ulrich Schroeder, hatte noch einmal die Erlaubnis für Foto- und Fernsehaufnahmen im Gerichtssaal gegeben, und diesmal stand Gerd Heidemann im Mittelpunkt des Blitzlichtgewitters.

Mit der Vernehmung des 52jährigen Journalisten, dem ebenso wie dem Fälscher Kujau Betrug vorgeworfen wird, ist das Verfahren endgültig zum Medienprozeß geworden, und entsprechend groß war gestern der Andrang der Berichterstatter. Heidemanns bisherige Aussagen zur Person und zur Sache waren betont ruhig, bei weitem nicht so farbig, dafür aber präziser und schlüssiger als Kujaus Darstellung.

In geraffter Form schilderte Heidemann dem Gericht seinen Weg in den Journalismus: Am 4. Dezember 1931 in Altona geboren, begann er nach dem Besuch der Volks- und Mittelschule 1947 eine Lehre als Elektriker. Er habe aber eigentlich Kameramann werden wollen, und so absolvierte er später eine Ausbildung als Fotolaborant und Fotograf und arbeitete anschließend als Pressefotograf für Agenturen und Tageszeitungen. Auf diese Weise habe er auch Kontakt zur Redaktion des „Stern" bekommen. Seinen ersten Auftrag von der Illustrierten habe er 1954 erhalten, als die Redaktion ihn zu einer Recherche nach Göttingen schickte. Dort habe er herausfinden sollen, ob der damalige chinesische Premier Zhou Enlai 1923 als Student mit einem Zimmermädchen namens Kunigunde Staufenbiel einen Sohn gezeugt habe.

Er habe, so gab Heidemann an, diese Sache an Ort und Stelle sehr schnell recherchiert und herausbekommen, daß es sich nicht um Zhou Enlai gehandelt habe, sondern um einen Chinesen namens Zhu Linggui. Nach Hamburg zurückgekehrt, habe er das in der Redaktion auch klipp und klar so berichtet. Der damalige Chefredakteur Henri Nannen aber habe kurz und bündig erklärt: „Zhou ist Zhu, und kurze Zeit darauf sei die Story dann unter der Überschrift „Zhou Enlais Sohn fiel für Deutschland" in der Illustrierten erschienen.

Der „Stern" hat demgegenüber vor kurzem in einem Vorbericht zum Prozeß behauptet, Heidemann habe damals nicht herausgefunden, daß der Chinese in Göttingen keinesfalls Zhou Enlai war.

Seit dem 1. September 1955 hat Heidemann seiner Aussage zufolge mit dem Status eines festen, freien Mitarbeiters vornehmlich als Fotograf bei aktuellen Reportagen mitgearbeitet. Einen Anstellungsvertrag bei der Illustrierten habe er im Januar 1960 erhalten. Damals habe er vor allem Fotos geliefert und sie auch „mehr schlecht als recht" beschriftet. Darüber hinaus habe er aber auch Recherchen-Berichte geschrieben, die dann in erfolgreiche „Stern"-Serien, wie „Deutschland Deine Sternchen", „Deutschland Deine Stimmchen" und ähnliche redaktionelle Unternehmungen, eingeflossen seien.

In einer Aussage unternahm Heidemann dann einen Streifzug durch zwei Jahrzehnte seiner journalistischen Arbeit für den „Stern" – vom Geheimnis um den Schriftsteller B. Traven, den er nach seiner eigenen Angabe in Mexiko aufspürte, über zahlreiche zum Teil brillante Reportagen aus den Krisengebieten in Afrika – für eine Bildreportage über die Grausamkeiten weißer Söldner 1964 im Kongo erhielt er den ersten Preis im „World Press"-Fotowettbewerb – bis zu jenem 27. September 1970 in der jordanischen Hauptstadt Amman, der dem Journalisten fast das Bundesverdienstkreuz eingebracht hätte: Heidemann hatte mit großem Mut und unter Lebensgefahr erreicht, daß sein damaliger Redaktionskollege Randolph Braumann und 16 andere Ausländer durch das Niemandsland zwischen den haßerfüllten Bürgerkriegsparteien in Sicherheit gebracht werden konnten. Nannen habe die Auszeichnung jedochverhindert.

Für die Zeit der NS-Herrschaft habe er sich, so Heidemann weiter, erst zu interessieren begonnen, als er 1973 auf die ehemalige Göring-Yacht „Carin II" gestoßen sei. Er habe das Schiff für 160 000 Mark erworben, um es nach einer Renovierung wieder zu verkaufen. Doch der Dampfer habe sich zu „einem Faß ohne Boden" entwickelt. Richter Schroeder kommentierte diese Feststellung mit der Frage: „Dann sind Sie damit wohl ins kalte Wasser gestürzt, denn Sie hatten ja nun ihr ganzes Geld dafür ausgegeben?" Darauf Heidemann: „Das war ich durch meinen Beruf gewöhnt. Da mußte ich immer Risiken eingehen."

Damals habe er auch begonnen, sich für die Geschichte des Schiffes zu interessieren, das nach dem Krieg der englischen Königin gehört habe, und zwar länger als seinerzeit Hermann Göring. Etwa 1975/76 seien dann durch Vermittlung eines Kollegen, der sich viel mit zeithistorischen Themen beschäftigt habe, auch die ersten Gesprächspartner auf das Schiff gekommen, die hohe Stellungen im NS-Staat bekleideten. Um dabei mitreden zu können, habe er sich die ersten Bücher über das Dritte Reich gekauft: „Ich wollte nicht immer nur Whisky einschenken."

Seitenhiebe auf den „Stern": Gerd Heidemann
FOTO: CORNELIA GUS/DPA

Ein Kind wird zum Spielball der Bürokratie

Wie schnell – und oft auch grundlos – in Schweden die Sozialbehörden Eltern ihre Kinder wegnehmen, erfuhr jetzt ein deutsch-israelisches Ehepaar. Ein Fallbeispiel.

Von R. GATERMANN

Ministerpräsident Olof Palme bedauerte es, daß er bei einer vor ein paar Monaten vom britischen Radiosender BBC über die ganze Welt ausgestrahlten Hörer-Fragestunde nicht nach der Situation der schwedischen Kinder, die in Behördengewahrsam genommen werden, gefragt worden ist. Dazu hätte er so viel positives Material vorlegen können, daß die vielen im Ausland veröffentlichten negativen Berichte zu diesem Thema völlig entkräftet und Schweden mal wieder als leuchtendes Beispiel herausgestellt hätte.

Eigentlich sollte Olof Palme jedoch froh sein, daß diese Frage ausblieb, denn in seinem Land hat sich auf diesem Gebiet nicht viel geändert. Es herrscht weiterhin die Willkür der Sozialbehörden, die es sich leisten können, Gerichtsurteile zu ignorieren, ihre Beschlüsse, Kinder zwangsweise den Eltern wegzunehmen, auf schwach unterbauten Zeugenaussagen basieren, und – dies trifft vor allem die schwedischen Eltern – keinerlei Rücksicht auf kulturellen Hintergrund und Traditionen nehmen.

Fast triumphierend verkündeten kürzlich die Behörden: In Schweden werden immer weniger Kinder zwangsweise aus ihren Familien geholt, um in Heimen oder bei Pflegeeltern untergebracht zu werden. Das ist richtig, aber gleichzeitig ist die Zahl der Fälle, in denen Eltern freiwillig dem Zugriff zustimmen, gestiegen.

Widerstand hat zunächst nur wenig Sinn

Wer aber weiß, mit welchen psychologischen Druckmitteln die Behörden hier vorgehen, welchen Paragraphendschungel sie hinter sich wissen und wie unfehlbar sie sich selbst fühlen, sieht schnell ein, daß es zunächst wenig Sinn hat, gegen diese Dampfwalze Widerstand zu leisten. Also stimmt man dem Pflegeplan „freiwillig" zu.

Eine Forschergruppe ging der Frage nach, wie es Kindern ergeht, die in behördliche Obhut genommen werden. In ihrem Ende dieses Sommers veröffentlichten Bericht stellt sie fest, daß in dem von ihr untersuchten Gebiet mehr als die Hälfte mindestens einmal umplaziert werden mußte, gut ein Viertel war zwischen mindestens vier Pflegeeltern herumgeschoben worden. In einigen Fällen waren es sogar zehn und mehr.

Die Soziologen kritisierten scharf die Arbeitsweise der Sozialbehörden: Sie suchten nur unzureichend nach Möglichkeiten, den Kindern innerhalb ihrer richtigen Familien zu helfen, sie wendeten sich vor ihren Entscheidungen nur selten an außenstehende Experten (Schule, Kindergarten, Psychologen), und ihre Beschlußgrundlage sei häufig unvollständig. Die Forscher schreiben weiter: In mehreren Fällen seien die Verhältnisse in der neuen Familie erst an dem Tag eingehender untersucht worden, als das Kind dort eintraf. Vereinzelt sei dies allerdings auch danach geschehen.

Ein Fall, der die ganze behördliche Machtvollkommenheit und die schwache Position der Eltern deutlich macht, spielt sich derzeit in der Stockholmer Vorstadt Haninge ab. Der Vater, deutscher Staatsbürger und 25 Jahre alt, kam 1975 nach Schweden, die gleichaltrige Mutter ist Israelin, die gemeinsame Tochter wurde im Juli vier Jahre alt. Mitte Mai meldete sich das Sozialamt bei ihnen, es lägen Zeugenberichte vor – weitgehend anonym –, daß das Kind hauptsächlich vom Vater mißhandelt und sexuell mißbraucht werde sowie fast völlig isoliert lebe und von den Eltern öfters alleine zu Hause gelassen werde. Man fordert eine ärztliche Untersuchung. Den Eltern schwant Böses, sie reisen mit ihrer Tochter nach Hamburg, wo plötzlich die von den Schweden alarmierte Polizei vor der Hoteltür steht.

Nach einem Besuch beim Kinderarzt (Professor) kehrt die Familie nach Haninge zurück, um die Angelegenheit mit den Behörden ins reine zu bringen. Dort war aber bereits die Zwangseinweisung in ein Kinderheim beschlossen worden.

Die Tatsache, daß der deutsche Arzt keinerlei Zeichen körperlicher Gewaltanwendung feststellte und den Eindruck gewinnt, daß „das Wesen des Kindes deutlich gegen ein gestörtes Verhältnis zu seinen Eltern spricht", kümmert das Sozialamt nicht. Es gibt stattdessen zu verstehen, daß sich jeder solch eine Bescheinigung beschaffen könne. Die Eltern gehen zu einem schwedischen Arzt, der zu dem Schluß kommt: „Die Patientin ist völlig gesund ... Sie zeigt kein Zeichen äußerer Gewalt ... Bei diesem einzigen Kontakt mit dem Kind und den Eltern ergeben sich keinerlei Anhaltspunkte für ein gestörtes Verhältnis zwischen dem Kind und den Eltern."

Nun stammt dieses Attest von einem Privatarzt und nicht von dem behördlich verordneten Krankenhaus, also wird es ebenfalls beiseite geschoben.

Die Eltern tun schließlich dem Sozialamt den Gefallen und gehen ins Krankenhaus Huddinge. Fast fünf Tage wird das Mädchen untersucht. Keinerlei Spuren von Mißhandlung. In dem Bericht heißt es weiter: „Das Mädchen ist freundlich, offen und spricht gut. Es wirkt nicht schüchtern und kommt schnell in Kontakt mit Erwachsenen. Etwas schwieriger ist es mit dem Kontakt zu anderen Kindern, die es gerne dominieren will."

Das Kind wird dennoch sofort nach dieser Untersuchung in ein Kinderheim gebracht, das rund vierzig Kilometer von der Wohnung entfernt liegt, was eine Reisezeit von günstigstenfalls eineinhalb Stunden bedeutet. Die Eltern geraten in einen Konflikt: Sollen sie der Aufforderung der Behörde folgen, die will, daß die Mutter bei der Tochter wohnt, dem Vater dies jedoch untersagt, weil „er so dominant ist". Oder sollen die Eheleute zusammenbleiben, um gemeinsam für die Rückkehr ihrer Tochter zu kämpfen? Sie entscheiden sich für den zweiten Weg.

Bei einem Heimbesuch bemerken die Eltern an ihrer Tochter verschiedene Schürf- und eine tiefere Wunde. Eine von ihnen geforderte ärztliche Untersuchung schließt die Richtigkeit der Aussage des Kindes, daß es von der Zigarette eines Pflegers verbrannt worden ist, nicht aus.

Das Kind muß aber im Heim bleiben. Erst nachdem Gerichte in zwei Instanzen entschieden, daß das Mädchen zu Unrecht den Eltern weggenommen worden ist und die Anklage auf mangelhaften Beweisen basierte, darf das Kind wieder nach Hause.

In Schweden werden verhaftete Personen oft erst nach gut einer Woche einem Richter vorgeführt. Für diese lange Frist ist es von der Europäischen Menschenrechtskommission kritisiert worden, sie soll deswegen auf vier Tage verkürzt werden. Für die Zwangsversorgung von Kindern gibt es dagegen keinerlei derartige Prüfungstermine. Hier haben die Behörden freie Hand, wie die Klage der Eltern behandelt wird. Und das kann mehrere Wochen dauern, in denen das Kind jedoch im Gewahrsam der Behörden bleibt, auch wenn diese in erster Instanz verlieren.

Flucht ins Ausland als einziger Ausweg?

Wer nun aber glaubt, daß das Sozialamt in Haninge jetzt die Hände von der Familie läßt, irrt sich. Es meint, die Gerichte hätten nur die unmittelbare Einweisung ins Heim mißbilligt, weswegen es jetzt versucht, sie auf „normalem Weg" zu erreichen. Da man mit dem Argument der vermeintlichen Mißhandlung bisher nicht weit kommen konnte, hebt man jetzt die angebliche Isolierung des Kindes stärker hervor. „Es war bisher völlig ohne Kontakte und tagsüber nur mit dem Vater zusammen."

Dieser ist als Freiberufler flexibel in seiner Arbeitszeit, die Mutter hatte eine feste Anstellung, die ihr jetzt fristlos „mit Einverständnis der Gewerkschaft" gekündigt wurde, weil sie unter den gegebenen Umständen zu häufig abwesend sein mußte.

Die Gerichte werden sich weiterhin mit diesem Fall beschäftigen.

Daß dies kein Einzelfall ist, zeigt ein zweites Beispiel: Birgitta Wolf, gebürtige Schwedin, aber seit vielen Jahren in Deutschland wohnhaft und als „Engel der Gefangenen" bekannt, berichtet von einer Mutter, deren Sohn im Alter von zehn Jahren zu Pflegeeltern gebracht wurde und den sie dann vier Jahre lang nicht sehen durfte. Er mußte sogar den Namen des Pflegevaters annehmen. Die Erfahrungen, die Birgitta Wolf machte, die auf Grund ihrer Autorität direkten Zugang zu Olof Palme und zur Gesundheitsministerin Gerdrud Sigurdsen bekam, beschrieb sie ausführlich in drei langen Artikeln in der Stockholmer Morgenzeitung „Svenska Dagbladet". Die Lösung dieses Falles kam, als der Junge seinem Pflegevater – die Pflegemutter hatte sich inzwischen von dem Mann getrennt – davonlief und sofort zu seiner Mutter nach Finnland weiterreiste.

Sollte die Flucht ins Ausland auch der einzige Ausweg für die deutsch-israelische Familie sein?

Gestatten, Schramm – vom Kurfürstendamm

Mit einem weinenden und einem lachenden Auge reagierten die 266 Unions-Abgeordneten auf einen neuen „Kollegen", der sich am Montag im Reichstagsgebäude in die vertrauliche Sitzung der Bundestags-Fraktion mit Kanzler Kohl geschmuggelt hatte. Der ungebetene Gast erwies sich glücklicherweise als harmlos.

Von H. R. KARUTZ

Mehrere Stunden saß der Neuling schon zwischen den urlaubsgestärkten Volksvertretern. Dann verschaffte sich der Berliner Hans-Jürgen Schramm („Ich bin vom Kurfürstendamm") seinen großen Auftritt: Fraktionschef Alfred Dregger rief ihn höflich auf: „Der Kollege dort hinten bitte!" Der ließ sich nicht lange bitten, sondern trat nach dem Motto „Frechheit siegt" ohne Lampenfieber vor das Mikrofon. Die Abgeordneten stießen sich an – ein Nachrücker vielleicht? Jedenfalls ein neues Gesicht.

Der Mann begann wie ein geübter Redner: „Ich möchte mich bei Präsident Barzel bedanken und einige Worte über das Problem abgasarmer Autos, die Sicherheitspolitik und Abrüstungsfragen an Sie richten." In diesem Moment stutzte der Fraktionschef und bat den Gast: „Stellen Sie sich doch bitte vor!" Was der Berliner Schramm vom Kurfürstendamm arglos tat.

Der Fraktionschef behielt die Fassung: „Wir befinden uns hier in einer geschlossenen Sitzung. Wer der Fraktion nicht angehört, kann hier nicht das Wort nehmen. Aber wir sind gern bereit, nach der Sitzung mit Ihnen weiterzudiskutieren." Und zur Erheiterung seiner echten Kollegen fügte Dregger mit einem vielsagenden Blick zur Decke, keine 20 Meter von der Ostberliner Mauer entfernt, hinzu: „Die uns hier abhören, werden nicht für möglich halten, daß es so etwas gibt!"

Den Abgeordneten verschlug die Mischung aus Frechheit und Selbstsicherheit des Hans-Jürgen Schramm die Sprache: „Mir fiel eigentlich nur auf, daß er bei den Reden von Kohl und Dregger fast immer an den falschen Stellen klatschte", sagte später ein CSU-Mann. Ein westfälischer Kollege wies auf einen Kunstfehler hin: „Hätte er sich nicht mit Namen vorgestellt, wäre sein Auftritt nicht so schnell zu Ende gegangen."

Die Sternstunde des Gastes begann mit einem vor Jahresfrist geschriebenen freundlichen Brief von Rainer Barzel: Schramm begehrte, um zum Traualtar zu schreiten, eine milde Gabe aus Bonn. Für „derartige Zwecke", lautete der artige Bescheid aus Bonn, seien leider keine Mittel vorhanden. „Wir wünschen Ihnen alles Gute für die Zukunft." Das Präsidentensiegel auf dem Brief wirkte bei den sonst äußerst zuverlässigen Zerberussen an den Reichstagstoren. Sie ließen den Mann passieren. „Er muß sich dann an einige Abgeordnete angehängt und durch eine der drei offenen Türen in den großen Sitzungssaal begeben haben", rekonstruierte gestern ein Fraktionssprecher den beispiellosen Vorgang.

Auch nach dem freundlichen Hinauskomplimentieren kam der nervenstarke Zaungast von den Unions-Matadoren nicht los: Als zehn Bundesminister und zwölf Staatssekretäre später auf Berlins Boulevards im strömenden Regen auf Volkes Stimme lauschten, begab er sich bei diesem Vorwahl-„Canvassing" abermals in Tuchfühlung zur Prominenz.

Gestern vormittag ging Bundestagspräsident Rainer Barzel auf den Vorgang ein und warnte vor dem Fraktionsplenum vor Übereifer: „Dies sollte uns keinen Anlaß geben, die Sicherheitsbestimmungen im Bundestag und im Reichstag zu verschärfen. Das Gebäude hier in Berlin soll auch in Zukunft ein offenes Haus für jeden Bürger bleiben."

Katalysator-Auto: Bayern warnt vor Alleingang

pp./DW. **München/Bonn**

Bayern *hat sich gegen einen* nationalen Alleingang der Bundesrepublik Deutschland zur Einführung abgasarmer *Katalysator-Autos entschieden.* Das Kabinett beschloß stattdessen gestern eine Entschließung für die *Sondersitzung des Bundesrates in* zwei Tagen, mit der nur noch eine Selbstverpflichtung der deutschen *Autohersteller auf einen Stufenplan* bis zum 31. Dezember 1988 angestrebt wird, falls die Verhandlungen mit der EG nicht zu einer verbindlichen Lösung in der Gemeinschaft führen.

Die SPD-regierten Länder Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen und Bremen wollen dagegen auf der *Sondersitzung am Freitag erneut den* Antrag zur Debatte stellen, vom 1. Januar 1986 an notfalls in einem nationalen Alleingang nur noch die Neuzulassung abgasarmer Autos zu erlauben. *NRW-Ministerpräsident* Johannes Rau kündigte an, er werde auch auf einer Abstimmung darüber *„bestehen".*

„Heß genoß Schutz des Völkerrechts"

dpa, **München**

Der frühere Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß soll nach Ansicht seines Münchner Rechtsanwalts Alfred Seidel bei seinem Flug nach Großbritannien im Mai 1941 deutscher Parlamentär *und daher nach der „Haager* Landkriegsordnung" völkerrechtlich geschützt gewesen sein. Mit diesem Argument hat der Anwalt einen neuen Anlauf zur Freilassung des 90jährigen unternommen. Der Jurist beantragte in einem gleichlautenden Brief an die vier Gewahrsamsmächte, *Heß als Parlamentär anzuerkennen* und ihn „unverzüglich in die Freiheit zu entlassen".

Deutsch-bulgarisches Wirtschaftstreffen

mk. **Bonn**

Die Sitzung der Gemischten Deutsch-Bulgarischen Wirtschaftskommission wird trotz der Absage des Besuchs des bulgarischen Staats- und Parteichefs Todor Schiwkow *planmäßig am nächsten Dienstag in* Bonn stattfinden. Auf bulgarischer Seite wird die Kommission von Außenhandelsminister Christo Christov geleitet, auf deutscher Seite von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann.

Unklar ist noch, ob es zu der für *Ende des Monats in Bonn* vorgesehene Tagung der Gemischten Deutsch-Sowjetischen Kommission nach dem Tode des stellvertretenden Ministerpräsidenten Leonid Kostandow kommen wird. *Moskau hat noch nicht* entschieden, ob für Kostandow, der die Delegation leiten sollte, ein Nachfolger *oder Vertreter benannt oder ob* die Sitzung verschoben werden soll.

Die Bundesrepublik ist der wichtigste westliche Handelspartner Bulgariens. Allerdings konnte das Volumen des gegenseitigen Warenverkehrs in den ersten sieben Monaten, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, *nicht ganz* gehalten werden. Es sank um 1,8 Prozent auf 849 Millionen Mark. Dabei gingen die Einfuhren aus Bulgarien um 28,6 Prozent auf 195 Millionen Mark zurück.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Im Ruhrgebiet blüht das politische Grün

Von WILM HERLYN

Das Ruhrgebiet – einst Motor der deutschen Wirtschaft, durch Krisen im Bergbau und Stahl aber schon längst nicht mehr auf Touren – ist so homogen nicht, wie vielerorts vermutet. Sogar Bayern entdecken die überraschende Vielfältigkeit des Reviers mit weiten, natürlichen Grünzonen, die so gar nicht in das herkömmliche Bild vom Ruß-Land passen.

Geändert hat sich auch die Sozialstruktur: In der Metropole Essen fördert *nur noch eine einzige Zeche, in* Dortmund sind es gerade noch zwei. Dort arbeiteten die Kumpel in der Blütezeit der Kohle noch auf 27 Pütts. Und die Stahlindustrie hat sich gesundgeschrumpft, wenn auch auf Kosten zweistelliger Arbeitslosenzahlen. Nur noch 16 Prozent der Dortmunder Beschäftigten zum Beispiel sind heute im Montanbereich tätig, dagegen 56 Prozent im Dienstleistungssektor. Dazu verändern neue Universitäten am Rand der Städte *Duisburg,* Essen, Bochum und Dortmund die Struktur der Bevölkerung.

Kein Wunder also, wenn sich auch die politische Landschaft zu wandeln beginnt. Noch gilt das Revier als Hochburg und Bastion der SPD *mit* absoluten Mehrheiten. Da tränen altgedienten Sozialdemokaten die Augen, wenn ihre Partei bei Wahlen einmal nicht die üblichen 56 sondern etwa nur 53 Prozent der Stimmen erhält. Und die CDU freut sich schon, wenn sie hier und da die 35-Prozentmarkt überspringt. Und schon immer waren die Liberalen als Bürgerpartei in eine dunkle Schattenecke gedrückt.

Was das Revier auszeichnete, waren aber die stabilen politischen Meinungen, die keine Extreme weder nach links noch nach rechts zuließen. Bisher jedenfalls. Doch spätestens seit der Europawahl ist dem optimistischsten Sozialdemokraten klar, daß die Grünen auch im Revier eine in vielen Orten *entscheidende Rolle* bei der Kommunalwahl am 30. September spielen werden.

In *Dortmund,* dem *„Herz der* SPD" (Herbert Wehner), wo traditionell die Sozialdemokraten weit über 50 Prozent der Stimmen erringen und die CDU bei knapp über 30 Prozent liegt, erzielten *die* Grünen bei der Europawahl auf Anhieb 8,6 Prozent und sind sicher, jetzt auch in das *Stadtparlament einzuziehen. Ober*bürgermeister Günther Samtlebe, der wie sein Bezirkschef vom westlichen Westfalen, Hermann Heinemann, zu den gradlinigen konservativen *Sozialdemokraten zählt,* beeilte sich zu versichern, er werde korrekt mit den Grünen umgehen.

Koalitionen könnte er sich auch mit dieser Bewegung im Falle des Verlustes der absoluten Mehrheit kaum leisten, denn dies würde die seit Großväterzeiten verwobenen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der SPD nachhaltig und empfindlich stören. Denn dort stimmt noch das Bild, daß der Gewerkschaftssekretär mit dem Beitrag gleich den Obolus für die Partei einziehen kann – und in Dortmund geben immer noch die Arbeitnehmer aus der Montan-Industrie den Ton an. *Da* könnte es sich niemand leisten, sich mit dem Chef der konservativsten aller Gewerkschaften, der IG Bergbau und Energie *(IGBE), Adolf* Schmidt, anzulegen.

Aber Dortmund ist nicht überall. Zwar haben die Grünen in den drei Wahlkreisen des Essener Nordens



Landesbericht
Nordrhein-Westfalen

auf Kandidaten verzichtet und in einen anderen der DKP stillschweigend *das Feld überlassen. Aber den*noch fürchten dort die Sozialdemokraten um ihre absolute Mehrheit. Der Kandidat für das Oberbürgermeisteramt, der Bundestagsabgeordnete Peter Reuschenbach: „Es ist bezeichnend, daß die Grünen Alternativen ausgerechnet dort nicht kandi*dieren, wo nach ihren eigenen* Aussagen die Lebens- und Umweltbedingungen schwierig sind. Bezeichnend ist das Desinteresse der GAL an den überwiegend von gewerblichen Arbeitnehmern bewohnten nördlichen Stadtteilen".

Dennoch äußerten er und Otto Reschke, sein Vertreter *auf Bezirks*ebene und Kollege im Bonner Parlament, ernste Besorgnis. Der SPD-Sieg *in Essen sei keine* selbstverständliche Sache. Die Mehrheit stehe vielmehr auf des Messers Schneide.

Interessant aber ist auch der Blick auf die kleineren Städte im Revier. So formulierte SPD-Bürgermeister Willi Wessel, dessen Partei in Herten an große Mehrheiten gewöhnt ist: „Ich werde den Genossen Beine machen, die denken, die *SPD* wäre in Herten ein Selbstläufer". Denn seit 1975 bröckelt dort diese Mehrheit im*mer mehr ab. Von 56,2 im Jahr 1975* auf 54,9 Prozent 1979 und noch einmal Verluste bei der Europawahl mit 54,2 Prozent. Dagegen grünt es in Europas größter Bergbaustadt für die *Grünen, denn fast ohne Wahlkampf* schafften diese dort bei der Europawahl 6,8 Prozent.

In Datteln *dagegen sind die* Grünen schon im Stadtparlament und könnten – theoretisch – mit ihren fünf Sitzen und 18 CDU-Sitzen die 22 SPD-Vertreter überstimmen. Sicher wird *die SPD auch nach dem 30.* September stärkste Fraktion bleiben, aber die Grünen, die schon 1979 mehr als zehn Prozent der Stimmen errangen, wollen noch weiter aufholen.

„Castrop-Rauxel, du grüne Stadt im Ruhrgebiet" ist der Titel der vom Presseamt in diesem Jahr zur 1150-Jahrfeier *produzierten* Schallplatte. Auch Signal für die GAL, die zum erstenmal Ratssessel besetzen will? *Die komfortable Mehrheit der SPD* mit 56 Prozent wird wohl angekratzt werden und die CDU bei knapp unter *40 Prozent stehen bleiben. Und ob*gleich die Stadtfarben blau und gelb sind, die Traditionsfarben der FDP, so *ist eines ziemlich sicher:* Bei der Europawahl erreichten die Liberalen ganze zwei Prozent.

Zünglein an der Waage spielen – *diese Rolle* der *FDP* in *manchen* Gemeindeparlamenten auch im Ruhrgebiet wollen die Grünen übernehmen. *Und die SPD wird sich – verliert sie* tatsächlich in einigen Städten die absolute Mehrheit – mit der neuen Bewegung arrangieren müssen. Der Landesvorsitzende der SPD, Ministerpräsident *Johannes Rau,* für den auf Landesebene eine Koaltiion mit den Grünen „völlig undenkbar" ist, *hat den Untergliederungen seiner* Partei freie Hand gelassen und „will keine Empfehlung für ein bestimmtes Verhalten" geben.

Die Auguren werden aber mit wachsamen Augen vor allem das Abschneiden der *CDU* beobachten und gewichten. Denn am 30. September wird sich gerade im Revier erweisen, *ob die diesjährige Mühsal einer zwei*maligen „Tour de Ruhr" des CDU-Spitzenkanditaten im Landtagswahlkampf 1985, der Düsseldorfer Oppositionsführer Worms, Früchte trägt.

Überläufer lieferte Daten für Ost-Berlin

WERNER KAHL, **Bonn**

Einem Offizier der Ostberliner Geheimdienstzentrale ist in der vergangenen Woche die Flucht aus der „DDR" in den Westen gelungen. Bei dem 46jährigen Überläufer handelt es sich nach Angaben aus unterrichteten Kreisen um einen Oberleutnant des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Nach Informationen der WELT war der Flüchtling in der Registratur, Abteilung West, der Hauptverwaltung Aufklärung des Staatssicherheitsdienstes beschäftigt. Zwischen ihm und westlichen Sicherheitsstellen bestand offenbar bereits ein Kontakt, bevor er sich entschloß, die Fronten zu wechseln.

Offizielle Treffen zwischen Vertretern östlicher Behörden, Gewerkschaften, Parteien, Jugendorganisationen, Sportverbänden und Kulturinstituten sowie Wirtschaftsunternehmen mit Gästen aus dem Westen bereitet jeweils das Ministerium für Staatssicherheit vor. Der jetzt geflüchtete Stasi-Oberleutnant hatte die Aufgabe, Daten über die Besucher zusammenzustellen. Denn die vom Staatssicherheitsdienst überprüften „DDR"-Beauftragten erhalten das Wissenswerte über den beruflichen *Weg des Gastes, parteipolitische* Interessen und private Neigungen sowie alle persönlichen Daten. Zu diesem Kreis der beim Ministerium für Staatssicherheit registrierten Personen gehören *Schriftsteller, Jugend*funktionäre, medienpolitisch engagierte Westdeutsche, Künstler und *Kaufleute.*

Die Abteilung West der „DDR"-Geheimdienstregistratur gilt heute als *umfassendste zentrale* Datenbank in Deutschland. Es gebe keine Institution – von Regierungsstellen in Bonn bis zur Verwaltung der kleinsten Gemeinden –, die nicht von V-Leuten „abgeschöpft" werde, erfuhren die Vernehmer des Flüchtlings. Für Auskünfte würden in der Bundesrepu*blik auch Leute* eingesetzt *und* bezahlt, die in manchen Fällen gar nicht wüßten, daß sie für den „DDR"-Nachrichtendienst arbeiten.

Nach Angaben des Überläufers wurden nach der spektakulären Flucht des Geheimdienstlers Werner Stiller im Jahre 1979 aus der Abteilung Wissenschaft und Technikspionage Kommunikationsstränge geändert, personelle Umbesetzungen vorgenommen und für Panzerschränke neue Siegelbestimmungen erlassen.

Engere Kommunikation im Bonner Kanzleramt

Kohl läßt sich nicht zu Personalentscheidungen drängen

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Im Bundeskanzleramt haben sich *die Aufgeregtheiten über Pannen und* Informationsdefizite, die in der Sommerpause Schlagzeilen machten, gelegt. Gleichwohl versteht man in der Regierungszentrale die öffentliche Ankündigung von *Kohl,* die Gesprächsebenen innerhalb der Regierung und mit den Koalitionsfraktio*nen intensiver und lückenlos zu* gestalten als verbindlichen Auftrag.

In diesem Sinne hat es ein erstes Gespräch zwischen dem Chef des Kanzleramtes, Staatssekretär Schreckenberger und den drei „politischen" Staatsministern Jenninger, Vogel und Lorenz gegeben, deren Aufgabengebiet *durch den* Geschäftsverteilungsplan festgelegt ist. Die Verzahnung zwischen Administration und Politik, also die Umsetzung der politischen Konzeption und *Willensbildung* durch den Apparat, soll zunächst enger werden. Das bedeutet, daß an den wöchentlichen „Lagebesprechungen" bei Schreckenberger künftig auch die Staatsminister und nicht nur deren persönliche Referenten teilnehmen.

Dadurch soll sichergestellt werden, *daß sich ein „Fall Buschhaus"* nicht mehr ereignet. Staatsminister Jenninger fällt dabei von seiner Aufgabenstellung *her gesehen* eine Schlüsselstellung zu, denn er ist – neben der Deutschlandpolitik – für die Verbindungen zu den Fraktionen und zum Parlament zuständig. In der Diskussion um *das* Kraftwerk Buschhaus hatte die Kommunikation zwischen der Unionsfraktion und dem Kanzleramt in der *entscheidenden Phase,* in der Parlamentarier gewarnt hatten, nicht geklappt. Ob freilich alle Abteilungsleiter im Kanzleramt auf ihren Posten bleiben können, ist noch of*fen. Die Kritik* an den Ministerialdirektoren König (Innenpolitik) und Fischer (Organisation, Haushalt und Rechtspolitik) ist permanent.

Anzeichen für eine Ablösung von Staatssekretär Schreckenberger gibt es nicht. Gerüchte, er sei gesundheitlich angegriffen, waren von „interes*sierter Seite" gestreut worden. Kohl* läßt sich zu Personalentscheidungen nicht drängen und zum anderen hat er erkannt, daß Schreckenberger zum „Prügelknaben" für Unzulänglich*keiten in anderen Bereichen gemacht* werden sollte. Im Kanzleramt, so ist zu hören, wird es künftig pro Woche drei „Presselagen" geben, nachdem man festgestellt hat, daß die Regierungssprecher zu sehr von der „Hand in den Mund" leben müssen. Das Bundespresseamt mit seinen 700 Mitarbeitern soll künftig mehr für eine „perspektivische Darstellung" der Regierungspolitik tun und zugleich die Funktion eines „Frühwarnsystems" für politische Gefahrensituationen erfüllen.

Das wichtigste Instrument wird künftig freilich, was den Bereich zwischen Regierung und Fraktionen betrifft, das Koalitionsgespräch sein. Kohl will, daß sich die führenden Po*litiker der Union* und *der FDP* regelmäßiger treffen und offen Probleme erörtern. Zu diesen Begegnungen sollen mehr als bisher die „Experten" in den Fraktionen hinzugezogen werden, denn in der Vergangenheit hatte sich gezeigt, daß die Gesprächsergebnisse in der sogenannten „Elefanten*runde" häufig zu unpräzise geblieben* sind. Die Gespräche sollen, auch dies wäre neu, von der Administration vorbereitet werden, die dann auch die Ergebnisse in den politischen Entscheidungsprozeß termingerecht „einspeisen" soll. Bei Ministergesprächen, so ist vorgesehen, soll künftig *Protokoll geführt werden, nachdem* sich zum Beispiel in der Ausländerpolitik ergeben hat, daß Gesprächsergebnisse nicht eingehalten worden sind. Vorwürfe, die im Zusammenhang mit der Beschlußunfähigkeit bei einer Kabinettssitzung erhoben wurden, hält man im Kanzleramt für ungerechtfertigt: Unter Kanzler Schmidt seien bis zu elf Kabinettsitzungen pro Jahr so verlaufen.

Hessens Innenminister droht Wallmann mit disziplinarischen Maßnahmen

Der Konflikt um das Ausländerrecht verstärkt sich / Auch schärfere Töne gegenüber Bonn

JOACHIM NEANDER, **Wiesbaden**

Hessen *spitzt* seinen Konflikt um das Ausländerrecht mit der Bundesregierung und der Stadt Frankfurt zu. Innenminister Horst Winterstein (SPD) sprach gestern auf einer Pres*sekonferenz zum ersten Mal die* Möglichkeit an, gegen den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) „disziplinarische Maßnahmen bis hin zur Beurlaubung" zu ergreifen.

Wallmann weigert sich bekanntlich, die hessischen Erlasse zur Erleichterung *des Nachzugs von Fami*lienangehörigen und des Aufenthaltsrechts sowie die Erschwerung der Ausweisung zu vollziehen, weil sie nach seiner Ansicht gegen Bundesrecht verstoßen.

Auch gegenüber Bonn schlug Winterstein schärfere Töne an als bisher. *Außenminister Genscher (FDP),* sagte er, weigere sich immer noch, den auswärtigen Vertretungen der Bun*desrepublik neben den seit* 1981 geltenden Empfehlungen der Bundesregierung auch die abweichenden hessischen Erlasse als Rechtsgrundlage für eine Visa-Erteilung vorzuschreiben. „Wir werden noch *einmal* entscheidend insistieren", sagte Winterstein. „Das Auswärtige Amt leistet in *diesem Fall nur* Amtshilfe für die hessischen Ausländerbehörden. Die Empfehlungen der Bundesregierung von 1981 sind kein die Länder bindendes Bundesrecht, was u. a. auch das Verwaltungsgericht in *Mannheim* festgestellt hat."

Für den Fall, daß deutsche Bot*schaften oder Konsulate* ausländischen Antragstellern, die nach hessischem Recht einen Anspruch auf die Einreise hätten, diese weiterhin verweigern, kündigte der Minister eine weitere hessische Spezialregelung an: Man werde auch solche Ausländer, die nur mit einem Touristenvisum hier erscheinen (also eigentlich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen), so behandeln, als wenn sie ein nach hessischem Recht reguläres Einreisevisum bekommen hätten. In einzelnen Härtefällen habe auch der Verwaltungsgerichtshof in Kassel und sogar der bayerische Innenminister die Bestimmungen so gehandhabt. Außerdem wies Winterstein zurückgewiesene Ausländer auf die Möglichkeit einer Klage gegen die Bundesrepublik vor der Europäischen Menschenrechtskommission hin.

Zu seiner Auseinandersetzung mit dem Frankfurter Oberbürgermeister sagte der Minister: „Ich habe dem *Fernsehen entnommen, daß* Herr Wallmann sich an die ihm vom Regierungspräsidenten vorgeschriebene Berichtspflicht über jeden Einzelfall nicht gebunden ‚fühle'. Ich weiß nicht, was hier ‚fühlen' bedeutet. Aber wenn ein Beamter sich entgegen der Anweisung einer übergeord*neten Stelle weigert, auch nur zu* berichten, dann halte ich das für ungeheuerlich." Eigentlich müsse schon diese öffentliche Ankündigung ein disziplinarisches Ermittlungsverfahren gegen *Wallmann* auslösen. Winterstein betonte in diesem Zusammenhang noch einmal, daß Wallmann *in dieser Sache – Ausländerrecht* sei Polizeirecht – nicht als kommunaler Wahlbeamter, sondern als für die Polizei seiner Stadt zuständiger Untergebener des für die gesamte Polizei des Landes zuständigen Innenministers handele.

Nach dem Erlaß über die Erhöhung des *sogenannten* Nachzugsalters von 16 auf 18 Jahre, der schon seit Juli in Kraft ist, stellte Winter*stein jetzt drei weitere Erlasse zur* Lockerung des Ausländerrechts in Hessen vor. Sowohl die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis, als auch die einer Aufenthaltsberechtigung soll erleichtert werden. So soll die Aufenthaltsberechtigung für Ausländer schon nach fünf (bisher acht) Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik möglich sein. Verlangt wird dazu allerdings von den Antragstellern der Nachweis von Deutschkenntnissen, die „über Grundkenntnisse hinausgehen". Zeugnisse darüber sollen *Schulen* und *andere* Institutionen ausstellen.

Die Aufenthaltserlaubnis soll künftig in Hessen auch dann verlängert werden, wenn der Antragsteller seinen Unterhalt weder aus Arbeit, noch aus Arbeitslosengeld bestreiten kann, also der Sozialhilfe zur Last fällt.

Weit auseinander gehen die Ansichten darüber, wie die neuen hessischen Erlasse sich in der Praxis auswirken werden. Innenminister Winterstein legte einige Zahlen vor.

Die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik und in Hessen geht danach seit 1982 kontinuierlich zurück. Von den 511 727 Ausländern in Hessen ist ein Fünftel Bürger eines EG-Landes, also von vornherein aufent*haltsberechtigt. Auch in Frankfurt* ist nach Wintersteins Angaben die Ausländerzahl seit 1982 von 138 000 auf 134 000 zurückgegangen.

Was die Erhöhung des Nachzugsalters betrifft, so empfangen nach Wintersteins Angaben in Hessen zur Zeit 1600 (davon 600 türkische) Väter oder Mütter Kindergeld für ihre Kinder im Alter zwischen 16 und 18 Jahren, die noch in der Heimat leben. Dies sei also die Höchstzahl der noch zu erwartenden Nachzügler. Auch die Zahl der noch zu erwartenden Ehefrauen werde in der gesamten Bundesrepublik „die 70 000 kaum über*steigen".*

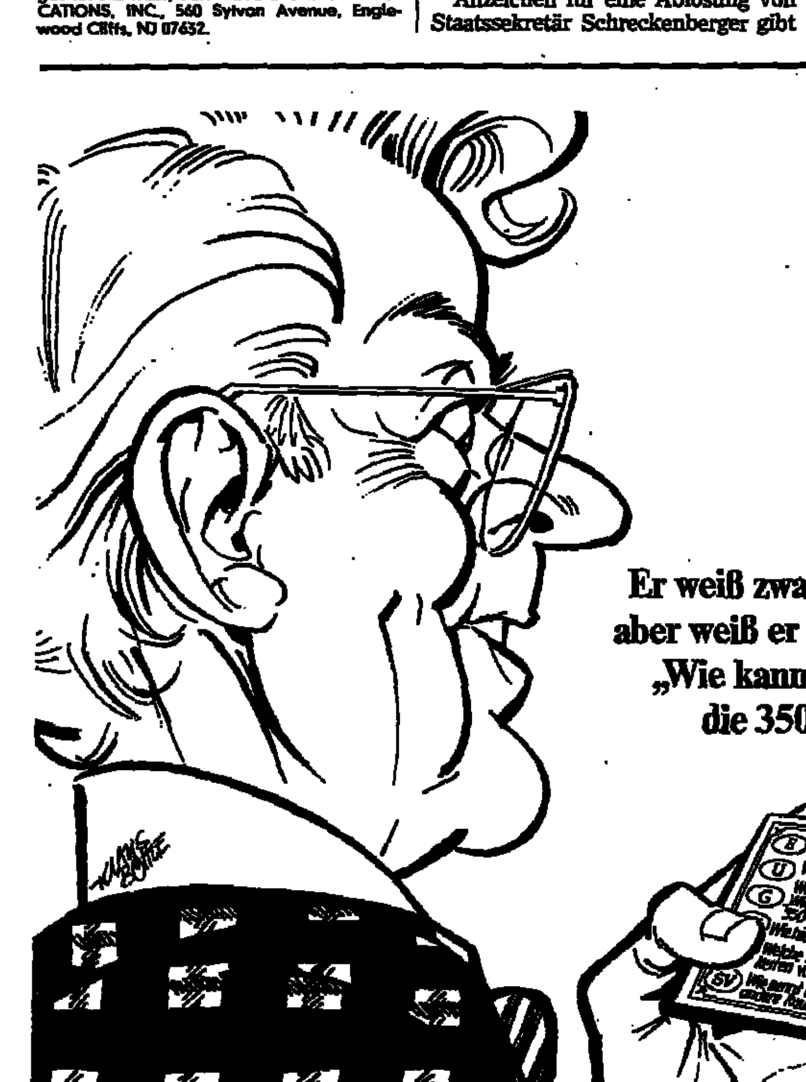
Demgegenüber spricht Oberbürgermeister Walter Wallmann von ei*ner „gefährlichen Verunsicherung".* Schon jetzt müsse er Anzeichen registrieren, daß Türken eine Übersiedelung nach Frankfurt nicht nur aus dem wirtschaftlich schwächeren Norddeutschland, sondern auch aus den konjunkturbegünstigten Regionen in Baden-Württemberg und Bayern planen. Dies sei eindeutig auf die „Sogwirkung" der hessischen Erlasse zurückzuführen.

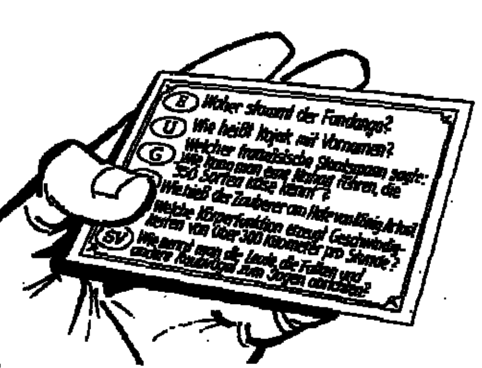
ARD verordnet Engelkes und Gruber „Abstinenz"

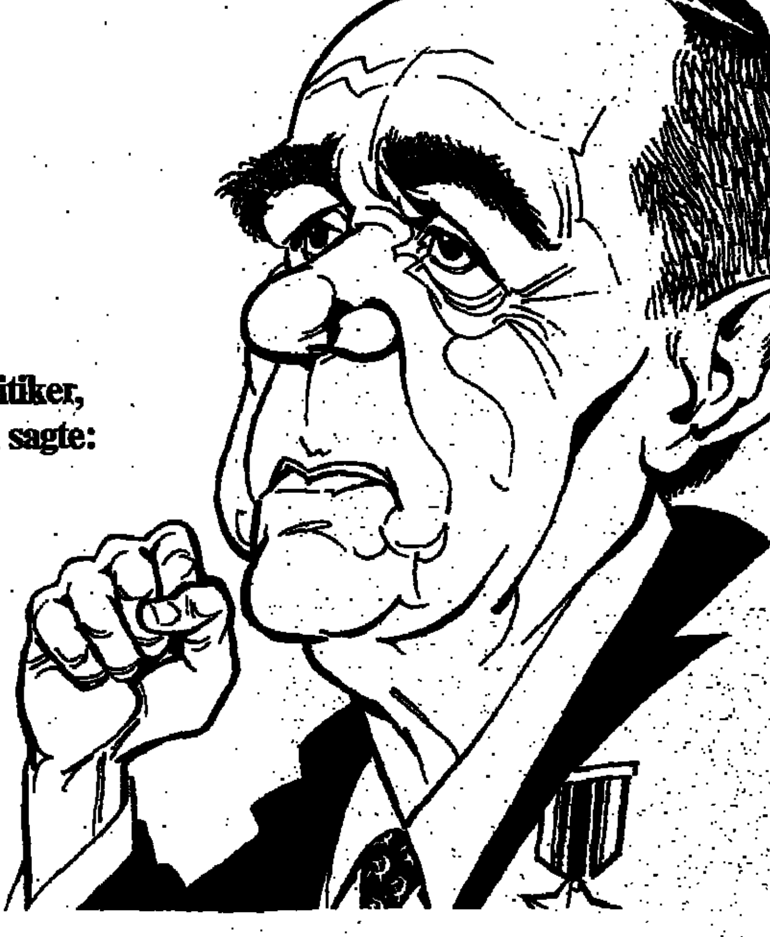
DW. **Hamburg**

Die Chefredakteure von „ARD Aktuell", Edmund Gruber und Heiko Engelkes, dürfen vom 23. September bis Jahresende nicht mehr als Moderatoren der „Tagesthemen" fungieren. Engelkes bestätigte gestern der WELT, *daß ihm und Gruber eine* „mündliche Information" darüber zugegangen sei. Die Programmdirektoren der ARD hätten *„eine gewisse* Abstinenz" nahegelegt. Engelkes schloß nicht aus, daß dies auch für 1985 gelten könne.

Kenner der ARD-Szene vermuten, daß sich die Entscheidung vornehm*lich* gegen Gruber *richtet.* Der SPD mißfällt der Moderationsstil des der Union zugerechneten Fernseh-Journalisten. Gruber hatte jüngst Kritisches über die Streiks in der Druck- und Metallindustrie gesagt und war für diese Bemerkungen von sozialdemokratischer Seite scharf kritisiert worden. In der Runde der ARD-Programmdirektoren sind die SPD-Sympathisanten mit 7:2 in der Mehrheit.











Mondales Roßkur gegen das Haushalts-Defizit

Drastische Steuererhöhungen im Falle eines Wahlsieges

SIEBERT/SCHULZ, Washington

Die Auseinandersetzung über den Abbau der zinstreibenden riesigen Haushaltsdefizite ist in den Mittelpunkt des Wahlkampfes in den USA gerückt. Der demokratische Präsidentschaftskandidat Walter Mondale hat jetzt den Stier bei den Hörnern gepackt und seine fiskalpolitischen Pläne für den Fall eines Einzugs ins Weiße Haus offengelegt. Sie sehen Steuererhöhungen um 85 Milliarden Dollar (rund 255 Milliarden Mark) in vier Jahren vor. Außerdem sollen bis 1989 rund 46 Milliarden Dollar eingespart werden. Dadurch will Mondale das dann auf 263 Milliarden Dollar veranschlagte Budgetminus um zwei Drittel reduzieren.

Im einzelnen würde Mondale dem Kongreß im kommenden Frühjahr eine Hinausschiebung der am 1. Januar in Kraft tretenden Indexierung der Einkommensteuer, eine 15prozentige Mindestkörperschaftssteuer und eine Zusatzsteuer von zehn Prozent für Verheiratete mit einem Jahreseinkommen von 100 000 und Ledige mit einem Verdienst von mehr als 60 000 Dollar vorschlagen. Amerikaner, die mehr als 60 000 Dollar im Jahr einnehmen, verlieren die 1983 erfolgte dritte Einkommensteuerkürzung um zehn Prozent. Nicht belastet würden Einkommen bis 20 000 Dollar, bis zu 30 000 Dollar müßten jährlich 95 Dollar zusätzlich abgeführt werden. Überdies sollen die Verteidigungsausgaben real nicht um sechs bis sieben, sondern nur um drei bis vier Prozent jährlich zunehmen. Dadurch würden etwa 25 Milliarden Dollar bis 1989 eingespart. Zum Teil scharfe Schnitte plant der Demokrat zudem in der Gesundheitsfürsorge und bei der Einkommenssicherung der Landwirte.

Reagan schweigt lieber

War Mondale kühn oder tollkühn, als er seine Pläne für Steuererhöhungen zum Abbau der Rekorddefizite im Bundeshaushalt präsentierte? Darüber streiten sich inzwischen die Experten, während der eigentlich angesprochene Reagan im Angesicht seiner haushohen Führung in allen *Meinungsumfragen äußerste* Gelassenheit demonstriert: „Nichts Neues", sagte er zu den Vorschlägen Mondales. Und durch seinen Pressesprecher Larry Speakes ließ er verkünden, daß das Weiße Haus nicht die Absicht habe, in ähnlich detaillierter Form wie Mondale darzulegen, wie man sich die Bewältigung der schwierigen Haushaltssituation in den nächsten vier Jahren vorstelle.

Unter Präsident Reagan kam es in den letzten Jahren zu einer 25prozentigen Verringerung der Einkommensteuerbelastung für alle Steuerzahler. Dieser Verzicht auf der Einnahmenseite bei gleichzeitiger drastischer Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf der anderen Seite hatte die Staatsschulden um bisher unvorstellbare Beträge erhöht, was politisch um so schwerer wiegt, als der Kandidat Reagan im Wahlkampf des Jahres 1980 versprochen hatte, die Haushaltsdefizite bis 1983 zu beseitigen.

Bald Mehrwertsteuer?

Für Beobachter ist klar, daß der amerikanische Präsident, wie immer er auch heißen mag, im nächsten, spätestens aber im übernächsten Jahr neue Steuerquellen erschließen muß, wenn katastrophale Folgen abgewendet werden sollen. Das auf dem Parteikonvent der Republikaner in Dallas beschlossene Wahlprogramm enthält allerdings eine ausdrückliche Absage an Steuererhöhungen jeglicher Art. Reagan hat sich bisher auf den Standpunkt zurückgezogen, daß zunächst weitere Abstriche an den Haushaltsausgaben geplant seien und daß Steuererhöhungen „nur als letzte Zuflucht" in Frage kämen.

Weder der Präsident noch seine Berater sehen einen Nutzen darin, schon jetzt darzulegen, ob man den Wählern nach der Wahl neue Opfer auferlegen will oder nicht. Und angesichts des großen Vertrauens, das Reagans Amtsführung generell genießt, dürfte eine solche Taktik auch keine allzu großen Nachteile für mitsichbringen.

Unbestritten ist, daß auch das dem Weißen Haus zugeordnete Budgetamt längst an Plänen arbeitet, die eine Verbesserung der Staatseinnahmen, Steuererhöhungen mit anderen Worten, vorsehen. Denn auch die Reagan-Experten haben mittlerweile die Vorstellung aufgeben müssen, daß das erhoffte weitere Anwachsen der Volkswirtschaft für ausreichend hohe Steuereinnahmen sorgen würde, um die vom Präsidenten verfügten (und vom Kongreß beschlossenen) hohen Ausgaben auf dem Gebiet der Verteidigung wettzumachen. Überlegt wird unter anderem, ob nun auch in Amerika die in der Europäischen Gemeinschaft übliche Mehrwertsteuer als neue Einnahmequelle eingeführt werden könnte.

Verhältnis von Kirche und Staat – in Amerika ein Wahlkampfthema

Warum sich Mrs. Ferraro mit New Yorks Erzbischof anlegte

„Eine Frau, eine Kongreßabgeordnete, eine Amerikanerin italienischer Abstammung, eine Vizekandidatin aus New York – alles Pluspunke für uns." So sprach Jesse Jackson, der selber gerne die Demokraten in den Wahlkampf geführt hätte, über Geraldine Ferraro. FOTO: UPI

TH. KIELINGER, Indianapolis

Einen öffentlichen Streit mit der katholischen Hierarchie hat die Vizepräsidentschaftskandidatin der amerikanischen Demokratischen Partei, Geraldine Ferraro – sie ist selber Katholikin –, in dieser Woche beizulegen versucht; dabei wurde erneut deutlich, wie im Wahljahr 1984 in den USA Religion und Politik als zwei Pole einer verschärften Debatte hervorstechen.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen Mrs. Ferraro und dem Erzbischof von New York, Joseph O'Connor, steht die Abtreibungsfrage. Um dieses Thema hatte der profilierte Prälat bereits mit dem New Yorker Gouverneur Mario Cuomo einen erhitzten Strauß ausgefochten.

In den Augen des Erzbischofs machen sich Katholiken, die im öffentlichen Leben stehen, wie Cuomo oder die Ferraro, einer „Irrationalität" schuldig, wenn sie ihre moralisch begründete Ablehnung der Abtreibung nicht auch dazu benutzen, andere Menschen von dieser Praxis abzubringen und auf eine Änderung der amerikanischen Gesetzgebung, die Abtreibungen in bestimmten Fällen zuläßt und mit Bundesmitteln unterstützt, hinzuarbeiten. Eine moralisch böse Tat, die „privat" abgelehnt werde, könne der Katholik nicht „öffentlich" sanktionieren oder dulden. O'Connor ging so weit, rhetorisch zu fragen, wie ein Katholik überhaupt „mit gutem Gewissen" für einen Kandidaten stimmen könne, „der die Abtreibung ausdrücklich unterstützt".

Gouverneur Cuomo nahm an diesem Satz Anstoß und schoß zurück: Damit sage der Erzbischof praktisch, Katholiken könnten nicht mehr für einige der höchsten Beamten der Stadt und des Staates New York stimmen; dies gelte für den Gouverneur (also ihn selber) und den New Yorker Bürgermeister Koch. Sie alle hätten als Mandatsträger für die Aufrechterhaltung der gültigen US-Gesetze einzustehen – und damit auch für die Abtreibungsgesetzgebung.

Der streitbare Prälat nahm sich nun am Sonntag Walter Mondales Vizepräsidentschaftskandidatin vor, der er auf einer Pressekonferenz vorwarf, die Haltung der Kirche zur Abtreibung fälschlicherweise als „nicht monolithisch" dargestellt zu haben. Im Gegenteil, so bekräftigte O'Connor: „Es gibt keine Varianten, keine Flexibilität, keinen Ausweichraum in der Lehre der katholischen Kirche zur Abtreibung."

Das war für die auf Wahlreise kämpfende Ferraro offensichtlich zu viel. Den ganzen Montag über versuchte sie aus Kentucky und anderen Staaten des Mittleren Westens mit dem Erzbischof in Kontakt zu treten, bis sie ihn endlich von Indianapolis aus erreichte.

In dem 20minütigen einigermaßen heftig geführten Gespräch dementierte Mrs. Ferraro gegenüber dem Kirchenfürsten, „die Lehren der Kirche jemals falsch dargestellt zu haben – weder in schriftlichen Texten noch im gesprochenen Wort", wie sie in einer der mitreisenden Presse ausgehändigten Erklärung festhielt. Die Behauptung des Erzbischofs fußte offensichtlich auf einem Schreiben der Ferraro an ihre katholischen Kongreßkollegen aus dem Jahre 1982, in dem sie zu einer Gesprächsrunde über kontroverse Themen im Zwischenbereich von Regierung und Staat eingeladen hatte.

Zur Frage der Abtreibung, so hatte Geraldine Ferraro damals geschrieben, gebe es „unter den Katholiken keine monolithische Meinung". Damit gab sie, wie sie dem Erzbischof zur Selbstverteidigung entgegnete, nur die allgemein bekannte Tatsache wieder, daß im Kirchenvolk zu bestimmten Fragen der Moral eine mit den Lehren der Kirche nicht immer übereinstimmende Meinung herrsche. Keinesfalls habe sie mit dieser Bemerkung eine Aussage über die Kirchenlehre machen wollen.

In ihrem offiziellen Statement nach dem Telefonat bekräftigte Mrs. Ferraro noch einmal das Recht einer Katholikin im öffentlichen Leben, ihrer Mandatspflicht nachzugehen. „Meine erste Pflicht besteht gegenüber der Verfassung der Vereinigten Staaten, die die Freiheit von Religionen garantiert. Ich kann diese Pflicht nicht erfüllen, wenn ich meine eigene Religion anderen Amerikanern zu oktroyieren versuche. Ich bin entschlossen, diese meine Pflicht als Person mit öffentlichem Auftrag fortzusetzen."

Die Berater der Ferraro hoffen, nach dieser Klarstellung das leidige Thema erst einmal abgeschüttelt zu haben. Die Kandidatin aus Queens zeigte in dem Streit mit Erbischof O'Connor erneut ihren starken Willen und Kampfgeist, der ihr bereits in den Jahren ihres Aufstieg über viele Widerstände hinweggeholfen hat. Darüber hinaus wurde erneut deutlich, wie scharf die Meinungen über die Trennung von Kirche und Staat in den Vereinigten Staaten von Amerika aufeinanderprallen und daß die Verteidiger der strengen Verfassungsauslegung auch nicht davor zurückschrecken, selbst ihre eigene Kirchenleitung zu kritisieren, wenn sie glauben, daß die Oberhirten die Grenze überschreiten.

Ähnlich scharfe Kritik hat Präsident Ronald Reagan kürzlich ausgelöst, als er sich zum Vertreter eines moralischen Programms fundamentalistischer Prediger machte.

Seite 2: Nicht mehr papistisch

Interview mit Mischnick als Signal Bukarests?

AP, Bukarest

Zwei Tage nach der Absage des *Bonn-Besuchs des bulgarischen* Staats- und Parteichefs Todor Schiwkow hat die rumänische Tageszeitung „Romania Libera" gestern ein Interview mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick veröffentlicht. Die Veröffentlichung des Interviews, das sich mit dem geplanten Besuch des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceausescu in der Bundesrepublik Deutschland befaßt, zu diesem Zeitpunkt wurde von politischen Beobachtern in Bukarest als neuer Anhaltspunkt dafür gewertet, daß Ceausescu wie geplant Mitte Oktober nach Bonn kommen wird.

In dem Interview erklärt Mischnick, er betrachte den Besuch Ceausescus als *„notwendig und wichtig"*. Er sei ein neuer Beweis für den Wunsch beider Seiten, ihre gegenseitigen Beziehungen weiterhin zu intensivieren. Die gegenwärtige mangelnde Kommunikation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mache es notwendig, daß die führenden Politiker kleiner und mittlerer Länder weiter in Kontakt bleiben und die Fäden untereinander enger knüpften. „Romania Libera" ist das Organ der Front für Demokratie und sozialistische Einheit, der Dachorganisation aller Massenorganisationen unter Führung der Kommunistischen Partei.

Mischnick hatte sich im August in Rumänien aufgehalten und auch mit Ceausescu Gespräche geführt. Am Montag hatte ein Sprecher der rumänischen Botschaft in Bonn erklärt, an den Besuchsplänen Ceausescus habe sich nichts geändert.

Machtzuwachs für Äthiopiens Präsident

AFP/rtr, Addis Abeba

Das Politbüro der neugegründeten äthiopischen Arbeiterpartei (PTE) hat auf seiner ersten Sitzung Staatspräsident Mengistu Haile Mariam einstimmig zum Generalsekretär der Partei gewählt. Mit der Parteigründung ist in Äthiopien nach zehnjähriger provisorischer Militärherrschaft jetzt offiziell der Weg zu einer zivilen *Regierung* beschritten *worden*. Gleichzeitig wird durch die neue marxistische Einheitspartei auch die Zugehörigkeit des strategisch wichtigen Landes am Horn von Afrika zum sozialistischen Lager offiziell. Mit seiner Ernennung konnte Haile Mariam seine Stellung weiter ausbauen.

Zum 10. Jahrestag der äthiopischen „Volksrevolution" traf gestern auch „DDR"-Staatsratsvorsitzender Erich Honecker ein. Er folge einer Einladung des neuen Generalsekretärs, heißt es in der ADN-Meldung.

Moskaus Satelliten kuschen nicht länger

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Absage des Honecker-Besuches markiert zumindest vorläufig einen Schlußstrich unter eine der interessantesten und dramatischsten Auseinandersetzungen, die sich jemals zwischen Moskau und einem seiner bisherigen „Musterschüler" – in diesem Fall der SED-Führung in Ost-Berlin – vollzogen haben.

Wer die verklausulierte Sprache kommunistischer Reden und Artikel zu entschlüsseln vermag, konnte bereits seit Ende 1983 eine sich steigernde öffentliche Polemik zwischen den Sowjets, den Tschechoslowaken und zum Schluß auch den Polen einerseits – und der „DDR" sowie Ungarn andererseits konstatieren.

Auslösendes Moment für diesen Konflikt innerhalb des Ostblocks war die Stationierung amerikanischer Raketen im Zuge der Nachrüstung – und waren die von den Sowjets (übrigens ohne vorherigen Beschluß des Warschauer Pakts) eingeleiteten „Gegenmaßnahmen" auf dem Territorium der „DDR" und der Tschechoslowakei.

Honecker, ein Abweichler

Auf dem 7. Plenum der SED Ende November 1983 – wenige Tage nach dem Inkrafttreten des NATO-Nachrüstungsbeschlusses – gab Partei- und Staatschef Erich Honecker erstmals eine Erklärung ab, die sich in Ton und Inhalt klar von der Moskauer Linie unterschied. Honecker sprach von der Notwendigkeit, den „Schaden" zu begrenzen, der durch die NATO-Nachrüstung entstanden sei (eine Formulierung, die ihm noch Monate später von sowjetischer Seite übelgenommen wurde). Ferner sagte er, die sowjetischen Gegenmaßnahmen hätten keinerlei „Jubel" in der „DDR" ausgelöst.

Wörtlich: „Wir waren nie und werden nie Anhänger des Rüstungswettlaufs sein ... Als wahre Anhänger des Friedens lassen wir uns von dem alten Sprichwort leiten, daß es immer besser ist, zehnmal zu verhandeln als einmal zu schießen." Während Moskau bereits eine Weltuntergangs- und Abbruchsstimmung verbreitete, sagte Honecker, es sei notwendig, die „Weltsituation zu beruhigen und extreme Reaktionen zu verhindern".

Anders als jetzt, da die „DDR"-Medien die angebliche Kampagne in der Bundesrepublik und das Dregger-Interview in der WELT als Vorwand für die Absage vorschieben, war Honecker damals im November gegenüber den, wie er sagte, „Sonntagsreden" und anderen kritischen Erklärungen Bonner Politiker und Medien zum Thema „DDR" und zur deutschen Frage weitgehend unempfindlich. Man kenne solche Reden schon seit dreißig Jahren, sagte er vor dem Plenum. Man solle das nicht überschätzen, weil dadurch die „Realitäten" ohnedies nicht zu ändern seien. Vor Tische las man's damals also anders.

Wenige Wochen später erhielt der SED-Chef Schützenhilfe aus Budapest. In der ungarischen ideologischen Parteizeitschrift „Tarsadalmi Szemle" nahm im Januar 1984 ZK-Sekretär Matyas Szürös zur Frage der „nationalen und internationalen Interessen" im kommunistischen System Stellung.

Szürös – ein kommender Mann in der jüngeren Kadar-Garnitur – stellte eine für Ostblockverhältnisse ungewöhnliche, ja, aus orthodox-leninistischer sowjetischer Sicht, beinahe ketzerische These auf: Demnach hätten angesichts der Schwierigkeiten zwischen den zwei Supermächten USA und UdSSR die „kleineren Länder" eine besondere Rolle bei der Überwindung von Differenzen und bei der „Entwicklung rationaler und gegenseitig akzeptabler Kompromisse" zwischen Ost und West zu spielen.

„Unterordnung ist überholt"

Szürös erklärte dann auch, daß die bisherige Form der Einheit des kommunistischen Lagers als Unterordnung unter sowjetische Interessen überholt sei. Es gebe keinen „Schiedsrichter" mehr, der entscheiden könne, wenn in der kommunistischen Welt nationale und internationale Interessen aufeinanderprallten. Wörtlich: „Nur Praxis und historische Erfahrung können der Schiedsrichter sein ... Nationale Interessen können den gemeinsamen Interessen (des Ostblocks) nur in einer Ausnahmesituation untergeordnet werden."

Mit klar erkennbarer Blickrichtung nach Moskau meinte der Ungar, die wachsende „Diversifizierung" des Ostblocks könne nicht durch „uniforme Lösungen" gemeistert werden. Dann kritisierte Szürös die dogmatischen Kräfte in Osteuropa und der Sowjetunion in aller Deutlichkeit. „Die Korrektheit der verschiedenen Methoden anderer (kommunistischer Staaten) in Frage zu stellen und öffentliche Vorbehalte und Mißtrauen gegen sie zu formulieren – hauptsächlich als ein Resultat ungenügender Vertrautheit mit den nationalen Charakteristiken eines anderen Landes – kann Spannungen hervorrufen."

Diese Spannungen aus „mangelnder Vertrautheit" (sprich: aus Unkenntnis) zeigte sich zwischen Moskau und Ost-Berlin, als Honecker am 12. Februar 1984, mitten in der sowjetischen „Eiszeit" gegen die USA, eine kalmierende Rede hielt, deren Kernsätze lauteten: „Wir werden alles tun, was getan werden muß, um die internationale Entwicklung in positiver Weise zu beeinflussen ... Die Weltpolitik darf nicht außer Kontrolle geraten. Wir stimmen mit denen überein, welche die Meinung vertreten, daß es keine Alternative zur friedlichen Koexistenz ... gibt."

Die ersten, die auf den Plan traten, waren die Tschechoslowaken, deren KP seit der Sowjetinvasion von 1968 die Rolle des „Treuesten der Treuen" übernommen hat. Zwei ZK-Funktionäre geißelten im Parteiorgan „Rude Pravo" den „Partikularismus" nicht näher genannter sozialistischer Bruderländer, welche die „einheitliche außenpolitische Strategie" des Ostblocks aufweichen wollten. Damit war eindeutig Ungarn, aber auch die „DDR" gemeint.

Biedenkopf über Embargo-Politik der USA besorgt

mk. Bonn

Der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe, Biedenkopf, ist besorgt, daß die USA ihre Embargo-Politik gegenüber dem Ostblock über den unerläßlichen Sicherheitsbereich hinaus ausdehnen wollen, um sich ihre technologische Vormachtstellung zu sichern. In seiner Eigenschaft als Vorstand des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG) wies er darauf hin, daß dieses zu Störungen der Marktpolitik zwischen den USA und ihren Partnern führen müsse. Durch die Einflußnahme auf zwischenstaatliche Verflechtungen von Unternehmen und Verträgen werde die internationale Arbeitsteilung gestört. Vor kurzem hatten Vertreter des Ostens auf einem Ost-West-Seminar gesagt, ein Embargo habe keinen Einfluß auf *die technische Entwicklung* ihrer Länder, da der Anreiz, alleine voranzukommen, gestärkt werde.

„Reagan unterstützt Revanchismus der Bundesrepublik"

dpa, Moskau

Die Sowjetunion hat dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass vorgeworfen, in seiner Rede vor US-Bürgern polnischer Abstammung in Doylestown (Pennsylvania) erneut das Jalta-Abkommen von 1945 und damit die Nachkriegs-Realität in Europa infrage gestellt zu haben.

Diese „bösartigen Ausfälle" des Präsidenten zielten deutlich darauf, die internationale Atmosphäre noch mehr zu vergiften und den „Revanchisten jeder Schattierung" in der Bundesrepublik Deutschland, die ihre Aktivitäten jetzt intensiviert hätten, einen frischen Anstoß zu geben.

Reagan habe außerdem Polen und die Sowjetunion verleumdet und sich grob in die inneren Angelegenheiten Polens eingemischt, fuhr die amtliche Nachrichtenagentur fort.

Chile: Anklage gegen Oppositionsführer

rtr, Santiago

Nach den blutigen Protestaktionen der vergangenen Woche hat die chilenische Militärregierung nach Angaben des Innenministeriums Gerichtsverfahren gegen zehn Oppositionsführer angestrengt. Ihnen wird in einer förmlichen Anklageschrift vorgeworfen, die regierungsfeindlichen Demonstrationen organisiert und das Volk zum Aufstand aufgewiegelt zu haben. Zu den Angeklagten zählen der ehemalige Außenminister Gabriel Valdes, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Partei, Politiker der Demokratischen Allianz und der linksorientierten Demokratischen Volksbewegung (MDP) sowie prominente Gewerkschaftsführer. Nach amtlichen Angaben waren bei den Protestaktionen mehr als 80 Menschen ums Leben gekommen.

Oleg Bitow zur Rückkehr erpreßt?

SAD, London

Oleg Bitow, bis zu seiner Flucht in den Westen Stellvertretender Chefredakteur der Moskauer „Literaturnaja Gaseta" und damit einer der höchstkarätigen Aussteiger aus der sowjetischen Nomenklatura, ist spurlos verschwunden. Freunde des 51jährigen Journalisten, der an geheimgehaltener Adresse in Großbritannien lebte, haben ihn „seit Mitte August" nicht mehr gesehen.

Ein Verdacht, daß Bitow vom KGB entführt worden sein könnte, besteht nach Auskunft des britischen Außenministeriums bisher nicht. Das Foreign Office stellt jedoch „Untersuchungen" in die Richtung an, daß der Flüchtling über seine in der Sowjetunion zurückgebliebene Familie zur „freiwilligen" Heimkehr erpreßt worden sein könnte. Auch seine Freunde und engen Vertrauten schließen dies nicht aus, zumal die Trennung von Ehefrau Ludmilla und Tochter Xenia (16) ein schweres seelisches Problem für den prominenten Aussteiger bedeutete.

Oleg Bitow hatte sich im September 1983 während einer Dienstreise zur Biennale in Venedig abgesetzt. Er begründete seine Flucht in aufsehenerregenden Interviews und Zeitungsartikeln mit der systematisch betriebenen „Ausrottung der sowjetischen Intelligenzia" durch die Kommunistische Partei und mit dem kaltblütigen Abschuß der über Sowjetterritorium geratenen koreanischen Verkehrsmaschine.

Paris: KPF gegen Mißtrauensantrag

dpa, Paris

Mit den Stimmen der regierenden Sozialisten und der aus der Linkskoalition ausgeschiedenen Kommunisten hat die französische Nationalversammlung am Montag abend den ersten Mißtrauensantrag gegen die Regierung von Premierminister Laurent Fabius zurückgewiesen. Fabius hatte die Vertrauensfrage im Zusammenhang mit der dritten und vorletzten Lesung des Anti-Trust-Gesetzes für die Presse gestellt. Die bürgerlich-konservative Opposition brachte daraufhin einen Mißtrauensantrag ein. Mit dessen Ablehnung gilt das Gesetz automatisch als angenommen. Es schränkt die Möglichkeiten für einzelne Verleger ein, mehrere Zeitungen zu besitzen.

Behutsam macht der Papst Kanadas Ureinwohnern Mut

Begegnung mit Indianern und Eskimos / Starke Betonung der Rolle Marias / Zugeständnisse?

DW. Montreal

Sie kamen zu Tausenden, viele von ihnen geschmückt mit Federkopfputz und in Wildlederkleidung. Getrennt nach Stammeszugehörigkeit erwarteten die Ureinwohner Nordamerikas vor der Kirche im kanadischen Wallfahrtsort Ste. Anne de Beaupre Papst Johannes Paul II., der ihnen in behutsamen Worten Unterstützung im Kampf um mehr Rechte verhieß. „Ihr möchtet eure Zukunft in die Hand nehmen", rief der Papst den Indianern und Eskimos zu. „Ihr müßt Baumeister eurer eigenen Zukunft sein, frei und verantwortungsbewußt." Die Zuhörer nahmen's mit Jubel auf.

Der Papst hat ein Zeichen gesetzt, ein Zeichen der Solidarität mit der Urbevölkerung Kanadas, die seit Generationen mit der weißen Mehrheit im Streit um Rechte an Land und Bodenschätzen liegt. Er hat die Bemühungen der kanadischen Bischöfe unterstützt, bei denen seit 1975 eine Art von Gewissenserweiterung stattgefunden hat: Besonders von ihren Missionaren im Norden gedrängt, beginnen die großen Kirchen in Kanada es wieder als ihre Aufgabe anzusehen, die Forderungen der Indianer zu unterstützen. Die Kirche, sagte der Papst bewußt, mische sich nicht in weltliche Angelegenheiten ein, fügte allerdings hinzu: „Aber ihr wißt, daß sie sich um euch sorgt."

In einer Betrachtung zum bisherigen Verlaufs des Papst-Besuchs registrierten die Zeitungen in Quebec positiv, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche sich beim großen Gottesdienst mit 300 000 Menschen in Quebec damit hatte abfinden müssen, daß auch viele Frauen unter den 600 Laien waren, die die Kommunion austeilten. Dem Ereignis des Tages, der ersten von insgesamt drei Begegnungen des Papstes mit Vertretern der Ureinwohner Kanadas, widmeten sie nur wenig Raum.

Während seiner zweiten Messe auf kanadischem Boden hatte Johannes Paul II. bei Trois-Rivieres in der Provinz Quebec die Jungfrau Maria als Vorbild für alle Christen gepriesen. Maria, so der Papst, habe „eher und besser als alle anderen geglaubt", sogar „vor den Aposteln". Sie sei somit ein Leitbild. „Maria, die Mutter Christi, war die erste, die glaubte! Sie wird euch zu ihm führen." Kommentatoren aus dem katholischen Bereich meinten nach der Predigt, der Papst habe mit dieser Rollenbetonung Marias eine Konzession an die Kanadier gemacht. Vor allem Feministinnen hatten eine mehr traditionelle Interpretation erwartet. Johannes Paul II., sagten diese Beobachter weiter, habe Maria als starke Frau und Vorbild für Gläubige dargestellt, jedoch habe er nicht versucht, der heutigen Frauengeneration Maria als Vorbild zu präsentieren.

Dem päpstlichen Zugeständnis an die Kanadier, bei der Austeilung der Kommunion zu wählen, ob sie die Hostie auf der Zunge oder in Händen empfangen, wurde angesichts der Diskrepanz zwischen vatikanischen Vorschriften und kanadischer Praxis große Bedeutung für die zwölftägige Pastoralvisite eingeräumt.

Auch in Trois-Rivieres stand Johannes Paul II. wieder auf historischem Boden. Er erzählte die Geschichte des Kaps, das im vorigen Jahrhundert nach einem Wunder zum Wallfahrtsziel von heute jährlich 800 000 Menschen wurde.

Der Papst, der zum Ende der Messe ein elfstündiges Programm absolviert hatte und dem noch mindestens weitere vier Stunden für die Weiterreise nach Montreal bevorstanden, zeigte beim Abschied aus Trois-Rivieres wieder seinen so publikumswirksamen Humor. Er dankte den frierenden, völlig durchnäßten Gläubigen, daß sie in strömendem Regen stundenlang ausgehalten hatten. Den Regen, sagte er lächelnd, wolle er als Gnade ansehen, die aus geöffneten Schleusen vom Himmel niederfalle.

Wie Boff sich im Vatikan verteidigte

„In Lateinamerika wird eine Theologie der Dringlichkeit gebraucht" / Auszüge aus dem Dokument

DW. Brasilia

Der brasilianische Franziskaner-Pater Leonardo Boff hat in seiner Verteidigungsschrift an den Vatikan die Herausforderungen sozialer und kirchlicher Art beschrieben, denen die Kirche seines Landes Rechnung tragen müsse. Boff muß sich wegen seiner Schriften zugunsten der „Befreiungstheologie" verantworten.

Der Pater bemüht sich in dem von dem brasilianischen Magazin „Veja" veröffentlichten Text, den Vorwurf auszuräumen, die von ihm vertretene theologische Richtung stütze sich auf marxistisches Gedankengut.

„Die soziale Herausforderung ist durch die allgemeine Krise geprägt, unter der das Volk zu leiden hat: 12 Millionen Arbeitslose, 35 Millionen Analphabeten, 22 Millionen nicht eingeschulte Kinder, 25 Millionen verlassene Kinder. Daneben das Schreckensgespenst von Hunger, systematischer Unterdrückung und ständiger Verletzung der Grundrechte der menschlichen Person", heißt es in dem Text. Angesichts der Armen sehe die Kirche „immer klarer, daß die Gesellschaft sich in ihren Strukturen ändern" müsse. Sie habe dafür kein „konkretes Projekt politischer oder wirtschaftlicher Art". Sie fordere lediglich eine „größere Beteiligung des Volkes an den nationalen Beschlüssen und unterstützt die Volksbewegungen, die für eine gerechtere und brüderliche Gesellschaft kämpfen".

In Brasilien gebe es 1,3 Priester für 10 000 Gläubige. Die „traditionelle Struktur der Kirche, gegründet auf der Figur des im Zölibat lebenden geweihten Priesters, schafft Hindernisse bei der Überwindung der institutionellen Immobilität". Brasiliens Ausweg seien die kirchlichen Basisgemeinschaften. In Lateinamerika und Brasilien werde eine „Theologie der Dringlichkeit" gebraucht, andernfalls werden „wir das Rennen zugunsten anderer Gruppen, die nicht zur katholischen Kirche gehören, verlieren". Abschließend betonte Boff einlenkend: „Eines bin ich mir sicher: Ich gehe lieber mit der Kirche als alleine mit meiner Theologie. Die Kirche bleibt, die Theologie ist vergänglich. Ich liebe die Kirche und werde sie auch weiterhin mehr lieben als die stille Bequemlichkeit und den ruhigen Verlauf meiner Laufbahn als kleiner, erbärmlicher sündiger Außenseiter-Theologe".

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein verlorenes Erbe?

„Aus Ulbrichts Not machen die Nachfahren eine Tugend"; WELT vom 28. August

Sehr geehrte Redaktion,

müssen wir uns mit der „Besetzung" des preußischen, speziell des altpreußischen, Erbes durch die SED abfinden? Nein und immer wieder nein! Was die SED plötzlich für die Politik der ersten drei Preußenkönige anzuführen weiß, ist längst vorher hier im Westen ausgesprochen worden, zuletzt von dem Erlanger Historiker Prof. Kluxen in seinem großen Aufsatz „Der Staat, der nur aus Minderheiten bestand" (Geistige WELT, 3. 12. 83). Darin findet sich, neben der unwiderlegbaren Erklärung des altpreußischen „Militärstaates" aus dessen geopolitischer Lage, auch der Hinweis auf die Ursprünge des deutschen Rechts- und Sozialstaats im friderizianischen Preußen. Wird aber von den hiesigen Gegnern des Preußentums ein für den demokratischen Grundkonsens zentral wichtiges ungefärbtes Bewußtsein von der preußischen Geschichte unserer breiteren Öffentlichkeit vorenthalten, dann allerdings „bleibt für Bonn nicht viel vom preußischen Erbe übrig". Sanktioniert wird die lächerliche Unsitte der Gegenwart, sich selbst (mit Selbstverständlichkeit) als Erben einer geschichtlichen Persönlichkeit oder Idee herauszustellen, nur weil man in deren geographischem Bereich lebt.

Mit freundlichen Grüßen
W. R. Thorwirth,
Gummersbach

Verschiedene Ereignisse

„Sohn aus gutem Hause tauchte wieder auf"; WELT vom 12. Juli und „Leserbrief: Kein Mörder"; WELT vom 24. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht Alfred von Krusenstiern beging in seinem Bericht über das Wiedererscheinen des untergetauchten Rechtsanwalts Stephen Bingham eine Fehlleistung, wie Herr Norbert Schaaf in seinem Leserbrief meint, sondern Herr Schaaf selbst. Er hat zwei Ereignisse durcheinandergebracht.

Da war einmal die Geiselnahme von San Rafael vom 7. 8. 1970, bei der der 17 Jahre alte Schwarze Jonathan Jackson im Gerichtsgebäude drei Gefangene bewaffnete und fünf Geiseln nahm. Mit ihnen, dem Richter, dem Staatsanwalt und drei weißen weiblichen Geschworenen, wollte Jackson seinen damals 28jährigen Bruder George und zwei weitere schwarze Häftlinge freipressen, die als „Soledad-Brüder" bekanntgeworden waren. Als Jackson das Fluchtauto erreicht hatte, kam es zu einem Schußwechsel, bei dem Jackson, zwei der „befreiten" Angeklagten und Richter Harold Haley umkamen. Zwei Monate später wurde die zunächst flüchtige Philosophiedozentin und Marcuse-Schülerin Angela Davis festgenommen und angeklagt, Jonathan die vier Schußwaffen geliefert zu haben, was sie zugab; in Kenntnis des Geiselnahmevorhabens, was sie abstritt. Die Staatsanwaltschaft blieb den lückenlosen Beweis schuldig, sie wurde 1972 freigesprochen und ist heute Kandidatin der Kommunistischen Partei der USA für das Amt des Vizepräsidenten.

Das zweite Ereignis ist der Ausbruchsversuch George Jacksons im Zuchthaus San Quentin, ziemlich genau ein Jahr nach San Rafael. Herr Schaaf irrt, wenn er meint, daß George Jackson nur wegen eines Tankstelleneinbruchs mit einer Beute im Wert von 70 Dollar zu unbegrenzter Haftstrafe verurteilt worden war. Er war mit 18 Jahren bereits zum dritten Mal straffällig geworden, nach amerikanischem Recht also ein „Gewohnheitsverbrecher".

Während Jacksons Haft im Zuchthaus Soledad wurde am 16. 1. 1969 ein weißer Wachmann erschlagen. George Jackson und zwei andere Schwarze wurden des Mordes beschuldigt. Ihr Fall wurde von der Linken in aller Welt aufgegriffen unter dem Schlachtruf „Befreit die Soledad-Brüder!" Zu den Propagandisten für Jacksons Befreiung gehörte auch der französische Schriftsteller Jean Genet, der Jacksons „Zuchthausbriefe" in Buchform herausgab. Ihnen stellte Jackson eine Widmung an seinen Bruder Jonathan voran, „meinem Bruder, Genossen, Freund – dem wahren Revolutionär, dem schwarzen kommunistischen Guerilla im höchsten Stadium seiner Entwicklung ..."

Herr Schaaf irrt ferner, wenn er meint, daß George Jackson im Gerichtssaal von San Rafael anwesend war, als sein Bruder den Geiselnahmeversuch unternahm. Er war vielmehr wenige Tage vorher in das Zuchthaus San Quentin verlegt worden. Der Fall der „Soledad-Brüder" war noch anhängig, als George Jackson am 21. 8. 71 unmittelbar nach dem Besuch durch seinen Anwalt, Stephen Bingham, auszubrechen versuchte. Mit einer Pistole bewaffnet überwältigte er das Wachpersonal, öffnete 34 Zellen und rannte in dem Chaos, bei dem drei Aufseher und zwei weiße Häftlinge durch Schüsse bzw. mit Rasiermessern umgebracht wurden, auf den Zuchthaushof. Dort streckte ihn die Kugel eines Scharfschützen nieder.

Stephen Bingham verschwand nach dem Blutbad von San Quentin. Da er jetzt, dreizehn Jahre später, freiwillig wieder aufgetaucht ist, läßt sich vielleicht klären, wer George Jackson die Pistole in San Quentin zugesteckt und damit sein gewaltsames Ende bewirkt hat.

Mit freundlichen Grüßen
Gitta Bauer,
Oberrosphe

Irreführende Zahlen

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits mehrfach wurde in der WELT im Zusammenhang mit der sehr leidenschaftlich diskutierten deutsch-polnischen Geschichte und Gegenwart von einer „Vertreibung von etwa zwölf Millionen Deutschen" gesprochen (Ausgabe vom 21. 8.; ähnlich am 30. 8.).

Diese Zahl ist jedoch irreführend; soweit dies sich feststellen läßt, sind aus den deutschen Ostgebieten ohne das nördliche Ostpreußen sowie aus Danzig und dem Territorium Vorkriegspolens „nur" etwa achteinhalb Millionen Deutsche geflohen oder vertrieben worden, wobei die Toten und Vermißten eingeschlossen sind.

Auch die Flucht und Vertreibung der Polen aus den polnischen Ostgebieten wird – auf deutscher wie auf polnischer Seite! – oft nicht wahrheitsgetreu dargestellt. Gemäß der als einigermaßen glaubwürdig zu betrachtenden offiziellen polnischen Volkszählung vom 3. 12. 1950 lebten zu jener Zeit in den Grenzen der Volksrepublik mehr als zwei Millionen Menschen, die vor 1939 ihren Wohnsitz „in der Sowjetunion" (im Klartext also insbesondere in den der Sowjetunion einverleibten polnischen Ostgebieten) hatten. In den rasch besiedelten Oder-Neiße-Gebieten stellte diese Personengruppe folglich keineswegs die Mehrheit dar, wie dies aus Unwissen oder mit Absicht immer wieder behauptet wird.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Gnauck,
Mainz 32

Erleichterung?

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 1. 9. 84 berichtet Herr Hadler unter der Überschrift „Keine Zollformalitäten mehr für Berufsausrüstung". Nach der Verordnung Nr. 3/84 des Rates und der Durchführungsbestimmung erlaube ich mir einige Klarstellungen:

Das neue Verfahren tritt am 1. 7. 85 für einen Versuchszeitraum von 3 Jahren in Kraft.

Der Besuch von Ausstellungen und Messen ist nur öffentlichen Einrichtungen mit dem Gemeinschaftscarnet gestattet.

Für Warenmuster werden Gemeinschaftscarnets – im Gegensatz zum Carnet-ATA-Verfahren – nicht ausgestellt.

Es entfällt zwar die Sicherheitsleistung; damit aber auch die Beratung der Handelskammern und der Versicherungsgesellschaft, wie Anforderungen von Eingangsabgaben ganz oder teilweise abgewendet werden können.

Eine Vereinfachung beim Ausfüllen des neuen Formulars bzw. bei den Zollabfertigungen im Vergleich zum Carnet-ATA-Verfahren ist zur Zeit nicht zu ersehen.

Es muß wohl abgewartet werden, ob das neue Gemeinschaftscarnet im Vergleich zum bewährten Carnet-ATA-Verfahren tatsächlich Vorteile bringt.

Mit freundlichen Grüßen
F. Kobarg,
Hamburg 13

*

Zu dem Bericht „Keine Zollformalitäten mehr für Berufsausrüstung" aus der WELT vom 1. 9. 1984. Mit der sogenannten Klempnerverordnung ist ein weiterer wichtiger Schritt im Hinblick auf den Abbau von Handelshemmnissen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft vollzogen worden.

Als Abgeordneter des Europäischen Parlaments, der aus einer Grenzlandregion kommt, weiß ich, wie nachteilhaft die bisherige Praxis mit den kostenpflichtigen „ATA-Carnets" für unsere Handwerker war. Daher stellt diese Klempnerverordnung einen weiteren wichtigen Baustein zur Verwirklichung der „Vereinigten Staaten von Europa" dar.

Bei dieser Gelegenheit sei der WELT auch einmal recht herzlich dafür gedankt, daß sie immer auch über positive Entwickungen in Europa ausführlich berichtet; dies sollte ein Beispiel für viele andere Tageszeitungen sein.

Horst Langes, MdEP, Trier

Wort des Tages

„Der innere Krieg des Menschen herrscht zwischen der Vernunft und den Leidenschaften: Wenn es nur die Vernunft gäbe, ohne die Leidenschaften ... Wenn es nur die Leidenschaften gäbe, ohne die Vernunft ... Da es aber beides gibt, kann der Mensch nicht ohne Kampf sein, da er mit dem einen nur Frieden haben kann, wenn er mit dem anderen im Kampf liegt. So ist er immer geteilt und im Widerspruch mit sich selbst."

Blaise Pascal; franz. Philosoph und Mathematiker (1623–1662)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

EHRUNG

Der Österreicher **Eckart Witzigmann** ist als „bester Koch" mit dem „W.-Schümann-Ehrenring" ausgezeichnet worden. Witzigmann wird seit Jahren wegen seiner Kochkünste in seinem Restaurant „Aubergine" in München von Feinschmekkern geschätzt und von Testern kulinarischer Führer mit den höchsten Punkten beziehungsweise den meisten „Hauben" bedacht. Der „W.-Schümann-Ehrenring" soll an den jeweils besten Koch aus dem deutschen Sprachraum, der in der Bundesrepublik Deutschland tätig ist, weitergereicht werden.

BESUCH

Zur Vorbereitung der im Mai nächsten Jahres stattfindenden Welthafenkonferenz besuchte der Präsident der Vereinigung der Hafenstädte, **Anthony J. Tozzoli**, die Hansestadt Hamburg. Tozzoli, der auch Direktor der New Yorker Hafengesellschaft ist und als Vater des Container-Terminals gilt, äußerte sich sehr zufrieden über Ort und Zeitpunkt der Konferenz, da zur gleichen Zeit die internationale Hafenmesse Portex 85 in Hamburg stattfindet. Zur Konferenz werden 2000 Delegierte aus aller Welt erwartet.

VERÄNDERUNG

Mit einem Gehgips wird **Karl Theodor Paschke**, der Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes, in den nächsten Tagen wieder auf der Bonner Bildfläche erscheinen. Paschke hatte sich zu einer Kur „Heilung durch Bewegung" auf der Bodensee-Insel Mettnau angemeldet. Beim Volleyballspiel riß die Achillessehne. Seit zwei Wochen liegt der AA-Sprecher jetzt im Bonner St.-Petrus-Krankenhaus, wo er von einer „europäischen Kapazität" in der orthopädischen Unfallchirurgie, Professor **Rolf Dederich**, umsorgt wurde. Zur gleichen Zeit übrigens wie Paschke war auch Verteidigungsminister **Manfred Wörner** nach Mettnau gefahren, um dort unter anderem mit Entspannungstechniken und Ballspielen Fitneß zu tanken. Karl Theodor Paschke wird im Oktober Bonn verlassen. Im Range eines Botschafters übernimmt er die Leitung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Wien. Sein Abschied von Bonner Freunden findet bei einer River Boat Shuffle am 21. September auf dem Rhein statt. Die Gäste, unter ihnen Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**, werden von Paschkes Band „Big Bonn Special" unterhalten.

Der Gründer und Präsident der „Vereinigung der mund- und fußmalenden Künstler in aller Welt", **Arnulf Erich Stegmann**, ist in Deisenhofen bei München im Alter von 72 Jahren gestorben. Neben seinem vielseitigen Schaffen als Maler und Bildhauer widmete sich der in Darmstadt geborene Stegmann vor allem der internationalen Förderung behinderter Künstler. 1974 erhielt er den Kunstpreis des VdK Deutschland, 1979 den Behinderten-Kunstpreis der Stadt Radolfzell.

FUSSBALL / Die Ära Beckenbauer beginnt – Länderspiel gegen Argentinien original im Fernsehen

● Heute beginnt im deutschen *Fußball die Ära* des Teamchefs Franz Beckenbauer. Der Rekord-Nationalspieler (103 Einsätze) ist erst der fünfte Verantwortliche für die deutsche Nationalmannschaft – nach Professor Otto Nerz (1926 – 1936), Sepp Herberger (1936 – 1964), Helmut Schön (1964 – 1978) und Jupp Derwall, der nach der Europameisterschaft in Frankreich vom Posten des Bundestrainers zurücktrat. Das Länderspiel gegen Argentinien (Weltmeister von 1978) wird heute aus Düsseldorf von 20.15 Uhr an original im Zweiten Deutschen Fernsehprogramm (ZDF) übertragen.

● So mutig und experimentierfreudig wie Franz Beckenbauer war zuvor noch niemand bei seinem Debut. Als Helmut Schön am 4. November 1966 seinen Einstand als Bundestrainer gab, vertraute er nur einem Debutanten: Der Münchner Rudi Brunnenmeier erzielte beim 1:1 in Berlin gegen Schweden das deutsche Tor. Jupp Derwall brachte am 11. Oktober 1978 in Prag beim 4:3 über die CSSR die Düsseldorfer Zewe und Klaus Allofs als Neulinge. Franz Beckenbauer hat in seinem Kader gleich sechs Spieler ohne Länderspieleinsatz, von denen zwei von Beginn an dabei sein werden.

Die Mannschaftsaufstellung

Schumacher
(30 Jahre/51 Länderspiele/Köln)

Brehme (23/8/K'lautern) · **Bruns** (29/3/Gladbach) · **Jakobs** (31/1/Hamburg) · **Frontzeck** (20/0/Gladbach)

Matthäus (23/26/München) · **Bommer** (27/5/Düsseldorf) · **Magath** (31/24/Hamburg) · **Falkenmayer** (21/0/Frankfurt)

Mill (26/3/Mönchengladbach) · **Völler** (24/18/Bremen)

Auswechselspieler: Stein (29/1/Hamburg), Bockenfeld (24/1/Düsseldorf), Schäfer (22/0/Stuttgart), Strack (29/10/Köln), Stielike (29/41/Real Madrid), Kroth (25/0/Frankfurt), Lux (21/0/Braunschweig), Rahn (22/0/Gladbach), Rolff (24/12/Hamburg), Schreier (25/0/Leverkusen).
Argentinien: Islas (19/2) – Camino (23/9), Brown (28/7), Ruggeri (22/7), Garre (28/18) – Burruchaga (22/18), Trobbiani (29/17), Trossero (31/16), Bochini (30/25) – Ponce (22/15), Dertycia (19/8).
Schiedsrichter: Robert Wurtz (Frankreich).

● Nach Jahren des Mißerfolges will Argentinien, der Weltmeister von 1978, wieder zu einem neuen Höhenflug ansetzen. Nach zwei 2:0-Erfolgen über die Schweiz und Belgien soll heute die deutsche Mannschaft die Klasse der Südamerikaner kennen lernen. Die Spieler von Carlos Bilardo überzeugten bislang vor allem durch ihren unbändigen Einsatzwillen. Internationale Erfahrungen haben die meisten Spieler nicht. Nur wenige haben schon mehr als zehnmal in der Nationalelf gespielt. Bilardo: „Viele waren, als ich sie zum ersten Mal berief, nur Reservisten bei ihren Vereinen."

„Meine Spieler sind zu anständige Burschen"

ULRICH DOST, Hennef

Heute abend, wenn der Franzose Robert Wurtz um 20.15 Uhr im Düsseldorfer *Rheinstadion das Fußball*-Länderspiel Deutschland gegen Argentinien anpfeift, dann wird die Ära des Jupp Derwall endgültig zu Ende gegangen sein. Die neue Ära, die dann beginnt, wird den Namen Beckenbauer tragen. Ein Name, der für Qualität bürgte, in 103 Länderspielen, meist auf dem Posten des Liberos. Wohin aber führt der Weg des *Teamchefs* Franz Beckenbauer, der die Bezeichnung Bundestrainer zumindest für die nächsten zwei Jahre außer Kraft setzte? Gibt es einen Aufschwung zu neuen Erfolgen, oder wird auch Beckenbauer nur Prügelknabe für schlechte Leistungen seiner Mannschaft?

Niemand kann diese Frage schon *jetzt schlüssig beantworten. Nur so* viel steht fest: Franz Beckenbauer, der gestern seinen 39. Geburtstag feierte, geht an seine Aufgabe mit aller Entschlossenheit und mit der Besessenheit eines Mannes heran, der sich später nichts vorwerfen lassen will. Ihm kommt selbstverständlich zugute, daß er alles über Fußball weiß, mehr auf jeden Fall, als ihm ein Dozent an der Sporthochschule beibringen könnte. Dieses Wissen um seine Stärke gibt ihm auch die Sicherheit, Probleme zu erkennen und die entsprechenden Entscheidungen zu treffen. Angst braucht dieser Fachmann vor dem Neuland wirklich nicht zu haben, das er jetzt betritt.

Auch gestern, einen Tag vor dem Spiel, war bei ihm nicht der Hauch von Nervosität zu spüren. Wenn er tatsächlich innerlich angespannt ist, dann versteht er es ausgezeichnet, sein Innenleben nicht preiszugeben. Zwei Tage hat er mit der Mannschaft zusammengearbeitet, in der sechs Debütanten stehen, von denen auch zwei spielen werden, dann stand sein Urteil fest: „Meine Mannschaft ist viel zu ruhig, das sind alles zu anständige Burschen. Die müssen sich im Spiel mehr anschreien. Die 90 Minuten auf dem Rasen müssen eine ewige Unterhaltung sein."

Das ist genau der Punkt in der Ar*beit des neuen Mannes*, bei dem er sich von seinem Vorgänger Jupp Derwall unterscheidet. Bei Derwall haben die Spieler außerhalb des Spielfeldes geredet, über den Bundestrainer, über die Kollegen, über die Aufstellung, über das schlechte Essen und was es sonst noch an unwichtigen Dingen gab. Nur im Spiel, wenn sie Verantwortung übernehmen sollten, dann haben sie sich versteckt, dann wagte niemand den Mund aufzutun.

Bei Franz Beckenbauer ist das genau umgekehrt. Er hat einen Weg, er weiß, was er will und wohin er will. Außerhalb des Spielfeldes hat er das uneingeschränkte Sagen, auf dem Spielfeld sind dann die Spieler dran, die die Verantwortung zu übernehmen haben. Das haben inzwischen alle begriffen, auch wenn es noch viel Arbeit sei, wie Beckenbauer meint, bis er aus den unselbständigen Spielern der Derwall-Ära wieder verantwortunsgbewußte Fußballspieler gemacht hat.

Leichter war es für ihn bislang schon, die Spieler außerhalb des Spielfeldes an die Kandare zu nehmen. Bei ihm gibt es kein Maulen, kein Meckern. Wer nicht mitzieht, hat ab sofort wieder mehr Zeit für seinen Verein. Wie denn die Spieler mit dem Leben in der Sportschule zufrieden seien, wurde Beckenbauer gefragt. Die verhätschelten Stars, die sich am liebsten noch auf einer Sänfte ins Stadion tragen lassen würden, nehmen die Sache als gegeben hin. Für Beckenbauer ist das nicht einmal ein Thema: „Ich gebe doch nicht zu jedem und frage ihn, ob er sich hier wohl fühlt. Die Betten und Zimmer sind sauber, das Essen schmeckt prima. Wir können direkt von den Zimmern im Trainingsanzug auf den Platz gehen. Das ist optimal. Ich kann doch wohl erwarten, daß die Spieler drei Tage im Monat auf ihren üblichen Luxus verzichten."

Verständlich, warum denn nicht. Vor allem, wenn man berücksichtigt, warum der Deutsche Fußball-Bund (DFB) vor fünf Jahren plötzlich in die Luxushotels umzog. Die Spieler, allen voran damals Klaus Fischer, hatten sich bitter beschwert, daß sie in den Sportschulen nicht vernünftig telefonieren könnten. Wenn das kein Grund ist.

Auf solche Kindereien läßt sich Beckenbauer nicht ein. Und darin besteht seine große Chance, sich den Blick auf das Wesentliche und letztlich Entscheidende freizuhalten. Teamchef Beckenbauer, der sich als Spieler nichts vorschreiben ließ, regelt für die heutigen Nationalspieler alles. Spieler, die zum Einsatz gekom*men sind, dürfen nicht mehr* selber nach Hause fahren, sie müssen abgeholt werden. Undenkbar, daß ein Trainer dem Spieler Beckenbauer diese Anweisung hätte geben können. Nach dem Spiel wird die Mannschaft auch nicht wie bislang üblich direkt die Heimreise antreten. Gemeinsam fahren sie nach dem Spiel zurück in die Sportschule, wo noch zusammen gegessen wird. Wer dann keinen weiten Heimweg mehr hat, darf abreisen.

Der Teamchef befiehlt und alle gehorchen. Ob es Uli Stielike ist, der sich nach 41 Länderspielen auf den Schlips getreten fühlt, weil er nur auf der Reservebank sitzt. Beckenbauer: „Er ist bestimmt nicht froh darüber. Aber er akzeptiert die Situation." Torwart Harald Schumacher, der Kollegen wie Felix Magath oder Ditmar Jakobs, die unter Beckenbauer ins Nationalteam zurückgekehrt sind, nicht mit offenen Armen empfangen wollte, hat sich inzwischen eines Besseren belehren lassen. Heute ist er sogar Mannschaftskapitän.

Respekt vor großen Namen braucht Beckenbauer wirklich nicht zu haben, weil er ohnehin von allen den bedeutendsten besitzt. Wenn Bernd Schuster eben nicht mehr will, dann will er eben nicht. Ihm wird keine Träne nachgeweint. Beckenbauer ist Fachmann genug, daß er auch auf diese Situation reagieren kann. Soll keiner mehr denken, er sei unentbehrlich.

Guten Fußball sollen sie spielen, Beckenbauer gibt ihnen die Hilfsmittel an die Hand. Er sagt: „Wir dürfen ruhig verlieren, obwohl Niederlagen eine schlechte Angewohnheit sind, nur die Frage ist, wie man verliert." Franz Beckenbauer hat bis *heute* alles getan, nun müssen seine Spieler die Taten folgen lassen.

EISHOCKEY

Kanada nur Zuschauer?

sid/dpa, Calgary

Kanadas Eishockey-Spieler laufen Gefahr, die Finalspiele des eigenen Cup-Wettbewerbs (Sieger ist, wer dreimal gewonnen hat) am Fernseher *betrachten zu müssen, die deutsche* Mannschaft, erstmals für den Canada-Cup qualifiziert, hat trotz des letzten Tabellenplatzes bewiesen, daß sie den Anschluß an die Weltspitze erreicht hat. Das ist das Fazit nach dem letzten Spieltag der Vorrunde.

Kanadas Profis unterlagen gegen die Sowjetunion 3:6 (2:2, 0:2, 1:2) und müssen im Halbfinale als Tabellenvierter erneut gegen den Weltmeister antreten, der als einzige Mannschaft ohne Verlustpunkt blieb. Das deutsche Team verlor gegen die USA 4:6 – erneut ein gutes Ergebnis. „Alles, bloß keinen Einbruch", hatte sich Bundestrainer Xaver Unsinn in der letzten Mannschaftsbesprechung gewünscht. Nach dem Spiel war er „rundum zufrieden". Wieder habe das deutsche Eishockey „neue Freunde gewonnen". Die erfreulich gute Vorstellung seiner Mannschaft und vor allem der große Kampf beim 4:4 gegen die ebenfalls ausgeschiedenen Tschechoslowaken bestätigen die Arbeit von Xaver Unsinn. Im Mittelpunkt des Interesses stand im letzten Spiel erneut Karl Friesen. Wieder und wieder mußte der in Winnipeg geborene Torwart Kontakte zu kanadischen Profiklubs dementieren: „Das finanzielle Angebot kann noch so hoch sein, ich kehre nach Rosenheim zurück und erfülle meinen Vertrag." Friesens Fazit: „Wir kamen als große Außenseiter und erlebten mit unserer Leistung eine angenehme Überraschung. Wir waren völlig zu Recht in Kanada vertreten."

Für die Nationalspieler beginnt jetzt wieder der Alltag. Am 29. September startet die Bundesliga. Unsinn: „Ich werde in Ruhe das Turnier analysieren, und dann sehen, was in der Bundesliga herumspringt." Sorgenfrei ist seine Zukunft nicht. Einige Spieler denken über ihren Rücktritt nach. Verteidiger Udo Kießling: „Wir haben nicht viele Möglichkeiten. Es gibt derzeit zuwenig Leute mit Perspektive."

SCHACH / WM

Kasparow bot Remis an

DW. Moskau

Die erste Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen dem sowjetischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und seinem Herausforderer und *Landsmann Gari Kasparow endete* mit einem Unentschieden. Kasparow bot seinem Gegner das Remis nach dem 36. Zug an. Sieger des Titelkampfes ist, wer als erster sechs Siege erkämpft hat, Unentschieden werden nicht gezählt. Beide Spieler glauben, daß sie im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses 28 bis 30 Partien spielen müssen, ehe der Sieger feststeht.

Großmeister Ludek Pachman, der für die WELT die interessantesten Partien der Weltmeisterschaft ausführlich kommentieren wird, zum ersten Spiel: „Es kam zu keinen großen Verwicklungen. Trotzdem hat der Verlauf der ersten Partie deutlich gemacht, daß Karpow und Kasparow keineswegs vorsichtig kämpfen werden. Kasparow wählte einen Aufbau der sizilianischen Verteidigung, über den er vor einem Jahr ein Buch verfaßte und der als zweischneidig gilt. Aber auch der Weltmeister setzt im siebenten Zug schärfer fort, als es bei ihm üblich ist. In einigen Partien der letzten Zeit bevorzugte er die solidere Alternative 7.Tg1. Karpow erreichte einen kleinen Positionsvorteil – die schwarzen Bauern e6 und g7 waren in der Schlußphase geschwächt – Kasparow aber erreichte dank der Aktivität seiner Figuren ausreichendes Gegenspiel. Wahrscheinlich werden wir dieselbe Variante noch öfter erleben – mit Verbesserungsversuchen von beiden Spielern."

Die Notation (weiß Karpow, *sizilianisch*): 1.e4 c5, *2.Sf3* e6, 3.d4 cxd4, 4.Sxd4 Sf6, 5.Sc3 d6, 6.g4 h6, 7.h4!? Sc6, 8.Tg1 h5, 9.gxh5 Sxh5, 10.Lg5 Sf6, 11.Dd2 Db6, 12.Sb3 Ld7, 13.0-0-0 a6, 14.Tg3 Dc7, 15.Lg2 Le7, 16.f4 0-0-0, 17.Df2 Kb8, 18.f5 Se5, 19.Lh3 Sc4, 20.Sd2 Sxd2, 21.Txd2 Tc8, 22.fxe6 Lxe6, 23.Lxe6 fxe6, 24.Dg1 Da5, 25.Dd4 Dc5, 26.Dd3 Dc4, 27.De3 Ka8, 28.a3 Dc6, 29.e5 dxe5, 30.Dxe5 Thd8, 31.Tgd3 Txd3, 32.Txd3 Dh1+, 33.Sd1 Dg2, 34.Td2 Dc6, 35.Te2 Ld6!, 36.Dc3 Dd7.

SPORT-NACHRICHTEN

Chance für Danner

München (sid) – Christian Danner (26) hat die Chance, beim Großen Preis von Europa am 7. Oktober auf dem Nürburgring in der Formel 1 zu fahren. Das englische Toleman-Team ist bereit, ihn einzusetzen, wenn Sponsoren für Danner 50 000 Mark aufbringen. – Der Engländer Nigel Mansell, seit vier Jahren bei Lotus unter Vertrag, wechselt in der näch*sten Saison* zu Williams und ersetzt dort den Franzosen Jacques Laffite.

Becka siegte

Tel Aviv (sid) – Der Münchner Jaromir Becka erreichte beim Tennis-Turnier von Tel Aviv die zweite Runde. Er besiegte den Schweden Peter Carlsson 6:4, 7:6.

Ehrung für Lewis

Willingboro (sid) – Der Magistrat der Stadt Willingboro (US-Bundesstaat New Jersey) hat beschlossen, entweder das Stadion oder das Gymnasium nach dem viermaligen Olympiasieger Carl Lewis zu benennen. Lewis wurde in Willingboro geboren.

Romanow fuhr Weltrekord

Moskau (dpa) – Der sowjetische Bahnradfahrer Alexander Romanow stellte in Moskau mit seinem Schrittmacher Alexander Shopin einen Steher-Weltrekord über 50 Kilometer mit 34:07,434 Minuten auf. Mit 34:36,552 Minuten waren Romanow und Shopin auch die bisherige Bestzeit gefahren.

Darmstadt: Hohe Schulden

Darmstadt (sid) – Der Fußball-Zweitligaklub Darmstadt 98 ist derzeit mit 7,2 Millionen Mark verschuldet. Das ergab der Rechenschaftsbericht, der auf der Jahreshauptversammlung vorgelegt wurde.

80 000 Mark Börse

Frankfurt (sid) – Eine Garantie-Börse von 80 000 Mark erhält der 27 Jahre englische Leichtgewichtsmeister George Feeney, offizieller Herausforderer von Europameister Rene Weller, *beim Europameisterschafts*-Titelkampf am 5. Oktober in Frankfurt. Weller ist an den Einnahmen beteiligt.

Villemain gestorben

Paris (sid) – Der Franzose Robert Villemain, von 1947 bis 1949 Box-Europameister im Weltergewicht, ist am *4. September im Alter von 60 Jahren* in Paris gestorben. Villemain machte sich in den fünfziger Jahren bei Kämpfen gegen Jack La Motte und Sugar Ray Robinson einen Namen.

Trennung von Dagge

München (sid) – Boxprofi Georg Steinherr hat sich vor seinem Europa*meisterschaftskampf* im Super-Weltergewicht gegen Titelverteidiger Jimmy Cable (England) von seinem Sparringpartner Ekkhard Dagge (Berlin) getrennt. Der reaktivierte Ex-Weltmeister soll sich zu intensiv um das Münchner Nachtleben gekümmert haben.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Canada-Cup, 5. Spieltag: Deutschland – USA 4:6, Kanada – UdSSR 3:6, CSSR – Schweden 2:4.

DIE TABELLE

1.UdSSR	5	5	0	0	22:7	10:0
2.USA	5	3	1	1	21:13	7:3
3.Schweden	5	3	0	2	15:16	6:4
4.Kanada	5	2	1	2	23:18	5:5
5.CSSR	5	0	1	4	10:21	1:9
6.Deutschland	5	0	1	4	13:29	1:9

Im Halbfinale spielen: USA – Schweden (heute), Kanada – UdSSR (morgen).

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 2 835 376,30 Mark, 2: 315 041,80, 3: 13 831,10, 4: 185,10, 5: 11,30. – **Toto**, Elferwette: 1: 42 410,80, 2: 1 104,80, 3: 3: 76,90. – 6 aus 45: 1: 622 435,30, 2: 8 583,90, 3: 1 069,20, 4: 32,90, 5: 4,50. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 120,10, 2: 29,70. – Rennen B: 1: 79,20, 2: 13,20. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 446 222,00 Mark. (ohne Gewähr

STAND ● PUNKT / *Erinnerung*

Muhammad Ali kommt nach Deutschland. Er macht eine Werbetour, trifft auch Karl Mildenberger, gegen den er 1966 in Frankfurt um die Weltmeisterschaft boxte. Beide werden dann am Samstag in Dortmund begrüßt, wo Manfred Jassmann gegen den Holländer Alex Blanchard um den europäischen Titel im Halbschwergewicht kämpft. Pfiffige Veranstalter werten das nun wieder einmal als Aufschwung im Lager der deutschen Profiboxer: der „Größte" am Ring, welch eine Ehre. Ali hat in Los Angeles auch die olympischen *Amateure* besucht. Da saß er dann wortlos, schwitzend, aufgedunsen, apathisch. Ein Mann, der nur noch dafür werben kann, daß man unter allen Umständen vermeiden sollte, einen Kampf zuviel zu bestreiten. Karl Mildenberger hat sich von einem japanischen Catcher verprügeln lassen.

Jassmann, 32 Jahre alt, ist ein braver Boxer. Der erste Deutsche, der Europameister im Halbschwergewicht wurde, war Max Schmeling. Dieser Name allein reicht aus, um deutlich zu machen, daß gerade hier Erinnerung wichtiger ist als die Gegenwart. Der Ali von heute *beweist das auch.* que

Grünes Licht für das Abonnenten-Fernsehen in den Niederlanden

Programmvielfalt mit Pfeffernüssen

In Holland hat die Fernsehzukunft schon begonnen. Mehr als 70 Prozent der Haushalte sind verkabelt. 15 Programme kommen dem Normalverbraucher über Kabel ins Haus. Und nun gibt's noch mehr Spiele, wo das Brot knapper wird (siehe den Haager Sparhaushalt). Post- und Verkehrsminister Eelco Brinkman erteilt noch in diesem Monat die Genehmigung für Abonnenten-Fernsehen an acht und für eine Kabelzeitung an fünf Kandidaten. An Reizüberflutung, so Brinkman, werde kaum jemand leiden: „Dallas hängt einem doch auf Dauer zum Hals heraus."

Zusätzlich zu den 15 Kabelprogrammen kommt das erste Pay-TV namens „Filmnet" am 5. Dezember, so kündigte der Präsident Rob Houwer an. Technisch ist das kein Problem, da „Filmnet" gleichfalls über Kabel ausstrahlen kann. Dafür fehlt dem Publikum nur noch der Decoder.

Rob Houwer, auch in der Bundesrepublik als Filmproduzent bekannt, tat sich kürzlich mit dem finanzstarken schwedischen Esselte-Konzern zusammen. Sein Rezept: „Wir bieten elf Stunden Fernsehen täglich für 27 Mark pro Monat: ein niederländisches Programm für ein großes Publikum."

Die Post hat mit den Kabelnetzen nur insofern zu tun, als sie die technischen Bedingungen stellt und die Genehmigungen erteilt. Kenner bezweifeln freilich, ob Rob Houwer sein Zieldatum schafft und den ersten Abonnements-Film am Nikolausabend (5. Dezember) mit den Pfeffernüssen aus dem Sack schütteln kann. Denn die Unterhandlungen mit den Kabel-Bossen – die holländischen Kabelnetze sind privatwirtschaftlich als GmbH oder als Stiftungen organisiert – sind kaum über den Beginn hinaus gediehen.

Während man von den weiteren Pay-TV-Gesellschaften, die grünes Licht vom Minister bekommen, nur vage Pläne hört, spricht Hower Klartext: „Ich habe den holländischen Film hochgestemmt – nun tue ich das gleiche mit dem Abonnements-Fernsehen. Wir wollen nicht nur Spielfilme und Serien bringen – davon haben wir heute schon genug –, sondern ein gutes niederländisches Produkt liefern." Houwer hat bereits zehn Filmthemen gebucht: „Wenn sie abgedreht sind, haben sie im Kino Premiere – und dann kommen sie sehr schnell auf den Bildschirm", verspricht er. Die Kombination Kino/Bildschirm scheint für ihn kein Problem.

Plant der Produzent nicht ein paar Nummern zu groß? Houwer sicherte sich durch die Zusammenarbeit mit Esselte ab: „Wir haben ein Kapital von 70 bis 80 Millionen, den Großteil benutzen wir für eigene Produktionen und für den Ankauf von Filmen." Natürlich hat Houwer, der den deutschen Markt kennt, auch an die Bundesrepublik als Lieferland gedacht.

Und die Satelliten? Die Post hat einen Kanal auf dem Fernmeldesatelliten Eutelsat – sie vermietet ihn für 20 Millionen Mark pro Jahr an die Firma „Euro-TV". Ebenso wie die Abonnements-TV-Gesellschaften hat „Euro-TV" die Auflage, keine Werbung zu bringen. Die behält der Minister den historisch gewachsenen Sendegesellschaften vor, die heute die beiden Kanäle Niederlande 1 und Niederlande 2 füllen. Sie wollen nun auch eine Scheibe vom Kuchen und fordern von der Regierung einen dritten Sendekanal.

„Auf in den Kampf – wir wählen die Strategie, alles geheimzuhalten", so dröhnt Direktor und Mitbesitzer Minning von „Euro-TV". In einem früheren Stadium sprach er von „populären Sendungen rund um die Uhr". Er will im Oktober bereits starten.

ATN (Abonnenten TV Niederlande) ist Euro-TV dicht auf den Fersen. Das Unternehmen der VNU – des größten Zeitschriften-Verlags der Niederlande – suchte sich einen amerikanischen Partner: United International Pictures, ein Zusammenschluß der drei großen US-Filmriesen Paramount, MGM/United Artists und MCA/Universal. Die Holländer haben mit 51 Prozent die Mehrheit in dem „Joint venture".

Kenner sehen ATN als einzige Gesellschaft, die neben „Filmnet" eine Chance hat. Auch sie verfügt über ein stolzes Kapital: 50 bis 75 Millionen Mark für Investitionen in den nächsten drei bis vier Jahren. Auch ATN nennt ein Startdatum: Neujahr '85. ATN will sich auf Filme spezialisieren – „aber keine altbackenen, wie ‚Sky Channel' sie bringt", erläutert Vorstandsvorsitzender Jan Brentjens, der einen Markt von einer Million Pay-TV-Anschlüssen erwartet.

Daß die Hälfte des holländischen Fernsehpublikums „Sky Channel" – das Satellitenfernsehen des britischen Zeitungsmagnaten Murdoch – bevorzugt, gibt den Leuten des Pay-TV Mut. Sie wollen es allerdings noch besser machen. Daß „Sky Channel" nur in englischer Sprache sendet, macht den polyglotten Holländern nichts aus. Sie verstehen Starsky und Hutch auch im Ami-Slang. Für den „Sky Channel" verzichtet dann auch ein Viertel der Familien auf die dritten Programme aus der Bundesrepublik.

Die Kabelzeitung dagegen soll aus Werbegeldern finanziert werden. „Dreimal pro Tag kommen wir hochaktuell auf den Bildschirm", verspricht Chefredakteur Jan de Vries von der Zeitung „De Typhoon" aus Zaandam. Wenngleich es sich um regionale und lokale Netze handelt, könnte die Kabelzeitung eine starke Konkurrenz für den von der Post betriebenen Teletext werden.

Und was kostet das Fernseh-Schlaraffenland? Zunächst das sogenannte Schau- und Lauschgeld von 143 Mark pro Jahr und Anschluß. Die Kabelgebühr beträgt zusätzlich 170 Mark jährlich, erhöht sich jedoch demnächst um etwa 20 Mark aus Gründen des Urheberrechts. Das Abonnements-Fernsehen kostet 27 bis 30 Mark pro Monat. Und der Kabelanschluß ist ja schon vorhanden.

Die Holländer, in den siebziger Jahren ein Volk der „kreativen Freizeitgestaltung", haben heute an 15 Kanälen den Kanal noch nicht voll. Sie tragen Millionen in die Videotheken, so daß die Zeitung „Volkskrant" feststellte: „Video vertreibt Makramee."

ELFRUN JACOB

KRITIK

Vom Leben in den Hutongs

Die Sympathie des chinesischen Romanciers Lao She (1899 bis 1966) galt immer schon den „Hutongs", den kleinen Gassen Pekings und ihrem Leben. In der Bundesrepublik ist der in der Kulturrevolution tragisch zu Tode gekommene Milieuschriftsteller kein Unbekannter mehr. In den Dritten Programmen wurde bereits eine Verfilmung aus den 50er Jahren seines Romans über das tragische Leben eines Straßenpolizisten gezeigt; das Gastspiel der Pekinger Bühneninszenierung seines „Teehauses" beeindruckte auch hier.

Der Film **Der Junge mit der Rikscha** (ARD) wurde nach Lao Shes weltberühmten Roman „Rikscha-Kuli" gedreht. Für diese Produktion ließ Regisseur Lin Zifeng erstmals die Hauptrollen ausschreiben. Das Rennen unter Tausenden von Bewerbern für den Part des Rikscha-Kulis (Xiangzi) machte ein junger Schauspielstudent, Zhang Fengyi, der damit über Nacht berühmt wurde. Die Rolle der Tochter des Rikscha-Verleihers Huniu fiel an die Mongolin Siqin Gaowa, die ihre Rolle wirklich hinreißend spielte.

Der besondere Reiz, der den Film in China zum Kassenschlager machte, liegt in der historischen und detailkritischen Rekonstruktion der Pekinger Hutongs der 30er Jahre, der Hochzeits- und Begräbnissitten und der üppigen Ausstattung. Bei keinem chinesischen Film ging bislang aber auch durch die Übersetzung soviel Atmosphäre verloren. Denn im chinesischen Orginal wird im Pekinger Slang geflucht und gelebt, jene eigentümliche Sprache der Underdogs, für die der unverschuldet ewige Pechvogel Xiangzi steht.

Eine raffiniert gedrehte Liebesszene, die moderne Schnittechnik, die charakteristischen Typen und die Liebe zum Detail machen neugierig, ob dieser Film, der erfolgreich wie kein anderer die Veränderung in der Filmkultur seit dem Tode Maos widerspiegelt, ein Einzelprodukt bleibt oder zum Schrittmacher wird.

JOHNNY ERLING







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF
10.00 heute
10.05 Muatta, i bin a Guckuck
10.35 Wildwasser-Sam
Amerikanischer Spielfilm (1976)
12.10 Report
Moderation: Günther von Lojewski
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

8.58 Aus dem Bundestag
Einbringung des Haushaltes '85 mit anschließender Aussprache
16.00 Tagesschau
16.10 Wanderungen durch die DDR
Entlang der Saale
Film von Werner Filmer und Dieter Storp
16.55 Stadtrallye (1)
Eine Schnitzeljagd für Fixe
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Mond ist nur a nackerte Kugel
Deutscher Spielfilm (1980)
Mit Elisabeth Stepanek, Sigfrit Steiner, Peter Turrini u. a.
Buch und Regie: Jörg Graser
Die 20jährige Anni kennt nur das mühsame Leben auf dem Hof ihres Ziehvaters, dem alten Kaspar Moser. Doch eines Tages lernt Anni den Fahrer Vitus kennen und verliebt sich in ihn. Sie glaubt, daß Vitus ihr nun die „große Welt" zeigt, was sich aber als Irrtum erweist ...
22.00 Brennpunkt
Eiszeit oder Denkpause
Die Bonner Ostpolitik nach den Absagen
Moderation: Peter Staisch
22.30 Tagesthemen
23.00 Quincy
Tod eines Einbrechers
James Wells, ein junger Polizist, behauptet, einen Einbrecher in Notwehr erschossen zu haben. Doch als Quincy den Fall untersucht, stellt er fest, daß der „Notwehr-Schuß" ganz dicht am Kopf des Mannes abgefeuert wurde.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Neues aus Uhlenbusch
Ein Tier ist ein Tier
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
Spaß für Spaßvögel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Sue Schell und „The Hollies"
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.05 Der lange Treck
Ein echter Gentleman
19.00 heute
19.30 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
20.15 Deutschland – Argentinien
Fußball-Länderspiel
Live-Übertragung aus Düsseldorf
22.00 Mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.05 Die 2
Geschäfte mit Napoleon
Danny verläßt in Nizza sein Flugzeug und wird dabei gleich von einer Kanonensalve empfangen, von der die hübsche Studentin Michelle Devigne verletzt wird.
22.50 Heute im Parlament
Ausschnitte aus der Debatte zum Haushalt
23.05 Das kleine Fernsehspiel
Dorfliebe
Film von Karlheinz Rehbach
Vor sieben Jahren drehte Karlheinz Rehbach einen Film über Gudrun und Thomas aus einem Dorf im Bergischen Land. In einem zweiten Teil zeigt der Autor nun, was aus dem Liebespaar geworden ist.
0.20 heute



Anni (Elisabeth Stepanek) hat in ihrem bisherigen Leben nur harte Arbeit gekannt (Der Mond ist nur a nackerte Kugel – ARD, 20.15 Uhr)
FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

17.00 Schulfernsehen
18.00 Berufsorientierung
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Gesang: Stephan Sulke, Doris Bierett; Musik: Red Hot Peppers
21.45 elf-elf
22.15 Beruf: Reporter
Ital.-franz.-spanischer Spielfilm (1974)
Regie: Michelangelo Antonioni
0.15 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Deutsche Puppenbühnen
19.00 Das Jahr im Garten
September
19.30 Das Gesetz bin ich
Ein Film zum Jugendarbeitsschutzgesetz
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Stadtgespräch
Die Türken in Berlin – Mitbürger oder Fremde?
21.15 Berlin 1900 (2)
Melancholie und Marschmusik
22.00 Der Kampf um unsere Sowjet-Ukraine
Film aus dem Jahre 1943 von Alexander Dowshenko
23.10 Nachrichten

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Video-Spiele
20.15 Sammelsurium
21.00 Bitterer Reis
Italienischer Spielfilm (1949)
Mit Silvana Mangano, Vittorio Gassman, Raf Vallone u. a.
Regie: Giuseppe de Santis
22.45 Theater-Talk
Mit Maria Becker und Hildegard Eichholz
23.15 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Es ist angerichtet (6)
19.30 Christians Wanderbrettl
20.00 Ein Herz und eine Seele
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Erzählungen aus dem hohen Norden
22.35 Z. E. N.
22.40 Die aufgeräumte Natur
23.25 Rundschau

Im 91. Lebensjahr entschlief sanft nach einem arbeitsreichen und erfüllten Leben mein geliebter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Ernst W. Dreyer-Eimbcke
Generalkonsul a. D.
Träger des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse
und beider Klassen des isländischen Falkenordens

In Liebe und Dankbarkeit
Susanne Dreyer-Eimbcke geb. Heermann
Oswald Dreyer-Eimbcke
und Frau Erika geb. Ohle
Dr. Birgit Angerer geb. Dreyer-Eimbcke
Dr. Martin Angerer

Wohltorf und Schleswig
im September 1984

Trauerfeier am Donnerstag, dem 13. September 1984, um 11.30 Uhr in der Evangelisch-Reformierten Kirche zu Hamburg 1, Ferdinandstraße 21.

Am 8. September 1984 verstarb im Alter von 90 Jahren

Generalkonsul a. D.

Ernst W. Dreyer-Eimbcke

der von 1921-1970 die Geschicke unserer Firma mit viel Umsicht und Erfolg mitgeführt hat. Wir haben ihm viel zu verdanken. Er wird weiterhin für uns ein Vorbild bleiben.

Partner, Prokuristen und Mitarbeiter
der
Firmengruppe Theodor & F. Eimbcke

Hamburg, im September 1984

Das Herz, das stets für andere schlug,
blieb stehen, die guten Hände ruhen.

Am 2. 9. 1984 starb plötzlich im Alter von 74 Jahren

Ruth Maria Henriette Ruck
geb. Hebbel genannt Ama

und läßt uns in tiefer Trauer zurück.

Hein Ruck
Klaus-Hein Ruck
Barbara Ruck geb. Hamm
Antje Jungfer geb. Ruck
Gerhard Jungfer
und die Enkel Jan, Katharina
Ronald, Anna und Julia

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden.
Hamburg, im September 1984

Wir trauern um

Dr. Erich Schnell
Präsident a. D.

der am 7. September 1984 im 83. Lebensjahr nach längerer Krankheit verstorben ist.

Herr Dr. Schnell trat im Jahre 1946 in den Dienst der Heimstätte Schleswig-Holstein. Als einer der Männer der ersten Stunde nach dem 2. Weltkrieg hat er sein ganzes Leben in den Dienst der Wohnungswirtschaft gestellt. Als Leitender Geschäftsführer der Heimstätte bzw. Erster Direktor der Landestreuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen in Schleswig-Holstein und nach deren Umwandlung in die Wohnungsbaukreditanstalt, deren erster Präsident er bis 1967 war, hat er sich stets für die Belange des sozialen Wohnungsbaues auf Landes- und Bundesebene engagiert. So war er daneben zwölf Jahre Hauptreferent im Groß-Schleswig-Holsteinischen Aufbauministerium und lange Jahre Obmann des Baufinanzierungsausschusses der ARGEBAU.
Durch seine Mitwirkung an der wohnungswirtschaftlichen Gesetzgebung war Dr. Schnell über die Grenzen des Landes Schleswig-Holstein hinaus als Fachmann der Wohnungswirtschaft sehr geschätzt. Mit großem persönlichen Einsatz hat er den Wohnungsbau in unserem Lande gefördert und damit unzähligen Menschen zu einem neuen Heim verholfen. Als tatkräftige und kontaktfreudige Persönlichkeit mit hohem sozialen Verantwortungsbewußtsein genoß er überall großes Ansehen.
Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Verwaltungsrat, Vorstand und Mitarbeiter
der Wohnungsbaukreditanstalt des Landes Schleswig-Holstein

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 13. September 1984, um 12.30 Uhr in der Osterkirche zu Kiel, Westring, Ecke Paul-Fuß-Straße, statt.

Wir haben die traurige Pflicht, bekanntzugeben, daß der Gründer, Namensgeber und langjährig persönlich haftende Gesellschafter unserer Gesellschaft, Herr

Dr. Erich Schnell
Präsident a. D.

am 7. 9. 1984 verstorben ist. Herrn Dr. Schnell danken wir für seine stete Mitarbeit und werden seiner immer ehrend gedenken.

Geschäftsführung und Beirat der
Grundvermögen-Gesellschaft Dr. Schnell KG

Bahnhofstraße 8, 2070 Ahrensburg

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Rainer Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

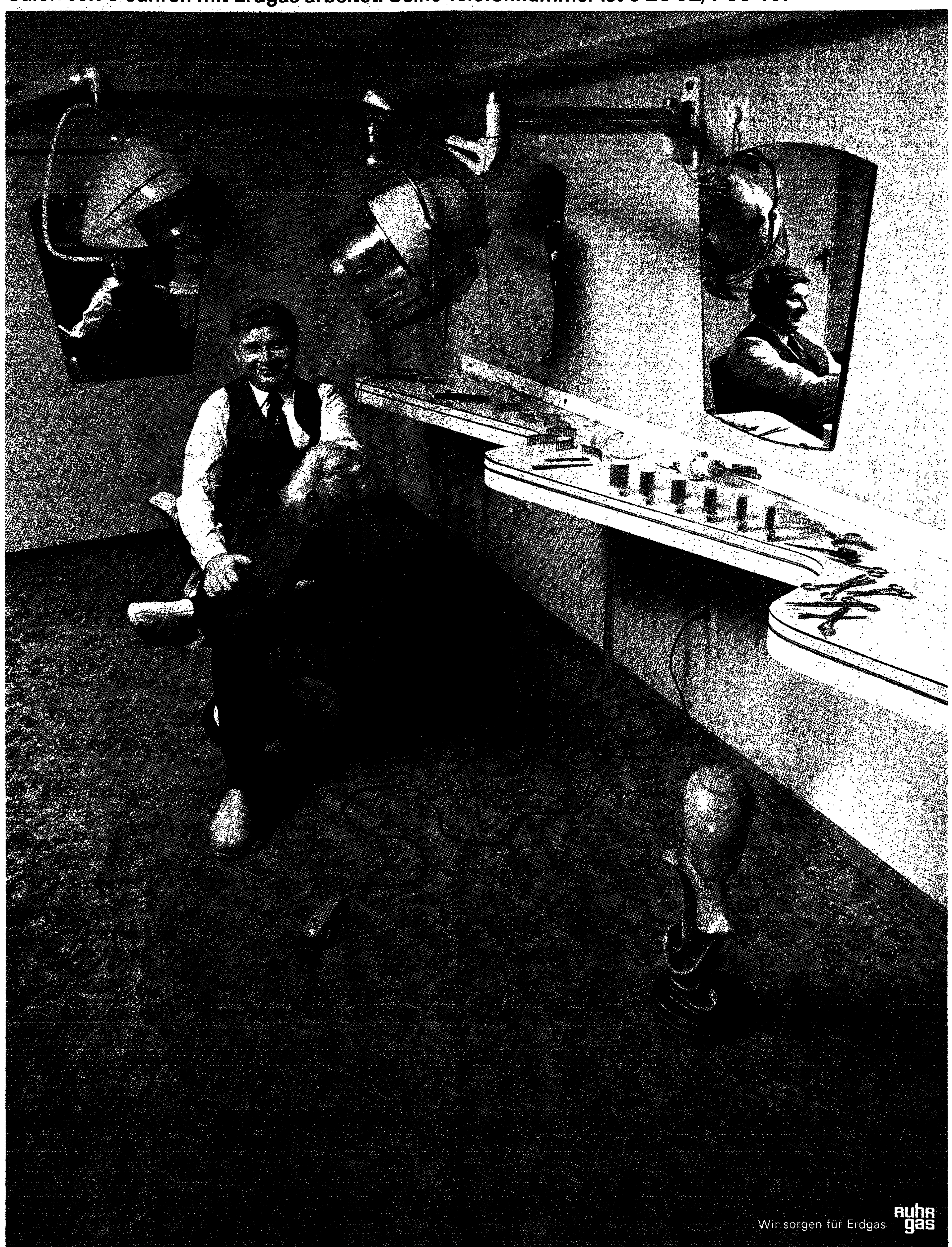
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Winfried Hehl, Friseurmeister in Bannberscheid, sagt heute allen Friseuren, warum er in seinem Salon seit 6 Jahren mit Erdgas arbeitet. Seine Telefonnummer ist 0 26 02/7 05 40.



Oder schreiben Sie an RUHRGAS AG, Postfach 10 32 52, 4300 Essen. Dann bekommen Sie die Broschüre „Humane Arbeitswelt, humaner Arbeitsplatz".

Richter prüfen Rechtmäßigkeit von Warnstreiks

DW. Kassel

Über die Frage, ob Warnstreiks auch während laufender Tarifverhandlungen ein zulässiges gewerkschaftliches Kampfinstrument sind, verhandelte gestern das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel. Der Entscheidung, die heute fallen könnte, wird von beiden Parteien eine grundsätzliche Bedeutung für das deutsche Arbeitskampfrecht zugemessen.

Unter dem Vorsitz von Präsident Otto Rudolf Kissel befaßte sich der Erste Senat des BAG zuerst mit prozessualen Fragen wie der Zulässigkeit und dem Charakter der Verbandsklage.

Geklagt hatten die Spitzenverbände der Metall-, der Eisen- und Stahlindustrie sowie die öffentlichen Arbeitgeber. Prozessualer Aufhänger sind die „Warnstreiks" des Jahres 1981, bei denen rund 1,5 Millionen Arbeitsstunden ausfielen, die einen Schaden von rund 110 Millionen Mark verursachten.

Die Arbeitgeber sehen ihre Kampfparität und Abwehrmöglichkeiten gefährdet, weil einige große Gewerkschaften (vor allem die IG Metall und die ÖTV) das Instrument des Warnstreiks unter dem Motto der „neuen Beweglichkeit" zu einer weiteren Waffe im Tarifkampf entwickelt hätten.

Mit diesen Arbeitsniederlegungen übten die Gewerkschaften auf die Arbeitgeber schon während der Verhandlungen erheblichen Druck aus, verhinderten damit freie Verhandlungen, schonten ihre Streikkasse, liefen praktisch kein Arbeitskampfrisiko und vermieden Urabstimmungen. Dadurch werde das Machtgleichgewicht zugunsten der Gewerkschaften ausgehebelt.

Die IG Metall entgegnete, Warnstreiks seien nach dem BAG-Spruch von 1976 als Druckmittel zulässig. Durch das Verbot dieser Kampfform versuchten die Arbeitgeber den gewerkschaftlichen Spielraum rechtswidrig einzuschränken.

Arbeiterblock nähert sich Likud auch ideologisch

USA versprechen Soforthilfe bei energischer Sparpolitik

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Nach mehr als sieben schweren Jahren in der Opposition wird der Chef der Arbeiterpartei, der 61jährige Shimon Peres, Ende dieser Woche als Premierminister in die Kaplanstraße am Eingang zu dem nach David Ben-Gurion benannten Regierungsviertel in Jerusalem einziehen.

Von seinem Amtszimmer aus kann er nur ein Gebäude erblicken – den modernen Neubau der israelischen Staatsbank. Dieser Anblick wird ihn an den entscheidenden Anstoß für diese mit 23 bis 26 Ministern überdimensionale Koalitionsregierung erinnern: Sie soll den wirtschaftlichen Notstand bewältigen und den drohenden Bankrott abwenden.

Zwar wird der Likud, wahrscheinlich in der Person des jetzigen Energieministers Yitzhak Moda'i, das Finanzministerium innehaben, aber die Fiskalpolitik und insbesondere die einschneidenden Sparmaßnahmen, die bald über das Volk verhängt werden, sind ein gemeinsames Unternehmen der beiden Großblöcke. Hier gibt es kaum Unterschiede zwischen dem national-liberalen „Likud" und dem zwischen Zentrum und Sozialdemokratie liegenden Arbeiterblock. In dieser Frage hat die Große Koalition mehr Aussicht auf Erfolg als eine Einparteienregierung.

Der Arbeiterblock wird zusätzlich Sorge tragen, daß der „Histadrut", (der Allgemeine Gewerkschaftsverband) die Sparmaßnahmen nicht torpediert. Der Erfolg ist keineswegs sicher. Auch zu Zeiten, wo der Arbeiterblock allein regierte, gab es schwere Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Histadrut, obwohl beide von derselben Partei beherrscht wurden.

Zusätzlichen Ansporn für eine vernünftige Fiskalpolitik ist das Versprechen der USA, Israel großzügige Soforthilfe zu leisten – unter der Bedingung, daß Israel große Einschränkungen vornimmt, auch wenn dies vorübergehend zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen muß. Eine Summe von 750 Millionen Dollar ist im Gespräch.

Auf dem Programm der Regierung steht auch die Räumung Libanons in kurzer Zeit. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß dies vor Ablauf von weniger als einem halben Jahr erfolgen kann. Beobachter halten sechs Monate für die kürzeste Zeitspanne, in der Israel seine Ausrüstung in Libanon demontieren kann, ohne Schaden zu erleiden. Der Kommandant der von Israel unterstützten südlibanesischen Armee, Oberst Lahad, meinte sogar, ein ganzes Jahr sei nötig, um seine Truppe so zu stärken, daß sie ohne den israelischen Rückhalt auskommen kann.

Auf außenpolitischem Gebiet ist in den nächsten sechs Monaten kaum Neues zu erwarten. Auch von arabischer Seite wird mit keiner Initiative gerechnet. Die USA wollen der israelischen Regierung eine politische Schonzeit gewähren, bis sie ihren Haushalt in Ordnung gebracht hat.

Bemerkenswerter könnte die Neuordnung auf der internen israelischen Szene ausfallen. Im Laufe von kaum zwei Wochen hat der Arbeiterblock sich von der doktrinären sozialistischen „Mapam" getrennt. Auch der am linken Flügel der Arbeiterpartei stehende Abgeordnete Sarid, der seine Partei oft in Verlegenheit brachte, weil er offensichtlich für einen palästinensischen Staat eintrat, hat sich losgesagt. Die ebenfalls weit links stehende „Bürgerrechtspartei" unter Frau Aloni, die in der vorigen Knesset dem Arbeiterblock angehörte, lehnt auch den Eintritt in die Regierung der Nationalen Einheit ab.

Auf dem rechten Flügel des Arbeiterblocks hat sich der betont nicht-sozialistische Ezer Weizman (vormals Likud) mit seinen drei Abgeordneten plaziert. Und mit dem ehemaligen Likud-Finanzminister Yigal Hurwitz verhandelt Peres über seinen möglichen Beitritt zum Block.

All dies bedeutet nicht, daß sich die ideologischen Unterschiede zwischen Likud und Arbeiterbock verwischen. Aber die Koalition hat zu einer Annäherung geführt.

SPD-Chef Vogel: Gemeinsamkeit ist nicht beendet

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat Bundeskanzler Helmut Kohl vorgeworfen, „von allen guten Geistern verlassen" gewesen zu sein, als er am Vortag in der Unions-Fraktionssitzung in Berlin die deutschlandpolitische Gemeinsamkeit mit der SPD aufgekündigt habe. Es sei offenbar nicht genug, „daß er vor dem Scherbenhaufen seiner eigenen ost- und deutschlandpolitischen Initiativen steht". Der Kanzler wolle jetzt auch noch „die Voraussetzungen für einen Konsens in Grundfragen zerstören". Kohl sei sich in seinem „Zorn und seiner Enttäuschung" offensichtlich auch „der vollen Tragweite seiner Äußerungen nicht bewußt" gewesen. Für die SPD-Fraktion gebe es angesichts der vorliegenden Fakten jedenfalls „keinen Anlaß, von mir aus zu sagen, daß die Gemeinsamkeit beendet ist". Der Bundespräsident habe erst dieser Tage „tausend Gründe" für eine solche geliefert.

Der SPD-Politiker forderte den Kanzler auf, „wenn wir die Verantwortungsgemeinschaft ernst nehmen", die „DDR"-Wünsche wie beispielsweise die Geraer Forderungen „wenigstens auf den Tisch zu nehmen". Es sei „dummes Zeug", daß diese alle gegen das Grundgesetz verstießen. Es gebe weder eine Verfassungsbestimmung, die einen Kompromiß bei der Elbegrenze verbiete, noch eine gegen die Abschaffung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter, und es gebe auch keinen Artikel gegen die Respektierung einer „DDR"-Staatsangehörigkeit. Durch den Grundlagenvertrag habe Bonn die Eigenstaatlichkeit der „DDR" anerkannt, und „es gibt keinen Staat ohne Personalhoheit".

Die an Volkskammerpräsident Sindermann ausgesprochene Einladung der SPD-Bundestagsfraktion bleibe bestehen. Über den „Zeitpunkt und die Modalitäten" eines solchen Besuchs werde noch gesprochen. Auch die bei seinem Moskau-Besuch im März vereinbarten Gespräche zwischen Spitzenpolitikern des Kreml und SPD-Abgeordneten werden nach Vogels Worten weitergehen.

„Wir haben positive Erfahrungen mit deutschen Investitionen"

Von GÜNTHER BADING

In Mexiko gibt es nach Ansicht von Staatspräsident Miguel de la Madrid Hurtado breiten Raum für deutsche Investitionen, nicht nur für Großunternehmen, sondern gerade auch für mittlere und kleinere Firmen. Präsident de la Madrid hob die „positive" Rolle hervor, die die deutschen Banken bei der jüngsten Umstrukturierung eines Teils der mexikanischen Auslandsschulden – es geht dabei um 48,7 Milliarden Dollar – gespielt hätten. Der mexikanische Staatschef sprach sich für eine Verhandlungslösung im zentralamerikanischen Konflikt aus. Er hoffe, daß die USA ihre Politik auf Wirtschaftshilfe für diese Region abstellten, da hier der Kern aller Probleme liege. Eine gewaltsame Lösung etwa des Konflikts um Nicaragua würde nach seiner Ansicht nicht nur das Klima in ganz Lateinamerika beeinträchtigen, sondern auch die weltweiten Spannungen zwischen Ost und West vergrößern.

WELT: Herr Präsident, in Ihrem Bericht zur Lage der mexikanischen Nation haben Sie die Beziehungen Ihres Landes zu Europa und zur Bundesrepublik Deutschland nicht angesprochen. Können Sie eine Bilanz dieser Beziehungen ziehen?

Präsident de la Madrid: Ich habe bei anderer Gelegenheit erklärt, daß die europäischen Länder im Gesamtrahmen unserer Auslandsbeziehungen ebenfalls von herausragender Bedeutung sind. Mexiko hat und hatte sehr umfassende Bedingungen mit den Ländern Europas; eine besondere Rolle spielt dabei die Bundesrepublik Deutschland. Diese traditionellen Beziehungen sind beständig auf den Feldern der Wirtschaft, des Handels, der direkten Investitionen erweitert worden und natürlich auch auf dem Gebiet des Kulturaustausches. Der Besuch von Bundeskanzler Kohl vor kurzem hat viel dazu beigetragen, die Beziehungen beider Länder zu beleben und noch enger zu gestalten. Unsere Länder empfinden eine natürliche gegenseitige Sympathie, und dies ist eine sehr gute Grundlage, um unsere Beziehungen sowohl politisch als auch wirtschaftlich und kulturell zu diversifizieren und auszuweiten.

WELT: Welche Zukunftsaspekte sehen Sie für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Mexiko und der Bundesrepublik Deutschland?

De la Madrid: Nun, ich hoffe, daß die finanzielle Zusammenarbeit bestehen bleibt und sich in vernünftigem Maße erweitern wird. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine der wichtigsten Finanzierungsquellen für Mexiko und ich muß anerkennen, daß die Banken der Bundesrepublik Deutschland in den jüngsten Operationen zur Restrukturierung unserer Auslandsschuld eine sehr positive Haltung eingenommen haben. Ich glaube, wir müssen auch größere Anstrengungen unternehmen, um den Handelsstrom zwischen beiden Ländern zu verstärken. Es gibt mehrere Bereiche, in denen sich die Wirtschaft beider Länder ergänzen kann. Auch will ich betonen, daß wir Mexikaner mit den deutschen Investitionen in Mexiko positive Erfahrungen gemacht haben. Ich glaube, daß sich hier ein weites Feld öffnet, damit wir in Zukunft Investitionen deutscher Unternehmen in unserem Land fördern können – und nicht nur der großen Unternehmen, sondern auch der mittleren und kleinen Firmen.

> „Ich muß anerkennen, daß die Banken der Bundesrepublik in den jüngsten Operationen zur Restrukturierung unserer Auslandsschuld eine sehr positive Haltung eingenommen haben."

WELT: Wo bieten sich insbesondere Investitionsmöglichkeiten?

De la Madrid: Wir haben eine Liste jener Bereiche veröffentlicht, in denen wir allgemein Investitionen aus dem Ausland wünschen. Statt diese Liste nun im Detail zu zitieren, würde ich lieber deren Kriterien darlegen. Diese sind: Stärkung der mexikanischen Exportindustrie, der Transfer moderner, für die mexikanischen Bedingungen geeigneter Technologie. Und natürlich sind wir sehr daran interessiert, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Mexiko möchte seine Exportkapazität stärken – und dies besonders in Bereichen, die nichts mit Erdöl zu tun haben. Wir wollen die allzu starke Abhängigkeit vom Erdöl in unseren Deviseneinnahmen nicht weiterführen. Wir verfügen schon jetzt über industrielle Grundlagen und industrielle Erfahrungen, die zum Ausbau der verarbeitenden Industrie dienen können. Und hier glaube ich, kann es interessante und attraktive Bereiche für deutsche Investitionen geben.

WELT: Welche Rolle soll in dem von Ihnen gezeichneten Rahmen das private Unternehmen spielen?

De la Madrid: Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß Mexiko eine gemischte Wirtschaftsform hat; eine Wirtschaft, in der die dem Staat vorbehaltenen Bereiche in der Verfassung unserer Republik genannt sind, und in der wir gleichzeitig einen dynamischen privaten Sektor wünschen, der harmonisch mit dem öffentlichen Bereich zusammenarbeitet.

Mexiko hat einen so großen Bedarf an Wachstum und an Investitionen, daß nach meiner Ansicht kein Zwist zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor besteht. Wir müssen die Gesamtinvestitionen des Landes erweitern und wir müssen die beiden Sektoren harmonisieren und im Gleichgewicht halten. Ich glaube, die Zukunftsaspekte Mexikos auf diesem Gebiet sind der Erhalt einer gemischten Wirtschaft mit einem vernünftigen Gleichgewicht zwischem dem öffentlichen und dem privaten Sektor.

WELT: Herr Präsident, Ihre Regierung hat Erfolge in der Inflationsbekämpfung zu verzeichnen; in Ihrem Bericht zur Lage der Nation heißt es, die Jahresinflationsrate sei praktisch halbiert worden. Dies war nur möglich durch eine Politik des teilweisen Verzichtes auf Reallöhne. Dazu haben Sie bisher die Unterstützung der mexikanischen Gewerkschaften. Wie lange können Sie diese Politik durchhalten, ohne den sozialen Frieden zu gefährden? Und, bedeutet nicht auch die Reduzierung der Massenkaufkraft auf Dauer eine Gefahr?



Der 1982 gewählte Präsident Mexikos Miguel de la Madrid FOTO: DPA

De la Madrid: Natürlich können wir nicht hinnehmen, daß diese tendenzielle Verschlechterung der Reallöhne fortdauert und daß die Kaufkraft der Arbeiterklasse weiter nachläßt. Nach meiner Ansicht ist die härteste Anpassung schon vollzogen, hauptsächlich im Jahre 1983, teils schon 1982. Der Reallohnverlust von 1983 wird sich, so glaube ich, 1984 nicht wiederholen; allerdings ist es noch verfrüht, hier Voraussagen zu machen.

Nach meiner Überzeugung muß es Ziel der Wirtschaftspolitik sein, zu verhindern, daß sich diese Einbußen fortsetzen; es muß ihre Aufgabe sein, diese Tendenz aufzuhalten und in dem Maße, den der Wiederaufschwung (der Wirtschaft) erlaubt, auch einen Prozeß der Wiedererholung (der Reallöhne) einzuleiten.

Ich möchte hervorheben, daß der soziale Friede in Mexiko, neben anderen Faktoren, auch deshalb erhalten blieb, weil wir die Produktionsstätten und die Arbeitsplätze erhalten haben. Mit großer Reife haben die mexikanischen Arbeiter das erkannt. Die Arbeiter haben zu erkennen gegeben, daß sie am allermeisten am Erhalt ihrer Arbeitsplätze interessiert waren. Mit großer Vernunft haben sie eingesehen, daß die Fortsetzung der Politik der hohen Löhne das Risiko in sich barg, die Einkommen ganz zu verlieren – denn viele Firmen wären unter weiteren starken Lohnerhöhungen zusammengebrochen. Dies haben die Arbeiter ihren Gewerkschaftsführern deutlich gemacht und diese haben, daraufhin, sehr verantwortungsbewußt gehandelt.

WELT: Dürfen wir zur Außenpolitik zurückkehren? Ihr Land hat eine sehr wichtige Rolle in der Contadora-Gruppe gespielt, deren Ziel die Befriedung Zentralamerikas ist. Hat diese Politik bisher irgendwelche Erfolge erzielt?

De la Madrid: Was wir bisher erreicht haben ist, eine Verschärfung des Konflikts zu verhindern, der zeitweise hohe Risiken barg. Unter Verschärfung des Konfliktes verstehe ich einen allgemeinen Krieg in Zentralamerika mit noch mehr Gewalt, als wir sie bisher schon beobachtet mußten. Dies haben wir erreicht, indem wir den Dialog zwischen den zentralamerikanischen Ländern gefördert haben, indem wir sie eingeladen haben, sich an einen Tisch zu setzen, um über ihre Differenzen zu sprechen und die entsprechenden Lösungen zu finden. Die Contadora-Gruppe ist ein reines Instrument zur Beförderung von Befriedungsbemühungen und von diplomatischen, von Verhandlungslösungen.

Wir haben auch eine Annäherung, einen Dialog zwischen Nicaragua und den Vereinigten Staaten initiiert. Wir glauben, daß diese Beziehungen bestimmend für das ganze zentralamerikanische Phänomen sind. Wir sind sogar so weit gegangen, Texte vorzulegen, die als Grundlage für Friedensverträge in der Region dienen sollten. Und gleichzeitig haben wir ein internationales Hilfskomitee gegründet zur Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Zentralamerika. Denn hier liegt im Grunde die Ursache für die Instabilität und die Gewalt.

WELT: Wie beurteilen Sie die Zentralamerika-Politik der Regierung Präsident Reagans?

De la Madrid: Ich halte es für wünschenswert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die größten Anstrengungen unternimmt, um eine friedliche Lösung für Zentralamerika auf dem Verhandlungswege zu finden, daß eine Eskalation der Gewalt verhindert wird, daß als Grundlage für jede Regelung die Souveränität jedes Landes respektiert wird – und, daß sich die Vereinigten Staaten den Bemühungen um Wirtschaftshilfe zur Entwicklung Zentralamerikas anschließen, denn hier – ich wiederhole das – liegt der Kern des Problems.

Mir scheint, daß eine gewaltsame oder kriegerische Lösung im Falle Zentralamerikas die Probleme gar nicht lösen würde; sie würde sie noch verschlimmern. Jedes gewaltsame Vorgehen in der zentralamerikanischen Region würde das allgemeine Klima in Lateinamerika beeinträchtigen und es würde sehr wahrscheinlich auch jenes Klima in Mitleidenschaft ziehen, das wir zu erhalten suchen, um die Gefahr eines Weltkrieges fernzuhalten.

WELT: Welche Rolle können nach Ihrer Ansicht die Länder der Europäischen Gemeinschaft bei der Befriedung Zentralamerikas spielen?

De la Madrid: Tatsächlich hat die Europäische Gemeinschaft schon eine sehr positive Rolle gespielt. Sie hat die Verhandlungen der Contadora-Gruppe bei verschiedenen Gelegenheiten unterstützt und sie hat ihre Bereitschaft gezeigt, wirtschaftlich mit den Ländern Zentralamerikas zusammenzuarbeiten. Diese Haltung entspricht der von Mexiko vertretenen Linie gegenüber dem Problem Zentralamerika und sie stimmt ganz generell mit der Haltung der lateinamerikanischen Länder überein.

WELT: Herr Präsident, Sie haben einmal von der Gefahr gesprochen, die die Entwicklung in Zentralamerika auch für Ihr Land bedeute, von der Gefahr, die die Politik der Anbindung Nicaraguas an den sozialistischen Block mit sich bringt. Könnten Sie das erläutern?

> „Mir scheint, daß eine gewaltsame oder kriegerische Lösung im Falle Zentralamerikas die Probleme gar nicht lösen würde; sie würde sie noch verschlimmern."

De la Madrid: Es ist offensichtlich, daß in dem Maße, in dem Nicaragua oder irgendein anderes Land Zentralamerikas sich in den Ost-West-Konflikt verwickelt, oder präziser in den Konflikt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, daß in diesem Maße auch die Gefahr von Spannungen jener Länder mit den Vereinigten Staaten und auch deren Verbündeten wächst. Wenn wir den Frieden für diese Region wollen, müssen wir alle neuen Entwicklungen verhindern, die diese internationalen Spannungen verstärken würden.

WELT: Bundeskanzler Kohl hat Sie zu einem Besuch nach Deutschland eingeladen, gibt es schon Reisepläne?

De la Madrid: Ich hoffe, dieser Einladung Folge leisten zu können und ich überlege derzeit die Möglichkeiten eines Reisetermins schon 1985. Noch gibt es allerdings kein festes Datum.



Thatcher's Zwickmühle

fu. (London) – Die Regierung Thatcher steckt in einer Zwickmühle. Soll sie der Empfehlung der Zivilluftfahrt-Behörde folgen und etliche Streckenrechte der jetzt noch staatlichen Fluggesellschaft British Airways den konkurrierenden privaten Carriern, allen voran British Caledonian, aufteilen? Die Begründung der Luftfahrtbehörde klingt plausibel. Natürlich wäre British Airways nach der Privatisierung im nächsten Frühjahr ein Koloß am britischen Luftfahrtmarkt, dem keine Gesellschaft auch nur annähernd das Wasser reichen könnte.

Die Tatsache, daß British Airways alle lukrativen Streckenrechte aus der Zeit als staatliche Landes-Fluggesellschaft mit in die Privatisierung hinübernehmen würde, ärgert die Konkurrenz maßlos, zumal sich das Staatsunternehmen zu einem nicht geringen Teil mit Staatsmitteln eine beeindruckend große und moderne Flotte zugelegt hat.

Doch halt: Ist British Airways nicht schon seit Jahrzehnten der Koloß am britischen Luftfahrtmarkt? Die Gesellschaft wird schließlich nicht erst dazu, sobald sie zu 51 Prozent in privaten Aktienbesitz überführt wird. Auch ihr modernes Fluggerät und ihren günstigen Standort hat sie schon immer als Vorteil gegenüber der Konkurrenz verwertet.

Es ist nicht einzusehen, warum eine Gesellschaft, die privatisiert werden soll, vorher noch ihrer Vorteile beraubt wird, damit es ihr ja möglichst schwer fällt zu überleben. Unfair wäre allerdings, wenn die Regierung die Schuldenlast von British Airways in Höhe von gut drei Milliarden Mark mir nichts dir nichts zu streichen.

Messe im Trend

st. – Ohne Zweifel ist die bautec eine Bereicherung des Berliner Messe-Kalenders. Wenn diese Spezialausstellung mit dem Schwerpunktthema Modernisierung zur zweiten Veranstaltung schon 30 Prozent mehr Aussteller präsentieren kann, so spricht das für sich. Modernisierung und Stadterneuerung ist nicht nur in Berlin eine Aufgabe. Das liegt auch im Trend der gesamten Wohnungswirtschaft der Zukunft. Die Aufbaujahre mit 400 000 neuen Wohnungen – in der Spitze waren es gar 750 000 – liegen hinter uns. Sie werden so schnell nicht wieder erreicht. Im vergangenen Jahr sind 340 000 neue Wohnungen gebaut worden, dieses Jahr dürften es weniger als 300 000 sein. Die Bauwirtschaft muß sich darauf einstellen. Neue Programme aus Bonn darf sie nicht erwarten. Nicht Neubau heißt die Devise, sondern Ausbau und Erneuerung. Tendenzen auf diesem Markt sind auf der bautec in Berlin zu sehen. Die bautec ist zum richtigen Zeitpunkt gestartet.

WELTWIRTSCHAFT / Eine Analyse im Jahresbericht des Gatt

Der internationale Preismechanismus sollte wieder verstärkt werden

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der Boom in den USA hat sich nicht so stark auf die Weltwirtschaft ausgewirkt wie in früheren Konjunkturzyklen, obwohl die US-Importe kräftig gestiegen sind. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) führt dies vor allem auf eine Schwäche der Investitionen zurück, die durch den Handel induziert werden. Im ersten Halbjahr 1984 lag der Welthandel um neun Prozent höher als vor zwölf Monaten. Übers Jahr dürften es fünf bis sieben Prozent werden.

Während der ersten fünf Quartale der wirtschaftlichen Erholung von 1975 kletterte die Industrieproduktion in den USA mit einer Jahresrate von 11,3 Prozent, in Japan sogar um 13,2 und in den europäischen Industriestaaten um 8,8 Prozent. Im gegenwärtigen Aufschwung, der in den letzten drei Monaten 1982 einsetzte, schnellte die Industrieproduktion in den USA bis zum 1. Quartal 1984 mit einer Rate von 14,3 Prozent nach oben, während das Gatt sie für Japan mit 9,9 und für die europäischen Länder mit 4,3 Prozent angibt.

Vom 4. Quartal 1982 bis zum ersten Vierteljahr 1984 stieg der Wert der US-Importe um 34,4 Prozent, mehr als doppelt so kräftig wie 1975. Dabei konnten die japanischen Exporteure einen Zuwachs von 48,3 und die der EG von 33,3 Prozent verbuchen, während die Einfuhr aus dem Nahen Osten um 2,1 Prozent sank.

Trotzdem entwickelten sich, wie es im Jahresbericht des Gatt heißt, die Investitionen außerhalb der USA, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sehr moderat. Die zusätzliche Exportnachfrage wurde mit den vorhandenen Kapazitäten gedeckt. Der Grund: Die längerfristigen Gewinnerwartungen haben sich nicht so verbessert, daß sie Anlaß zur Kapazitätserweiterung gaben.

Gemeinhin wird dieses mit den hohen Zinssätzen erklärt. Nach Ansicht des Gatt paßt diese Deutung nur zu einem kleinen Teil. Immerhin gab es in den USA einen Investitionsboom trotz höherer Zinsen als in Japan und Europa. Entscheidender sind nach Meinung der Welthandelsorganisation Faktoren wie wirtschaftliche Unsicherheiten, strukturelle Inflexibilitäten und der geringe Anstieg der Rohstoffpreise.

Trotz der wirtschaftlichen Erholung grassierte die Unsicherheit in der Wirtschaft wegen der ungelösten internationalen Verschuldungsfrage, des künftigen Kurses in der Welt- und Fiskalpolitik und dessen Auswirkungen auf Wechselkurse sowie der Unwägbarkeiten in der Handelspolitik weiter. Die profitablen Investitionen werden geringer, wodurch weniger Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch die Erfolge an der Inflationsfront ist dieses Problem in den letzten Monaten zwar etwas geringer geworden, dafür hat die Unkalkulierbarkeit der Handelspolitik in vielen Ländern noch zugenommen.

Westeuropa hat auf die Herausforderungen der 70er und 80er Jahre, zum Beispiel durch die Ölpreisschocks, nicht so flexibel reagiert wie die USA. Die dortige Wirtschaft hat nicht nur von dem größeren integrierten Markt und den Steuersenkungen sowie der größeren Beweglichkeit der Löhne profitiert, sondern auch von der Entbürokratisierung und der Bereitstellung von Risikokapital. Dagegen war in Westeuropa der Widerstand gegen Veränderungen hoch.

Hinzu kommt der Protektionismus in der Landwirtschaft, der Unterhaltungselektronik, bei Autos, bei Textil und Bekleidung, bei Kupfer und Stahl. Vor allem richten sich die Maßnahmen gegen Japan. Bei landwirtschaftlichen Produkten und bei Stahl wird aber auch der transatlantische Handel behindert. Die Folge: Die Nachfrageeffekte der USA breiten sich nicht wie früher aus.

Um das Vertrauen der Investoren langfristig wiederherzustellen, muß nach Ansicht des Gatt der internationale Preismechanismus gestärkt werden. Er muß seine Funktion als Knappheitsindikator wieder spielen können. Erreicht werden kann dieses nur durch mehr Disziplin im Welthandel. Vehement setzt sich das Gatt daher für die Beibehaltung der Meistbegünstigungsklausel ein. Bedingung ist das Verbot von Diskriminierungen.

RAIFFEISEN

Was verkehrt zu machen war, wurde auch verkehrt gemacht

HENNER LAVALL, Bonn

Die agrarpolitischen Entscheidungen der letzten Monate in Brüssel und Bonn sind in ihrer Bedeutung gerade für die Genossenschaften gravierend. Darauf wiesen der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), Willi Croll und der Generalsekretär Hans-Jürgen Wick, vor der Presse in Bonn hin. Anläßlich des Raiffeisentages 1984 von heute bis zum 14. September in Kassel unterstrich Croll, daß die Landwirte immerhin mehr als die Hälfte ihrer Ein- und Verkäufe über die DRV-Genossenschaften abwickelten, das seien rund 47 Mrd. DM.

Bei Vorlage der Abrechnungen würde der Unmut der Bauern sich bei den Raiffeisengenossenschaften konzentrieren. „Wir sind aber zum Realismus verpflichtet", meinte der DRV-Präsident, „und die falsche Adresse für Beschwerden, denn wir können nicht das ausgleichen, was Politiker vorgegeben haben." Die negativen Folgen der agrarpolitischen Beschlüsse wollten die Genossenschaften auch nicht verantworten. Der Verwaltungsapparat in Brüssel habe nun mal neben vielem anderen den Abbau des Währungsausgleichs, die Verlängerung der Zahlungsziele auf nunmehr 120 Tage und die Milchmengen-Kontingentierung beschlossen.

Croll räumte ein, daß es bei Milch nicht habe so weitergehen können. Der Abbau der Anlieferungen auf einen Schlag sei allerdings zu abrupt erfolgt. „Was hierbei verkehrt gemacht werden konnte, ist verkehrt gemacht worden", meinte der DRV-Präsident. Noch ist nach Croll auch nicht klar, ob die jetzt eingeschlagene Richtung einer politischen Grunderkenntnis oder lediglich der Kassenlage entspreche. Die neue „Planwirtschaft" enge jedenfalls die Entwicklungsmöglichkeiten und die unternehmerischen Freiräume erheblich ein.

Auf die besorgniserregende Lage der Bauern wies Generalsekretär Hans-Jürgen Wick hin. Die deutsche Landwirtschaft habe bereits im Kalenderjahr 1983 mit minus 22 Prozent den stärksten Einkommensrückgang in der EG hinnehmen müssen. Für das Wirtschaftsjahr 1983/84 sei mit einer Einbuße von 20 bis 25 Prozent zu rechnen. Ziel der Genossenschaften müsse daher sein, „mit allen Kräften die Wettbewerbskraft der Märkte auszuschöpfen".

Dazu zählt Wick u. a. die Vorverträge im Getreidesektor, die ein noch stärkeres Abrutschen der Preise verhindert hätten. Nach Brüssel habe der DRV zusätzlich den Vorschlag übermittelt, das Interventionskontingent zur Entlastung des Brotweizenmarktes aufzustocken. Da darauf noch keine Reaktion erfolgte, ebenso wie auf die vom DRV empfohlene Weihnachtsbutteraktion, führt der Generalsekretär auf die Sommerpause der EG-Organisationen zurück, „der wir nur mit Unverständnis gegenüberstehen". Denn zahlreiche Entscheidungen seien überfällig.

Fabius und die Arbeitslosen

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die zunehmende Arbeitslosigkeit ist für die sozialistische Regierung Frankreichs das größte Problem. Nachdem sie die Zahl der Arbeitslosen durch beschäftigungspolitische Maßnahmen mehr oder weniger künstlich bei etwa zwei Millionen stabilisiert hatte, wurden Ende Juli 2,34 Millionen Stellengesuche saisonbereinigt registriert. Das waren rund zehn Prozent der aktiven Bevölkerung.

Für die sozialistischen (und kommunistischen) Wähler ist das deshalb besonders enttäuschend, weil Präsident Mitterrand der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die erste Priorität eingeräumt hatte. Die „kritische" Zwei-Millionen-Grenze, so hieß es noch vor einem Jahr, sollte unter keinen Umständen überschritten werden. Nach den letzten amtlichen Schätzungen wird Frankreich aber noch vor Jahresende an die 2,5 Millionen Arbeitslose haben.

Der neue Premierminister Laurent Fabius hat sich im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger Mauroy bisher nicht auf Zahlen eingelassen. Wer heute einen schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit versprechen würde, ist seiner Ansicht nach ein „Lügner". Denn „Wunderrezepte" zur Bekämpfung dieses „Krebsgeschwüres" gäbe es nicht. Dies ist eine völlig neue Sprache.

Damit wurde den sozialistischen Vollbeschäftigungspolitikern zunächst einmal das Wasser abgegraben. Insbesondere weigert sich die neue Regierung nach früher gescheiterter Praxis, auf verbrauchsfördernde Maßnahmen zur Stimulierung des Arbeitsmarktes zurückzugreifen. Tatsächlich würde Frankreich darüber in einen neuen Importsog geraten, der das Außenhandelsdefizit und die Preise in die Höhe treibt. Die durch die Austerity-Politik der letzten 18 Monate erzielten relativen Erfolge an der Inflations- und Außenhandelsfront wären dann schnell wieder zunichte gemacht.

Dagegen verspricht sich Fabius neue Arbeitsplätze von verstärkten Exporten, wofür ein rückläufiger Preis- und Lohnkostenanstieg die wichtigste Voraussetzung ist. Auch will er die Investitionen zur Modernisierung des französischen Produktionsapparates fördern. Dies stützt zwar die Investitionsgüterkonjunktur. Andererseits aber kosten gerade solche Investitionen zunächst einmal Arbeitsplätze, bevor sie neue schaffen.

Die Modernisierung der französischen Industrie oder, genauer gesagt, die Überwindung des Modernisierungsrückstandes gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz ist das wichtigste Ziel der neuen Regierung. Unternehmen, die das in ihren veralteten Anlagen beschäftigte überschüssige Personal freisetzen wollen, werden – unter gewissen sozialen Vorbehalten – jetzt wohl leichter die behördliche Genehmigung erhalten als früher. Als Präzedenzfall dafür kann die Automobilgesellschaft Citroën gelten.

Um die so frei werdenden Arbeitskräfte – nach ihrer Umschulung – in anderen Unternehmen unterzubringen, vertraut Fabius vor allem auf die mittelständische Wirtschaft. So wird jetzt die Gründung von kleinen und mittleren Firmen wesentlich erleichtert. Wie die Erfahrung zeigt, werden von diesen Unternehmen relativ mehr Arbeitsplätze geschaffen als von den Großunternehmen.

Schließlich plant die neue Regierung eine Reform der Sozialgesetzgebung mit dem Ziel, die Flexibilität der Arbeitszeit zu fördern – ein Begriff, der in Frankreich bisher tabu gewesen war – und die Berufsausbildung zu verbessern. Bis Ende 1985, so versprach Fabius, würde jedem Jugendlichen unter 21 Jahren ein Ausbildungsplatz zur Verfügung stehen oder eine Arbeit in einem Unternehmen bzw. von „kollektivem Interesse" angeboten werden.

Die letzte, etwas an Arbeitsdienst erinnernde Komponente dieses ambitiösen Planes läßt vermuten, daß es der Regierung auch darauf ankommt, vor den nächsten Parlamentswahlen Jugendliche vorübergehend aus dem Verkehr zu ziehen. Andererseits muß man Fabius' These zustimmen, daß es besser ist, Jugendliche zu beschäftigen anstatt sie dafür zu bezahlen, daß sie nicht arbeiten.

Jedenfalls läßt sich in Frankreich das Arbeitslosenproblem für absehbare Zeit nicht allein durch Wirtschaftswachstum lösen. Schon aus außenwirtschaftlichen Gründen muß die Expansionsrate schwächer bleiben als in anderen Ländern und als dies für die Anpassung des Arbeitsmarktes nötig wäre.

AUF EIN WORT



„Der Export ist gegenwärtig der mit Abstand dynamischste Nachfragesektor, wenn er auch durch einen starken Importsog weitgehend kompensiert wird. Es gehört also nicht viel Sehergabe dazu, bereits jetzt das laufende Jahr zum Rekordjahr des Außenhandels zu deklarieren."

Dr. Walter Seipp, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank AG.
FOTO: NORBERT NORDMANN

Weniger Erwerbstätige

rtr. Wiesbaden

Der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik hat sich im ersten Halbjahr 1984 verlangsamt. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden in den ersten sechs Monaten durchschnittlich 24,976 Mill. Erwerbstätige registriert und damit um 0,5 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 1983. Den stärksten Rückgang verzeichnete mit 1,2 Prozent der Bereich Produzierendes Gewerbe. Nach Angaben des Amtes stieg die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen gleichzeitig um 0,2 Prozent auf 3,231 Mill., während die der abhängigen Beschäftigten um 0,6 Prozent auf 21,745 Mill. abnahm.

SCHULDENKRISE

Washingtoner Institut blickt optimistisch in die Zukunft

H.-A. SIEBERT, Washington

Mit Ausnahme Argentiniens haben sich die wichtigsten Schuldnerländer den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen schneller als erwartet angepaßt. Zu diesem Schluß kommt das mit deutschen Marshall-Plan-Geldern geförderte Institute for International Economics (IIE) in Washington. Vorausgesagt wird ein Ende der Krise, wenn in diesem Jahr die Industriestaaten die angestrebte Wachstumsrate von durchschnittlich vier Prozent erreichen und keine innenpolitischen Zwischenfälle eintreten. Für wahrscheinlich gehalten wird eine Rückkehr Mexikos und Brasiliens etwa 1986/87 zu den Kredittrögen der privaten Geld- und Kapitalmärkte.

Nach Angaben des Instituts hat sich in der Dritten Welt die binnenwirtschaftliche Expansion 1983 nach der Rezession fortgesetzt, erheblich geschrumpft seien die außenwirtschaftlichen Defizite. Die jüngsten neuen Zinsschübe seien durch höhere Exporterlöse mehr als neutralisiert worden. Als Grund wird das kräftigere Wirtschaftswachstum im gesamten OECD-Raum genannt. Die günstigen Prognosen schließen auch die im Westen zum Teil hochverschuldeten Ostblockländer ein. Eine dauerhafte Erholung setze einen Abbau der US-Haushaltsdefizite voraus, was den Druck auf die Kapitalmärkte und Zinsen mildern würde, meint das IIE.

Das Institut lehnt Vorschläge, die auf die Abschreibung von Auslandsschulden zielen, mit dem Hinweis ab, gefährdet würde dadurch der Zufluß neuer Bankdarlehen. Nicht auszuschließen seien überdies umfangreiche öffentliche Kapitalspritzen.

UMWELTPOLITIK

Bonn lehnt NRW-Forderung nach Förderprogramm ab

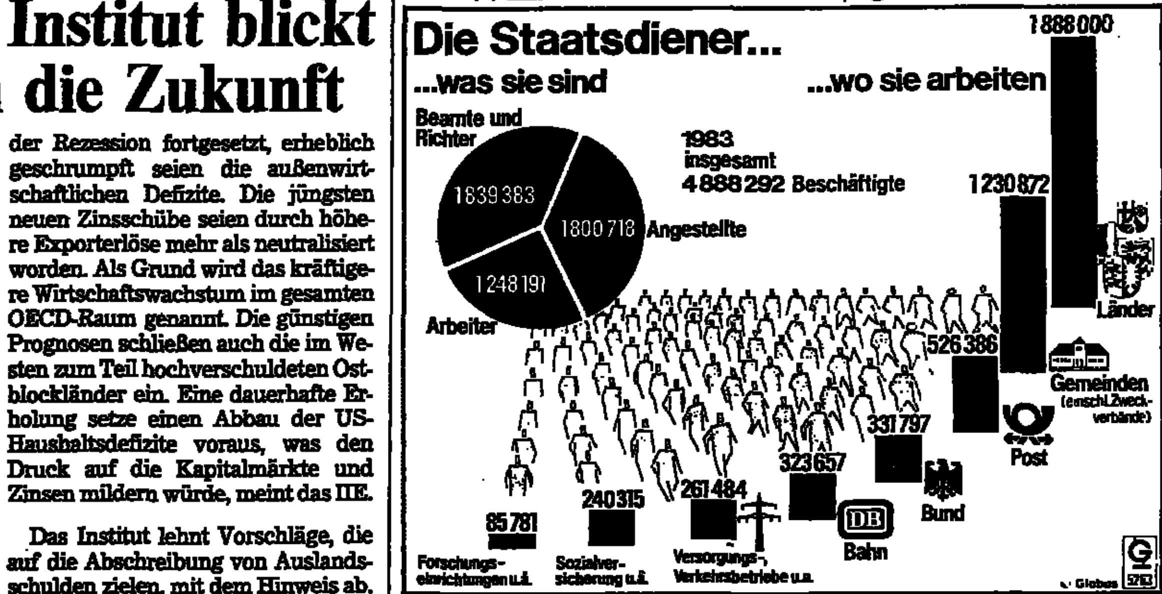
HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann lehnt das Verlangen der nordrhein-westfälischen Landesregierung nach einem Förderprogramm des Bundes zur Umrüstung kohlebetriebener Kraftwerke ab. Ministerpräsident Johannes Rau hatte vorgeschlagen, Zuschüsse bis zu 40 Prozent der Investitionskosten für den Bau von Anlagen zur Emissionsminderung bei Stickoxiden und Schwefeldioxid zu gewähren. Nach Ansicht Bangemanns bedeutet die Heranziehung des Steuerzahlers das Abrücken von dem im Umweltrecht geltenden Verursacherprinzip in Richtung Gemeinlastprinzip.

Die mit dem Verursacherprinzip angestrebte Zurechnung der Umweltkosten auf den Produktionsprozeß schließt nach Ansicht des Wirtschaftsministers ein grundsätzliches Subventionsverbot ein. Für eine Anwendung des Gemeinlastprinzips, die nur im Falle der Beseitigung akuter Umweltnotstände oder von Altlasten gerechtfertigt ist, bestehe keine Veranlassung. Mit einem derartigen Programm werde die Tür für andere, kaum übersehbare Subventionstatbestände geöffnet.

Die revierfernen Länder würden das vorgeschlagene Subventionsprogramm nicht akzeptieren. Da die Kohlepolitik der Bundesregierung jedoch auf die Zustimmung dieser Länder angewiesen ist, würde ein solches Programm der Position der Kohle eher schaden. Überdies seien keine wesentlichen zusätzlichen umweltentlastenden Wirkungen zu erwarten, die den Vorschlag rechtfertigen würden. Immerhin gehe es um ein Subventionsvolumen von bis zu acht Milliarden Mark. Dieses sei nicht in Einklang zu bringen mit dem angestrebten Subventionsabbau.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Etwa jeder fünfte Arbeitnehmer arbeitet beim Staat. Das Statistische Bundesamt zählte 1983 rund 4,9 Mill. Beschäftigte im öffentlichen Dienst, das sind 22 Prozent von den insgesamt 21,9 Mill. Arbeitnehmern. Davon sind 1,9 Mill. bei den Ländern beschäftigt, 1,2 Mill. bei den Gemeinden, die übrigen bei Bahn und Post, beim Bund (ohne Soldaten) oder bei den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung. QUELLE: GLOBUS

Weniger „arbeitslose" Handelsschiffe

Bremen (dpa/VWD) – Der Abbau der aus Ladungsmangel stillgelegten Tonnage der Welthandelsflotte geht weiter. Von Mitte September 1983 bis Mitte August 1984 sind nach Angaben des Bremer Instituts für Seeverkehrswirtschaft rund 25 Prozent der aufgelegten Tonnage wieder in Fahrt gesetzt worden. Dabei wurde von Mitte Juni bis Mitte August mit 3,4 Prozent die zweithöchste „Reaktivierungsquote" erzielt. Die höchste gab es mit sechs Prozent im Mai dieses Jahres. Die arbeitslose Tonnage der Welthandelsflotte ist damit bis Mitte August auf 34,4 Millionen BRT abgebaut worden.

„automechanica" eröffnet

Frankfurt (dpa/VWD) – Die bedeutendste Messe für das Kraftfahrzeuggewerbe, die „automechanica" 1984, hat am Dienstag in Frankfurt ihre Tore geöffnet. Zu der sechstägigen Ausstellung, auf der Zubehörersatzteile und Werkstattausrüstungen gezeigt werden, erwartet die Messeleitung rund 100 000 Besucher. Vertreten sind 1679 Aussteller aus 33 Ländern.

Neues Programm der IFC

Washington (dpa/VWD) – Die Weltbanktochter International Finance Corporation (IFC), die sich ausschließlich der Förderung privater Investitionen und Unternehmen in der Dritten Welt widmet, hat für den Zeitraum 1985 bis 1989 ein Investitionsprogramm von 7,38 Mrd. Dollar verabschiedet. Wie die IFC in Washington mitteilte, sollen in diesem Fünfjahres-Zeitraum Projekte in der Subsahara-Zone, in der Öl- und Energieentwicklung, der Firmenmodernisierung sowie der technischen und finanziellen Beratung verstärkt gefördert werden.

Investitionen steigen

Bonn (rtr) – Von einem „deutlichen überproportionalen" Investitionszuwachs und einem etwas weniger starken Anstieg des privaten und des staatlichen Verbrauchs geht die Bundesregierung im mittelfristigen Finanzplan (1983 bis 1988) aus. Nach den dem Finanzplan zugrundeliegenden Projektionen wird ein Anstieg der Brutto-Investitionen bis 1988 um 50 Prozent auf 544 Mrd. Mark im Jahre 1983 angenommen.

Einigung im Fischerei-Rat

Brüssel (dpa/VWD) – Die Fischereiminister der EG haben Dänemark erlaubt, in der Industriefischerei größere Mengen Speisefisch aus der Nordsee zu Fischöl oder Fischmehl zu verwandeln. Erst nach 13stündigem harten Verhandlungen gab Großbritannien am späten Montag abend in Brüssel seinen Widerstand gegen einen Kompromiß auf, der dänischen Fischern beim Fang von Stintdorsch mit 18 Prozent Speisefischbeifängen nahezu doppelt so viel zugesteht wie zuvor. Unstreitig war die Annahme eines Entwurfs für ein neues, fünf Jahre dauerndes Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA.

Marktordnung verteidigt

Bonn (dpa/VWD) – Die gemeinsame Marktorganisation für Zucker mit ihrem Quoten- und Garantiemengen-Instrumentarium hat sich nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesernährungsminister, Georg Gallus, in der EG bewährt. Sie sei notwendig, um die Zuckerrübenüberschüsse in der EG in Grenzen zu halten, erklärte Gallus gestern in Bonn vor der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker und dem Verein der Zuckerindustrie bei der Festveranstaltung „200 Jahre Zuckerrübe". Besorgniserregend nannte er die Entwicklung der Weltmarktpreise für Zucker in den letzten Monaten. Die Notierungen seien auf ein seit zehn Jahren nicht mehr erreichtes Niveau gefallen.

Frankreich an der Spitze

Brüssel (dpa/VWD) – Frankreich ist innerhalb der Europäischen Gemeinschaft das führende Land beim Einsatz von Kernenergie. Wie aus der Kraftwerk-Bilanz 1983 des statistischen EG-Amtes Eurostat hervorgeht, betrug die Nettokapazität der französischen Kernkraftwerke am Jahresende 26 848 Megawatt (MW), was gegenüber 1982 eine Steigerung um 15,3 Prozent bedeutet. Die 19 deutschen Kernkraftwerke stellen eine Maximalleistung von 11 111 MW dar. Dies ist im Vergleich zu Ende 1982 ein Zuwachs um 12,8 Prozent.

ÖFFENTLICHE FINANZEN

Lage bei den Bundesländern hat sich deutlich entspannt

AP, Bonn

Aufgrund eines Ausgabenanstiegs um nur 1,7 Prozent und einer Steigerung der Einnahmen um 5,9 Prozent hat sich die Finanzlage der Bundesländer im ersten Halbjahr 1984 deutlich entspannt. Das Bundesfinanzministerium teilte am Dienstag in Bonn mit, das Finanzierungsdefizit der Länder sei im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,7 Milliarden auf 8,5 Milliarden Mark gesenkt worden und werde übers Jahr gerechnet mit unter 21 Milliarden Mark niedriger ausfallen als in den Haushaltsplänen veranschlagt.

Der geringe Ausgabenanstieg um 1,8 Milliarden auf 107,8 Milliarden Mark im ersten Halbjahr – die Zuwachsrate von 1,7 Prozent ist nicht einmal halb so hoch wie in den Etats vorgesehen – ist nach Darstellung des Bundesfinanzministeriums im wesentlichen auf die Auswirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes 1983, die geringen Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie die restriktiven Maßnahmen im Personalbereich zurückzuführen. Die Personalausgaben stiegen nur noch um 1,7 Prozent, nachdem sie in den beiden Vorjahren noch um 3,2 (1982) und 3,0 (1983) Prozent zugenommen hatten.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen in den ersten sechs Monaten des Jahres 1984 um 8,7 Prozent auf 71,1 Milliarden Mark. Nach den Haushaltsansätzen war eine Zunahme um 5,6 Prozent vorgesehen. Die Einnahmeverluste bei den ertragsunabhängigen Steuern und der Einkommen- und Körperschaftsteuer wurden durch das Mehraufkommen aus der Umsatzsteuer mehr als ausgeglichen.

ELEKTROAUTO / BBC entwickelte neue Batterie – Bald Serienproduktion?

Umweltfreundliches Gefährt in Sicht

HARALD POSNY, Düsseldorf

Um das Elektroauto, das umweltfreundliche Gefährt der Zukunft, ist es lange Zeit still gewesen, obwohl etliche Busse und Transporter im Nahbereich einiger Großstädte erfolgreich ihren Dienst versehen. Eine Akzeptanz durch Autohersteller und Verbraucher litt bislang unter den zu kleinen Produktionsserien, die den Kaufpreis zu hoch treiben würden. Außerdem wurde vielfach befürchtet, die Batterieleistung würde – nicht zuletzt mangels ausreichender Infrastruktur von Ladestationen – für weite Strecken nicht ausreichen.

Eine neue Batterie-Entwicklung der mit Elektroantriebsversuchen beschäftigten Brown, Boveri & Cie AG (BBC), Mannheim, läßt jetzt eine marktgerechte Serienproduktion von Pkw mit Elektroantrieb bis zum Ende der 80er Jahre wieder möglich erscheinen. Mit der neuen Natrium-Schwefel-(NaS)-Batterie anstelle der bisher landläufigen Blei-Säure-Batterie soll nach den Worten des BBC-Projektleiters Hans Kahlen mit dem in zehnjähriger Arbeit entwickelten Batteriesystem „eine wichtige Hürde auf dem Weg zu einem leistungsfähigen Elektroauto genommen sein".

Im Informationsdienst der Gesellschaft für elektrischen Straßenverkehr (GES) schreibt Kahlen, daß das von 150 BBC-Mitarbeitern entwickelte Kraftpaket zur Zeit im Labor getestet wird, doch sollen schon in Kürze Feldversuche mit den ersten Prototypen beginnen.

Das „Neuartige" ist, daß im Gegensatz zur Blei-Säure-Batterie beim wiederaufladbaren BBC-Höchstenergiespeicher bei dessen Entladung (Betrieb) Natrium als Ion durch ein Elektrolytrohr zum Schwefel wandert, wo es sich unter Aufnahme von Elektronen zu Natriumpolysulfid verbindet. Ein VW Golf soll ohne jede Nachladung etwa 250 km weit kommen, und das mit Tempo 100. Er beschleunigt von 0 auf 50 km/h in etwa sieben Sekunden und wird eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h erreichen. Die neue Batterie sei wesentlich leichter als traditionelle Vorgänger, sie leiste auch drei- bis fünfmal mehr. Normalladungen sind über Nacht an jeder 220-Volt-Steckdose möglich.

Ein VW-Golf würde für 100 km Fahrstrecke je nach Stromtarif 2,80 bis drei Mark Kosten verursachen. Der Preis der neuen NaS-Batterie sollte bei Serienreife unter dem heutigen Preis für Blei-Batterien liegen, meint Kahlen. Das sei auch deshalb realistisch, weil der geringe Materialwert eine günstige Massenfertigung erlaubt. Rohstoffprobleme bestehen auch nicht: Natrium und Schwefel sind im Inland für mehrere 1000 Jahre ausreichend vorhanden, Blei für Autobatterien wäre nur noch für 30 Jahre verfügbar.

BRITISH AIRWAYS / Privatisierung schafft Probleme

Streit um Streckenrechte

WILHELM FURLER, London

Im Vorfeld der Privatisierung der staatlichen Fluggesellschaft British Airways ist es zu starken Auseinandersetzungen zwischen dem Vorstand der Airline einerseits und konkurrierenden privaten Gesellschaften sowie *der Zivilluftfahrtbehörde (AA)* andererseits gekommen. Auch innerhalb des Kabinetts der Regierung Thatcher haben sich Fronten gebildet.

Dabei geht es vor allem um die von der CAA empfohlenen Aufteilung etlicher Streckenrechte von British Airways unter der privaten Konkurrenz des Landes, also in erster Linie British Caledonian. Die Luftfahrtbehörde argumentiert, daß British Airways ohne den *Verzicht auf bestimmte* Routen nach der Privatisierung einen „monopolistischen Koloß" wäre, *gegen den zu konkurrieren* für die Wettbewerber des Landes unmöglich werde. Die Privatisierung der Fluggesellschaft ist für Februar oder März kommenden Jahres vorgesehen.

Genannt werden von der CAA British Airways-Dienste vom zweiten Londoner Großflughafen Gatwick *nach Kontinental-Europa, etliche* Europa-Flüge von den britischen Regional-Flughäfen Aberdeen, Belfast, Birmingham, Edinburgh, Glasgow und Manchester sowie die Langstreckenflüge *von London-Heathrow nach* Zimbabwe, Dhahran und Jeddah.

Außerdem wird die Regierung in dem CAA-Report aufgefordert, die Regulierung inländischer Flugpreise *aufzuheben, und auf allen Inlands*routen mehr Wettbewerb einzuführen – jedenfalls zunächst in einem zweijährigen Experiment.

Die Empfehlungen der Luftfahrtbehörde, *die vom Thatcher-Kabinett* morgen beraten werden, sind bei den British Airways-Verantwortlichen auf heftige Kritik gestoßen. Der Chairman der Airline, Lord King of Wartnaby, ging sogar so weit, den öffentlichen Boykott seines Teams gegen jede *Anweisung der Regierung* zur Hergabe von Streckenrechten anzukündigen. Damit würde der gesamte Vorstand seine Entlassung durch Verkehrsminister Ridley geradezu herausfordern.

Eine solche Aktion würde die Privatisierung ebenso verzögern wie die Streikaktionen (etwa der 4000 Piloten) der zuständigen Gewerkschaften aufgrund *der Forderung,* Streckenrechte abzugeben. Das Argument der Gewerkschaften wie auch der Geschäftsführung: In den letzten drei Jahren ist die Mitarbeiterzahl bereits von *59 000 auf 36 000* reduziert worden.

Um das Dilemma für die Regierung komplett zu machen, hat British Caledonian inzwischen angedroht, seine *gesamten Operationen von Gatwick* nach Heathrow zu verlegen, falls die Empfehlungen der Luftfahrtbehörde nicht angenommen werden sollten. Ein Kompromißvorschlag von British Airways, den unabhängigen Gesellschaften auf 13 Strecken (Europa, Indien, Fernost und Nordamerika) Rechte parallel zu denen von British Airways einzuräumen, ist von British Caledonian zurückgewiesen worden.

TSCHECHOSLOWAKEI / OECD: Weniger Importe aus Nicht-Comecon-Ländern

Auslandsverschuldung abgenommen

J. SCHAUFUSS/DW. Paris

Der Tschechoslowakei gelang es 1983, den Handelsaustausch mit den nicht dem Comecon angehörenden Ländern durch eine drastische Einschränkung der *Einfuhren* auszugleichen und die Außenverschuldung von 3,4 Mrd. Dollar auf drei Mrd. Dollar zu reduzieren. Dies geht aus einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, die jetzt in Paris veröffentlicht wurde.

Nach „Jahren der Stagnation und des Rückgangs" blickt die CSSR auf eine „leichte wirtschaftliche Erholung". *Das Bruttosozialprodukt stieg* 1983 um 2,2 Prozent. Die Rückkehr zum Wachstum wird nicht zuletzt auf die reduzierten Erdöleinfuhren aus der UdSSR zurückgeführt. Sie fielen zwischen 1980 und 1983 von 19,3 Mill. Tonnen auf 16,6 Mill. Tonnen, während die *Kohleproduktion* im Rückstand blieb und sich die Indienststellung der Kernkraftwerke verzögerte.

Die OECD hält es nicht für gerechtfertigt, daß die Tschechoslowakei ihre Einfuhr aus dem Westen systematisch unter der Ausfuhr halten will. Denn die Verschuldung gegenüber dem Westen sei die niedrigste von allen Ostblockstaaten. Zwischen 1970 und 1982 stieg sie lediglich um brutto 5,6 Mrd. Dollar und erreichte Ende 1983 netto drei Mrd. Dollar. Hingegen *ist Polen mit 25 Mrd. Dollar* verschuldet, die „DDR" mit 9,3 Mrd. und Rumänien mit acht Mrd. Dollar.

Die Devisenausgaben der Tschechoslowakei für westliche Technologie-Lizenzen (1981: 28 Mill. Dollar; abzüglich der entsprechenden *Einnahmen* 17 Mill. Dollar) blieben verhältnismäßig bescheiden. Von dem gesamten westlichen Lizenztransfer an den Ostblock hat die Tschechoslowakei *nur etwa zehn Prozent empfangen.* Dabei ist der Ostblock mit nur zehn Prozent am Lizenzaustausch der gesamten Welt beteiligt, welcher seinerseits ein Prozent des Welthandels *ausmacht.*

Dennoch steigt die wirtschaftliche Bedeutung der Tschechoslowakei für die westlichen *Industriestaaten. Vor* allem im technologischen Bereich bestehen große potentielle Kooperationschancen. Die OECD meint, daß Prag den Technologie-Import aus Mangel an starken Devisen übermäßig beschränkt.

Immerhin erreichten die tschechischen Importe von Technologieprodukten (ohne Lizenzverkehr) nach den zuletzt von Prag gemachten Angaben 1981 nicht weniger als 40 Prozent seiner Gesamteinfuhr aus der *OECD-Zone.* Bei den entsprechenden Exporten waren es allerdings 64 Prozent gewesen. Dies erklärt sich aus *dem für einen Ostblockstaat relativ* hohen technologischen Niveau der Tschechoslowakei. Allerdings werden in dem Bericht gewisse Zweifel an der Zuverlässigkeit der Prager Angaben gemacht.

Andererseits stellt die OECD fest, daß der Warenaustausch in diesem Bereich während der letzten Jahre in konstanten Dollar berechnet, etwa gleichermaßen geschrumpft ist, obwohl sich die Wirtschaftslage der Tschechoslowakei etwas verbesserte. *Die industrielle Investitionstätigkeit* des Landes nahm real um 2,2 Prozent zu.

SPANIEN / Nach langer Durststrecke seit Jahresbeginn ein stetiger Aufwärtstrend

Der starke Dollar beflügelt die Börse

dpa/VWD, Madrid

„Immer mehr Leute verdienen viel Geld mit ein paar simplen Telefongesprächen, und sie verdienen mehr als jemals zuvor", sagte vor kurzem der Präsident des Spitzenverbandes der spanischen Unternehmer (CEOE), José Maria Cuevas. Der schnelle Weg *zum großen Geld führt wieder* über die Börsen Madrids, Barcelonas, Valencias und Bilbaos, seit dort nach langer Talfahrt ein stetiger Aufwärtstrend eingesetzt hat, der den Maklern alle Hände voll zu tun gibt.

Erste Anzeichen einer Tendenzwende waren für Eingeweihte bereits *seit Mitte 1983 zu erkennen.* Sie wurden seit Beginn dieses Jahres immer deutlicher, bis die neue Börsendynamik sich im Juli und August in geradezu sensationellen Kursgewinnen und einem stark angeschwollenen Geschäftsvolumen niederschlug. *Wer im Januar* einen *guten* Riecher hatte, konnte sein Anlagekapital Ende August verdoppelt oder sogar fast verdreifacht haben. Und auch der September *brachte keine Abflachung.*

Nach der Ölkrise hatte 1974 an den *Effektenbörsen der unaufhaltsam* scheinende Abstieg eingesetzt. Auf der Talsohle waren die Kurswerte auf ein bloßes Drittel der Notierungen von 1974 geschrumpft. Viele private Anleger *hatten zwei Drittel ihrer* Ersparnisse verloren.

Wenn es um die Gründe für die erstaunliche Wiederbelebung der Börse in Spanien geht, zeigt sich *selbst ein Experte wie Manuel de la* Concha, Syndikus der Madrider Börse, zurückhaltend. Dennoch nennt er einige Faktoren, die zu dem Stimmungsumschwung beigetragen haben.

An erster Stelle steht für ihn der Zufluß ausländischen Investitionskapitals, den er ebenso dem Kursverfall der heimischen Pesete gegenüber dem *US-Dollar* wie dem geringen Ausgangswert der angebotenen Papiere zuschreibt. Nicht zu verkennen sei auch die Ermutigung, die von der *energischen Inflationsbekämpfung* ausgegangen sei.

Neue Impulse habe der Aufschwung vor kurzem durch eine erste Senkung der Zinsen auf Bankeinlagen zusammen mit der künftig zu erwartenden geringeren Rendite auf Staatspapiere erhalten. Vor dem Hin*tergrund der fortgesetzten Hausse* sei so das Risikokapital für Anleger gegenüber festverzinslichen Werten noch attraktiver geworden.

Die bei den Aktien der privaten Elektrizitätsgesellschaften beobachteten starken Kursgewinne ließen zudem den Schluß zu, daß die Sanie*rungsmaßnahmen der* Regierungen auf diesem Sektor sich positiv ausgewirkt hätten. *Zweifellos* seien auch von der Besserung der gesamtwirtschaftlichen Situation, wie eines Wachstums von 3,5 Prozent und eines beachtlichen Aufschwungs im Au*ßenhandel* trotz anhaltender Arbeitslosigkeit und einer extrem hohen Verschuldung der öffentlichen Hand, positive Signale ausgegangen.

FRANKREICH

Patronat fordert Erleichterungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nur über eine Lockerung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen *kann in Frankreich das Arbeitslosen*problem gelöst werden, meint der nationale Unternehmerverband CNPF. *Mehr als* 400 000 Arbeitslose würden von der Privatwirtschaft neu eingestellt, wenn für ihre eventuelle Entlassung keine amtliche Bewilligung erforderlich sei. Die so geschaffenen *Arbeitsplätze würden für mindestens* drei Jahre mit oder ohne Arbeitnehmerwechsel eingerichtet.

Weitere Neueinstellungen wären möglich, würden die Belegschaftsgrenzen für verschiedene Mitbestimmungsrechte und parafiskalische Abgaben angehoben. Im übrigen fordert *das Patronat eine größere* Flexibilität der Arbeitszeit.

Eine „Dereglementierung" hält Patronatspräsident Gattaz auch bei den Preis- und Devisenkontrollen für notwendig, *um den Unternehmen* arbeitsplatzschaffende Investitionen und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu ermöglichen. Zu diesem Zweck fordert er Kostenerleichterungen, *wie die* Absetzbarkeit *eines* bestimmten Teils der Investitionsausgaben von der Körperschafts- und Mehrwertsteuer.

Die Ertragslage der französischen *Unternehmen, meint Gattaz, hat sich* in letzter Zeit zwar etwas verbessert. Sie sei aber wesentlich schlechter als die ihrer ausländischen Konkurrenten. Nach dem starken Investitions*rückgang der letzten Jahre sei* für 1984 mit einem realen Plus von 2,5 Prozent zu rechnen, gegenüber 4,5 Prozent in der Bundesrepublik und 13,3 Prozent in den USA.

LATEINAMERIKA

Deutscher Handel stark gestiegen

dpa/VWD, Hamburg

Die deutsche Ausfuhr nach Lateinamerika war im ersten Halbjahr 1984 *mit sechs* Mrd. DM um fast 20 Prozent höher als ein Jahr zuvor (fünf Mrd. DM). Die Zunahme war wesentlich kräftiger als die der deutschen Gesamtexporte (elf Prozent). Besonders hohe *Zuwachsraten ergaben* sich nach Angaben der Deutsch-Südamerikanischen Bank, Hamburg, in der Ausfuhr nach Brasilien mit 96 Prozent auf 1,5 Mrd. DM, Kolumbien mit 102 Prozent auf 595 Mill. und Mexiko mit 36 Prozent auf 914 Mill. DM. Zurückgegangen war der deutsche Export *nach Argentinien (minus 34* Prozent auf 1,1 Mrd. DM). Bei Ausklammerung dieser Sonderentwicklung mit Argentinien verbleibt für die übrigen 30 lateinamerikanischen *Länder ein deutscher* Ausfuhranstieg von 47 Prozent.

Damit stieg der Anteil Lateinamerikas am bundesdeutschen Gesamtexport von 2,4 auf 2,6 Prozent. Fachleute führen dies *auf eine unumgängliche* Wiederauffüllung der Lager und die Wiederaufnahme der Einfuhr von unentbehrlichen Zuliefer- und Ersatzteilen zurück.

Der deutsche *Import* aus Lateinamerika hat im ersten Halbjahr 1984 mit 7,8 (7,3) Mrd. um gut sechs Pro*zent zugenommen.* Sein Anteil an der Gesamteinfuhr der Bundesrepublik sank auf 3,6 (3,9) Prozent. An der Spitze der deutschen Bezüge steht Brasilien mit 2,6 (zwei) Mrd. DM, vor Venezuela 1,4 (1,7) Mrd. DM. Insgesamt reduzierte sich der deutsche Passivsaldo gegenüber *Lateinamerika* um 22 Prozent auf 1,8 Mrd. DM gegenüber 2,3 Mrd. im ersten Halbjahr 1983.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Oldesloe: Oldesloer Kachelofen Bau GmbH; **Deggendorf:** Degewo Bauträger GmbH; ***Delmenhorst:*** Karl Heinz Wiemken KG; **Dillenburg:** Seelhof Kfz.-Schnellservice GmbH; ***Düsseldorf:*** Kluthe Wohnungsbau GmbH; **Duisburg:** Hans Friedrich Zilligers, Schlossermeister, Oberhausen 1; Jürgen Esser, Kaufmann, Oberhausen; Karl Riedel & Sohn KG; **Essen:** Nachl. d. Wilhelm Hahn, Hattingen; **Frankfurt:** KDB Depotbetreuung GmbH; **Gelsenkirchen:** Bloko-Werkstätten Jendrian GmbH & Co. KG, Dorsten 1; ***Gütersloh:*** eG-Handelsmarkt GmbH & Co. KG, Rietberg 1; ***Hannover:*** Tiefbau Schrader GmbH, Walsrode 22; **Husum:** Hotel- u. Gaststättenbetriebsges. Kurhotel St. Peter-Ording GmbH, St. Peter-Ording; **Ludwigsburg:** Wilhelm Conrad, Kornwestheim; **Neuss:** Bennts + Slotta Bauges. mbH & Co. KG, Dormagen; Cassel GmbH z. Zt. Umfirmierung auf *Cassel Grundbesitz GmbH;* ***Offenbach:*** Fadl & Co. GmbH; Ges. f. Heizsysteme m. b. H., *Dietzenbach;* Heinrich Maith; **Pinneberg:** Nordiga-Lagerhaus-GmbH, Schenefeld; **Schwäbisch Gmünd:** Terra-Bau GmbH & Co. KG, Tiefbau- u. Straßenbau; **Villingen-Schwenningen:** Glas- und Gebäudereinigung GmbH i. Liqu.; **Wuppertal:** Brünhilde Homberg.

Vergleich eröffnet: *Schweinfurt:* Werner Hohenhaus, Inh. e. Bauunternehmens, Schonungen.

VW – MAN / Produktion der Gemeinschaftsreihe

Konzentration geplant

KLAUS WÄGE, Salzgitter

Bei den Vorständen von VW und MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG bestehen zur Zeit Überlegungen, die Montage der Nutzfahrzeuge der Gemeinschaftsreihe MAN-VW an einem Standort zu konzentrieren. Die Entscheidung darüber, so die MAN-Werksleitung in Salzgitter, ob die 16 bis 20 arbeitstäglich produzierten Fahrzeuge demnächst nur in Hannover bei VW oder von MAN in Salzgitter zusammengebaut werden, werde wahrscheinlich noch in diesem Monat fallen.

Bisher ist der Montageanteil zwischen VW und MAN im Verhältnis 3:1 geregelt. MAN hat für die Gemeinschaftsreihe ein neues und hochmodernes Fertigungsband installiert. Das Unternehmen steuert in diesem Gemeinschaftsprogramm Rahmen, Vorderachse und Motor bei, während von VW Fahrerhaus, Hinterachse und Getriebe kommen. Dieser Fertigungsanteil soll auch künftig dem Vernehmen nach in dieser Form beibehalten werden.

Der gesamte Omnibusbereich der MAN, der auf den Standort Salzgitter konzentriert ist, ist derzeit nur zu rund 50 Prozent ausgelastet. Insgesamt sollen im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) 950 (davon 125 Reisebusse) komplette Busse und zusätzlich 1400 fahrfertige Bodengruppen gebaut werden. Der Exportanteil bei Bussen, der vor zwei Jahren noch bei 50 Prozent gelegen hatte, sei mittlerweile auf 10 Prozent geschrumpft, hieß es. In der Bundesrepublik schätzt MAN für 1984 den Gesamtmarkt bei Omnibussen auf rund 3500 (zuvor 4000 bis 5000) Einheiten. Ende des Jahres glaubt MAN hier einen Marktanteil von 20 Prozent realisiert zu haben.

Im Lkw-Bereich in Salzgitter sei die Kapazitätsauslastung noch niedriger als bei den Bussen. Im Kalenderjahr 1984 würden von den geplanten 18 000 Lkw bei MAN rund 4000 auf das Werk Salzgitter entfallen. Nach der bereits angekündigten Verlagerung des MAN-Werkes Braunschweig in das Werk Salzgitter, die einen Investitionsaufwand von 40 bis 50 Mill. DM erfordert, werden in Salzgitter 3000 Mitarbeiter tätig sein. Zur Zeit sind es in Salzgitter 2200 und in Braunschweig 1200 Mitarbeiter.

PRESSE-GROSSO / Zahl der Verkaufsstellen ist um sechs Prozent gestiegen

Investitionen in Datenverarbeitung

HANNA GIESKES, Baden-Baden

„Es lohnt sich, Presse-Erzeugnisse zu verkaufen." So begründet Eberhard Nolte, Vorsitzender des Verbandes der Zeitungs- und Zeitschriftengrossisten, den Zuwachs an täglich belieferten Verkaufsstellen um mehr als sechs Prozent auf 90 916 zwischen 1980 und 1983.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Konzentration im Einzelhandel sei dies eine „Sensation". Aus medienpolitischer Sicht hält Nolte die Ausweitung für „außerordentlich begrüßenswert", denn sie zeige, daß die Branche ihrem Ziel „Überall-Erhältlichkeit der Presse" immer näher komme.

Diese Annäherung hat freilich ihren Preis, „denn sie stellt hohe wirtschaftliche Anforderungen an die Branche": Rund eine Million Kilometer beträgt die jährliche Fahrleistung, die Zahl der Titel ist allein im vergangenen Jahr um 300 gestiegen. Hinzu komme, so Nolte, daß dieses „Mehr" in immer kürzerer Zeit bewältigt werden müsse: Die Redaktionen dehnten ihre Schlußzeiten aus, der Leser wolle seine Zeitung zur gewohnten Zeit am Morgen vorfinden, „und wir müssen immer schneller werden".

Hier sei die Datenverarbeitung eine wesentliche Hilfe, sowohl bei der Kommissionierung als auch bei der Bewältigung der Rückgabe nicht verkaufter Titel an die Verlage und deren Verrechnung, kurz „Remission". In diesen Bereichen entwickelten die Grossisten zur Zeit „neue und aufwendige Anlagen". Beim Großhändler werde das in den nächsten Jahren Investitionen von ein bis zwei Mill. DM erfordern.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 83 Presse-Grossisten; davon sind 78 im Grosso-Verband organisiert. Der gesamte Umsatz lag im vergangenen Jahr bei rund 4,1 Mrd. DM, das sind fünf Prozent mehr als 1982. Nolte fürchtet jedoch, daß sich dies 1984 nicht fortsetzen werde, „unter anderem wegen des Streiks".

Den Schaden aus dem Druckerstreik beziffert Nolte für seine Branche auf rund 12 Mill. DM, und ein Folgeschaden für den Handel sei schon jetzt absehbar: Nach Ablauf der Rahmentarifverträge werde es zu Arbeitszeitverkürzungen kommen und damit zu „erheblichen" Lohnkostensteigerungen, „die den personalintensiven Presse-Großhandel empfindlich treffen werden". Schon jetzt stiegen die Kosten schneller als die Umsätze, beklagt er.

Außerdem beobachtet die Branche mit einer gewissen Beklemmung, daß die Zahl der Objekte zu Preisen zwischen 60 und 90 Pfennig immer weiter zunimmt, „so daß zwar unser Absatz steigt, nicht aber der Umsatz". Diese Billig-Zeitschriften hätten auch die Auflagen der „klassischen Objekte" negativ beeinflußt, „und damit ist Druck auf das Preisniveau des Gesamtmarktes entstanden". So rechnet der Vorsitzende in diesem Jahr mit „erheblichen" Einbußen bei Umsätzen und Erträgen, „obgleich Bereitschaft zum Lesen vorhanden ist".

Die zur Zeit stattfindende Jahrestagung des Grosso-Verbandes in Baden-Baden ist im wesentlichen dem Verhältnis von Presse und Neuen Medien gewidmet. Die Konkurrenz habe zwar zugenommen, meint Nolte, aber er ist davon überzeugt, daß es auch in Zukunft ohne Zeitungen und Zeitschriften nicht gehen wird.

SPOGA / Aussteller überwiegend zufrieden

„Grüner Markt" hat Zukunft

HARALD POSNY, Köln

Der positive Ausgang der Kölner internationalen Doppelmesse, der Fachmesse für Sportartikel-Campingbedarf und Gartenmöbel sowie der Gartenfachmesse, haben unterstrichen, daß der „Grüne Markt" nach wie vor Zukunft hat. Zwar haben auch Streikfolgen und Schlechtwetterperioden in diesem Bereich zu Absatzeinbußen geführt, doch signalisieren die seit 1979 von 4170 auf 5260 DM gestiegenen Haushaltsausgaben für die Freizeit (fast 13 Prozent der Einkommen), daß hier noch Zuwachsraten zu erkennen sind, wenn auch vielleicht nicht in dem Ausmaß früherer Jahre, wie der Vorsitzende des *Fachbeirats Gartenmesse*, Eberhard Kastner, meint.

Der Wettbewerb um das Freizeitbudget erfordere jedoch mehr denn je eine innovative Strategie der Hersteller und des Handels. Wenn an den Haushaltsausgaben der Garten allein mit 8 Prozent beteiligt ist, benötige der Wettbewerb eine „verstärkte Darstellung der gesellschaftlichen Bedeutung des Gartens". „Freizeitgewinner" bei den Haushaltsausgaben waren 1983 Sport und Camping mit einem Plus von 37,7 Prozent.

Im letzten Jahr ist die Produktion von Sportgeräten und Freizeitartikeln um 15 Prozent auf 1,61 Mrd. DM gestiegen. Nach Angaben des Vorstandsmitglieds des Bundesverbandes der Deutschen Sportartikel-Industrie (BSI), Fritz Pilz, nahm der Bereich Camping und Zelte um 14 Prozent auf 730 Mill. DM zu. Camping- und Gartenmöbel erreichten einen Produktionswert von 690 Mill. DM. Die Gesamtproduktion (einschließlich Sportbekleidung) stieg um 13 Prozent auf 4,76 Mrd. DM.

Auch Pilz wies freilich auf die Wetterwendigkeit dieses Geschäfts hin: „Regenwetter läßt eben manchen Händler regelrecht im Regen stehen." Dies war auch einer der Gründe für einen schlechten Warenabfluß in diesem Sommer. Über diese Einbußen kann, so Pilz, auch der langfristige Trend zur Naherholung nicht hinwegtäuschen. An der Spoga hatten sich 900 Unternehmen, darunter 60 Prozent aus dem Ausland, beteiligt. Beide Messen wurden von 49 000 Händlern aus 68 Ländern besucht.

TNT-IPEC / Zügiger Ausbau der Stützpunkte

Know how aus Australien

INGE ADHAM, Frankfurt

Noch mehr Marktnähe und absolute Flächendeckung nennt Vinzenz Wagner, Geschäftsführer der TNT-Ipec GmbH, Emmerich, als Nahziele für das auf Expreßfracht spezialisierte Unternehmen. Dazu gehört eine Verfeinerung des deutschen Depotnetzes (derzeit 19) auf 25 bis Ende nächsten Jahres ebenso wie der Ausbau der Stützpunkte in Frankreich, Italien und Österreich sowie Skandinavien. Darüber hinaus laufen, so Schäfer, Vorbereitungen zum Aufbau interkontinentaler Expreßfrachtdienste von Haus zu Haus.

Das Know-how dazu ist in dem seit fünf Jahren am europäischen Markt operierenden Unternehmen, nach eigenen Angaben inzwischen größter auf Expreßfracht spezialisierter Anbieter, vorhanden. Die australischen Mütter (TNT und Ipec fusionierten im vergangenen Jahr) sammeln seit 25 Jahren Expreßfracht-Erfahrungen.

Die tragen inzwischen offensichtlich auch in der europäischen Gruppe Früchte: Für den 15-Monats-Zeitraum von April 1983 bis zum 30. 6. dieses Jahres (Anpassung an das TNT-Geschäftsjahr) gibt Schäfer den Gewinn vor Steuern mit rund 23 Mill. DM an (die reinvestiert werden sollen); im vorangehenden Geschäftsjahr waren es erst 1,4 Mill. DM.

Hinter der Aufwärtsentwicklung steckt eine kräftige Ausweitung des Umsatzes auf 280 Mill. DM (im 15-Monats-Zeitraum), im Geschäftsjahr davor waren es 173 Mill. DM – vergleichbar gemacht ein Plus von 30 Prozent – betont Schäfer, der sich inzwischen auf 75 000 Kunden stützen kann, von denen etwa ein Viertel permanent mit TNT-Ipec verlädt.

Insgesamt verfügt das Unternehmen derzeit über 84 eigene Terminals in Europa und verbindet mit 2500 funkgesteuerten Lastwagen 11 europäische Länder mit gut 75 000 Stationen. Per Monat werden durchschnittlich gut 100 000 Sendungen (oder fast 11 000 Tonnen) bewegt. Europaweit beschäftigt TNT-Ipec rund 1800 Mitarbeiter, davon 500 in der Bundesrepublik.

KRAWATTENINDUSTRIE / Alpi erfolgreich auf einem geschrumpften Markt

Wende durch jugendliche Käufer

H. POSNY, Mönchengladbach

Was der Werbekampagne „Krawattenmuffel" in der Mitte der 60er Jahre nur unzureichend gelang, den deutschen Mann an seiner empfindlichsten Stelle, seiner Eitelkeit, zu pakken, schafft offensichtlich eine neue Generation des „Kulturstricks" derzeit auch ohne Werberummel. Seit 1983 tragen auch die 16 bis 24jährigen wieder Schlips und manchmal auch Fliege.

Wie der Mitinhaber der Alpi Krawatten- und Seidenweberei Pick GmbH & Co. KG, Mönchengladbach, Helmut Pick, feststellt, nicht als *Sonntags-, Ausgeh-, Business- oder-Feierkrawatte*, sondern zur Freude der Stoffweber und Krawattenhersteller „locker, flapsig, freundlich, leger, in Strick, Crash-Look (etwas unordentlich wirkend), Baumwolle und lackierten Stoffen, bei fast allen Gelegenheiten".

Freilich: Die Zeiten des Schlips-Booms der Jahre 1971 bis 1973 (Spitzenabsatz von etwa 20 Mill. Stück) sind mit dem Entstehen des Freizeit-Look endgültig vorbei, doch haben sich gegenüber der preiswerten Ware die teureren Erzeugnisse gehobener Qualität weit besser behauptet. In einem Gespräch mit der WELT schätzt Pick den Inlandsabsatz heute auf etwa 14 Mill. Stück.

Rund 85 Prozent dieser Menge (Produktionswert rund 85 bis 90 Mill. DM) stammt aus deutscher Fertigung, 3 bis 3,5 Mill. Stück davon (20 Prozent des Wertes) gehen in den Export. Etwa 1,5 bis 2 Mill. Stück fließen aus dem Ausland auf den deutschen Markt. Dazu kommen noch 1,5 Mill. Lederschlipse.

Besonders bemerkenswert: Die Importe haben infolge ihrer hochwertigen Seidenqualitäten und Preislagen (durchschnittlich 15 DM) bei geringerer Stückzahl einen höheren Einfuhrwert. Ausgeführt wird mehr billigere Ware, entgegengesetzt zur übrigen Bekleidungs-Industrie. Nur ein Drittel des deutschen Krawattenumsatzes liegt im Stückpreis über 20 DM im Laden. Zwischen 50 und 65 DM kosten Seiden-, Cashmere- und Wollkrawatten im Geschäft, 35 bis 45 DM Mischungen aus Naturfasern und Chemiefasern.

Im Genre dieser hochpreisigen modischen und qualitativ hochstehenden Krawatten hat die seit 75 Jahren bestehende Alpi-Krawattenfabrik eine führende Position. Zwar nennt Pick weder Umsatz- noch Produktionszahlen, doch dürfte dieses Unternehmen reichlich die Hälfte der Gesamtproduktion in der Bundesrepublik bestreiten. Mit 200 Beschäftigten exportiert Alpi ein Drittel vor allem in das benachbarte Ausland und in die USA. Mit zwei Dritteln der vier Dutzend Mitbewerber liegt Alpi im Kerngebiet dieses Industriezweigs: in und um Krefeld. Etwa 20 Firmen (darunter Alpi Pfau, Meister, Pelo, Edsor, Laco und Plönes im hochwertigen, Severin, Kemper & Weber und Ahlborn im mittleren bis gehobenen Genre) stellen 70 Prozent der deutschen Produktion.

Deka: Nettoabsatz bei allen Fonds

cd. Frankfurt

Die Sparkasseninvestmentgesellschaft Deka hat in der ersten Jahreshälfte für gut 146 Mill. DM Anteile ihrer Fonds abgesetzt. Alle Fonds verzeichneten Netto-Mittelzuflüsse, die Rentenfonds allein 139 Mill. DM. Bei der Wertentwicklung schnitten Reditdeka (plus 4 Prozent), Dekatresor (plus 4) und Arideka (plus 5) positiv ab, während Dekarent mit seinen US-Rentenengagements 5,7 Prozent verlor, Dekafonds 0,4 und der international investierende Aktienfonds Dekaspezial 10,6 Prozent.

Der Dekafonds hat seinen Investitionsgrad durch Verkäufe von Versicherungs- und Versorgungswerten sowie Siemens und Chemieaktien etwas vermindert und die Bestände in Warenhausaktien und Thyssen leicht aufgestockt. Der Aktien-Renten-Mischfonds hat Chemie-, Bank- und Warenhausaktien abgebaut und Maschinenbauaktien, Stahl- und Elektrotitel zugekauft. Gut 48 Prozent des Fondsvermögens waren in Aktien angelegt, davon nur 1,1 Prozent in ausländischen.

Kühler-Behr läuft auf hohen Touren

nl. Stuttgart

Nach dem arbeitskampfbedingten Produktionsstillstand, der für die Süddeutsche Kühlerfabrik Julius Fr. Behr GmbH & Co. KG, Stuttgart, einen unmittelbaren Umsatzausfall von 100 Mill. DM bedeutete, läuft die Produktion bei diesem Unternehmen auf hohen Touren.

Es werden auch Sonderschichten gefahren. Dadurch werde es, wie es in einer Mitteilung der Firma heißt, möglich sein, den Vorjahresumsatz wieder zu erreichen, was freilich nicht für die Erträge gelten werde.

In 1983 hatte Kühler-Behr den Umsatz um 14,6 Prozent auf 876 Mill. DM gesteigert. Tochter- und Beteiligungsgesellschaften setzten insgesamt 266 Mill. DM (plus 9 Prozent) um.

Zur Ertragslage des Stammhauses werden keine näheren Angaben gemacht. Immerhin arbeitet das Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von fast unverändert 53 Prozent. Beschäftigt werden über 4800 Mitarbeiter und weitere 2100 bei Töchtern und Beteiligungen.

MERKEL / Positionen bei Dichtungen ausgebaut

Mehr Aktivitäten im Ausland

J. BRECH, Hamburg

Die Martin Merkel GmbH & Co KG, Hamburg, die in Europa zu den größten Herstellern industrieller Dichtungen zählt, ist in den ersten acht Monaten dieses Jahres gut ausgelastet gewesen. Wie das Familienunternehmen mitteilt, erhöhte sich der Umsatz um 17,5 Prozent. Im gesamten Jahr 1984 wird das Geschäftsvolumen zum ersten Mal die Grenze von 100 Mill. DM überschreiten.

Noch stärker ist nach Angaben von Merkel der Auftragseingang gewachsen. Die Zuwachsrate betrug 21 Prozent. Der erfreuliche Auftragsbestand habe eine Aufstockung der Belegschaft um 7 Prozent auf 1160 Mitarbeiter notwendig gemacht, heißt es. Zur Ertragslage wird erklärt, daß sich das Betriebsergenis im ersten Halbjahr parallel zum Umsatzwachstum verbessert habe.

Den positiven Gschäftsverlauf begründet Merkel einmal mit der besseren Beschäftigung im deutschen Maschinenbau, der zu den Hauptabnehmern des Unternehmens gehört, sowie mit einer Zunahme der Aufträge aus dem Ausland. Für das Stammhaus wird ein Exportanteil von 30 Prozent angegeben.

Die Auslandsaktivitäten sind im vergangenen Jahr weiter ausgebaut worden. Zu den bestehenden Fertigungsbetrieben in Irland, Frankreich und Italien hat Merkel eine Beteiligung an einem dänischen Unternehmen übernommen, das Hydraulikdichtungen herstellt. Zudem ist 1983 die Beteiligung an der französischen Firma Jade, einem Spezialunternehmen für Polyurethan-Dichtungen, auf 100 Prozent aufgestockt worden. Mit der Übernahme der beiden Produktionsprogramme decke Merkel nunmehr auf dem Gebiet der Hydraulik- und Pneumatikdichtungen alle wichtigen Werkstoffe ab, heißt es.

Einschließlich der Fertigungs- und Vertriebstochtergesellschaften im Ausland wird nach Angaben von Merkel der konsolidierte Gesamtumsatz in diesem Jahr auf rund 130 Mill. DM steigen. Für 1985 sind im Stammhaus in Harburg Erweiterungsinvestitionen vorgesehen.

DEUTSCHE PHILIPS / Die WELT sprach mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden Cornelis Bossers

„Wir sehen noch überall Jagdgebiete für uns“

JAN BRECH, Hamburg

Wenn Cornelis Bossers, Vorstandsvorsitzender der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH und der Philips GmbH, Hamburg, Anfang Oktober den Abschluß der Gruppe präsentieren wird, dann ist das noch nicht seine eigene Visitenkarte. Das deutlich verbesserte Ergebnis, das Philips vorlegen dürfte, geht in erster Linie auf das Konto seines Vorgängers Hermanus Koning, der in den vergangenen drei Jahren die deutsche Philips-Gruppe mit fester Hand den veränderten Marktbedingungen angepaßt hat. Koning ist inzwischen zu neuen Aufräumungsarbeiten nach Fürth gewechselt.

Bossers, seit Juli dieses Jahres auf dem Chefsessel bei der deutschen Philips, räumt ein, daß er keine schlechte Ausgangsposition in Hamburg vorgefunden hätte. Die großen, schmerzhaften Schnitte seien getan, die Organisation flexibel, die Mannschaft motiviert und zukunftsorientiert. Die noch vorhandenen Schwachstellen kenne man und könne dementsprechend den Hebel ansetzen. Einen Ruheposten, so meint der Philips-Chef in einem Gespräch mit der WELT habe ihn der Philips Konzern in Eindhoven aber sicher nicht angedient.

Wenn das anvisierte Ziel erreicht werden soll, die deutsche Philips-Gruppe mit zur Zeit rund 7 Mrd. DM Umsatz auf stabilen Wachstumskurs zurückzuführen, dann dürfe es keinen Stillstand geben. Das Tal sei zwar durchschritten, aber der Weg nach oben noch steinig.

Den Schwerpunkt künftiger Aufgaben setzt Bossers einmal in einer noch stärkeren Durchdringung der Märkte, seien sie schon vorhanden oder noch zu entwickeln. Märkte zu machen, so Bossers, ist immer möglich und „wenn wir das nicht mehr können, sind wir eingeschlafen“. „Jagdgebiete“ sieht er folglich in allen Bereichen, in denen die Philips-Gruppe tätig ist.

Das gilt einmal für die große Sparte Unterhaltungselektronik. Hier gebe es, so Bossers, noch Möglichkeiten und Potentiale genug, auch wenn einige Teilmärkte nahezu gesättigt seien. Im Markt für Videorecorder habe Philips Nachholbedarf, in den neuen Märkten wie Compact- und Video-Disc und vor allem Home-Computer Wachstumsreserven. Zuwachsraten von 10 bis 15 Prozent pro Jahr erwartet Bossers zum anderen im professionellen Geschäft vor allem im Bereich der Kommunikationstechnik. Nach der Konzentration dieser Aktivitäten in der Philips Kommunikations Industrie AG (PKI) werde sich der Konzern „tiefer und breiter in den Markt eingraben“, erklärt Bossers. Wichtige Beiträge werde Philips schließlich zur Chip-Fertigung leisten, wobei Bossers Kooperationen mit Dritten für möglich hält.

Die Deutschen und Europäer, so meint der neue Philips-Chef, seien bislang noch immer zu sehr bereit, alles selber machen zu wollen. Um den knochenharten Wettbewerb auf den Weltmärkten bestehen zu können, müsse man besonders in Forschung und Entwicklung zu einer Arbeitsteilung kommen. Philips sei bereit, in Teilbereichen die partnerschaftliche Zusammenarbeit noch zu verstärken. Zu „puritanisch“ verhält sich nach Auffassung von Bossers in diesem Zusammenhang auch die deutsche und europäische Handelspolitik.

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung seien so hoch, daß neue Systeme und Technologien im Anfangsstadium geschützt werden müßten. Es sei einfach unvernünftig, Japaner oder Amerikaner über einen zum ersten Mal vorsichtig sprießenden Rasen trampeln zu lassen. Die fernöstliche Konkurrenz liberalisiere ihre Märkte im übrigen immer erst dann, wenn sie sie technisch und ökonomisch im Griff hätten.

Bossers spricht aus Erfahrung. Als er 1966 bei Philips begann, wurde er zunächst Mitarbeiter in der Ländergruppe Fernost für Bauelemente. Zwei Jahre später siedelte er als Managing Director zur Philips Japan, zunächst mit Sitz in Hongkong, von 1971 bis 1980 als Leiter der Gesamtaktivitäten von Philips in Tokio. Es schlossen sich 4 Jahre in Australien an, ehe Bossers nach Europa zurückkehrte.

BAUTEC BERLIN

Baustoffhandel pessimistischer

ot. Berlin

Altbau, Neubau, Stadtbau. Unter diesem Motto steht die bautec Berlin '84 vom 12. bis 16. September in zehn Messehallen unter dem Berliner Funkturm. Vor der Presse betonte Manfred Busche, Geschäftsführer der Berliner Messegesellschaft AMK, daß sich diese zweite bautec bereits einen festen Platz auf dem Berliner Messekalender gesichert habe. Denn die Zahl der Aussteller ist mit 288 (217) um 30 Prozent gestiegen. Dabei habe man nicht alle Wünsche wegen Modernisierungsarbeiten auf dem Messegelände berücksichtigen können.

Mit dem Umsatz bisher noch zufrieden, die Erwartungen sind aber wegen des dramatischen Rückgangs der Baugenehmigungen gedrückt – so charakterisierte Bert Röltgen, Geschäftsführer des Bundesverbandes des Deutschen Baustoffhandels e. V., die Lage der Branche. Den Umsatz 1983 des Baustoffhandels bezifferte er auf 18,2 Mrd. DM, was gegenüber dem Vorjahr 5,5 Prozent Zuwachs bedeutet. Insgesamt werde auch 1984 wohl noch einen Zuwachs bringen, der allerdings preisbereinigt eine Stagnation bedeutet. Die Erwartungen Röltgens beruhen nicht zuletzt auf dem Baustoffumsatz im Hobbymarkt. Private Kunden haben einen immer höheren Stellenwert für den Handel. Röltgen bezifferte den Anteil des Geschäfts mit Privatkunden im Baustoffhandel auf 40 Prozent.

DER ANKER / 125jähriges Bestehen in Wien

Stark in Wachstum und Ertrag

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der Anker Allgemeine Versicherungs-AG, Direktion für Deutschland mit Sitz in Frankfurt, hat zur Jahresmitte 1984 die erste Bestandsmilliarde im Lebensversicherungsgeschäft überschritten und rechnet für 1984 mit einem befriedigenden Ergebnis. Die Niederlassung der gleichnamigen österreichischen Gesellschaft hat 1983 das Neugeschäft um 25 Prozent auf 138 Mill. DM gesteigert, wobei die Einzelkapitalversicherung mit 85 Prozent den dominierenden Anteil hält. An Beiträgen flossen 35,9 (32,7) Mill. DM. Die Kapitalanlagen erreichten 204 Mill. DM (plus 10,5 Prozent), die Erträge daraus stiegen um 11,6 Prozent auf 17,5 Mill. DM. Zusammen mit dem günstigen Risikoergebnis ließen sie die Dotierung der Rückstellungen für Beitragsrückerstattung von 13,5 (10,4) Mill. DM zu.

Die ursprünglich öffentliche Versicherung in Wien, die 1962 ganz überwiegend in den Besitz der drei Schweizer Gesellschaften Helvetia Feuer, Schweizerische Mobiliar und Neue Rück kam, hat 1983 die Geschäftspolitik des kontrollierten Wachstums und des guten Ertrags fortgesetzt und das Prämienvolumen um brutto 8,7 Prozent auf 1,2 Mrd. öS (170 Mill. DM), im Eigenbehalt um 11,4 Prozent auf rund 1 Mrd. öS gesteigert. Die etwas niedrigere Schadenquote, der befriedigende Risikoverlauf in der Lebensversicherung sowie der weiter reduzierte Kostensatz führten zu einer Verbesserung des technischen Ergebnisses.

Der Anker, der 125 Jahre besteht und – unüblich im Vergleich zur Bundesrepublik – Schaden- und Lebensversicherung in einer Gesellschaft betreibt, konnte mit den höheren Kapitalerträgen nicht nur die Rückstellungen beider Zweige erhöhen, sondern auch aus einem höheren Gewinn den Aktionären neben der 9-Prozent-Dividende auch einen 3-Prozent-Bonus zahlen. Der Lebensversicherungsbestand stieg 1983 um 8,3 Prozent auf 14,1 Mrd. öS, das Neugeschäft lag um 30 Prozent über dem Vorjahr. Der Schaden- und Unfallzweig steigerte das Prämienaufkommen um 11 Prozent auf 622 Mill. öS.

Knorr-Bremse: Umsatz sinkt weiter

dpa/VWD, München

Der Motoren- und Bremsenhersteller Knorr-Bremse KG, Berlin-München, rechnet für das laufende Jahr mit einem weiter reduzierten Gruppenumsatz, der bereits 1983 um 9,3 Prozent auf 1,37 Mrd. DM zurückgegangen war. Der Inlandsumsatz sank um 3,6 Prozent auf 981,9 Mill. DM, der Auslandsumsatz um 16,9 Prozent auf 462,3 Mill. DM. Wie das Familienunternehmen mitteilte, waren die Auftragseingänge im 1. Halbjahr 1984 für Bremsen, Steuerungen und Mittelpufferkupplungen sehr befriedigend. Bei Großmotoren, Gußteilen und Schwingungsdämpfern habe sich die Nachfrage nicht verbessert.

Der Ertrag ist nach Angaben der Geschäftsführung aufgrund der verminderten Umsätze 1983 niedriger als im Vorjahr ausgefallen. Die Auftragseingänge der deutschen Werke nahmen um 10,9 Prozent auf 864,2 Mill. DM ab. Der Auftragsbestand verringerte sich um rund 25 Prozent auf 295,1 Mill. DM. Die Belegschaft reduzierte sich weltweit auf 10 560 (11 273) Mitarbeiter. Die Investitionen stiegen auf 81,0 (68,9) Mill. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Nestlé-Kredit sicher

New York (dpa/VWD) – Die Nestlé Holding Inc. und die New Yorker Citibank haben sich am Montag über ein 2,5 Mrd. Dollar (7,13 Mrd. DM) großes Kreditabkommen geeinigt, das dem schweizerischen Konzern die Mittel für den Aufkauf der US-Nahrungsmittelfirma Carnation zukommen lassen wird. Eine halbe Milliarde Dollar bringt die Nestlé-Gruppe aus eigenen Mitteln auf. Insgesamt will sie rund 3 Mrd. Dollar für Carnation zahlen. An dem Konsortium sind auch die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die drei schweizerischen Großbanken, die Bank Leu und die größten US-Institute beteiligt. Außerdem nehmen eine britische und eine kanadische Bank an dem Großkredit teil. Nestlé kann wahlweise 3/8 Prozent Zins über dem Londoner „Libor-Satz“ der Banken oder die Citibank-Primerate zahlen.

Iraner interessiert

München (dpa/VWD) – Der Motorradhersteller Zündapp-Werke Gmbh, München, wird voraussichtlich am 20. September Konkurs anmelden. Wie der Pressesprecher des Familienunternehmens, Helmut Frielingsdorf, in München erklärte, sind die Kündigungen an die derzeit rund 730 Beschäftigten bereits geschrieben. Derzeit verhandelt eine Regierungsdelegation aus Iran über die Übernahme der Produktion. Es ist, wie Frielingsdorf weiter sagte, daran gedacht, die Produktionstätte zu demontieren. Im Gespräch sei ein Betrag von etwa 15 Mill. DM. Jedoch könne dieses Geschäft voraussichtlich erst nach dem Konkurs abgewickelt werden.

Geet vergibt Betriebsrechte

Hamburg (JB.) – Die Geet Gesellschaft für elektrische & elektronische Technik mbH & Co., Hamburg, hat die Vertriebsrechte für das von ihr entwickelte mobile Datenfunk-System an die Firmen Jungheinrich Maschinenfabrik GmbH & Co. KG, Hamburg, und die Autophon Nachrichtentechnik AG, Zürich, vergeben. Jungheinrich hat den Alleinvertrieb für das Anwendungsgebiet Materialfluß und Transportwesen in staplerbedienten Lägern in der Bundesrepublik und Europa übernommen, Autophon den Alleinvertrieb für adaptive Datenfunkanwendungen außerhalb des Vertriebsbereichs Jungheinrich in Europa und den USA. Autophon und Jungheinrich wollen außerdem die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der Geet nutzen und das eigene Know-how einfließen lassen. Nach Angaben des Geschäftsführers der Geet, H. F. Latinsky, sind kurzfristig Umsatzvorgaben von insgesamt 20 Mill. DM vereinbart worden.

Geparkte Flugzeuge

Bonn (DW.) – Die Boeing Commercial Airplane Company hat mit der Hapag-Lloyd Flug GmbH, der Charterflugtochter der Hapag-Lloyd AG, einen Storage- und Wartungsvertrag für eine noch nicht bekannte Anzahl von Airbussen (A 300 und A 310) abgeschlossen. Die Flugzeuge, die Boeing von Flug-Gesellschaften, denen sie ihre Modell verkaufen will, erworben hat, werden von Hapag-Lloyd Flug auf dem Flughafen Hannover-Langenhagen geparkt und gewartet. Die ersten Airbusse sollen im September dieses Jahres dort eintreffen.

NAMEN

Kurt Alexander Becher, Senior der Kurt A. Becher GmbH & Co. KG, Bremen, feiert heute den 75. Geburtstag.

Jacques R. Sards, bislang als Group Executive Vice President zuständig für den nordamerikanischen Geschäftsbereich des Goodyear-Konzerns, wurde zum Präsidenten der Goodyear International Corp., Akron/Ohio, ernannt. Er ist Nachfolger von **I. B. Thomsen**, der als Vice Chairman in die Konzernspitze der Goodyear Tire + Raubber Company berufen wurde.

André Saint-Denis wurde zum Treasurer der Alcan Aluminium Limited, Montreal, ernannt. Er wurde damit Nachfolger von **D. G. Eustace**, seit kurzem Finanzdirektor der British Alcan Aluminium Limited.

Nachfrage nach Renten gestiegen

Trotz des weiter gestiegenen Dollar hat sich die Nachfrage nach festverzinslichen Papieren belebt. Sie geht nur zu einem Teil auf das Konto der Ausländer. Auch inländische Kreditinstitute reichern in Erwartung einer Zinssenkung ihre Bestände an. Dabei bevorzugen sie augenscheinlich Laufzeiten von drei bis fünf Jahren. Die Kurse wurden bis zu 0,30 Prozentpunkte heraufgesetzt. Die Nachfrage ist jetzt auch auf den Pfandbriefmarkt übergesprungen, wo in einigen Emissionen ein Renditevorsprung entstanden ist. DM-Auslandsanleihen zogen ebenfalls weiter an.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Optionsscheine

Sonderinstitute

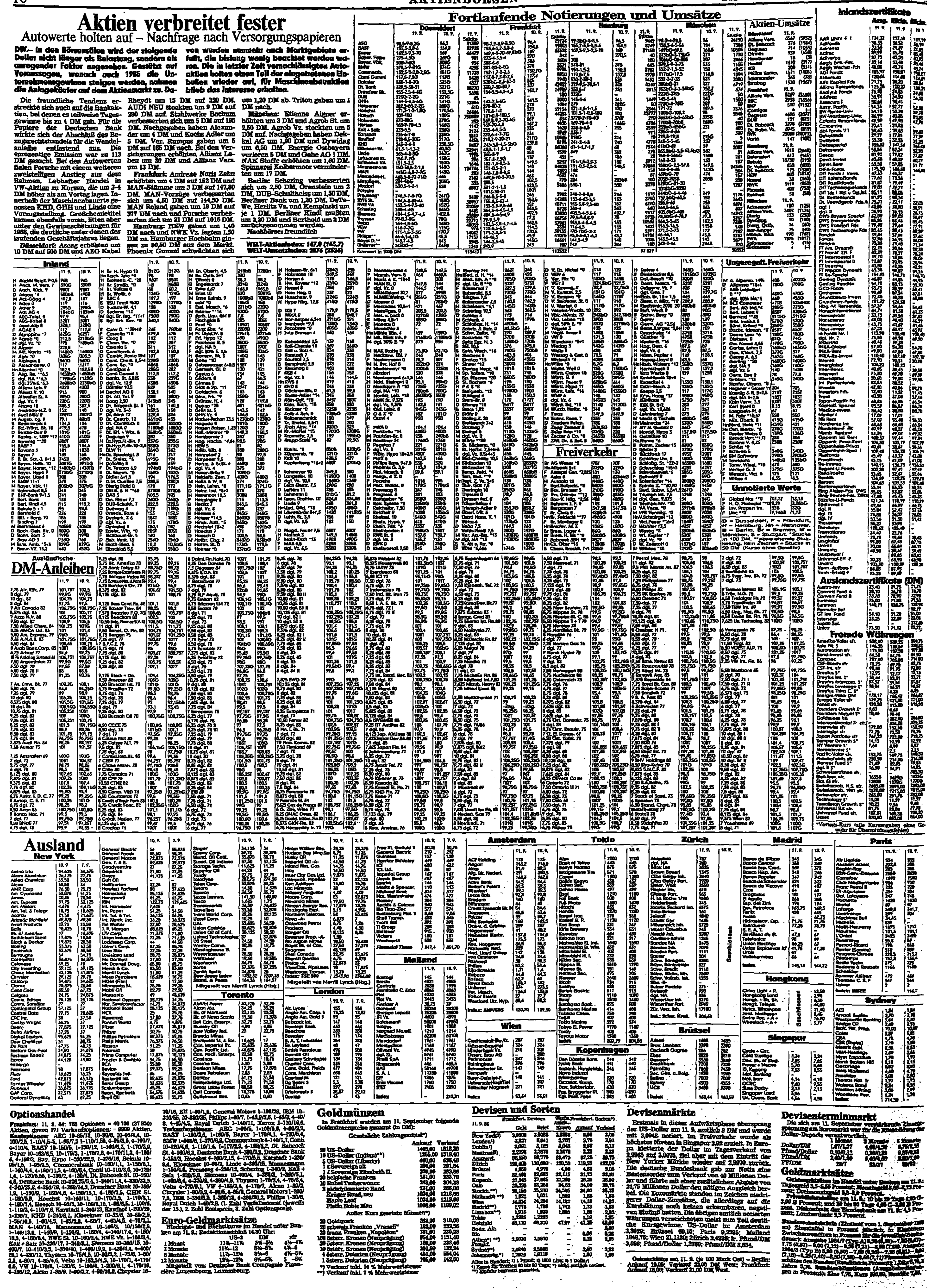
Optionsanleihen

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM



Aktien verbreitet fester

Autowerte holten auf – Nachfrage nach Versorgungspapieren

DW.– In den Börsensälen wird der steigende Dollar nicht länger als Belastung, sondern als anregender Faktor angesehen. Gestützt auf Voraussagen, wonach auch 1985 die Unternehmensgewinne steigen werden, nahmen die Anlagekäufer auf dem Aktienmarkt zu. Davon wurden nunmehr auch Marktgebiete erfaßt, die bislang wenig beachtet worden waren. Die in letzter Zeit vernachlässigten Autoaktien holten einen Teil der eingetretenen Einbußen wieder auf, für Maschinenbauaktien blieb das Interesse erhalten.

Die freundliche Tendenz erstreckte sich auch auf die Bankaktien, bei denen es teilweise Tagesgewinne bis zu 4 DM gab. Für die Papiere der Deutschen Bank wirkte sich der Abschluß des Bezugsrechtshandels für die Wandelanleihe entlastend aus. Die 4prozentige Emission war zu 113 DM gesucht. Bei den Autowerten fielen Porsche mit einem weiteren zweistelligen Anstieg aus dem Rahmen. Lebhafter Handel in VW-Aktien zu Kursen, die um 3-4 DM höher als am Vortag lagen. Innerhalb der Maschinenbauwerte genossen KHD, GHH und Linde eine Vorzugsstellung. Großchemietitel kamen ebenfalls voran, litten aber unter den Gewinnschätzungen für 1985, die deutliche unter denen des laufenden Geschäftsjahres liegen.

Düsseldorf: Aseag erhöhten um 10 DM auf 500 DM und AEG Kabel Rheydt um 15 DM auf 320 DM. AUDI NSU stockten um 9 DM auf 280 DM auf. Stahlwerke Bochum verbesserten sich um 5 DM auf 195 DM. Nachgegeben haben Alexander um 4 DM und Kochs Adler um 5 DM. Ver. Rumpus gaben um 5 DM auf 165 DM nach. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 30 DM und Allianz Vers. um 13 DM.

Frankfurt: Andreae Noris Zahn erhöhten um 4 DM auf 152 DM und MAN-Stämme um 3 DM auf 147,80 DM. MAN-Vorzüge verbesserten sich um 4,50 DM auf 144,50 DM. MAN Roland gaben um 18 DM auf 377 DM nach und Porsche verbesserten sich um 21 DM auf 1016 DM.

Hamburg: HEW gaben um 1,40 DM nach und NWK Vz. legten 1,50 DM zu. Hamburger Hochbahn gingen zu 90,50 DM aus dem Markt. Phoenix Gummi schwächten sich um 1,20 DM ab. Triton gaben um 1 DM nach.

München: Etienne Aigner erhöhten um 3 DM und Agrob St. um 2,50 DM. Agrob Vz. stockten um 5 DM auf. Nachgegeben haben Dekkel AG um 1,90 DM und Dywidag um 0,50 DM. Energie Ostbayern verloren 5 DM und Gehe AG 1 DM. NAK Stoffe erhöhten um 1,60 DM. Spinnerei Kolbermoor verminderten um 17 DM.

Berlin: Schering verbesserten sich um 2,50 DM, Orenstein um 2 DM, DUB-Schultheiss um 1,50 DM, Berliner Bank um 1,30 DM, DeTeWe, Herlitz Vz. und Kempinski um je 1 DM. Berliner Kindl mußten um 2,20 DM und Berthold um 2 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 147,0 (145,7)
WELT-Umsatzindex: 2876 (2526)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Wien

	11.9.	10.9.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	207	207
Gösser-Brauerei	324	324
Länderbank Vz.	210	209
Österr. Brau AG	–	300
Perlmooser	347	346
Reininghaus	396	396
Schwechater Br.	147	149
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	145	141
Universale Hoch/Tief	–	207
Veitscher Magnesit	221	221
Index	53,64	53,51

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Arbed	1685	1685
Brux. Lambert	2390	2390
Cockerill Ougrée	286	282
Ebes	2820	2810
Gevaert	3580	3580
Kredietbank	7200	7200
Petrofina	7360	7430
Soc. Gén. d. Belg.	1950	1940
Sofina	7000	7000
Solvay	4300	4355
UCB	5480	5390
Index	160,44	160,57

Madrid

Hongkong

China Light + P.	Geschlossen	12,50
Hongkong Land		2,95
Hongk. + Sh. Bk.		6,30
Hongk. Teleph.		44,00
Hutch. Whampoa		11,40
Jard. Matheson		8,45
Swire Pac. + A +		16,90
Wheelock + A +		3,77

Singapur

Cycle + Car.	–	–
Cold Storage	3,24	3,24
Dev. Bk. of Sing.	7,85	7,85
Fraser + Neave	5,70	5,65
Kl. Kepong	2,53	2,55
Mal. Banking	–	–
Nat. Iron	4,14	4,10
OCBC	9,60	9,55
Sime Darby	2,13	2,13
Singapur Land	3,96	–
Un. Overs. Bank	4,56	4,50

Paris

Sydney

ACI	1,84	1,84
Ampol. Explor.	2,70	2,78
Westpacific Banking	3,64	3,70
Bridge Oil	2,40	2,55
Brok. Hill. Prop.	10,00	10,08
Coles	3,87	3,85
CRA	4,78	4,70
CSR (Thelse)	3,10	3,09
Metals Expl.	0,56	0,53
MIM-Holdings	2,60	2,46
Myer Emporium	1,90	1,90
North Broken Hill	2,15	2,15
Oakbridge	0,82	0,80
Pako Wallsend	4,60	4,70
Poseidon	3,00	2,90
Thomas Nat. Tr	1,77	1,75
Waltons Bond	0,34	0,35
Western Mining	3,00	2,97
Woodside Petr.	1,24	1,20
Index	714,50	–

Optionshandel

Frankfurt: 11. 9. 84: 765 Optionen = 40 700 (37 930) Aktien, davon 171 Verkaufsoptionen: = 9900 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-85/13, 10-90/8, 10-95/4,4, 10-100/2,5, 1-10/4,5-5, 1-95/7,5 1-110/1,55, 4-95/8,8, 4-100/7, 4-110/4, BASF 10-150/6, 1-150/12, 1-160/6,2, 1-170/2,9, Bayer 10-163/6,5, 10-170/3, 1-170/7,6, 4-170/11,3, 4-180/6, 4-190/3, Bay. Hypo 1-360/22,5, 1-370/16, Bekula 10-95/1,5, 1-95/3,5, Commerzbank 10-160/1,1, 1-150/8,1, 1-160/4,4, 4-150/11,5, 4-160/6,4, Conti 10-110/8,6, 10-120/1,4, 1-120/5,55, 1-130/2, 4-130/4, Dt. Babcock St. 10-160/4,8, Deutsche Bank 10-328,75/5,4, 1-340/11,4, 4-330/32,5, 4-340/25,8, 4-350/19, 4-360/14,5, Dresdner Bank 10-160/1,9, 1-150/9, 1-160/4,6, 4-150/15,1, 4-160/7,5, GHH St. 1-150/5,9, Hoechst 10-160/11, 10-170/3,5, 1-170/8,1, 4-180/7,4, Hoesch 10-95/5, 10-100/2,15, 1-95/8,5, 1-100/6, 1-110/3, 4-110/7,6, Karstadt 1-240/13, Kaufhof 1-200/25, 1-230/7, KHD 1-240/8,1, Kloeckner 10-55/8, 10-60/2,5, 1-55/10,5, 1-60/4,5, 1-65/2,8, 4-60/7, 4-65/4,5, 4-70/3,1, MAN 4-140/16, Mannesmann 10-146/3, 10/150/2,5, 1-140/13,6, 1-146/9, 1-150/8, 1-160/4, 4-140/17,4, 4-150/10,3, 4-160/6,4, RWE St. 10-160/2,4, RWE Vz. 1-160/3,4, Kali + Salz 10-230/17, 1-240/8,1, Siemens 10-390/15, 10-400/7, 10-410/3,5, 1-370/40, 1-400/19,9, 1-430/4,4, 4-400/28,1 4-430/12, Thyssen 10-75/4,5, 10-80/2,2, 1-75/6, 1-80/3,5, 4-80/7, 4-85/4,6, Veba 10-162,5/4,3, 10-170/1, 4-170/6,6, VW 10-170/6, 1-180/6, 1-190/4, 1-200/2,1, 4-170/19, 4-180/12, Alcan 1-85/6, 1-90/3,7, 4-90/10,8, Chrysler 10-70/16, Elf 1-80/1,5, General Motors 1-190/28, IBM 10-310/55, 10-330/25, Philips 1-40/7, 1-43,9/5,6, 1-45/3, 4-40/8, 4-45/4,5, Royal Dutch 1-140/11, Xerox 1-110/16,6. Verkaufsoptionen: AEG 1-95/5, 1-100/5,6, 4-90/3,7, BASF 1-150/2,6, 1-160/6, Bayer 1-170/4,1, 4-170/5,4, BMW 1-368/6, 1-370/8,8, Commerzbank 4-140/1,7, Conti 10-120/4,5, 1-110/1,4, 1-117/2,9, 4-120/6,2, Dt. Babcock St. 4-160/8,3, Deutsche Bank 4-300/2,9, Dresdner Bank 1-150/3, Hoechst 4-160/2,15, 4-170/5,5, Karstadt 1-230/9,4, Kloeckner 10-60/2, Linde 4-360/15, Mannesmann 1-150/4,8, Preussag 4-250/12, Schering 1-340/2, Kali + Salz 1-220/5,8, Siemens 10-400/4, 1-380/3, 1-390/5,1, 1-400/8,4, 4-370/2, 4-380/4,9, Thyssen 1-75/2,4, 4-75/3,4, Veba 4-170/9,1, VW 4-160/2,4, 4-170/7, Alcan 1-80/2, Chrysler 1-80/3,3, 4-80/5, 4-85/8, General Motors 1-200/7,5, IBM 1-350/8,5, 1-380/13, 4-360/20,2, Philips 1-50/8, Royal Dutch 1-40/2,8. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅝–11⅞	5¼–5½	4½–4⅝
3 Monate	11¾–12	5⅝–5¾	4¾–5
6 Monate	11⅞–12⅛	5⅞–6	4⅞–5⅛
12 Monate	12⅛–12⅜	6⅛–6⅜	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1465,00	1818,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1255,00	1519,40
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	638,40
1 £ Sovereign alt	236,00	291,84
1 £ Sovereign Elizabeth II.	229,00	283,86
20 belgische Franken	181,00	233,70
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,38
2 südafrikanische Rand	221,00	285,00
Krüger Rand, neu	1034,00	1218,66
Maple Leaf	1034,00	1218,66
Platin Noble Man	1008,00	1189,02
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	248,00	310,08
20 schweiz. Franken „Vreneli"	183,00	232,56
20 franz. Franken „Napoléon"	181,00	230,28
100 österr. Kronen (Neuprägung)	954,00	1151,40
20 österr. Kronen (Neuprägung)	180,00	238,46
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	451,00	554,04
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

11. 9. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurse')	Ankauf	Verkauf
New York²)	3,0008	3,0088	2,9588	2,96	3,05
London¹)	3,827	3,841	3,787	3,76	3,91
Dublin¹)	3,091	3,105	3,043	2,98	3,12
Montreal²)	2,2796	2,2876	2,2470	2,23	2,33
Amsterd.	88,550	88,770	88,475	87,25	89,75
Zürich	120,400	120,600	120,50	119,25	122,00
Brüssel	4,959	4,979	4,90	4,83	5,08
Paris	32,495	32,655	32,115	31,75	33,50
Kopenh.	27,545	27,665	27,235	26,25	28,00
Oslo	35,235	35,355	34,62	34,00	35,75
Stockh.**)	35,150	35,310	34,565	34,00	35,75
Mailand³) **)	1,621	1,631	1,589	1,58	1,68
Wien	14,224	14,234	14,182	14,12	14,35
Madrid**)	1,776	1,786	1,742	1,73	1,85
Lissabon**)	1,916	1,935	1,805	1,65	2,35
Tokio	1,2235	1,2265	–	1,19	1,26
Helsinki	48,110	48,310	47,67	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,06	0,26
Athen*) **)	2,5030	2,5570	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4840	2,5030	–	2,40	2,53
Johannesbg.*)	1,7925	1,8115	–	1,60	1,95

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; ') Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Erstmals in dieser Aufwärtsphase übersprang der US-Dollar am 11. 9. amtlich 3 DM und wurde mit 3,0048 notiert. Im Freiverkehr wurde als höchstes Niveau in Singapur 3,02 erzielt. In Europa kletterte der Dollar im Tagesverkauf von 2,9865 auf 3,0075, fiel aber mit dem Eintritt der New Yorker Märkte wieder auf 2,9970 zurück. Die deutsche Bundesbank gab zur Notiz eine Bestensorder zum Verkauf von 40 Millionen Dollar und führte mit einer zusätzlichen Abgabe von 24,75 Millionen Dollar den nötigen Ausgleich herbei. Die Euromärkte standen im Zeichen niedrigerer Dollar-Zinssätze, die allerdings auf die Kursbildung noch keinen erkennbaren, negativen Einfluß hatten. Die übrigen amtlich notierten Währungen verzeichneten meist zum Teil deutliche Kursgewinne. US-Dollar in: Amsterdam 3,3920; Brüssel 60,15; Paris 9,2295; Mailand 1848,75; Wien 21,1130; Zürich 2,4936; Ir. Pfund/DM 3,098; Pfund/Dollar 1,2760; Pfund/DM 3,834.

Ostmarkkurs am 11. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die sich am 11. September verstärkende Zinsentspannung am Euromarkt war für die Rückbildung der Dollar-Deports verantwortlich.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,67/1,57	4,68/4,58	8,75/8,55
Pfund/Dollar	0,10/0,12	0,26/0,30	0,57/0,62
Pfund/DM	2,40/1,00	5,40/4,00	9,00/7,60
FF/DM	28/7	53/37	98/82

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11. 9.: Tagesgeld 5,5-5,55 Prozent; Monatsgeld 5,65-5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8-5,9 Prozent.

Privatdiskontsätze am 11. 9.: 10 bis 29 Tage 4,65 G-3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,65 G-3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 11. 9.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 7,75 (6,87) – 8,00 (7,12) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,46). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 7,75 (6,91) – 8,00 (7,18) – 8,25 (7,40) – 8,50 (7,58) – 8,50 (7,72). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,70, 2 Jahre 6,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,00, Rendite 7,75.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Unverändert bis etwas schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Abschläge in allen Sichten verzeichneten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	10. 9.	7. 9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	350,25	348,50
Dez.	357,75	356,50
März	363,00	361,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	235,10	236,20
Amber Durum	257,80	258,85
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	139,50	139,20
Dez.	144,30	143,80
März	151,00	150,80
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	122,80	121,50
Dez.	123,00	120,50
März	125,90	124,20
Hafer Chicago (c/bush)		
Sept.	177,75	176,50
Dez.	179,50	179,00
März	176,00	175,75
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	307,00	301,00
Dez.	291,50	288,50
März	295,25	291,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	126,90	125,90
Dez.	128,90	125,90
März	131,50	129,50

Genußmittel

	10. 9.	7. 9.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Sept.	145,05	146,75
Dez.	142,31	143,70
März	140,75	142,25
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Sept.	2535	2520
Dez.	2213	2267
März	2150	2195
Umsatz	4536	2272
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	4,37	4,32
Jan.	4,92	4,98
März	5,58	5,54
Mai	5,89	5,83
Juli	6,19	6,08
Umsatz	13 450	13 426
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,13	4,35
Kaffee London (£/t) Robusta-		
Kontrakt Sept.	2445–2450	2467–2470
Nov.	2468–2469	2488–2492
Jan.	2371–2374	2399–2400
Umsatz	4415	3405
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	2121–2122	2148–2149
Dez.	1820–1821	1875–1876
März	1760–1762	1799–1800
Umsatz	4925	3700
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Okt.	122,00–122,20	123,00–123,40
Dez.	130,00–132,00	133,00–134,80
März	147,80–148,00	150,20–150,40
Umsatz	3212	4220
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	405,00	400,00
weißer Sarawak	670,00	670,00
weißer Muntok	677,50	677,50

	10. 9.	7. 9.
Orangensaft New York (c/lb)		
Sept.	173,00	170,30
Nov.	171,20	168,30
Jan.	170,00	167,70
März	169,90	167,50
Mai	169,90	167,50
Umsatz	1 200	10 000

Öle, Fette, Tierprodukte

	10. 9.	7. 9.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	39,00	28,75
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,75	28,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	27,70	27,50
Okt.	27,10	27,20
Dez.	26,30	26,50
Jan.	26,25	26,50
März	25,95	26,20
Mai	25,80	26,00
Juli	25,80	25,90
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	31,00	32,25
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	29,00	29,00
Choice white hog 4% fr. F.	20,75	20,75
Talg New York (c/lb)		
top white	21,00	21,00
fancy	20,75	20,75
bleichfähig	19,00	19,00
yellow max. 10% fr. F.	16,50	16,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	47,25	47,20
Dez.	49,30	49,05
Febr.	52,00	51,80
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	64,80	74,75
März	64,10	74,05
Mai	64,82	74,72

	10. 9.	7. 9.
Rinder Chicago (c/lb)		
Ochsen sehr schwere River Northern	71,00	71,00
Kühe sehr schwere River Northern	63,00	63,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	627,00	626,00
Nov.	633,00	632,00
Jan.	647,00	645,00
März	661,50	660,00
Mai	670,50	670,00
Juli	678,00	677,00
Aug.	575,00	672,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	151,50	149,50
Okt.	153,00	151,50
Dez.	159,00	157,70
Jan.	162,00	160,50
März	166,10	165,00
Mai	170,90	170,00
Juli	177,00	175,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)		
Okt.	344,00	345,00
Dez.	353,00	354,00
März	367,00	357,00
Kokosöl New York (c/lb)		
Westküste fob Werk	57,50	53,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t) (11. 9. / 9. 9.)		
jegl. Herk. cif	975,00	975,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	640,00	640,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	615,00	630,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	247,00	248,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1310,00	1375,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	294,00	298,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	10. 9.	7. 9.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	65,05	64,85
Dez.	65,65	65,49
März	67,45	67,10
Mai	68,50	68,45
Juli	69,69	69,65
Okt.	69,80	69,80
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	46,50	46,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:		
Okt.	503–504	500–501
Dez.	509–514	508–509
Jan.	513–514	510–511
Umsatz	90	69
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:		
Okt.	51,60	51,60
Dez.	51,40	51,40
März	52,80	52,80
Mai	53,10	53,10
Umsatz	0	2
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype		
Okt.	560,0–565,0	560,0–561,0
März	577,0–578,0	575,0–576,0
Mai	580,0–582,0	580,5–581,0
Umsatz	10	13
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager		
Sept.	unerh.	13 240
Okt.	unerh.	12 910
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	63,00–65,00	63,00–66,00
Okt.	62,50–64,00	63,00–64,50
Nov.	63,50–64,50	64,50–65,50
Dez.	64,50–65,50	65,40–66,40
Tendenz: ruhig		

	10. 9.	7. 9.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Sept.	217,50–218,50	216,00–217,50
Okt.	220,50–221,50	218,00–218,50
Nr. 2 RSS Sept.	208,00–209,00	208,00–209,00
Nr. 3 RSS Sept.	204,50–205,50	204,50–205,50
Nr. 4 RSS Sept.	197,50–198,50	197,50–198,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)		
BWC	710,00	710,00
BWD	695,00	695,00
BTC	710,00	710,00
BTD	695,00	695,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	11. 9.	10. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	116,96–117,15	117,88–118,07
drittfolg. Monat	120,22–120,61	121,32–121,51
Zink: Basis London		
laufend. Monat	233,53–233,82	229,09–229,47
drittfolg. Monat	234,30–234,49	230,43–230,81
Produz.-Preis	297,87	296,01
Reinzinn 99,9%	4088–4128	4051–4091

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11. 9.	10. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*)	394,66–396,58	397,91–399,82
Blei in Kabeln	124,75–125,75	125,50–126,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über Ihre höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	11. 9.	10. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	384–386	386–391
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	428–434	430–434
MS 63	416–421	418–423

Zinn-Preis Penang

	10. 9.	7. 9.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	11. 9.	10. 9.
Leg. 225	375–388	375–388
Leg. 226	377–390	377–390
Leg. 231	407–420	407–420
Leg. 233	417–430	417–430

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	11. 9.	10. 9.
Platin (DM je g)	34,00	33,70
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 150	32 850
Rücknahmepr.	32 400	32 200
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 420	33 170
Rücknahmepr.	32 580	32 350
verarbeitet	35 050	34 800
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 830	32 565
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	712,90	705,30
Rücknahmepr.	691,50	684,50
verarbeitet	744,20	736,30

Internationale Edelmetalle

	11. 9.	10. 9.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	338,65	337,20
15.00	340,30	338,45
Zürich mittags	338,50–339,00	338,50–339,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 050	99 450
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	563,80	561,20
3 Monate	578,15	575,50
6 Monate	593,40	590,50
12 Monate	623,75	621,00
Platin (£-Feinunze) London (10. 9. / 7. 9.)		
fr. Markt	256,35	253,15
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	106,80	108,35

New Yorker Preise	10. 9.	7. 9.
Gold H & H Ankauf	338,45	339,75
Silber H & H Ankauf	715,00	707,00
Platin fr. Händlerpr.	324,00–329,00	324,00–329,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	135,50–136,50	135,00–136,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	721,00	706,50
Okt.	726,00	714,00
Nov.	733,00	721,00
Dez.	738,00	726,50
Jan.	747,10	735,10
März	759,00	747,00
Mai	775,00	763,00
Umsatz	18 000	22 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	10. 9.	7. 9.
Sept.	57,40	57,50
Okt.	57,70	57,30
Dez.	58,35	58,55
Jan.	59,00	59,10
März	59,60	59,80
Mai	60,80	61,00
Juli	67,00	62,00
Umsatz	7 000	10 000

Londoner Metallbörse

	11. 9.	10. 9.
Aluminium (£/t) Kasse	886,00–886,50	791,00–793,00
3 Monate	810,00–811,00	814,50–815,00
Blei (£/t) Kasse	304,50–305,00	306,00–307,00
3 Monate	313,00–314,00	315,00–315,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1015,0–1015,5	1030,0–1031,0
3 Monate	1035,5–1036,0	1049,0–1049,5
abends Kasse	–	1024,0–1024,5
3 Monate	–	1044,0–1044,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1025,0–1026,0	1035,0–1037,0
3 Monate	1036,0–1037,0	1045,0–1047,0
Zink (£/t) Kasse	608,00–609,00	601,00–602,00
3 Monate	610,00–610,50	604,00–604,50
Zinn (£/t) Kasse	9538–9540	9535–9540
3 Monate	9421–9422	9435–9440
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	83–86

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Vertrieb Installateurfachhandel

Wir sind ein leistungsfähiger deutscher Hersteller von hochwertigen Artikeln für Küche und Bad. Wir suchen Vertriebsorganisationen und/oder Handelsvertreter auf Bundesebene, die unsere Produkte beim Installateurfachhandel vertreiben können, auf Bundesebene.

Wir bieten interessante Konditionen und selbstverständlich Gebietsschutz.

Kontaktaufnahme erbeten unter R 9510 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Franchise

Im Automatengeschäft = Ihre Chance! Ohne Eigenkapital, als 1. oder 2. Bein geeignet. Konkurrenzloses Konzept. Know-how u. Gebietsschutz, monatl. Kosten ab 129,- DM + MwSt. Kontaktaufnahme mit persönlichen Angaben unter D 9522 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zukunftsorientiert selbständig machen Versand, Bücher: Psychologie, Esoterik, Managementwissen (dt. Marktf., kein Außendienst), Kurzbewerb. an Fa. UNH Dr. Gretz, Hamburger Allee 2, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0 69 / 70 35 85.

Bertrams

Umsetzbare Innenwandsysteme

Für dieses seit 15 Jahren sehr erfolgreiche Programm suchen wir je einen ebenso erfolgreichen

freien Vertreter

für die Großräume Hamburg und Hannover.

Wir präferieren Mitarbeiter mit nachweisbar hohem Kontakte-Potential bei Architekten, Generalbauunternehmern und Bauherren, die Großgebäude planen, bauen oder betreiben.

BERTRAMS AG · Postfach 10 02 01 · 5900 Siegen

BTX – BILDSCHIRMTEXT – BTX

Wir sind an erster Stelle dabei

Wollen Sie selbständig eine BTX-Agentur führen? Wir richten bundesweit Agenturen für Bildschirmtext ein. Die Fähigkeiten für die Führung vermitteln wir Ihnen. Rufen Sie bitte an: (0 21 71) 4 36 94, (0 44 02) 24 52, (09 71) 6 52 91, oder schreiben Sie uns.

monitext ® GmbH, 8730 Bad Kissingen
Richard-Wagner-Straße 16

Starke Vertriebsgruppen, Anlageberater und Versicherungsverkäufer für Berliner Erwerbermodell zu attraktiven Konditionen gesucht. Angeb. erb. u. T 9468 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mauritius

Hochqualifizierte Konzernmanager, 43 u. 48 Jahre, beide multidiziplinär, erfahren in mehr als einem halben Dutzend Branchen, verlegen ihre geschäftl. u. priv. Aktivitäten in den ostafrikanischen Wirtschaftsraum und sind darauf vorbereitet Ihre Interessen, Produkte od. Dienstleistungen effektiv u. effizient dort zu vertreten.
Wir freuen uns auf Ihre Antwort unter S 9467 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VENTURE CAPITAL

Mehrjährige Erfahrung bietet die beste Sicherheit für Anlagen und solider Einkommenssteigerung, jedoch keine Traumrenditen. Informationen über Schweizer Gruppe (ZH – NY – LA) durch Agentur HEIDENBERGER, Hauffstr. 2 D-8500, Nürnberg 2 Tel. 09 11 / 59 22 18

Sichere Existenz

durch Alleinvertr. v. patentiert. Energie-Spar-Syst. (Sanitär) in geschätzt. Verkaufsgeb. an Hotels, Krankenhäuser, Heime, Industriebetr., Verwaltungen, Kommunen etc. Sehr hohes Einkommen. Schriftliche Anfragen: Activ GmbH, Hauberisser Str. 39, 6200 Wiesbaden

Übernehme für Sie im Elbe-Weser-Dreieck

Beratung, Organisation, Vertrieb, Kontrolle und Service.
HAGA, Postf. 12 44
2740 Bremervörde

Energiespar-Sektor:

Ab 20% Heizkosten-Ersparnis mindestens, durch patent. System für jedermann, für Einzelhäuser wie für jeden Wohnungsinhaber, VK = ca. DM 1200,-, hohe Rabatte. Vertriebspartner mit Eigenkap. ab DM 30 000,- nehmen Kontakt auf unter C 9521 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schiffszimmermann

Mitte 40, mit langj. Seefahrtszeit auf deutschen Schiffen, ungekünd., Engl.-Kenntn., sucht entspr. Land-/See-Stellung mögl. HH. Angeb. mit Gehaltsang. u. L 9418 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Philologin

26 J., Angl./Rom., Magister, sucht Anfangsstellung. Kaufm. Kenntnisse vorh. Zuschr. u. Y 9451 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Sportlehrerin

27, mit erziehungswissenschaftlichem Studium, ortsungebunden, sucht aus Neigung Stelle als Erzieherin in Privathaushalt. Angeb. erb. u. P 9421 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suchen Sie f. Ihr. Privathaush. einen **Koch u. Haushälter,** auch im Ausland?
Küchenchef, 42 J., led., m. besten Referenzen ist ab Okt./Nov. 84 frei. Spez. franz., ital. u. skandinav. Kü. Angebote erb. u. B 9454 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Fachmann

48 J., aber noch lern- und begeisterungsfähig
viele Jahre EDV-Praxis in Systemanalyse/Projektarbeit bei EDV-Herstellern, -Anwendern sowie Softwarefirmen.
Interessiert an
- Aufbau/Umstellung EDV-Abteilung
- Einführung Dialog-Systeme in Fachabt.
- Datenmanagement, DV-Koordination, EDV-Revision

sucht neuen Wirkungskreis im Großraum Hamburg.
Zuschr. unt. W 9471 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Wirtschaftsing. f. Transportwesen (FH)

33 Jahre, 5jährige Berufserfahrung, sucht frühestens zum Mai 85 verantwortungsvolle Position. Handel u. Industrie im norddt. Raum bevorzugt. Bisherige Tätigkeiten: Planung und Organisation von Lager- und Fördertechnik, Betriebsanalysen.
Angebote bitte unter F 9458 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Chemie Dr. rer. nat. Nahrungsmittelindustrie

40 Jahre, z. Z. in ungekündigter Forschungs-Entw.-Führungspos., langjährige Managementpraxis in intern. Großkonzern (Chemie u. Nahrungsmittel), Grund-Zusatzstoffe u. Markenartikel, gewandt u. verhandlungssicher auch auf oberster Ebene, fließend Engl. u. Franz., sucht neue, zukunftsorientierte Herausforderung.

Ang. erb. u. M 9507 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junge Lehrerin aus Südafrika

deutsche Abstammung, gläubige Katholikin, Fachgebiet Sprachen (Englisch, Deutsch, Afrikaans), möchte im Rahmen einer Weltstudienreise bis Jahresende an einer deutschen Schule (oder Internat) unterrichten, um Erfahrungen zu sammeln.
Zuschriften bitte an Claus P. Clausen, 4780 Lippstadt, Postfach 13 27, Telefon 0 29 41 / 7 71 47

Staatl. gepr. Sport- u. Gymnastiklehrerin sucht Anstellung. Angeb. u. E 9419 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Leiter, 44, Betriebswirt

16 J. Erfahrung in Progr., Organisat., Proj.-Ltg./Handel, Vertrieb, Rechnungsw., Mat.- + Prod.-Steuerung auf Klein- und Groß-syst., Sprachen: früher COBOL, jetzt RPG II-Dialog auf IBM /34 - /36, z. Z. im Ausland bei Software-Haus, sucht neuen Wirkungskreis Raum Hamburg – Stade.
Angebote unter G 9459 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Kienbaum Veränderungsberatung informiert:

Wirtschaftsjurist

Dr. jur., 47 Jahre, mit 15jähriger Erfahrung in internationalem Vertragsrecht, Lizenzen, Kooperationsverträgen, Kartellrecht sowie als Kaufm. Geschäftsführer in einem mittelständischen Unternehmen, sucht neue Position als

Kfm. Geschäftsführer

Stärken liegen auf dem Sektor Finanzierungen, Organisation und Materialwirtschaft. Aufgrund langjähriger Tätigkeit in Banken einschlägige Erfahrungen auf dem Kreditsektor. Verfügt über perfekte Englisch- und Französischkenntnisse, darüber hinaus sind hohe Einsatzbereitschaft und Mobilität gegeben.
Zuschriften erbeten unter Kennziffer 887 942 an Ferdinandstraße 28–30, 2000 Hamburg 1

KI Kienbaum Chefberatung

HANDELSVERTRETUNG

Ich möchte mich verändern und habe den Mut zur Selbständigkeit.
KAUFMANN-Vertriebsfachmann
45 Jahre, verhandlungsgewandt, arbeitsam, vielseitig interessiert, sehr gute Kontakte zur Industrie – Reederei – Handel – Kantinen und Gastronomie, eventuell auch Übernahme einer Handelsvertretung aus Altersgründen.
Angebote unter E 9457 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann (Betriebsw.)

auslandserf., 41 J., langj. Erfahrung in leit. Positionen als Export- u. Vertriebsleiter (Prok./GF) im Masch.-Bau u. Transportsektor mit perf. engl. u. sehr guten franz. u. span. Kenntn., sucht neuen Wirkungskreis in verantw. Stellung in Industrie, Handel od. Dienstl., vorzugsw. in Nord-/Westd.
Zuschriften unt. X 9472 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welches mittelst. Bauunternehmen sucht gerade in dieser schwierigen Zeit den

techn. Leiter/Oberbauleiter

der mit imstande ist, es zu erhalten und weiter erfolgreich zu führen. 46 J., führungsstark, dynamisch, stark belastbar, große Erfahrung im konventionellen und schlüsselfertigen Bauen, versiert in finanztechnischen Fragen.
Wenn in einem Unternehmen die volle Kraft eines unternehmerisch denkenden u. handelnden Mannes, der einen 12- bis 14-Std.-Arbeitstag gewohnt ist, *gesucht wird u. Platz zur Entfaltung seiner Möglichkeiten geboten werden* kann, erbitte ich Ihre Aufforderung zu einem Gespräch (keine Agentur).
Zuschr. unter P 9113 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekaufmann / Dipl.-Betriebswirt

Controller
32 Jahre, engl., franz., Auslandserfahrung, 7 Jahre Praxis (Trainee) sucht Aufgabe auch außerhalb des Rechnungswesens, Raum Hamburg.
Ang. erb. unt. N 9508 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (Uni)

Verfahrenstechnik, 35 J., ungek., Projekt- und Verkaufsing., sucht entwicklungsfähige Aufgabe in der Verfahrens-, Anlagen- oder Umwelttechnik, NRW bevorzugt. Zuschr. u. V 9470 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

9 Jahre Organisat.erf.

von Materialw. bis Proj. (EDV), 2,5 J. Prof. elektr. Anl., anal. u. digit., 5 Mon. Ekonstr., 1 J. Kleinrechner – 41 J., Abschl. TH sucht präd. Tätigkeit – u. U. auch and. Art.
Angeb. erb. u. K 9461 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Firmenkundenbetreuer Zweigstellenleiter

Bankkfm., Anf. 30, z. Z. Gruppenleiter Kredit mit erforderlichen Erfahrungen (Akquisition, Pflege) möchte sich 1985 in kundennahe Funktion, Raum Hamburg, verändern.
Zuschriften u. PR 48398 an WELT-Verlag, Postf. 2000 Hamburg 36

Messeprofi

Dipl.-Ing. Innenarchitekt, Schauwerbegestalter, 30 Jahre, verh., ungekündigt, in leitender Position, sucht verantwortungsvolles, neues Aufgabengebiet auch in der Werbung, 6 Jahre Berufserfahrung, sicher in Konzeption, Entwurf, Darstellung, Produktionsüberwachung von qualitativ höherstehenden Messe- und Ausstellungsbauten, Kenntnisse in Grafik und Drucktechniken.
Ang. erb. unt. M 9463 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche ausbauf.
Aufgabenstellung
als Mittler zw. Vertrieb + Produktion i. techn./kfm./organ. Ber. ab Jan. 85. Zur Person: 37 J., tätig i. Verk. (Innen- u. Außend. i. Hamburg), krempelt auch mal die Ärmel hoch, geradlinig, einsatzber., viels., verantwortungsv., Meisterbriefe Metallhandwerk, Betriebswirt VWA. Chiffre PA 48385 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Führungskraft – Prokurist

sucht neuen Aufgabenbereich, mögl. HH/Norddeutschland, langjährige Erfahrung in Export-Spedition, Kundenpflege/Akquisition, Buchhaltung/EDV.
Gesuchte Position: Entlastung des Inhabers, Übernahme der Geschäftsleitung in Industrie, Handel, Dienstleistung. Auch Repräsentanz/Vertretung.
Unternehmensberatung
U. Singer, Glockengießerwall 19
2000 Hamburg 1, Tel. 0 40 / 33 53 71

Speditionskaufmann

26 J., 2jähr. Ausbildung als Seehafenspediteur, jetzige Tätigkeit: Export Nah-Mittelost/Seelandweg. Auslandserfahrung. Schulabschluß, Fachabitur, sehr gute Kenntnisse in Engl. u. Franz. Suche neuen Wirkungskreis. Zuschr. u. C 9389 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Betriebswirt

38 J., m. Technikerausbildung, 10jähr. EDV-Vertriebspraxis, sucht verantwortungsvolleren Wirkungskrs. im CAD-, CAM-, CAE-Bereich. Angeb. erb. u. PH 48391 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

SOS

An die Kfz-Unternehmer!

Ich bin ein Opfer der Wirtschaftskrise und fast ein Jahr arbeitslos. Die Untätigkeit ertrage ich nicht, deshalb bitte ich Sie, mir zu helfen, wenn es in Ihrem Ermessen steht.

Zu meiner Tätigkeit: Betriebsleiter (Kfz-Meisterbrief vorhanden). Seit der Lehre nur in renomm. Kfz-Betrieben tätig gewesen. Beste Referenzen. Zielstrebig, gutes Durchsetzungsvermögen, überdurchschn. Leistungen.

Zur Person: 37 Jahre, ledig, nicht ortsgebunden.

Zuschriften erbeten unt. N 9398 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPL.-ING. (TU Braunschweig), Elektrotechnik, Fachricht. elektr. Maschinen u. Energieumformung, 36 J. alt, verh., in ungekündigter Stellung tätig, sucht sich berufl. zu veränd. Meine bisherig. Aufgabengebiete bei d. Industrie: 3 J. Berechnung u. Entwickl. v. Hochspannungs-DS-Asynchron-Maschinen; 5½ J. Berechnung u. Entwickl. von GS-Maschinen bis hin zu den größten Leistungen; seit 1983 Berechnung u. Auslegung von Verteil- u. Netztransformatoren unterschiedlichster Bauarten, auch Sondertransformatoren. Neben der Angebots- u. Auftragsbearbeitung sind meine Schwerpunkte darüber hinaus selbständiges Lösen praxisbezogener Problemstellungen u. a. zur Thermodynamik und Mechanik elektromagnetischer Energieumformer mittels selbstentwickelter EDV-Programme (Programmsprachen FORTRAN und ALGOL). Fachberichte im In- und Ausl. wurden veröffentl. Über die o. a. Aufgabenbereiche hinaus sind auch benachbarte Gebiete von besond. Interesse. Arbeitszeit 40 h/Wo. erwünscht. Angeb. erb. u. N 9420 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

HERSTELLUNGSLEITER

45, im Bereich Industrie-, Fernseh- und Spielfilm umfangreiche Erfahrung im In- und Ausland, versiert in Verwaltungs- und Planungsaufgaben, mehrsprachig, sucht anspruchsvolle Führungsaufgabe in der Industrie oder FFF-Medien-Bereich.
Zuschriften erbeten unter Z 9474 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

GENERALSEKRETÄR

eines großen Verbandes sucht neue anspruchsvolle Tätigkeit ab Januar 1985 (Wirtschaft, Industrie, Verbände).

Kriterien: Führungserfahrung (Generalstabsausbildung), Verbandsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Kritische Analysen, Ideenreichtum, aktives Engagement, moderne Perspektiven.

Angeb. erb. u. C 9455 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

BETRIEBSWIRT DER AUSSENWIRTSCHAFT

33 Jahre, verh., fließend Engl., Franz., Span., Portug., langjährige Erfahrung in Organisation und Vertrieb Westeuropa, Kenner der franz.- und span.-sprachigen Märkte, sucht Führungsaufgabe oder Juniorpartnerschaft in Außenhandelsbetrieb, möglichst Raum Norddeutschland.

Angebote erbeten unter G 9415 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industriemanager Vertrieb

Dipl.-Kfm., 38 J., verh., versiert in ertragsorientiertem Vertriebsmanagement von Investitionsgütern und Dienstleistungen: Produktführung, Außen- und Innendienst, Fachhandelspflege, Absatzplanung und -controlling mit DV, Großkundenverhandlung, Englisch, Spanisch, kreativ aber pragmatisch, sucht neue Aufgabe in Norddeutschland.
Zuschriften erbeten u. D 9456 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

USA / Brasilien / Argentinien

Gesch.-Führer, promov. Dipl.-Kfm., Jg. 40, verh., Schwerpunkte Kunststoffe, Metalle, Papiere, Maschinen, mit langjährigen, erfolgreichen Verbindungen zu diesen Ländern, sucht dort herausf. Tätigkeitsfeld; auch GB, F, I denkbar.
Ang. erb. u. P 9509 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Führungskraft Vertrieb

48 Jahre, wohnhaft südlich von Köln, langjährige, erfolgreiche Vertriebstätigkeit von industriellen Investitionsgütern im In- und Ausland auf MANAGEMENTEBENE.

Produktkenntnisse: Verarbeitungsmaschinen Well-/Vollpappeindustrie, Umreifungstechnik, Werkzeugmaschinen. Fremdsprachen: Englisch, Spanisch, Italienisch, sucht neuen Wirkungskreis im Verantwortungsbereich Vertrieb.

Angeb. erb. u. A 9453 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Elektronik-Ingenieur

Engländer (in BRD lebend) mit guten Deutschkenntnissen. Seit 1973 als Elektronik-Ing. mit Abschluß Bsc Electronic Engineering. Sucht baldmöglichst eine Stelle in Applikation, Test oder Entwicklung. Gute Hardware-Kenntnisse versch. Mikro. und Mini-Computer Systeme; Aufbau, Test u. Dokumentation von Computer-Prototypen; Kenntnisse im Einsatz von SPS. PLZ 4/5 bevorzugt.
Angeb. erb. u. H 94 60 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Ing.

49 J., techn. Vertrieb Pneumatik-Hydraulik, Vertriebsleiter, Geschäftsstellenleiter, General-Manager f. Marketing, Vertrieb, Service, Produktion, Profit + Loss in Südafrika, Englisch in Wort u. Schrift, sucht Stellung als Gesamtvertriebsleiter/Geschäftsführung im In- u. Ausland. Ang. u. D 9478 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Volksw.

43 Jahre, versiert in Verkauf, Einkauf, allg. Management, sucht lukrative Tätigkeit in der Golfregion (auch befristet).
Angeb. u. Y 9473 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Sekretärin/Assistentin

Anf. 40, Engl., Franz., Span., unabh., ungeb., sucht int. Aufgabengeb. Angeb. u. S 9511 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Geschäftsführer

für **Konsumgüter**
in ungekündigter Stellung sucht aus pers. Gründen in
Spanien u. Süd-Amerika
entspr. Aufgabengebiet (auch Repräsentanz), z. Z. in Deutschland tätig, span. Staatsbürger, Volljurist, Anfang 40, englisch, französisch, deutsch, internat. Geschäftserfahrung.
Zuschriften unt. A 9475 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schleswig-Holstein

Ab sofort Werbe-Dame frei.
Pkw u. Telefon vorh.
Angeb. erb. unt. L 9462 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Fachmann

41 J., 14 Jahre EDV-Praxis, 8 Jahre Führungserfahrung, z. Zt. EDV-Leiter, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. u. B 9388 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Im- u. Exportkaufmann

37 J., perf. Engl.- u. frz. Sprachkenntn., viels. Artikelbereich weltweit, langjähr. Ostasienaufenthalt in Führungspos. bei namhaft. europ. Handelshs. su. inter. Aufgabe, Raum HH, aus Erfahrungsgründen mögl. mit Reisetätigkeit nach Übersee, gegebenenf. als Bereitschaft zu neuer Führungsaufgabe in Fernost vorhd.
Ang. u. H 9416 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Bau-Ing.

m. 10jähr. Erf. in Bau- u. Projektleitung schlüsself. Hochbauprojekte im In- u. Ausland sucht verantwortungsvollen Wirkungsbereich, evtl. auch freie Mitarbeit.
Angeb. erb. u. PD 48387 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Engagierter junger Mann

33 J., 2 Staatsangehörigk., dtsch. u. jugosl., in beiden Sprachen perfekt, z. Zt. in Gastronomie, sucht Aufgabenber. in freier Wirtschaft.
Tel. 0 41 63 / 39 49

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein weltweit tätiges Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie und suchen für die Sparte **„Stab-, Profil- und Betonstahlbearbeitung“** den dynamischen und erfolgreichen

Export-Leiter

für englischsprachige Länder

Die Bandbreite unserer Maschinen und Einrichtungen reicht von der handbetätigten Maschine bis hin zur CNC-gesteuerten Anlage. Eine technische Ausbildung bzw. ausgeprägtes technisches Einfühlungsvermögen sind daher unerläßlich.

Unser neuer Mitarbeiter sollte idealerweise ca. Mitte 30 Jahre alt sein.

Er soll unsere Produkte über verschiedene Vertriebswege weltweit verkaufen, ist für die Anleitung und Motivation der Auslandsvertretungen zuständig, wird selbst umsatzträchtige Kundenkontakte pflegen, Anlagenobjekte direkt akquirieren und für eine sachgerechte Auftragsabwicklung sorgen.

Dabei wird er zu einem Drittel seiner Zeit auf Reisen sein.

Die Position ist direkt der Geschäftsführung unterstellt.

Unser Unternehmen hat seinen Sitz in einer verkehrsgünstig gelegenen Kleinstadt im südlichen Sauerland mit hohem Freizeitwert und allen schulischen Möglichkeiten.

Bitte bewerben Sie sich schriftlich unter Hereingabe Ihrer kompletten Unterlagen bei gleichzeitiger Angabe Ihres frühestmöglichen Eintrittstermins sowie Ihrer Gehaltsvorstellungen.

MUHR UND BENDER

5952 Attendorn
Postfach 360

Bankkaufmann

für das Kreditgeschäft

Ravensburg, das Zentrum Oberschwabens, liegt an der Barockstraße, ca. 30 Autominuten vom Bodensee. Stadt und Umgebung bieten einen hohen Freizeitwert. Die Infrastruktur ist vielschichtig entwickelt.

In diesem Umfeld liegt der Arbeitsbereich unseres neuen Mitarbeiters für die Kreditabteilung. Ihre persönlichen Voraussetzungen: Während Ihrer Berufslaufbahn hatten Sie – nach der Ausbildung *zum Bankkaufmann – bereits Gelegenheit, die* Kreditbearbeitung kennenzulernen. Ihre rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Kenntnisse entsprechen dem neuesten Stand.

Sie können bereits nach kurzer Einarbeitungszeit die selbständige und verantwortliche Bearbeitung eines abgegrenzten Teils des Kreditgeschäfts übernehmen.

Unser Angebot ist aufgaben- und leistungsorientiert und schließt individuelle Aspekte (wie Umzug etc.) *mit ein.*

Möchten Sie bei uns arbeiten? Gerne informieren wir Sie näher – über uns und Ravensburg.

Ihre Bewerbungsunterlagen erbitten wir an den Direktor der Filiale, Herrn Schmid.

SWB SÜDWESTBANK
Marienplatz 29, 7980 Ravensburg, Telefon 07 51 / 3 74 - 1 00

Sie kennen die Kunden, die mit Ihrem Geld große Gewinne erzielen möchten? Sie möchten

DM 350 000,- p. a.

u. mehr verdienen? Auf Wunsch strengste Diskretion.

Fa. M. Borst Finanzierungen
Graf-Adolf-Str. 50, 4630 Bochum 6
Tel. 0 23 27 / 1 80 70 u. 6 14 67
v. 9–22 Uhr, auch sa. u. so.



... unter diesem Titel erscheint in der WELT am



eine Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig.
Sind Sie in diesem Bereich tätig, vielleicht als Produkt-Manager, Pharmareferent, Vertriebsleiter, Mediziner, Klinikreferent o. ä.? Dann sollten Sie diese Ausgabe der WELT unbedingt durchsehen – einerlei, ob Sie konkrete Veränderungsabsichten haben, oder sich einfach nur mal über die Angebote der Pharma-Industrie informieren wollen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

01-143



Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 08 579 104 aufgeben

Einmaleins der Computer

Der berufliche Alltag wird auch in der Bundesrepublik Deutschland immer stärker von Computern und Mikroprozessoren bestimmt. Zwar sind viele bahnbrechende Erfindungen, die die Grundlagen für den weltweiten Siegeszug der Elektronik gelegt haben, bei uns gemacht worden; doch heute ist das Know-how im wesentlichen in den USA und in Japan konzentriert. Auch in der Einübung breiter Bevölkerungsschichten in diesen neuen Bereich der Allgemeinbildung sind uns diese beiden Staaten inzwischen weit voraus. Die Zeit zum Aufholen drängt.

Auf zwei Feldern muß die Weiterbildung ansetzen: zum einen bei den Erwachsenen, im Beruf Stehenden. Neben den firmeninternen Schulungen ist eine vom Bundesbildungsministerium geförderte Fernseh-Aktion in den Dritten Programmen sowie dem ZDF ein Schritt in die richtige Richtung. Doch Angebote wie das der Sparkasse Bielefeld müßten aus dem Bereich der Wirtschaft verstärkt angeboten werden. Und die Universitäten müßten sich trotz aktueller Überlastung auf ihren gesetzlichen Zwang zur Weiterbildung besinnen.

Das zweite, immer noch zu wenig beackerte Feld liegt im Bereich der allgemeinbildenden Schulen. Auch hier gibt es glücklicherweise inzwischen positive Ansätze. Aber wieder droht teilweise die Gefahr deutscher Übergründlichkeit. Denn das, was in den Schulen als Einführung in die EDV angeboten wird, darf nicht zu Ausbildungsgängen für künftige Programmierer werden. Aus den leidvollen Erfahrungen der Oberstufenreform, durch die wir teilweise Abiturienten bekommen haben, die zwar auf Spezialgebieten mit höhersemestrigen Studenten konkurrieren können, dafür aber in Rechtschreibung Basiswissen vermissen lassen, müßten die Bildungsplaner gelernt haben.

Grundlagenkenntnisse über Mikroprozessoren und Computer müssen zum Allgemeinwissen werden wie das Einmaleins und die Rechtschreibung. Nicht weniger – aber vor allem auch nicht mehr.

PETER PHILIPPS

Dem Nachwuchs fehlt die Praxis

Untersuchung verschiedener Trainee-Programme / Bestnote für Training-on-the-job

Die Trainee-Ausbildung wurde geschaffen, um den Führungsnachwuchs auszuwählen und heranzubilden." Mit diesem Satz hat Franz Böhm in knappen Worten nicht nur für die Deutsche Unilever das Prinzip der Einführung wirtschaftswissenschaftlicher Hochschulabsolventen in die Praxis eines Betriebes beschrieben. Hierbei geht es um einen „Prozeß, der Karrieren machen oder gleich zu Anfang zerstören kann, der zur Planung und Deckung des Bedarfs an Führungskräften beiträgt oder dies verhindert, der die Loyalität, die Einsatzbereitschaft, die Produktivität, die Kreativität und die Kündigungsrate der Neuen beeinflußt und der hierdurch starken Einfluß auf die zukünftige Entwicklung des Unternehmens hat". Wenn es schlecht läuft, so hat eine Untersuchung unter Absolventen des amerikanischen MIT ergeben, haben 50 Prozent bereits nach vier Jahren ihren ersten Arbeitgeber wieder verlassen, 73 Prozent nach sechs Jahren.

Der Wirtschaftswissenschaftler Paul Schäfer hat in seiner Dissertation die verschiedenen Programme der Unternehmen zur Einarbeitung ihrer Nachwuchskräfte untersucht und auf ihre Wirksamkeit hin gegeneinander abgewogen. Sein Fazit lautet: Zwar muß die Ausgestaltung eines solchen Programms jeweils „unter genauer Berücksichtigung der unternehmens- und personenspezifischen Besonderheiten des Einzelfalls" erfolgen, aber generell könne man sagen, daß das „Training-on-the-job als am besten geeignet erscheint, eine möglichst schnelle und effiziente Einarbeitung von Nachwuchsführungskräften in die Unternehmung zu gewährleisten".

Natürlich, so betont auch Schäfer, hängt die erfolgreiche Einarbeitung des Führungsnachwuchses nicht nur vom Trainee-Programm ab. Hinzu kommen ganz andere Faktoren wie Kenntnisse, Persönlichkeit und Motivierung der Bewerber auf der einen Seite sowie der Zustand, das Image des Unternehmens und seine gesamte Personalplanung auf der anderen Seite: „Menschen sind Individuen, die auch in ihren Funktionen im Unternehmen nicht mechanisch und logisch nach den Gesetzen der Wirtschaftlichkeit handeln, sondern Gefühlen, Hoffnungen und Ängsten, Ehrgeiz und Frustrationen unterliegen. Das Unternehmen darf niemals vergessen, daß der neu angeworbene Hochschulabsolvent die Anerkennung persönlicher und geistiger Errungenschaften gewohnt ist."

Die prägnantesten Definitionen für die zwei Seiten derselben Medaille stammen von Hanns-Martin Schleyer: „Für Nachwuchsführungskräfte kann es keine Ausbildung von der Stange geben. Und: „Wer Führungskraft werden will, muß alle Stationen seiner Tätigkeit mit vollem Ernst betreiben; wenn man zu intensiv mit der nächsten Sprosse der ersehnten Laufbahn beschäftigt ist, könnte manche Hoffnung unerfüllt bleiben."

Zu den regelmäßigen Klagen gehören die Beschwerden der Unternehmen, daß Hochschulabsolventen, der Kern des Führungsnachwuchses also, zu praxisfern ausgebildet sind. Eine von Schäfer zitierte Umfrage unter bei BMW beschäftigten Akademikern aus dem Jahre 1981 scheint für diese These Bestätigung zu liefern: Das an der Universität erworbene Wissen lasse sich nicht anwenden, weil die Anwendungsbezüge fehlten und Theorien vermittelt worden seien, die sich in der Praxis nicht anwenden ließen. Hinzu kommt ein weiteres, ebenfalls nur durch gute Trainee-Programme zu bewältigendes Problem, das vom IBM-Nachwuchs so beschrieben wird: „Wir brauchen, wenn wir neu in das Unternehmen kommen, vor allen Dingen die Kenntnis der Entscheidungsstrukturen des Unternehmens. Wir müssen z. B. wissen, woher wir Daten bekommen, wie wir diese Daten verarbeiten, und wie es uns gelingt, Entscheidungen in einem Unternehmen herbeizuführen."

Die Mühe langfristiger Personalpolitik mit gezielten Trainee-Programmen und Karriere-Planungen lohnen sich. Denn es läßt sich, so Schäfer, nachweisen, daß „Fehler in der Personalauswahl nicht nur zur Verschlechterung des Betriebsklimas führen, sondern auch negative Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität haben und dazu führen, daß die guten Mitarbeiter die Unternehmung verlassen, die schlechten aber bleiben".

PETER PHILIPPS

Daimler-Benz hat bestes Image bei den Bewerbern

G. P. O. Bielefeld

Hermann Simon, Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre in Bielefeld, hat in einer Befragung unter 700 Studenten der Wirtschaftswissenschaften an sieben deutschen Hochschulen die „Attraktivität" der inländischen Großunternehmen beim potentiellen Führungsnachwuchs untersucht. Da die meisten, so Simon, keine Detailinformationen über Unternehmen besitzen, spielt bei der Entscheidung über den Berufsstart das Unternehmensimage eine entscheidende Rolle.

Nach der Bielefelder Untersuchung sind vor allem die Kriterien „Karriereaussichten" und „Sicherheit" für die Bewerbung bei einem Großunternehmen entscheidend. Karriereaussichten haben dabei etwa das doppelte Gewicht gegenüber den Sicherheitsaspekten. Laut der Simon-Arbeit führt der Computer-Gigant IBM ganz eindeutig die Liste im Bereich Karriere an, während der Kaufhof im Bewußtsein der Studenten hier am Ende rangiert. Wenn es um die berufliche Sicherheit geht, da setzen die potentiellen Manager der Zukunft vor allem auf die Deutsche Bank und die Allianz, während AEG das Schlußlicht bildet. Ähnlich wie bei den Börsenkursen ist Daimler-Benz auch auf diesem Gebiet eine Perle: Der Autokonzern führt die Gesamt-Attraktivitätstabelle an, da sein Image eine optimale Balance aller Beurteilungskriterien erreicht.

Schulmäßiges Lernen verursacht Probleme

Neue pädagogische Hilfen für kaufmännische Ausbilder

Das Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin, immer bemüht, nicht nur im stillen Reservat des staatlich geförderten Modellversuchs abseits der Realität zu forschen, sondern auch zu praktisch verwertbaren Ergebnissen zu kommen, hat die Ausbildung und Umschulung von Arbeitslosen und Umsiedlern auf die Testbühne gehoben. Herausgekommen ist ein „Lehrgang zur Unterstützung kaufmännischer Ausbilder in Übungsfirmen", der gemeinsam mit Ausbildern der Bildungseinrichtung der Deutschen Angestellten Akademie erprobt und entwickelt wurde.

Erfahrungen helfen

Das Grundproblem solcher Ausbildung und Umschulung ist, ähnlich wie bei firmeninternen Weiterbildungsprogrammen (für die das Lehrgangsmaterial mit Einschränkungen durchaus auch verwendet werden kann), daß sich Erwachsene mit schulmäßigem Lernen schwertun. Anders als bei Kindern besteht das Lernen von Erwachsenen in sehr starkem Maße auch aus dem Anknüpfen an bereits gemachte Erfahrungen. Diese strukturieren nicht nur die Art der Informationsaufnahme, also die Lerngewohnheiten, sondern auch den Inhalt der aufgenommenen Informationen, macht diese später überhaupt erst verfügbar. Dabei hat natürlich jemand, der eine längere Ausbildung (z. B. am Gymnasium) absolviert hat, eine positivere Einstellung zum Lernen überhaupt als einer, der bereits mit 14 Jahren frühzeitig die Schule verlassen hat.

Aber es kommt, heißt es im Lehrgangsmaterial des Berliner Institutes, noch etwas hinzu: Wer bisher in seiner Arbeit wenig Lernanreize hatte, hat damit – zumindest zu einem großen Teil – auch das Lernen verlernt. „Wie das heute gemacht wird, lerne ich nicht mehr", ist ein typischer Spruch, der den Ausbildern immer wieder begegnet. Da die Umschüler bzw. Weiterbildungsteilnehmer vieles schon wissen, brauchen sie zwar nicht mehr alle Informationen im Unterricht zu transportieren, aber zugleich stört beim Behalten des Neuen mancher Bestand im Gedächtnis.

Auf zwei Wochen ist das Programm zum Training der kaufmännischen Ausbilder angelegt. In der ersten Woche geht es in erster Linie um das theoretische Fundament, um Fragen der Kommunikation, um methodisch-didaktische Überlegungen und Analysen. Nach einer Heimarbeitsphase geht es in der zweiten Übungswoche um die Praxis und den Erfahrungsaustausch. Für die Referenten in einem solchen Lehrerseminar hat das Bundesinstitut für Berufsbildung zusätzlich zu den Lehrgangsunterlagen auch noch ein Beiheft mit Hilfestellungen erarbeitet.

Wiedereingliederung von arbeitslosen Erwachsenen ist das zentrale Ziel der Übungsfirmen, in denen die so geschulten Ausbilder später ihre Kenntnisse einsetzen sollen. Aber während man in einer „richtigen" Firma den „Schüler" beim Training-on-the-job fast zwangsläufig in die Arbeitsprozesse und Strukturen des Unternehmens einführen kann, ist der Ausbilder in der Übungsfirma sehr stark auf die Verwendung theoretischen Materials angewiesen. Diese Umsetzung von Theorie in Praxis, orientiert an den Anforderungen der Erwachsenenbildung ist die große Schwierigkeit, hier soll das Berliner Werk helfen.

Training im Rollenspiel

Die angebotenen Unterrichtsformen reichen vom „brainstorming" über Projektgruppen bis zu einer Art Rollenspiel. Dabei muß der Ausbilder zum einen immer bis zu einem gewissen Maß selbst in die Gruppe mit eintauchen, um überhaupt einen „Draht" zu den einzelnen Teilnehmern zu entwickeln, zum anderen muß er persönliche Abneigungen und Sympathien weitgehend zurücknehmen. In dem Unterrichtsmaterial ist der Fall des Ausbilders durchgespielt, in dessen Gruppe ein 28jähriger, überehrgeiziger und arbeitsloser Betriebswirt sitzt: In der Theorie der Kostenrechnung ist der Schüler fraglos besser als der Lehrer, aber er ist in fünf verschiedenen Firmen bereits während der Probezeit gescheitert, weil ihm die Fähigkeit der praktischen Umsetzung seiner angelesenen Kenntnisse fehlt. Eine solche Situation im Lehrgang, eine derartige Zwickmühle und Lösungsmöglichkeiten dafür werden in dem Berliner Material (gegen Schutzgebühr erhältlich) u. a. angeboten.

JAMES ROVER

Fernuni ohne „Karteileichen"

gut. Hagen

Wenn an der Fernuniversität Hagen am 27. Oktober mit einem akademischen Tag offiziell das neue Studienjahr 1984/85 und die Amtsperiode des ersten von der Uni gewählten Rektors beginnt, wird dies mit viel Stolz geschehen. Denn die Studentenzahl ist auf rund 25 500 seit der Gründung vor zehn Jahren kontinuierlich angestiegen, während die „Karteileichen" durch die Einführung von Bezugsgebühren für das Studienmaterial praktisch eliminiert sind. Eine „immens große Gruppe" von Studenten, heißt es in Hagen, habe sich in den vergangenen Jahren nur das Material als zusätzliche Hilfe für das Studium an „normalen" Universitäten ins Haus kommen lassen.

Fortbildung zum Energieberater

T. B. Berlin

An der Technischen Universität in Berlin läuft zur Zeit der zweite Kurs im Weiterbildungsprogramm für Hochschul- und Fachhochschul-Absolventen, an dessen Ende die Qualifikation zum Energieberater steht. Der dritte Durchgang für 1985/86 wird bereits vorbereitet. Damit kommt die Technische Universität nicht nur ihrem gesetzlichen Weiterbildungs-Auftrag nach, sondern hat auch marktgerecht schnell auf neue Anforderungen der Gesellschaft reagiert. Der Bildungsgang Energieberater besteht aus einer vorbereitenden „Selbststudienphase", zwei vierzehntägigen Präsenzphasen und einer zweiwöchigen Projektphase mit der Erarbeitung von Konzepten.

Ratgeber für den Berufs-Einstieg

-ork. Bonn

Angesichts der Probleme junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, einen „idealen" Ausbildungsplatz zu bekommen, sind umfangreiche Informationen über alle Möglichkeiten um so wichtiger. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat deshalb jetzt unter dem Titel „Wie geht's?" eine Broschüre herausgeben lassen. Die Stichworte reichen – einschließlich eines angehängten Kurz-Lexikons – von A wie Azubi bis Z wie Zivildienst. Im Vorwort mahnt Blüm die jungen Leute, die von der Schule ins Berufsleben wechseln, daß zwei Drittel aller arbeitslosen Jugendlichen ohne Berufsausbildung sind. Deshalb: „Jede Möglichkeit der beruflichen Bildung wahrnehmen."

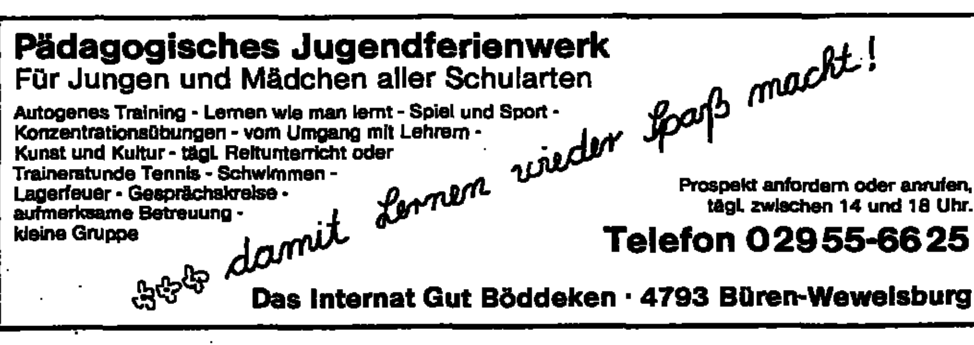
Seminar über Financial Futures

p. p. Bonn

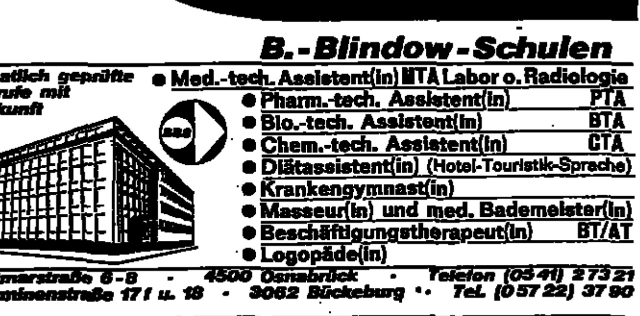
In drei Seminaren an der Universität Hohenheim sollen zwischen dem 24. und dem 26. September die Methoden und Probleme des Einsatzes von Financial Futures von kompetenten Fachleuten vermittelt werden. Unter Mitwirkung deutscher und englischer Bank-Experten, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Universitäten sollen die „grundlegenden Konzepte dieser neuartigen Termingeschäfte praxisorientiert erarbeitet" werden, heißt es in der Ankündigung. Seit Eröffnung des „London International Financial Futures Exchange" im September 1982 befassen sich auch in der Bundesrepublik immer mehr Banken und Unternehmen mit Finanzterminkontrakten.





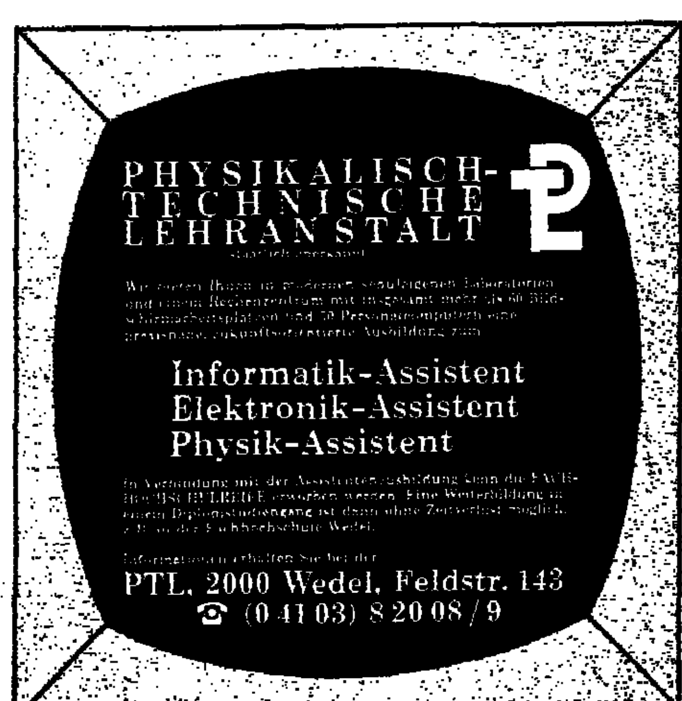
















Stipendien für Fulbright-Sonderprogramm

p. p. **Bonn**

Die deutsch-amerikanische Fulbright-Kommission hat Stipendien für ein Sonderprogramm in den Bereichen Bildungsplanung, Bildungsreform und Hochschulverwaltung ausgeschrieben. Damit soll ein sechswöchiger USA-Aufenthalt finanziert werden. Am 31. Oktober läuft die Bewerbungsfrist ab (Executiv Director, Fulbright Kommission, Postfach 200 208, Bonn). Wer sich um ein Stipendium bemühen will, muß als Mindestvoraussetzungen nachweisen: dreijährige Berufserfahrung in den Bereichen Bildungsverwaltung, Bildungsplanung oder Hochschule sowie gute englische Sprachkenntnisse. Für 1985 wird das Schwergewicht dieses Sonderprogramms auf die Themen Übergang von Hochschulabsolventen ins Berufsleben, medizinische Ausbildung in den USA und neue Entwicklungen in der amerikanischen Bildungspolitik gelegt werden.

Sparkasse als Computer-Schule

ln, **Bielefeld**

Die Sparkasse Bielefeld hat als erstes Geldinstitut in Nordrhein-Westfalen eine Computer-Schule eröffnet. An zwölf Homecomputern mit Monitoren, Tastaturen, Diskettenstationen und Druckern können vormittags Schulklassen das Einmaleins der EDV-Sprache Basic lernen. Nachmittags steht der „Klassenraum" mit den 24 Arbeitsplätzen in der City-Filiale der Sparkasse anderen Interessenten, abends zukünftigen Programmierern kostenlos zur Verfügung.

Fernlehrgänge für Kinder rund um den Erdball

p. p. **Bonn**

In einem Pilotprojekt sind an der Universität Hamburg Fernlehrmaterialien für Schüler der Sekundarstufe I entwickelt worden. Sie sind dafür gedacht, Kinder von Eltern, die ins Ausland versetzt werden und dort keine deutsche Schule vorfinden, in Fernlehrgängen zu unterrichten. Für 149 Kinder in mehr als 30 Ländern rund um den Globus sind Unterrichtshefte bereits abonniert worden. Dazu gehört auch eine Familie, in der die Sprache des Vaters Deutsch, der Mutter Französisch und des Kindes Arabisch ist. Im Fernlehrgang wird es allerdings in Deutsch unterrichtet. Bei Umzügen im Ausland soll die „Schule zum Mitnehmen" schulische Probleme vergessen lassen.

Deutsche Firmen als Berufsschulen der Dritten Welt

Institut der Wirtschaft untersucht unbekannte Entwicklungshilfe-Leistung / Probleme vor allem mit Mentalität und Motivation der Einheimischen

Wenn über die Leistungen der Industrieländer an die Dritte Welt gesprochen – und gerechtet – wird, sind fast ausschließlich die staatlichen und halbstaatlichen Entwicklungshilfe-Mittel in der Diskussion. Doch kaum ins öffentliche Bewußtsein gerückt ist die Tatsache, daß gerade Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Aufwendungen für berufsbezogene Bildungsangebote in der Dritten Welt bereitstellen und auf diese Weise eine wichtige Ergänzung der bilateralen und multilateralen Aktivitäten bilden. Schließlich wird auch auf diesen Wegen ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklungshilfe geleistet, den das unternehmernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln jetzt untersucht hat.

Zu den Ergebnissen dieser fast verborgenen Entwicklungshilfe gehört, daß auch ein wesentliches Hindernis für deutsche Investitionen in der Dritten Welt beseitigt wird, das aus dem Fehlen von ausreichend qualifiziertem ausländischem Personal vor Ort besteht. Denn vor allem die ärmsten Länder sind nicht in der Lage, aus eigener Kraft genügend Facharbeiter, Meister und Techniker heranzubilden. Ausbildung, Beratung sowie Vermittlung von Know-how werden zunehmend Bestandteile der Liefergeschäfte deutscher Firmen.

Dies hat inzwischen auch deshalb einen relativ hohen Umfang erreicht, weil viele Exportgeschäfte nur noch dann zustande kommen, wenn Ausbildung und Beratung im Liefervertrag enthalten sind. Außerdem laufen installierte Anlagen mit entsprechend geschultem einheimischen Personal störungsfreier und erfolgreicher, was wiederum die Chance für Anschlußaufträge erhöht.

Von Bayer bis Thyssen

Die Liste der auf diesen Feldern aktiven Firmen liest sich wie ein „Who is who" der deutschen Wirtschaft. Die Chemie-Unternehmen Bayer, Hoechst und BASF sind ebenso engagiert wie Daimler-Benz, Siemens und Thyssen, Krupp, Hoesch und Mannesmann. Sie leisten Bildungsarbeit in Produktions- und Vertriebsstätten, bilden aber auch unabhängig von konkreten Exportgeschäften in der Dritten Welt aus. Insgesamt hat die deutsche Industrie nach den Berechnungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Zeitraum von 1950 bis 1982 an Exportkrediten und Direktinvestitionen knapp 107 Milliarden Mark in die Dritte Welt transferiert.

Als Beispiel für die Disproportionalität des Bildungswesens in der Dritten Welt hat die IW-Studie die Situation in Brasilien herangezogen. In dem gewaltigen Umwandlungsprozeß, in dem sich die Wirtschaft des Landes seit einigen Jahren befindet, wurden vor allem die Grundschulen und höheren Schulen ausgebaut. Im Vergleich dazu ist der Ausbau des beruflichen Bildungswesens qualitativ und quantitativ weit zurückgeblieben, und zugleich ist (zwischen 1966 und 1977) der Anteil der Analphabeten von 61 auf 76 Prozent der Bevölkerung angewachsen. Noch schlechter sieht es beispielsweise in Nigeria aus, wo das Berufsschulsystem überhaupt erst im Aufbau ist, während das Land aber schon über 13 Hochschulen verfügt.

Die befragten deutschen Unternehmen verschweigen nicht, daß ihre Fortbildungsaktivitäten in der Dritten Welt zum Teil mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sind. Besonders in den afrikanischen Ländern fehlten Langfristperspektiven und Entscheidungskontinuität. Entscheidungen müßten häufig ad hoc getroffen werden und erschienen den ausländischen Firmen oft von der Entscheidung einzelner Personen abhängig zu sein. Ebenfalls beklagt werden zu geringe bzw. zu heterogene Eingangsqualifikationen der Teilnehmer. Sie waren vorher häufig Bauern und Landarbeiter, viele von ihnen Analphabeten. Konzentration, Arbeitspräzision und Fähigkeit zur Teamarbeit sind nie erlernt worden. Die erstmalige Eingliederung in einen arbeitsteiligen Produktionsprozeß, dessen Endprodukt oft nie gesehen und gekannt wird, verlangt von diesen Arbeitskräften eine Anpassungsleistung, denen sie in vielen Fällen nicht gewachsen sind.

Wichtig: „Maschine läuft"

Schwierigkeiten mit Mentalität und Motivation kommen hinzu. Viele Arbeitskräfte aus der Dritten Welt verfügen zwar über handwerkliche Fähigkeiten, aber sie beurteilen ihre Arbeit eher nach künstlerischen Kriterien oder dem Erreichen des Ziels: „Maschine läuft." Fragen von Qualitätsnormen sind nebensächlich. Neben technikspezifischem Know-how – z. B. der Wartung einer Anlage – müssen die Einheimischen auch lernen, warum sie gewartet werden muß. Dabei werden auf Grund der Tradition Eigeninitiative und eigene Verbesserungsvorschläge als Verstoß gegen die Hierarchie angesehen und unterbleiben deshalb meistens.

Hohe Fluktuation auch während der Aus- und Fortbildung sowie unzureichende Qualifikation auch der einheimischen Ausbilder sind weitere Problemfelder. Zwar wird als Ausweg teilweise die Verlagerung der Bildungsarbeit in die Bundesrepublik gesucht, aber hier kommen dann andere Schwierigkeiten auf die Betriebe und Betroffenen zu: Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrecht, Sprach- und allgemeine Eingewöhnungsschwierigkeiten. Die deutschen Unternehmen haben immer deutlicher erkannt, daß sie trotz aller auftretenden Probleme keine Alternative auch zu einem bildungspolitischen Engagement in der Dritten Welt haben. Aber fast einhellig wird die Meinung geäußert, daß eine Hilfestellung durch eine engere Kooperation mit der staatlichen deutschen Entwicklungshilfepolitik die Schwierigkeiten in den meisten Bereichen verringern könnte. Zugleich wird von der deutschen Industrie an die Adresse der Entwicklungsländer die Erwartung geäußert, daß dort Rahmenbedingungen verbessert werden, um so den Ressourcentransfer zu erleichtern.

JAMES ROVER

DIHT-Kongreß: Dynamik durch Weiterbildung

E. SCROOGE, **Bonn**

Unter dem Thema „Die Zukunft gestalten: Dynamik durch Weiterbildung" veranstaltet der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) vom 25. bis zum 27. Oktober in Augsburg seinen Weiterbildungskongreß 1984. Bereits die Podiumsdiskussion am ersten Abend wird voraussichtlich Stoff genug für die Arbeitskreise der kommenden Tage bieten, dafür bürgen schon die Teilnehmer. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach trifft dort u. a. auf Bayerns Kultusminister Maier und den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke.

Handwerks-Lehre zum Schnuppern in Trier

J. MARLEY, **Trier**

Die Handwerkskammer Trier geht neue Wege: Interessenten aller Altersgruppen wird die Möglichkeit geboten, in verschiedene Berufe hineinzuriechen. Dem einen soll der viertägige Kurs zur beruflichen Weiterbildung dienen, der andere kann ihn zur Erleichterung der Berufswahl nutzen. Wie das „abi Berufswahlmagazin" berichtet, werden Kurse für Tischlern, Schmieden, Keramiken und Steinmetzen angeboten. „Obwohl die Aktion für die Betriebe eine Menge zusätzlicher Arbeit mit sich bringt, sind alle mit Elan dabei", wird der zuständige Mitarbeiter der Handwerkskammer, Konrad Mergen, zitiert.

Computer-Lehrgang in Dritten TV-Programmen

-ilm. **Bonn**

Seit dem vergangenen Sonntag läuft im Dritten Programm des WDR (sonntags, 15.30 Uhr) die 13teilige Fernsehserie „Mikroprozessoren und -computer", die vom 19. September an auch vom Bayerischen Rundfunk (mittwochs, 16 Uhr und freitags, 9 Uhr), vom 21. September an in Südwest III (freitags, 21.15 Uhr und Samstags, 17.30 Uhr) und vom 24. an im ZDF (montags, 16.04 Uhr und samstags, 11.15 Uhr) ausgestrahlt wird. Die halbstündigen Sendungen berichten, wo Computer eingesetzt werden, wie sie funktionieren, wie Programme entstehen und was man beim Kauf von Heimcomputern beachten muß. Das Bundesbildungsministerium, das das Vorhaben mit 400 000 Mark unterstützt, hat die Nutzungsrechte an den Sendungen erworben, so daß alle Weiterbildungseinrichtungen die Folgen mitschneiden und in Kursen verwenden dürfen.

Gelernt wird ganz entspannt und bei leiser Barockmusik

Neuer Weg zu schnellen Fremdsprachen-Kenntnissen

GEORGE P. OGDEN, **Waiblingen**

Das „Manager-Magazin" brachte den Eindruck auf die Kurzformel „Lust statt Frust". Es hatte von einer Fortbildungsveranstaltung berichtet, an der Spitzenmanager von „Audi" teilgenommen und in der sie binnen einer Woche so viel Spanisch gelernt hatten, daß sie „selbst komplizierte Gespräche" führen konnten. Das Schlüsselwort heißt „Superlearning".

Den entscheidenden Ansatz zu dieser alternativen Lernmethode hat der bulgarische Mediziner und Psychotherapeut Gregori Losanow geliefert. Die Arbeiten in seinem Institut für Suggestopädie in Sofia beruhen ebenso wie die praktische Erprobung auf den jungen Erkenntnissen der Lernpsychologie und Gehirnforschung, daß sich die Lernfähigkeit des Menschen steigern läßt, ohne auch zugleich den Streß zu erhöhen.

Körperliche und geistige Entspannung in Verbindung mit rhythmischer Atmung, „getragener" Barockmusik und motivierenden Suggestionen soll einen Zustand freudiger Aufnahmebereitschaft schaffen.

Vom privaten Gymnasium des Englischen Instituts in Heidelberg sind jetzt die Ergebnisse eines Schulversuchs mit Superlearning vorgelegt worden, die die Richtigkeit dieses Ansatzes zu bestätigen scheinen. Als Teilnehmer waren Freiwillige der 9. bis 13. Klassen ausgesucht worden, schwerpunktmäßig im Anfangsunterricht Französisch. Der Versuchsleiter, Oberstudienrat Hartmut Wagner, störte sich daran, daß seine Schüler „trotz intensiver Übung immer wieder Fehler" machten. Sein Fazit nach dem halben Versuchsjahr: Die Zahl der schwachen Noten sank auf etwa ein Drittel, die Klausuren fielen „überraschend gut" aus.

Die „Gesellschaft für ganzheitliches Lernen" in Freiburg bietet inzwischen auf Kassetten auch für einzelne Interessenten Schulungsmaterial nach der Methode Superlearning an. Vor allem natürlich Fremdsprachen, aber auch die Prüfungsvorbereitungen für Heilpraktiker.

Studenten und Unternehmer in der Diskussion

J. R. **Mannheim**

„Innovationspotential Jugend – verpaßte Chancen?", so lautet ein provozierendes Thema des Management-Gesprächs „Jugend und Wirtschaft" am 25. und 26. Oktober in der Universität Mannheim. Das Generalthema für die sieben Workshops wird mit „akademische Freiheit und unternehmerische Zwänge" beschrieben.

Der gemeinnützige Verein „Management-Gespräche" in Heidelberg hat auch zu diesem fünften Treffen wieder eingeladen. Mit Hilfe dieser Veranstaltungen an wechselnden Hochschulorten soll dazu beigetragen werden, Wirtschaftsführern und akademischem Nachwuchs mehr Kenntnisse voneinander zu vermitteln und in Diskussionen Vorurteile abzubauen. Zu den Standardthemen gehört dabei die Kritik an der zu praxisfernen Ausbildung in den Hochschulen – zumindest ein Punkt, an dem sich Manager und Studenten einig sind. Hitzige Debatten verspricht da schon eher die Workshop-Frage: „Das Anliegen der Jugend – Meßlatte für Führungskräfte?"

Gute Karriere-Chancen für ausscheidende Zeitoffiziere

Wirtschaft honoriert besondere Qualitäten der Soldaten

p. p. **Bonn**

Bernhard Oestermann, Geschäftsführer der „Management Akademie" in Essen, war überrascht: 25 ausscheidende Offiziere der Bundeswehr hatten über den Informationsdienst seiner Akademie, der sich an rund 3000 Personalleiter in der Wirtschaft wendet, ihre Stellengesuche plaziert. Und in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit erhielten die Zeitsoldaten dennoch fast 300 Zuschriften. Oestermann: Offensichtlich haben die Großunternehmen in Industrie, Dienstleistung und Handel bei der Suche nach qualifiziertem, leistungsstarkem Führungsnachwuchs eine neue Gruppe entdeckt: Zeitoffiziere der Bundeswehr, deren Verpflichtungszeit abgelaufen ist.

Die Mehrzahl dieser Soldaten hat sich auf zwölf Jahre verpflichtet und scheidet im Alter von etwa 30 Jahren wieder aus, zumeist im Range eines Hauptmannes. Sie haben damit als Teileinheitsführer die Qualifikation erreicht, die ungefähr der eines Betriebs- oder Abteilungsleiters mit 120 bis 150 Mitarbeitern entspricht. In den standardisierten Beurteilungsverfahren der Wirtschaft erreichten die ausscheidenden Zeitoffiziere Spitzenwerte bei den Kriterien Leistungsfähigkeit, Arbeits- und Führungsstil, persönliches Format und Kontaktstil. Die höchstmögliche Bewertung erreichen sie durchgehend, wenn es um die Bereiche geistige und seelische Belastbarkeit, Leistungsantrieb, Einsatzbereitschaft und Engagement geht.

In diesem Jahr scheidet der erste Offiziersjahrgang aus der Bundeswehr aus, der an den Bundeswehrhochschulen in Hamburg oder München studiert hat. Insgesamt verlassen in diesem und im nächsten Jahr jeweils rund 360 Zeitoffiziere die Armee, 1986 werden es 480, in den folgenden Jahren jeweils 700 sein. Wenn sie sich rechtzeitig auf den Wechsel in die Wirtschaft vorbereiten, so die Essener Akademie, werden sie „in der Regel" keine Schwierigkeiten bei der Suche nach einer neuen Führungsposition haben.

Stars, nicht angesagt

Ber- „Da, sehen Sie nur!" Anklagend blicken zwei Konzertveranstalter und ein Schallplattenproduzent auf das halbleere, verregnete Rund des Hamburger St.-Pauli-Stadions. „So wenig Publikum bei so großen Stars wie Joan Baez, Bob Dylan und Santana! Offenbar sind die im Augenblick einfach nicht ‚angesagt'."

„Angesagt" – das ist das Zauberwort. „Angesagt" muß heute eine Gruppe sein, wenn sie in Deutschland Erfolg haben will. Sie muß dem jeweiligen Trend und dem Zeitgeschmack entsprechen, muß den Zwang zu modischen Texten, Klängen und – besonders wichtig – abenteuerlichen Kostümierungen geradezu verinnerlicht haben.

„Angesagt" sind z. Zt. die 50er Jahre, Tangos, deutsche Texte, Dialekt-Rock, wehmütiger Blues – und Kindermund. Womit wir schon bei „Nena" wären. Dieses schnuckelige Mädchen trifft geradezu intuitiv den Nerv ihrer 11- bis 16jährigen Fans – und ist als angebetetes Vorbild in jeder Hinsicht ein Phänomen: Nena raucht nicht, trinkt nicht, singt nicht.

„Angesagt" sind auch Pop-Künstler wie Ulla Meinecke (die immer so raunt wie Udo Lindenberg kurz vor dem Stimmbruch) und Peter Maffay, der Siebenbürger Rock-Knödel, ferner der sanfte Schlager-Rühr-mich-an Herman van Veen und Klaus Hoffmann, der schluchzende Wehklagerer. Sie alle haben volle Häuser – und ihre Fans Augen voller Tränen.

Überhaupt steht die Anbetung der Idole im Vordergrund, nicht der Musikgenuß. Ein Sänger kann indisponiert sein, die Show nur mäßig, der Sound katastrophal – egal: *Teens und Twens sausen schon* nach den ersten Takten zur Bühne, entflammen Streichhölzchen und springen in Zehnerreihen rhythmisch durch die Luft. Entertainment oder sakrale Handlung? Wie auch immer: Es herrscht jedenfalls große Bewegung im Saal.

Dabei ist nicht einmal genau auszumachen, wer den jeweiligen aktuellen Trend bestimmt. Discjockeys, Jugendzeitschriften, Musikblätter, Rundfunkmoderatoren, Radio Luxemburg – da kommt wohl vieles zusammen. Wer bei all diesen Berufsgruppen im Gespräch, also „angesagt" ist, steht im Scheinwerferlicht. Die anderen: Nun, die stehen im Regen.

Auf jede Karte wurden 81 Mark draufgezahlt – Die Bilanz unserer Theater

Goldener Regen für die Oper

Die Theaterstatistik, die der Deutsche Bühnenverein kürzlich für die Spielzeit 1982/83 herausgegeben hat, registriert für die 84 staatlichen und kommunalen Bühnen in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 20 700 000 Besuche – nicht Besucher. Im Vergleich zum Vorjahr ist *das ein Minus von gut 210 000 Besuchen.* Die Aufführungen der 81 Privattheater dürften zu 4,3 Millionen Besuchen motiviert haben, die verschiedenen Festspielunternehmen (Bayreuth und die Ruhrfestspiele in Recklinghausen mit je ungefähr 58 000 Besuchen an der Spitze) zu rund 1,3 Millionen.

Gut vier Millionen melden die Tourneetheater. Setzt man die Frequenz der Konzerte von Kulturorchestern mit eigenem Etat und die der Rundfunksinfonieorchester mit 1,5 Millionen an, so können die öffentlichen und nichtöffentlichen Theater und Orchester für die Saison 1982/83 auf insgesamt 32 Millionen Besuche verweisen. Den statistisch ziemlich genau erfaßbaren öffentlichen Bühnen galten etwa zwei Drittel aller Besuche, ein Drittel den Privat- und Tourneetheatern, die jedoch nur fünf Prozent der öffentlichen Subventionen in Anspruch nehmen konnten.

Rund 57 Prozent der Frequenz bei öffentlichen Bühnen betrafen das Musiktheater: Aufführungen von Opern, Operetten, Balletten und Musicals. Mit den Festspielveranstaltungen und Symphoniekonzerten muß man wohl zwölf Millionen ansetzen. Innerhalb der Musiktheatersparten liegt die Oper nach wie vor in Führung: 55 Prozent bzw. 6,6 Millionen Besuche konzentrierten sich auf Opernaufführungen, 19 Prozent auf die Operette, 14 Prozent auf Ballettabende, acht Prozent auf Musicals und vier Prozent auf die Konzerte der Theaterorchester.

Zwölf Millionen Musiktheaterbesuche, das ist eine erstaunliche Zahl, vor allem im Vergleich zum Sprechtheater. Hierzulande gibt es mehr als 250 *Spielstätten für Sprechtheater* (ohne die Abstecherbühnen), doch lediglich etwa 60 (freilich in der Regel größere) Theater, die musikalische Werke anbieten. Und dann: Zwölf Millionen vermochte die Erste Fußballbundesliga während der nämlichen Zeit nicht zu mobilisieren.

Allerdings: Die öffentliche Hand meint es gut mit den Theatern. Lediglich 16,7 Prozent der Ausgaben konnten die öffentlichen Theater einspielen. Der Rest, also stattliche 83,3 Prozent, *mußte subventioniert* werden.

Im Durchschnitt kostete jede verkaufte Theaterkarte einen Betriebszuschuß in Höhe von 81 DM. Bei reinen Opernhäusern lag die Zuschußsumme pro Eintrittskarte noch höher: über 86 DM in München, 107 DM an der Hamburgischen Staatsoper, an der Stuttgarter Oper 109 DM, an *Kölns Opernhaus 116 DM, an der* Deutschen Oper Berlin 122 DM und an der Frankfurter Oper gar bei 156 Mark.

Die Gesamtausgaben der Länder und Kommunen für ihre Theater *bezifferten sich auf insgesamt* 1 482 000 000 DM, also auf rund 1,5 Milliarden DM. Rechnet man die Zuweisungen für Kulturorchester außerhalb des Theaterbetriebs, für Privattheater, für Festspielunternehmen und vor allem die Ausgaben der nichttheatertragenden Städte für Gastspiele von außerhalb hinzu – ca. 760 Mill. DM –, dann lautet das Gesamtzuschußvolumen auf stolze 2 242 000 000 DM. Auf die Bevölkerung der Bundesrepublik umgelegt heißt das: Jeder Bürger, egal ob er ins Theater oder Konzert geht oder nicht, entrichtet einen jährlichen Obolus von ungefähr 37 DM.

Gerade 25 Prozent aller Karten für öffentliche Theateraufführungen werden im freien Verkauf abgegeben. Über 28 Prozent der Theaterbesucher sind sogenannte Platzmieter oder Abonnenten, die einen Preisnachlaß erhalten, der zwar von Ort zu Ort verschieden ist, sich im allgemeinen aber zwischen zehn und 60 Prozent des *Normalpreises* bewegt. Fast 25 Prozent der Tickets werden an Besucherorganisationen, an Volksbühnenvereine oder Theatergemeinden, weitergegeben. An der Hamburgischen Staatsoper, wo die Normalpreise zwischen sechs und 95 DM liegen, kann man einen guten Volksbühnenplatz bereits für 18 DM erstehen, in Frankfurt für 12,50 DM. Schüler und Studenten verlangen ungefähr zwölf Prozent der verfügbaren Karten – mit einer Ermäßigung von mindestens 50 *Prozent des Normalpreises; gut zehn* Prozent der Billets werden als Dienstplätze, Ehren-, Vorzugs- und Pressekarten deklariert.

Wenn von den 68 Prozent Bevölkerungsanteilen mit Hauptschulabschluß 48 Prozent eine oder mehrere Musiktheateraufführungen pro Jahr besuchen, wenn die Mittelschulabsolventen – 19,2 Prozent der Bevölkerung – 34 Prozent der Musiktheaterbesucher stellen und wenn die knapp zwölf Prozent Abiturienten mit 18 Prozent vertreten *sind, dann weiß* man nicht recht, was der Schrei nach einem neuen Publikum eigentlich soll. *Längst ist das Musiktheater* nach allen Seiten hin offen, wenn es auch von der Mittelschicht am meisten frequentiert wird. Ihr reges Interesse vor allem bewirkt die nach wie vor günstige Ausnutzung der vorhandenen *Platzkapazitäten. Im zurückliegenden* Spieljahr waren sie bei Musiktheateraufführungen zu fast 82 Prozent genutzt: in der Oper zu rund 82 Prozent, in der Operette 83 Prozent; beim Musical lag die Platzausnutzung bei nicht ganz 80 Prozent und bei den Konzerten der Theaterorchester bei nahezu 83 Prozent. Das sind gute Resultate, optisch zumindest.

Abonnements und Besucherorganisationen jedoch gaukeln eine Nachfrage vor, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Das Bild verdüstert sich, wenn man aufgrund der Anzahl der Besuche die tatsächlichen Besucher zu ermitteln versucht. Geht man von zwölf Millionen Musiktheaterbesuchen aus und der Annahme, daß Abonnenten, Mitglieder von Besucherorganisationen, Schüler, Auszubildende und Studenten pro Saison viermal eine Musiktheatervorstellung besuchen und die zweite Gruppe, Personen, die ihre Eintrittskarten im Freiverkauf erwerben, zweimal in der Spielzeit kommen, dann entfallen auf die zwölf Millionen Musiktheaterbesuche bestenfalls 3 750 000 Besucher. Nach dem nämlichen Schlüssel weitergerechnet, ergeben sich knapp 6,5 Millionen Besucher für die Aufführungen der kommunalen und staatlichen Bühnen und eine Globalzahl von ungefähr zehn Millionen Besuchern für alle Theater- und Orchesterangebote.

Sicherlich wäre noch eine Ausweitung des Besucherreservoirs möglich. Wahrscheinlich auch ein stärkerer sozialer Ausgleich unter den Publikumsschichten. Aber gerade der hohe Prozentsatz von Theaterbesuchen per Abonnement oder über die Besucherorganisation, oft auch die viel zu kleinen Theater, sperren vielerorts neue Besucher aus. Damit wird sowohl die Tendenz in Richtung auf ein „elitäres" Theater wie auch die in Richtung Volkstheater unterlaufen. Mit dieser zweifachen Sicherheitsgarantie, dem prallen Publikumsvorrat und dem goldenen Subventionsregen, ist insondere das Musiktheater der Gefahr der geistigen und künstlerischen Selbstgenügsamkeit ausgesetzt und damit der Gefahr, zu versteinern wie der Kaiser in der „Frau ohne Schatten". HEINZ LUDWIG



Hieroglyphen einer Erfahrung: „Gehenkte" von Georg Meistermann (um 1945), aus der Ausstellung in Koblenz FOTO: KATALOG

Neuland gesucht – Viermal Georg Meistermann

Linien wie aus Glas

Unlängst *ist Georg Meistermann* mit dem Romano-Guardini-Preis ausgezeichnet worden. Es dürfte dem 73jährigen Solinger mittlerweile schwerfallen, alle seine Orden und Plaketten zu zählen. Er gehört gewiß zu den meistdekorierten Künstlern hierzulande, seit ihm der Karl-Ernst-Osthaus-Preis der Stadt Hagen 1948 verliehen wurde. Damals galt Meistermann als ein Mann der ersten Stunde, zunächst als Künstler, bald als Lehrer. Er wurde ein leidenschaftlicher *Wortführer der Abstraktion,* die ihm selber noch nicht so lange vertraut war.

Meistermann war in Düsseldorf Schüler von Nauen und Mataré gewesen. Im Krieg wurden fast alle seine *frühen Arbeiten zerstört. Aber schon* 1945 stellte er erstmals wieder in Wuppertal aus. Es waren teils ornamental gefällige, teils ungemein strenge, hart konturierte, spitzwinklige Kompositionen – Landschaften und Stilleben zumeist – aus gerüstartigen Strukturen, spröden und bisweilen fast kalligraphischen Zeichen, expressiven Hieroglyphen. Die festen, konstruktiven Konturen, die scharf gerissenen, abgehackten Linien ließen an Bleirutenmuster denken *und wiesen womöglich auf den* künftigen Glasmaler hin (der freilich 1938 bereits in Solingen mit ersten Kirchenfenstern, die im Krieg ebenfalls zerstört wurden, auf sich aufmerksam gemacht hatte). Im übrigen konnten jene frühen Werke frische Eindrücke von Klee, *Miró,* Picasso, Léger nicht leugnen.

Arbeiten der ersten Nachkriegszeit zeigt zur Zeit die Schloßhofgalerie Lindau. Das Gesamtwerk Meistermanns ist gegenwärtig aufgeteilt in mehreren Städten zu sehen. Nach der Grafik in Wittlich stellt die Städtische Galerie Altes Theater Ravensburg Glasfenster und Kartons (hauptsächlich zu den jüngst vollendeten Kirchenfenstern von St. Gereon in Köln) aus, während das Koblenzer Mittelrhein-Museum im Haus Metternich mehr als fünfzig Bilder der letzten drei Jahrzehnte versammelt, die sich radikal von dem grafisch geprägten Frühwerk unterscheiden.

Die Linie, die, wie in seinen Glasfenstern, die Bewegung, Schwingung, Spannung bewirkte, den Rhythmus, die Dichte, die Dynamik des meist kleinteiligen Flächengefüges bestimmte, wurde gegen Ende der fünfziger Jahre mehr und mehr aus seiner Malerei eliminiert zugunsten großflächiger Farbkompositionen, deren Felder zunächst noch fest umgrenzt und in sich geschlossen erscheinen, mit der Zeit aber gänzlich konturlos neben-, über- und ineinander zu schweben beginnen.

Aus weichen, diffusen Farbkombinationen werden Streifen, Wellenbänder, Quadrate, Rechtecke, Kreuze, Schwingen, Blätter sichtbar, heben sich aber vom farbigen oder weißen Bildgrund in sorgfältiger Tonabstufung oder hartem Kontrast, häufig von bunten Farbrinnsalen begleitet, ab, die in der kargen Monochromie fast wie vegetative Wucherungen *wirken. Eine luzide Transparenz läßt* bei den besten dieser Bilder an Mark Rothko denken.

Wir sehen Bilder von eigentümlicher Eindringlichkeit, eine sehr kultivierte Malerei, die Ästhetik und Askese verbindet, leuchtende, verblassende, transparente Farben, pastellartig, dünn aufgetragen und meist durch die grobe Leinwand strukturiert. Dies ist originaler Meistermann, der auch mit 73 noch Neuland erkundet, ungeachtet des Risikos, das ihm selbst noch sichtlich zu schaffen macht. (Alle Ausstellungen bis 23. Sept., Katalog: Koblenz 10 Mark, Ravensburg 20 Mark.) EO PLUNIEN

JOURNAL

Slevogt, Purrmann und Weisgerber in China

AP, Peking

Eine *Gemäldeausstellung* mit Werken von Max Slevogt (1868–1932), Hans Purrmann (1880–1966) und Anton Weisgerber (1878–1915) aus dem Besitz der „Stiftung saarländischer Kulturbesitz" hat der *saarländische Kultusminister* Gerhard Zeitel in Peking eröffnet. Die 78 Bilder werden anschließend noch in Wuhan und Chengdu zu sehen sein.

Kanadisches Duo erhielt den Ersten Preis

dpa. München

Desmond Höbig und Andrew Tunis aus Ottawa erhielten den Ersten Preis beim ARD-Musikwettbewerb im *Fach Duo Violoncello / Klavier.* Das Duo Xavier und Martine Gagnepain aus Paris erhielten den Zweiten, Michal Kanka und Jaromir Klepac aus Prag den Dritten Preis.

Der Abschied des Grand Magic Circus

DW. Ludwigshafen

Jérôme Savary und sein Grand Magic Circus zeigen die deutsche Erstaufführung der Revue „Bye, Bye, Show-Biz" am 18. und 19. September im Theater im Pfalzbau Ludwigshafen. Nach Savary soll dies die letzte Produktion des Grand Magic Circus sein. Mit „Bye, Bye, Show-Biz" wird zugleich das Ludwigshafener Festival „Musischer Herbst" eröffnet.

Christian Rohlfs und die Stadt Soest

DW. Soest

Ende 1904 kam der Maler Christian Rohlfs zum erstenmal nach Soest. In den folgenden Jahren verbrachte er dort die Sommer – und lernte dabei auch Nolde kennen. An diese Zeit erinnert die Ausstellung „*Christian Rohlfs* – und die Stadt Soest in seinem Werk", die bis zum 5. Oktober im Wilhelm-Morgner-Haus zu sehen ist. Gezeigt wird eine Auswahl von Gemälden und Zeichnungen mit Soester Motiven, aber auch spätere Arbeiten, die keinen direkten Bezug zu der Stadt haben. Der Katalog kostet 15 Mark.

Musik, nicht für den Konzertsaal komponiert

hos. Karlsruhe

Das Kunstfestival „Musik auf dem 49.", das vom 16. November bis zum 9. Dezember stattfindet, hat ein Motto („Musik der Zukunft") und ein Thema („Funktionelle Musik"). Ob und wieweit funktionsbestimmte, also nicht an den Konzersaal gebundene Musik die musikalische Äußerungsform der Zukunft ist, wird in einer Ausstellung, in Vorträgen, Konzerten und Filmvorführungen einzugrenzen versucht. Musik*berieselung in Kaufhäusern wird* ebenso untersucht wie die Live-Begleitung von Filmen (etwa Friedrich Wilhelm Murnaus „Der letzte Mann"), Meditationsmusik oder Musiken, die für bestimmte Räume konzipiert wurden.

Literaturmuseen in Baden-Württemberg

sch. Marbach

38 literarische Museen und Gedenkstätten gibt es in Baden-Württemberg. Das reicht von der Mörike-Stube in Cleversulzbach über das Manfred-Kyber-Museum in Löwenstein bis zum Schiller-Nationalmuseum in Marbach. Um diese Erinnerungsstätten bekanntzumachen, hat jetzt die „Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten" in Marbach (Postfach 57) ein Kartenmäppchen herausgebracht, das die einzelnen Häuser samt Ort und Öffnungszeiten vorstellt (4 Mark).

Mehr Interesse an der Nachkriegsgeschichte

dpa, München

Die Zahl der Doktorarbeiten über *die deutsche Geschichte nach 1945* hat sich seit 1974 verfünffacht, berichtet die „Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer Forschungseinrichtungen" in München. 57 Dissertationen beschäftigen sich derzeit mit diesem Zeitraum. Dagegen sank das Interesse am Kaiserreich (61 Arbeiten) und der Weimarer Republik (73) gegenüber früheren Jahren. Die Dissertationen über die Zeit des Nationalsozialismus (82) haben sich verdoppelt.

Gemeinsamkeiten mit dem Orang-Utan

D. B. New York

Es gibt Merkmale, die für eine engere Verwandtschaft zwischen dem Menschen und dem asiatischen Orang-Utan sprechen. Darauf hat Jeffrey Schwartz (Universität Pittsburgh) bei einer Tagung in New York hingewiesen. Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch der japanische Genetiker Todaro. Er fand gemeinsame Viren und DNS-Sequenzen bei eurasiatischen Menschen sowie Gibbon und Orang-Utan, die den afrikanischen Menschenaffen und Menschen fehlen.

Italien überrascht: Amsterdams Gaudeamus-Festival

Der Kleine Prinz singt

Preis oder nicht Preis, das war immer mal wieder die Frage beim Gaudeamus-Festival für junge Komponisten. Musikalische Gedanken könne man *eigentlich nicht* „prämieren" wie eine Sportleistung, war das Argument, und so hat man vor einigen Jahren die „Preise" abgeschafft und die Aufführung eines Werkes für Preis genug erklärt – um dieses verdächtige Prinzip nunmehr wieder einzuführen in Form eines mit 4000 Gulden dotierten Kompositionsauftrages an einen jungen, unbekannten Komponisten.

Der Glückliche war der 1955 in Rom geborene Donatoni-Schüler Mauro Cardi, der ihn nach Urteil der Jury für seine sechsminütige Kammerkomposition „Les Masques" bekam: ein Stück, in dem das Intervall der großen Sexte seine Auferstehung feiert. Als junger Italiener verkörperte er im Grunde die Spitze eines Eisberges.

Immer wieder ist man ihnen beim Gaudeamus-Festival begegnet: Sie kommen nicht in Jeans, sondern in gebügelten Hosen und korrekten Jacketts, wirken wie Klosterschüler, zurückhaltend und bescheiden. Für die Chance sind sie dankbar und wissen scheinbar nicht, was für eine jahrhunderteschwere Musikkultur in ihnen selbst verkörpert ist, die Europa seit dem 17. Jahrhundert in ihren Bann zog. Mit schlafwandlerischer Sicherheit tippen sie musikalische Prinzipien an, als ob sie sich auch in der Neuen Musik von selbst verstünden. Das zarte Kammerstück „Aire de nocturne", das der von der jugoslawischen Grenze stammende Daniele Zanettovich (geb. 1950) vorstellte, erinnert in seiner Sensibilität an Mozartsche Logik.

Daß in solcher Musik wiederum eine absolut irrationale, verrückte Dramaturgie gedeihen kann, bewies in seinem Solobratschenstück „Il giardino delle Esperidi" (Der Garten der Hesperiden) der 1957 in Modena geborene Mario Garuti. Der 1955 in Rom geborene Matteo d'Amico wäre mit seinen „Tre Frammenti" nach Michelangelo für Sopran (Dorothy Dorow) und Kammerorchester (Radio Hilversum unter Richard Dufallo) zu nennen, in denen er auf Monteverdische Weise eine neue Spielart der Monodie entwickelte, kaum getrübt von zeitgenössischer Skepsis, irgendwo auf Verdis Traditionen aufbauend.

Den Schlußstein im traditionellen Abschlußkonzert des Radio-Kammerorchesters Hilversum setzte der 1956 in Perugia geborene, an der Gruppe „Nuova Consonanza" beteiligte Carlo Pedini mit seinem Violinkonzert (Solist: Georg Mönch). Das Stück ist romantisch schön. Es hat seine eigene Art von Verlauf: ein statisches Auf-der-Stelle-Treten bei *gleichzeitig nervöser, solistischer* Aktivität – in dem Solisten vermutet man fast einen rumänischen Zigeunergeiger –, und es hat seine scheinbar zusammenhanglose, völlig irrationale und für jegliche Art von Überraschungen gute Dramaturgie. Eine Scheinlogik, wenn man so will, in deren Zusammenhang Nostalgisch-Tonales plötzlich hochgespült wird, um ebenso unerwartet wieder desavouiert zu werden – immerhin: die Violinkadenz hat die Spannung einer *Jazzimprovisation.*

Wenn man in Deutschland „musikalische Begegnungen mit Italien" veranstaltet, gerät man meist nicht an diese jungen Italiener; sie sind noch ein Geheimtip, denn sie haben keine Manager und Promotoren, aber die Stiftung Gaudeamus hat ein Gespür.

Natürlich hat sie es für die Werte ihres Landes. Es beeindruckt immer wieder, wie aufmerksam und intelligent das junge Amsterdamer Publikum reagiert: Erbe einer Musikkultur in einem Lande mit zahllosen Gesangvereinen, zahlreichen Orchestern und Traditionen seit Josquin des Prés. Unter den holländischen Komponisten fiel der 1934 in Utrecht geborene Ton Bruynel mit seiner elektronischen *Vertonung des* „Kleinen Prinzen" von Antoine de Saint-Exupéry auf (dieser Dichter beginnt die Neue Musik bis in die Tschechoslowakei zu beschäftigen).

Die Möglichkeiten der elektronischen *Musik sind vielfältiger als die* der instrumentalen. Sie kann Märchen erzählen, Unordnung veranstalten, kann alle Tassen im Schrank haben oder nicht, kann blitzen, donnern und pinkeln, sie kann sensibler reagieren *auf das Kaputtgehen einer* Welt, in der Vertrauen noch möglich ist, sie kann sentimentaler mit Sprache umgehen als eine Opernarie. „Adieux Petit Prince" von Ton Bruynel zeigt neue Möglichkeiten, Prosa zu instrumentieren.

Der 1934 in Detroit geborene Roger Reynolds hat sicherlich eine Flötistin zur Freundin – jedenfalls bleibt dieses Instrument in seinem Stück „Transfigured wind II" (Solistin: Leonore Pameijer) so dominierend wie in irgendeiner Komposition Friedrichs des Großen für Sanssouci. Die antibürgerliche Verachtung der Gattung „Konzert" äußert sich allenfalls noch im Verschweigen des Umstandes, daß dies eigentlich ein *Konzert ist.*

DETLEF GOJOWY

Ein Ballett-Klassiker: M. Cunningham in Berlin

Lego-Steine im Kosmos

„Kometentanz", Paul Scheerbarts skurrile Astral-Pantomime, blieb achtzig Jahre lang bis auf den heutigen Tag unaufgeführt. Und das war ganz gut so. Doch die Berliner Akademie der Künste hat es anders gewußt. Sie überließ die szenische Einrichtung der brodelnd abenteuerlichen Gesichte des Dichters mit ihrer Kauzigkeit und Fantastik dem grundordentlichen Gerhard Bohner: einem *Mann eher des künstlerischen Gegrübels,* der Schwerblütigkeit, als einer knatternd bunten Himmelstürmerei voller Witz. Die Gangart des todernsten Ressentiments war aber Scheerbarts, des Pfiffigen, Sache nie. Seine Nachdenklichkeit bediente sich nicht des Bleis. Sie erhüpfte sich ihre Welt voller Übermut, trunken von Wein und Vision, überschäumend wie die Mousse eines guten Champagners.

Scheerbarts „Kometentanz" erzählt stumm von einem König, der sein Königtum und seine Höflinge gründlich satt hat. Sein siebter Himmel ist voller Sternengeflimmer, und mittels Fernrohr fängt er sich denn auch ein Kometenpärchen. Das trägt ihn ins Universum *hinauf.* Aber leider ist es nicht das Universum Bohners und des Minimal Dance.



Zu einem Balanchine des Freien Tanzes geworden: Merce Cunningham bei der Probenarbeit für sein neues Ballett in Berlin FOTO: JOCHEN CLAUSS

Dabei bietet die Berliner Tanzfabrik eine attraktive Truppe für die überkandidelte Unternehmung. Man hat sie überdies in einfallsfrohe Kostüme gesteckt. Sie bildet einen Hofstaat von erheblicher Kauzigkeit, umtönt dabei von Bernd Alois Zimmermanns königlicher Freß-Suite des Ubu Roi, ergänzt durch Roland Pfrengles zweckdienliche Musik. Aber Bohners Kometen liefern nur eine Art Apotheose des Ofenrohrs. Sie schwirren nicht, sie schimmern nicht. Sie wiegen sich blechern in gerillten Hüften, und im Kosmos geht es nur zu wie auf der alten Erde: Man vergnügt sich reichlich trist ausgerechnet mit Lego-Steinen. Scheerbarts vergnügt auskeilender Pegasus lahmt im inszenatorischen Joch.

Gerade das hat Merce Cunningham abgeworfen. Er hat sich seit langem freigetanzt von allen Vorlagen, Überlieferungen, Konventionen. Bei seinem Festwochengastspiel in der Berliner Volksbühne zeigte er mit seiner vierzehnköpfigen Truppe choreographische Bewegungsspiele der hochgestochenen Art. *In ihnen hat sich die* Motion vollständig emanzipiert von der Emotion, der Tanz vom Inhalt und selbst von der Musik, die er sich zwar auf den Leib schneidern läßt, um sie dann jedoch verschwenderisch zu verwerfen. Das klingende Environment, das ihm John Cage, David Tudor und andere Gleichgesinnte entwerfen, ist dabei umstürzlerischer, als es inzwischen die Arbeiten Cunninghams sind.

Sie haben Klassizität angesetzt. Sie tummeln sich *auf ihre freie Art,* ohne anzuecken oder sich festzuhaken. Sie säen ästhetisch Genuß. Sie gleichen oft schon verkappten informellen Balletten. Ein Stück wie „Inlets 2" trägt seine Bewegungsverläufe *unumwunden mit vergleichbarer* Schönheit vor wie Zierfische in einem Aquarium, die umeinanderschwimmen.

In seinem „Quartett" ist Cunningham, der 65jährige, tanzend vorsätzlich das fünfte *Rad* am choreographischen Wagen. Wie mittelalterliche Stifter auf den von ihnen inspirierten Bildtafeln stellt er sich an den Rand und renkt sich regierend in die Bewegungsabläufe aus dem Abseits herein: *Ein Tänzer auf dem Altenteil, das* noch immer ein Zentrum der Moderne ist, schulbildend, anstiftend, doch aufregend nicht mehr. Tatsächlich – ein Klassiker! Über die Jahrzehnte hin ist Cunningham zum Balanchine *des Freien Tanzes geworden.*

KLAUS GEITEL

Hannover: „Selbstauslöser" von W. Bauschmid

Fotos als Ersatzleben

Um „unersetzliche Originaldokumente *aus der Frühzeit meiner* Fotografie" geht es in dem Stück „Selbstauslöser" von Wolfgang Bauschmid, das im Staatstheater Hannover uraufgeführt wurde. Wann war diese Frühzeit der Fotografie? Vor ziemlich genau 40 Jahren. Der junge Mann, der damals die „Endlösung der Judenfrage" im Osten als zwangsverpflichteter Lichtbildner hat miterleben müssen, kommt heute als Rentner von den Anschauungen des Grauens nicht mehr los. Und so führt er die von psychosomatischen Schmerzen gezeichnete Existenz eines seelischen Krüppels, der sich selbst und andere quält, sich unablässig mit der Nazi-Vergangenheit beschäftigt und dem darüber alles, inklusive seiner *Ehe,* kaputtgeht.

Seine Frau, lebensklüger und weniger belastet, bietet ihm an, gemeinsam die Vergangenheit zu „bewältigen", aber dazu bringt er nicht mehr die Kraft auf. So hängen die beiden Alten herum und gehen sich – und dem Publikum – grauslich auf die Nerven. Der Mann geht nicht mehr auf die Straße, man beschäftigt sich mit dem Erraten von Autokennzeichen, die Frau verläßt nur noch zum Einkaufen das Haus, eifersüchtig vom Ehemann mit dem Feldstecher verfolgt. Da sie gelegentlich auch den Friedhof besucht und dann länger ausbleibt, glaubt der Gatte fest an ihre Untreue, bietet ihr und ihrem *Liebhaber die Wohnung an, um* sie dann heimlich, so wie er es bei den Liquidationskommandos gesehen *hat, erschießen zu können.*

„Selbstauslöser" möchte ein kleines Stück zum großen Thema „Bewältigung der Vergangenheit" sein. Aber was kommt dabei heraus? Mann und Frau werden als schrullig vorgeführt: Er entwickelt Mißtrauen, sie schafft sich ein Ersatzleben mit vorgegaukelten Kindern, Freunden, Sommerfesten. Plausibel ist allenfalls seine Sprache, die, mit bürokratischen Floskeln versetzt, zeigt, wie der Endlösungsfotograf sich nur noch mit vorgefertigter Korrektheit beim Reden und in der Kleidung aufrecht halten kann. All das, was er in der Nachkriegszeit verdrängen wollte, kommt beim geringsten Anlaß wieder hoch. Selbstauslöser.

So wird auf der Bühne viel herumgeschrien, wobei Hermann (Günter Kütemeyer) und seine Frau (Traute Fölss) zum Teil unfreiwillig komische Töne produzieren, die Regisseur Wolfgang Gropper hätte verhindern müssen. Der *im Stil von* „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?" gehaltene Dialog des Zweipersonenstückes ist viel zu lang geraten. Wohl auch, weil der Autor, Dramaturg am gleichen Haus, zusltzlich als Produktionsdramaturg fungierte.

Ehekrachstücke müssen bissig und witzig sein, wenn sie interessieren sollen. Hier geht das, vom Thema her, nicht. Die Folge sind Langeweile und Unbehagen, weil hier Wichtiges mit *falschen Mitteln abgehandelt* wird.

CHRISTIAN ANDREE

Die Sandbank zerbrach das Schiff

Bergung des Uran-Frachters gescheitert / Brüssel gibt gleichwohl „Entwarnung"

BODO RADKE, Ostende

Die Situation um den vor der belgischen Küste nach einer Kollision gesunkenen französischen Frachter *„Mont Louis" nimmt immer gefährlichere* Dimensionen an. Belgiens Premierminister Wilfried Martens übernahm gestern die Leitung des internationalen Krisenstabes.

Das Wrack des auf eine Sandbank abgesackten und unter anderem mit 30 Containern voll Uranhexafluorid beladenen Unglücksschiffes ist nach Beobachtungen eines Hubschrauber-Piloten der belgischen Luftwaffe an der Backbord-Seite auf drei Meter Länge angebrochen. Damit wurde nicht nur der Inhalt eines Treibstoff-Tanks abgetrieben – auch die Uranfässer im Laderaum dürften mit dem Meerwasser schon in Berührung gekommen sein. Experten befürchten, daß das Schiff über kurz oder lang ganz auseinanderbricht.

Auf einer Pressekonferenz in Ostende erklärte der Holländer Hans Guyt als Sprecher der Umweltschützer-Bewegung Greenpeace: „Die Container, in denen das Uranhexafluorid nach Riga in der Sowjetunion transportiert werden sollte, sind nie *daraufhin getestet worden, ob sie* dem ungeheuren Druck des Meerwassers widerstehen könnten." Dem widersprechen Fachleute. Die Container halten ihrer Ansicht nach, selbst auf dem Meeresboden, dem Druck des Wassers mindestens ein Jahr lang stand.

Über diese möglichen Folgen aufgebrochener Container gibt es unterschiedliche Experten-Annahmen. Die einen befürchten vom Kontakt des Urangases mit Salzwasser „gewaltige *Explosionen", andere vermuten ein* schnelles Auflösen der Giftstoffe in der rauhen See, die auch gestern von Windstößen bis 100 Kilometer in der Stunde gepeitscht wurde, und die Bergungsversuche erschwert. In einer Erklärung des belgischen Staatssekretariats für Umweltschutz wurde behauptet, bei einem Aufbrechen der Container werde „schlimmstenfalls eine gewaltige Hitze im Umkreis von *150 Metern entstehen".* Eine Gefährdung der 15 Kilometer entfernten Küste könne ausgeschlossen werden.

Der Ölteppich – Öl, das sich aus den Tanks ergoß – hatte gestern eine Größe von fünf Quadratkilometern und trieb auf die belgische Küste zu. Inzwischen haben Spezialschiffe und Sprühflugzeuge die Gefahr verringert, indem sie den Teppich teilten.

Einige inzwischen Breskens angespülte Kisten mit Aufschriften in russischer Sprache und elektronischem Material als Inhalt lassen darauf schließen, daß dieses aus den Produktionsstätten des französischen Thompson-Konzerns stammt.

Trotz einer Windstärke zwischen sieben und acht und entsprechendem Wellengang begannen Taucher des Rotterdamer Bergungs-Unternehmens Smit Tak International gestern mittag mit dem Versuch, die am Schiffsrumpf der „Mont Louis" unter Wasser schon entstandenen Schäden festzustellen.

Ein Sprecher der Firma erklärte, man gehe davon aus, daß die in etwa 15 Meter Tiefe auf der Sandbank liegende Steuerbord-Seite des Frachters noch intakt sei. Wenn die Container *mit dem* Uranhexafluorid jedoch schon freigekommen sein sollten, *würde das die Bergung sogar* erleichtern.

Über das Anbrechen der Backbord-Seite der „Mont Louis" stellte ein Reporter des belgischen Rundfunks nach Umkreisen der Unglücksstelle die These auf, daß daran Erdbewegungen der Sandbank Schuld sein könnten. Diese trägt bezeichnenderweise bei den Küstenfischern den Namen „die Wanderin".



Die „Mont Louis": Deutlich sichtbar die Bruchstelle. Wahrscheinlich hat die Sandbank (in Fischerkreisen die „Wanderin" genannt) mit ihren treibenden Bewegungen den Rumpf zerbrochen. FOTO: AP

Jeder 4. Deutsche glaubt an Hexen und Satanspriester

DW. Mainz

Hexen und Teufelsanbeter leben mitten unter uns: Experten schätzen die Zahl der aktiven Hexen und Satanspriester in Deutschland auf etwa 2500. Mehr als 25 Prozent der Deutschen sind überzeugt von den „übersinnlichen Kräften dieser Magier". Mindestens zwei Millionen bezahlen für ihre Dienste, Prophezeiungen, Verfluchungen, Verwünschungen und Todesrituale. Diese Zahlen veröffentlichte der Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) nach einer Recherche des Zweiten Deutschen Fernsehens.

Selbstmorde nehmen zu

dpa, Köln

In der Bundesrepublik Deutschland begehen derzeit jährlich 22 von 100 000 Einwohnern Selbstmord. Diese Zahl nannte gestern die Bundesärztekammer in Köln. In den vergangenen Jahren hatte die Rate zwischen 19 und 21 pro 100 000 Einwohner gelegen. Statistisch liegt Deutschland in Europa an sechster Stelle. Die höchste Rate – 43,2 pro 100 000 Einwohner – verzeichnet Ungarn, die geringste Griechenland mit 2,9.

Prominente Angeklagte

dpa, Traunstein

Die Staatsanwaltschaft Traunstein hat die Ermittlungen im Fall der „indirekten Sterbehilfe" durch Professor Julius Hackethal im April dieses Jahres auf den Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS), Hans Atrott, ausgeweitet. Auch gegen die Nichte der verstorbenen schwer krebskranken Frau, der Hackethal Ende April Zyankali zur Selbsttötung zukommen ließ, wird jetzt ermittelt.

13jähriger Bombenbastler

dpa, Kriftel

Bei der Explosion einer selbstgebastelten Rohrbombe ist einem 13jährigen Schüler in Kriftel (Main-Taunus-Kreis) die rechte Hand abgerissen worden. Er hatte die Bombe zusammen mit seinem Freund aus einem Rohrstück, Zucker und Unkraut-Ex gebastelt. Sie explodierte dem Jungen *Montag* abend in der Hand.

Mutter heiratet Sohn

AP, Charlotte

An die Ödipus-Sage aus der griechischen Mythologie erinnert ein Fall aus Charlotte im US-Bundesstaat Tennessee: Dort wurde eine [illegible]jährige Frau unter dem Vorwurf verhaftet, sechs Jahre lang mit dem eigenen Sohn verheiratet gewesen zu sein. Die Frau, die den heute [illegible]jährigen vor 23 Jahren zur Adoption freigegeben hatte, wurde der Blutschande beschuldigt. Ihr drohen 21 Jahre Haft. Mutter und Sohn trafen sich wieder, als der junge Mann nach seinen Eltern fahndete.

Kunstexperten blamiert

Studenten kopieren Modigliani-Skulptur im Fernsehen

KLAUS RÜHLE, Rom

Die jugendlichen Witzbolde von Li*vorno haben jetzt vor Millionen von* Fernsehzuschauern den Beweis dafür geliefert, daß sie eine Skulptur àla Modigliani in wenigen Stunden herstellen können. Damit entpuppt sich ihr Geständnis als Wahrheit, wonach eine der drei aufgefundenen Modigliani-Skulpturen von ihnen gefälscht worden war. Das hatten ja renommierte italienische Kritiker als „unmöglich" bezeichnet.

Kanal 1 des staatlichen Fernsehens übertrug bis nach Mitternacht die Entstehung dieses vierten „Kunstwerks" unter den Händen von drei unternehmungslustigen Studenten. Bei der sensationellen Sendung fehlten freilich so bekannte Kunstsach*verständige wie Argan Brandi und* Carli Ragghianti.

Mit der Live-Sendung hat der Eulenspiegelstreich von Livorno seinen Höhepunkt und Abschluß gefunden. Begonnen hatte er mit einer Veröffentlichung plus Titelbild in der Wo*chenzeitung „Panorama". Die* Fälscher gestanden darin, daß sie eine der drei aufgefischten Skulpturen gemeinsam fabriziert und in den Kanal geworfen hatten, um die Gilde der Kunstkenner auf den Arm zu nehmen. Freilich hatten die jungen Leute die Reaktion der Öffentlichkeit unterschätzt. Als der kommunistische Bür*germeister mit Rücktritt drohte* und die Staatsanwaltschaft die fragliche Skulptur beschlagnahmte traten die Drei an die Öffentlichkeit.

Die Probe aufs Exempel gelang so glänzend, *daß dieses* – nunmehr – vierte Stück als das beste von allen bezeichnet wurde.



Einen „Kopf" dieser Art galt es nachzumachen. Es gelang „vortrefflich". FOTO: DPA

LEUTE HEUTE

Leichte Besserung

Der Gesundheitszustand des spanischen Malers **Salvador Dali**, mit dessen Ableben am Sonntag gerechnet wurde, hat sich überraschend gebessert. Wie die Klinik „El Pilar" in Barcelona, aus deren Intensivstation Dali gestern entlassen wurde, bekanntgab, *entwickelt sich das Befinden des* Meisters „normal". Herz- und Nierenfunktion des 80jährigen Künstlers seien „stabil". Dali war einer Hauttransplantation unterzogen worden, nachdem er sich bei einem Brand auf seinem Schloß schwere Verbrennungen zugezogen hatte.

Schwanengesang

Mit einem Motorradsprung über 15 Omnibusse will sich der Welt berühmtester Stuntman **Evel Knievel** im kommenden Jahr von seinem Jab verabschieden. Knievel, der wegen *seiner Verletzungen insgesamt sieben* Jahre pausieren mußte und derzeit als Kunstmaler in Boise, Idaho, lebt, soll schon einen 1,6-Millionen-Dollar-TV-Vertrag in der Tasche haben. Sein Abschied kommt sicherlich nicht verfrüht. Ihm assistiert bereits sein 22jähriger Sohn **Robbie**.

Deutschland bekommt erstes Trüffelwäldchen

dpa, Kandel

In der Südpfalz in dem Dörfchen Bienwald bei Kandel (Kreis Germersheim) soll in diesem Herbst das erste Trüffelwäldchen Deutschland angepflanzt werden. In drei Jahren dürften die Delikatessen zum ersten Mal geerntet werden. Experten erwarten 500 Kilogramm. Das Kilo dieser Kostbarkeit wird zur Zeit in Frankreich *mit 1100 Mark gehandelt.* Das Projekts wird vorerst auf einer Fläche von einem Hektar betrieben.

An den Wurzeln von Stieleichen und Haselsträuchern werden die hochwertigen französischen Perigord-Trüffel angelegt. Die Trüffel*anzucht erfolgt in Containern*, die in französischen Labors überwacht werden. Erst dann werden die Eichen und Haselsträucher ausgepflanzt. Die rund 1000 vorgesehenen Trüffelbäume und -sträucher sollen durch „Baumspenden" von Interessenten finanziert werden, die zum Dank nach der ersten Ernte zu einem zünftigen Trüffelessen eingeladen werden.

Bleibt nur eine Frage: Was, wenn der Plan gelingt, daraufhin aber die Preise fallen?

Zwei Widder regieren dickköpfig in Bonn

DW. Bonn

Bundeskanzler Kohl und sein Vize Hans-Dietrich Genscher (beide Widder) dirigieren ein Kabinett voller labiler Fische, launischer Krebse und unsteter Waagen – jedenfalls aus der Sicht der Sterne. Zwei listige Skorpione, ein Zwilling und ein freiheitsliebender Schütze zählen zur Ministerrunde, die eine Jungfrau komplettiert: Justizminister Hans Engelhard.

Der fortschrittsliebende Wassermann fehlt in dieser Tafelrunde; er besetzt mit Hans-Jochen Vogel die Oppositionsbank. Das astrologisch explosivste Gemisch soll dem „grünen Damentrio" – Antje Vollmer, Waltraud Schoppe und Anne-Marie Borgmann – vorbehalten sein. Dafür *sorgt die Verbindung von Zwilling,* Krebs und Waage.

Auch Staatsoberhaupt Richard von Weizsäcker zählt zu den Widdern, denen Pflichtgefühl, Streben nach Anerkennung, aber auch ein Hang zum „Flunkern" nachgesagt wird. Die be*rühmten „zwei Seelen" der nervösen* Zwillinge schlummern in der Brust von Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU). Eine zuverlässige Jungfrau ist dagegen CSU-Chef Franz Josef Strauß. Seine Geburt stand im Zeichen der Begabten und „Pingeligen". Kein Wunder, daß sich so einer gern am tatkräftigen Widder reibt.

Als Waage steht der für ausgeglichene Finanzen verantwortliche Minister Gerhard Stoltenberg (CDU) auf richtigem Posten. Der unverbesserliche Optimismus der in diesem Zeichen Geborenen kommt auch Mi*nister Manfred Wörner* (CDU) und der einzigen Frau in der Exekutivrunde, Bildungsministerin *Dorothee Wilms* (CDU), zugute. Die Minister Geißler, Warnke und Kiechle profitieren als Fische von ihrem Phantasiereichtum, gelten zugleich aber als Männer von wenig Entscheidungsfreude.

Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) ist Krebs (und damit vom „Rückwärtsgang" abgesehen) wie Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) gut gepanzert gegen Angriffe auf das zarte Innere. Astrologisch betrachtet stand die sozialliberale Koalition unter keinem guten Stern: Als *Steinbock wollte Ex-Kanzler* Schmidt (SPD) wohl allzu sehr am Widder Genscher herumerziehen. Irgendwann einmal sucht ein Widder das Weite ...

WETTER: Gebietsweise Regen

Wetterlage: Die Ausläufer des skandinavischen Tiefdrucksystems beeinflussen mit ihren Schlechtwettergebieten vor allem den Süden und die Mitte Deutschlands.

11. September 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Mittwoch:

Im Norden Deutschlands wechselnd wolkig und einzelne Schauer, Tageshöchsttemperaturen nahe 15 Grad, in der Mitte und im Süden meist bedeckt und länger andauernde Regenfälle. Höchstwerte 14 bis 18 Grad. Nachttemperaturen nur wenig niedriger. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:

Im Norden noch unbeständig und kühl, sonst nach Nebelauflösung freundlich und wärmer.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	36°
Bonn	14°	Kopenh.	15°
Dresden	12°	Las Palmas	24°
Essen	11°	London	16°
Frankfurt	14°	Madrid	20°
Hamburg	13°	Mailand	21°
List/Sylt	14°	Mallorca	25°
München	13°	Moskau	19°
Stuttgart	12°	Nizza	25°
Algier	28°	Oslo	13°
Amsterdam	15°	Paris	16°
Athen	28°	Prag	12°
Barcelona	23°	Rom	24°
Brüssel	13°	Stockholm	12°
Budapest	18°	Tel Aviv	28°
Bukarest	15°	Tunis	26°
Helsinki	13°	Wien	13°
Istanbul	24°	Zürich	12°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 6.54 Uhr, Untergang: 19.41 Uhr; **Mondaufgang:** 20.58 Uhr, Untergang: 9.56 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Los eines Fälschers: Der Ruhm kam erst posthum

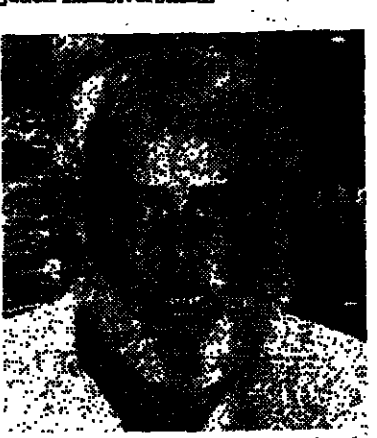
SIEGFRIED HELM, London

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, sagt man. Genau daran wurde der *englische Kunstmaler* Tom Keating erst nach seinem Tode erkannt. *Damit teilt* er das Schicksal vieler Meister. Zu Lebzeiten war er für die Crème des Londoner Kunsthandels nur ein Früchtchen, das ihnen mit – meisterhaften – Fälschungen alter und nicht ganz so alter Meister das Leben schwer machte.

Jetzt hat seine Arbeit unerwartet Früchte getragen. Als 204 „Keatings" aus dem Nachlaß des im Februar Verstorbenen im Auktionshaus Christie's unter den Hammer kamen, gab es eine Sensation: Die Produktion aus der Werkstatt des Fälschers erbrachte 274 000 Pfund, umgerechnet eine runde Million Mark.

Hinter diesem Ergebnis kann sich manch ein Maler, der lebenslang individuell und *original* geschaffen hat, verstecken. Keating, der fast nur aus zweiter Hand malte, zum Ärger der Kunstwelt Kunstwerke raffiniert kopierte und nur ganz versteckt Spuren seiner Handschrift ins Bild listete, Keating, dieser charmante Gauner, hat in der Gunst des kaufenden Publikums jetzt Rang und Namen. Seine Bilder erzielen das Zehnfache der Schätzpreise.

Das renommierte Auktionshaus, *das Fälschungen sonst meidet wie die* Nonne den „Gottseibeiuns", wurde jetzt zum Helfershelfer eines notorischen Fälschers. Ihn bewahrte einst nur seine schwere Krankheit vor der Verurteilung durch das Londoner Kriminalgericht „Old Bailey". Jetzt aber triumphierte die Nachfrage über jeden Kunstverstand.



Genial als Imitator, unbedarft als Künstler: Tom Keating. FOTO: CAMERA PRESS

Ein Sprecher von Christie's über das völlig unerwartete Ergebnis: „Wenn Keating das wüßte, würde er *sich ... vor Lachen kugeln."* In der Tat. Denn Tom Keating hatte lebenslang eine diebische Freude daran, das Kunst-Establishment an der Nase herumzuführen. Das hatte ihn in der Kunstakademie als zu unbegabt durchfallen lassen. Jetzt hat sich der lange verkannte Künstler wenigstens als Meisterfälscher durchgesetzt.

Die meisten der Ölgemälde und Zeichnungen hatten Kunstexperten auf rund 800 Mark taxiert. Doch dann drängten sich 1000 Kaufinteressenten im Auktionssaal. Die Leute rissen sich um die Bilder, als sähen sie einen Boom voraus.

Da zeigte der Auktionator auf ein Bild mit drei Bücklingen. Die Bieter schaukelten sich im Nu auf das Dreifache des Schätzpreises hinauf, und das Bücklingsbild wurde für 1300 Mark zugeschlagen. Die notorischen Imitationen Keatings, seine Bilder „in der Manier von", gingen weg wie warme Semmeln. Höchstpreise erzielten mit je 64 000 Mark ein Bild „Sonneblume in einer Vase auf einem Tisch in der Art von van Gogh" und ein Bild mit dem Titel „Monet und Familie auf seinem Hausboot". Die Schätzpreise hatten bei 1600 und 2800 *Mark gelegen. Entstehungsjahr des* Monet-Keating: 1983.

Der Londoner Rechnungsprüfer Dan Gidwaney beispielsweise ist überzeugt, daß er seine 80 000 Mark für neun Keatings erstklassig angelegt hat: „Denn diesem Künstler wird immer dieser ganz besondere Ruf des Notorischen anhängen."

Der Entlarvung Tom Keatings war 1979 ein aufsehenerregender Prozeß gefolgt, der freilich ausging wie das Hornberger Schießen. Nach fünf Prozeßwochen, in denen ihm ein 80 000-Mark-Betrug an mehreren Kunsthändlern vorgeworfen wurde, wurde das Verfahren eingestellt. Der Angeklagte war den Anstrengungen des Verfahrens nicht mehr gewachsen. Seine Freundin Jane Kelly erhielt 18 *Monate Gefängnis, weil sie* Keating-Fälschungen als echte Samuel Palmers lanciert hatte.

Nach dem Prozeß blühte das Kopien-As erst richtig auf. Er wurde populär und hatte noch die Genugtuung, seine Fälschermethoden in einer Fernsehserie demonstrieren zu dürfen. (SAD)

ZU GUTER LETZT

Sahu Ram (45), Angestellter der indischen Behörde für Familienplanung und Geburtenkontrolle in der Stadt Patiala, wurde jetzt mit 200 Dollar dafür belohnt, daß er Hunderte von Ehepaaren erfolgreich in der Benutzung von Verhütungsmitteln unterwies. Er nahm das Geld glückstrahlend in Empfang – ist er doch Vater von elf Kindern. Dies meldete der Springer-Auslandsdienst.